

Geschichte

**Der deutsche Liberalismus
und die Entstehung
der Weimarer Republik**

Die Krise einer politischen Bewegung

**Inauguraldissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität zu
Münster (Westf.)**

vorgelegt von
Günter Fischenberg
aus Unna (Westf.)

1958

Geschichte

Der deutsche Liberalismus
und die Entstehung der Wei-
marer Republik

Die Krise einer politischen Bewegung

INAUGURALDISSERTATION
ZUR ERLANGUNG DES DOKTORGRADES
DER
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
WESTFÄLISCHEN WILHELMS-UNIVERSITÄT
ZU MÜNSTER (WESTF.)

Vorgelegt von
Günter Fischenberg
aus Unna/Westf.

1 9 5 8



Tag der mündlichen Prüfung: 26. Februar 1958

Dekan: Prof. Dr. Otto Most

Referent: Prof. Dr. Heinz Gollwitzer

Korreferent: Prof. Dr. Werner Conze

V o r w o r t

Die vorliegende Untersuchung will keine Parteigeschichte im engeren Sinne sein, obwohl sie Werden, Aufbau und Ideologie der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei als den beiden politischen Bewegungen des liberalen Bürgertums in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu analysieren versucht. Sie entstand aus einer soziologischen Problematik, die unabhängig vom historischen Materialismus um die Klärung des situationsbedingten politischen Bewußtseins des liberalen Bürgertums nach dem ersten Weltkrieg kreiste. Die Analyse des durch Tradition und bestimmte ständische Lage bedingten politischen Bewußtseins einzelner sozialer Gruppen in der Bedrohung und Umformung durch eine mehr soziale als politische "Revolution" sollte hier ein Weg zur Erkenntnis der inneren Struktur der Weimarer Republik werden. Die Untersuchung stieß dabei immer wieder auf die Fragen des staatsrechtlichen Aufbaus der Republik in ihrer Bedingtheit durch die politische Situation 1918/19, so daß sie an der rechtswissenschaftlichen Literatur der Zeit vor 1933 nicht vorbeigehen konnte.

Das erhalten gebliebene Schrifttum der DDP und DVP ist dabei weitgehend herangezogen worden. Das ehemalige Parteiarchiv der DDP besteht heute nur noch aus geringen Resten innerhalb des ehemaligen Hauptarchivs der NSDAP, das im alliierten Document Center in Berlin-Zehlendorf aufbewahrt wird und der Forschung unzugänglich ist. Das ehemalige Parteiarchiv der DVP, heute im Deutschen Zentralarchiv Potsdam, ist fast vollständig erhalten, bietet jedoch umfangreiches Material erst für die Jahre 1928-1933, während die ungedruckten Bestände der Jahre 1918-1920 historisch unergiebig sind. Dagegen konnte in der Bibliothek für Zeitgeschichte (ehemalige Weltkriegsbücherei) in Stuttgart eine ziemlich vollständige Sammlung des gedruckten Parteischrifttums eingesehen werden. Die Bibliothek für Zeitgeschichte und das Institut für Zeitungsforschung in Dortmund stellten außerdem ihre zum Teil umfangreichen Flugblattsammlungen zur Verfügung. An ungedruckten Quellen konnten der Nachlaß Hermann Luppe und der Nachlaß Maximilian Harden im Bundesarchiv Koblenz eingesehen werden. Für Hinweise danke ich ferner Herrn Prof. Dr. Alfred Weber, Heidelberg.

Insbesondere gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Heinz Gollwitzer und Herrn Prof. Dr. Werner Conze, der durch seine Teilnahme und Kritik durch zwei Jahre hindurch die entstehende Arbeit wesentlich gefördert hat.

Münster in Westf., August 1957

Günter Fischenberg



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554807_0061

I n h a l t

Einleitung	1
I. Kapitel: Parteien und Politiker	7
II. Kapitel: Liberalismus und Demokratie	25
1. Das Ende der Bismarckverfassung und der Monarchie	25
2. Der liberaldemokratische Ansatz	42
3. Die Wendung zum Cäsarismus	62
4. Der antidemokratische Liberalismus	73
5. Die Koalitionspolitik 1918 bis 1920	81
Exkurs: Um die Nationalidee der Demokratie	92
III. Kapitel: Der Aufbau des Staates	98
1. Das Problem der liberalen Staatsform	98
2. Die parlamentarische Demokratie	103
3. Die präsidentiale Demokratie	116
4. Preußen und das Reich	125
5. Beamtentum und Heer	134
6. Sozialpolitik	139
7. Staat und Kultur	142
IV. Kapitel: Wirtschaft und Berufsstände	146
1. Der wirtschaftliche Liberalismus	146
2. Der Kampf um den Rätestaat	153
V. Kapitel: Die Struktur der liberalen Parteien	164
Schluß: Die Krise des Liberalismus und die Struktur der Weimarer Republik	180
A n m e r k u n g e n	184
L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s	235

"Sehen Sie nicht, daß sich in der Arbeiterklasse allmählich Auffassungen und Ideen verbreiten, die nicht nur einzelne Gesetze, sondern die heutigen Grundlagen der Gesellschaftsordnung selbst erschüttern und umstürzen werden?...Ich glaube, daß wir zur Stunde auf einem Vulkan schlafen."

Alexis de Tocqueville am 29. Januar 1848
vor der französischen Kammer.

E i n l e i t u n g

Der Liberalismus erlangte seine weltweite Bedeutung zunächst in einem jahrzehntelangen Kampf gegen die überkommene feudale Staats- und Gesellschaftsordnung. Obwohl seine Ideen nur zum Teil in der französischen Revolution wurzelten, war sein Ursprung ein entschieden revolutionärer. Die liberalen Agrarreformen zu Beginn des industriellen Zeitalters lösten den Bauern von den herkömmlichen feudalen Lasten und seiner Schollengebundenheit. Die Städteordnungen und Gewerbereformen befreiten das bürgerliche Leben von dem Zwang der alten Herrschaften und Zünfte. Die Wissenschaft sollte gelöst werden von angemaßter Autorität und kirchlichen Dogmen bis hin zur Theologie. Kirche und Staat sollten nach einer jahrhundertalten Verbindung getrennt und das kulturelle wie religiöse Leben ganz der freien Bewegung der Ideen und Glaubensgemeinschaften überlassen werden. Alle diese Reformen leiteten einen revolutionären Prozeß ein, der die Grenzen der alten Gesellschafts- und Staatsordnung bald zersprengte und in dem Bevölkerungswachstum, der unaufhaltsamen Industrialisierung eine von der Geborgenheit der feudalen Lebenswelt gelöste bürgerliche Gesellschaft erzeugte. An die Stelle der durch Herkommen und persönliche Bindung fest eingegrenzten feudalen Ordnung traten der Glaube an die Harmonie der Einzelinteressen und ein dynamischer Fortschritts Glaube in

einer Welt, die die freie religiöse, kulturelle und wirtschaftliche Betätigung des einzelnen zum Prinzip erhob. Problematisch wurde diese bürgerliche Welt zuerst auf politischem Gebiet. Das Hauptanliegen liberalen Staatsdenkens waren die dem alten Absolutismus abgerungenen bürgerlichen Grundrechte und die Begrenzung der absoluten Staatsmacht durch Konstitutionen und Parlamente. Dieser liberale Rechtsstaat sollte die Sicherheit und Freiheit des bürgerlichen Lebens garantieren und der Selbstverwaltung der Gemeinden, Provinzen, Kirchen und Organisationen weiten Spielraum lassen. Jedoch eine Staatsform des Liberalismus einschließlich einer spezifisch liberalen Konstruktion der obersten Gewalten hat es auch im 19. Jahrhundert nicht gegeben. Die Rechtsstaatsidee vertrug sich sowohl mit dem monarchischen Legitimus wie mit der bürgerlichen Demokratie. Schon früh wiesen liberale Staatsdenker wie Tocqueville auf den im modernen Staat unentbehrlichen "ständischen" Rückhalt der Selbstverwaltung, der das wichtigste Element "gesellschaftlicher" Freiheit¹⁾ bei einer durch Zentralisation, Gleichschaltung und intensiver Erfassung des einzelnen zunehmend totalitärer gewordenen Staatsmacht. Bis zur deutschen Revolution von 1918 aber blieb der Satz gültig: "Die Staatsform ist kein Problem des Liberalismus."²⁾

Die Lage des deutschen politischen Liberalismus ist insofern eine besondere, als die deutsche Revolution von 1848 gescheitert war und die liberale Paulskirchenverfassung von 1849 niemals in Kraft getreten ist. In dem 1871 gegründeten Reich bestand die Spannung zwischen den gesellschaftlichen Kräften und dem Staat, bestand die durch die neue Reichsverfassung nur mühsam verdeckte preußische Hegemonie über Deutschland. Ein Teil des großdeutsch gesinnten liberalen Bürgertums bewahrte diese revolutionäre Gesinnung gegenüber Bismarcks kleindeutscher Lösung bis 1918. Die deutsche Revolution von 1918 aber war keine liberale Revolution, denn in ihr mischten sich alte liberale Ideen mit neuartigen, dem Liberalismus fremden Forderungen. Die in Bewegung geratenen proletarischen Massen sahen den eigentlich revolutionären Gehalt

in Rätefassung und Sozialisierung.³⁾ Ein großer Teil des liberalen Bürgertums war national gesinnt und sah diese Revolution nach verlorenem Kriege als ein nationales Unglück an. Eine revolutionäre Gesinnung in einem übermächtig bedrohtem Staat schien eine Unmöglichkeit, obwohl die Revolution in Siedlungspolitik, Beamten-, Heeres- und Universitäts-Reform wichtige liberale Ziele enthielt. So konnte ein Zustand entstehen, von dem Walther Rathenau schon 1919 urteilte: "Es war keine Revolution. Bloß ein Zusammenbruch. Die Türen sprangen auf, die Aufseher liefen davon, das gefangene Volk stand im Hof, geblendet, seiner Glieder nicht mächtig. Wäre es eine Revolution gewesen, dann hätten die Kräfte und Ideen, die sie erzeugte, fortgewirkt "⁴⁾

Der stetige Verlust revolutionären Gehaltes war das Hauptmerkmal des Liberalismus im 19. Jahrhundert. Das liberale Bürgertum wurde sehr bald in eine Position gedrängt, die wie die traditionellen Gewalten etwas zu verteidigen hatte gegen immer bedrohlicher werdende Forderungen von unten. Wie keine anderen sind die Gedanken Tocquevilles für den Liberalismus des 19. Jahrhunderts charakteristisch: Die Massen kommen auf; an den dritten droht sich ein vierter und fünfter Stand anzuschließen mit immer radikaleren Forderungen und größerer Neigung zum Totalitären. An die Stelle des autoritären Machtanspruchs feudaler Gewalten droht sich ein solcher der bloßen Zahl und Masse zu setzen, der weit fürchterlicher den Minderheitswillen und die Einzelpersönlichkeit knechtet. Diese Masse neigt immer wieder zur Legitimierung eines Diktators, und das Gespenst des Cäsarismus wurde eines der Hauptprobleme liberalen Denkens im 19. Jahrhundert. Daneben steht die bohrende Frage John Stuart Mills: Woher nimmt diese Gesellschaft ihre unheimliche Macht, dem Individuum ihre Beschränkungen und Uniformitäten aufzuerlegen?⁵⁾ Dies bestimmte die Haltung des Liberalen gegenüber der Demokratie der Massengesellschaft, die zwar unaufhaltsam geworden war, aber durch allernhand Sicherungen so unschädlich wie möglich gestaltet werden mußte. Fast immer suchte das liberale Bürgertum, wo es zu

den staatstragenden Kräften gezählt wurde, durch Wahlrechtsbeschränkung den Radikalismus abzuschwächen. Eine Reihe von Ideen tauchten auf, wie die der Massenerziehung in zahlreichen "Bildungsvereinen", der sozialen Führung durch ein Bildungs- und Besitzbürgertum gegenüber der "rudis indigestaque moles", d.h. die Massen zu sich heranzubilden, anstatt bei der wachsenden Gleichheit ständig an Niveau zu verlieren.⁶⁾ Die Demokratie erkannte man als schließlich unentfliehbar an und dennoch läßt sich mit G. Ritter sagen: "Es war von Anfang an Todfeindschaft zwischen dem echten Liberalismus und der echten Demokratie."⁷⁾ Mit der deutschen Revolution von 1918, in der die Massen in Bewegung gerieten und die proletarische Diktatur zu errichten drohten, begann die Krise des deutschen Liberalismus. Wenn das Proletariat gegenüber dem Bürgertum die Mehrheit erreichte, so drohten Räteverfassung wie parlamentarische Demokratie gleichermaßen totalitär zu werden. Insofern war die "Diktatur des Proletariats" nur eine Erscheinungsform der Unterdrückung der Minderheiten in der Demokratie. Dem liberalen Bürgertum standen bei dieser nach der Revolution drohenden Despotie der Massen nur zwei Wege offen: Entweder durch eine bürgerliche Sammlung die Mehrheit des Proletariats zu verhindern, oder durch eine parlamentarische bürgerlich-sozialistische Koalition der Mitte die auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Kräfte noch einmal zu integrieren. Nur insofern war die parlamentarische Demokratie ein Sieg des politischen Liberalismus.⁸⁾

Schon in den Anfangsjahren der Weimarer Republik wurde der Parlamentarismus selbst problematisch in ganz anderem Sinne, als es die Kritik rechtsstehender Autoren seit der Bismarckzeit gemeint hatte.⁹⁾ Die politische Bedeutung der Klassenscheidung ist in Deutschland kaum vorher oder nachher so stark empfunden worden wie in der Zeit der Weimarer Republik in der sie zeitweise alle staatliche Solidarität zu zertrümmern drohte. Das Proportionalwahlrecht vermehrte die mehr oder weniger deutliche Abhängigkeit der Parteien von wirtschaftlichen Gruppen oder Ständen bedeutend und schien im Zusammenhang mit einer weit verbreiteten berufsständischen

Literatur einen "neuen Ständestaat" zu begründen. Die äußerste Rechte und Linke fanden sich mit Berufsständelehre und Räteideologie fast verwandt und standen als Obstruktion der sich auf parlamentarischem Boden vereinigenden Mitte gegenüber. Der Parlamentarismus wurde in diesen Jahren zuerst von Carl Schmitt als die konsequente Durchführung der politischen Ideen des Liberalismus interpretiert:¹⁰⁾ Die liberalen Grundrechte der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sind die Grundlage für eine Wahrheitssuche im immerwährenden Gespräch der politischen Gruppen, für eine parlamentarische Politik durch Diskussion zwischen Regierung und Opposition. Dieses zuerst in England rein ausgebildete "government by discussion" ist im Zeitalter totalitärer Ideologien wie Marxismus und Faschismus eine überholte Erscheinung; denn es fehlt die allgemein anerkannte, gemeinsame Grundlage dieses Systems, die parlamentarische Solidarität als solche. Im Zeitalter von Propaganda und Massendemagogie findet keine politische Diskussion mehr statt; es herrschen die Ideologien und die wirtschaftlich-sozialen Interessen. Der Glaube an die Evidenz des Wahren und Guten ist am Ende. - Selbst bei den eindeutig liberal eingestellten Autoren M.J. Bonn¹¹⁾ und Alfred Weber¹²⁾ herrschte die Einsicht, daß im modernen Staate, der all die heterogenen Kräfte wie Berufsstände, Wirtschaftsgruppen, Sozialpartner, Massenorganisationen beherbergt, der Parlamentarismus immer weniger Möglichkeiten hat, die verschiedenen Gruppen noch zu einem einheitlichen Willen zu integrieren. Politische Geltung ist im modernen Staate nicht in erster Linie durch Überzeugungskraft und Ideen zu erlangen, sondern durch die Stärke der Massenorganisation und wirtschaftlichen Macht, die hinter einer Idee steht.

Für den Liberalismus des 19. Jahrhunderts war es keineswegs selbstverständlich, daß Demokratie und parlamentarische Regierungsweise identisch seien, drohte doch der Demokratie ständig das Umschlagen in den Cäsarismus. Diese Einsicht in die Gegensätzlichkeit von Parlamentarismus und Demokratie

wurde 1917 noch einmal durch Max Weber nachgewiesen.¹³⁾ Auch bei Liberalen breitete sich zunehmend die Auffassung aus, daß die plebiszitäre Form der Demokratie der einzige Ausweg sei in einer Zeit, in der das Volk, das sich ehemals selbst im Parlament organisierte, durch Massenparteien mediatisiert worden ist.¹⁴⁾ Damit mußte der Liberalismus eine Staatsform bejahen, die sein Schrecken während des ganzen 19. Jahrhunderts gewesen ist, um einen Staat zu retten, an dem er sich bis 1918 nur zum Teil beteiligt fühlte. Es begann damit das Problem der Massenorganisation für die liberalen Parteien, wenn man nicht zu bedeutungslosen Splittergruppen herabsinken wollte. Die Schwierigkeit für den Liberalismus lag darin, daß man bei all den herkömmlichen politischen Ideen nicht als Partei zum bloßen Klassenexponenten herabsinken wollte.¹⁵⁾ Es hat Ansätze zu einer liberalen Bürgerblockpolitik gegeben in der Revolutionszeit 1918/19, aber auch eben so viele warnende Stimmen dagegen.

Es ist ein zwiespältiges Bewußtsein, das das liberale Bürgertum in dieser Zeit beherrscht, in seinen Bestandteilen gegeben durch den revolutionären Ursprung des Liberalismus, dem ungelösten Massenproblem und der Suche nach einer Staatsform, die die individuellen Rechte ebenso wahrt, wie sie den Notwendigkeiten der modernen Gesellschaft angepaßt ist. Die Problematik der Weimarer Republik entzündet sich immer wieder an der Art ihres Endes, beginnend mit dem Bruch der Großen Koalition im März 1930 und endend mit der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933. So sehr auch die außenpolitische Belastung, der Versailler Vertrag, die Reparationsschuld und die Weltwirtschaftskrise seit 1929 am Schicksal der Weimarer Republik beteiligt sind, die Frage wird sich immer wieder auf die Entstehung dieses Staates und auf Konstruktionsfehler in seinem Aufbau richten. Der liberale Schöpfer der Weimarer Reichsverfassung, Hugo Preuss, hatte wie alle Liberalen der Revolutionszeit nur die historischen Beispiele vor Augen und lebte in den politischen Traditionen des Liberalismus. Ist die Krise des politischen Liberalismus auch mitbeteiligt gewesen an der Krise der Weimarer Republik, deren Verfassung alle inneren Probleme übergehen sollte, um sie ungelöst dem politischen Kampf der nächsten Jahre zu überlassen?¹⁶⁾

I. Kapitel: Parteien und Politiker

Die Geschichte des deutschen Liberalismus ist eine Kette von Parteispaltungen und Wiedervereinigungen. Die 1861 als erste eigentlich politische Partei gegründete Deutsche Fortschrittspartei, die im Preußen der Konfliktszeit zeitweilig weit über 50 % der Stimmen auf sich vereinigte, spaltete sich schon bei der Entscheidung über Bismarcks Indemnitätsvorlage 1866. Die von hier ab datierende Unterscheidung zwischen nationalliberalen und linksliberalen Parteien ist die dauerhafteste und hat auch die Revolution von 1918 überlebt. Schon 1880 spaltete sich von den als Partei der Reichsgründung betrachteten Nationalliberalen unter Führung Bennigssens und Miquels die Sezession ab, weil sie Bismarcks Schutzzoll- und Militärpolitik nicht mitmachen wollte, und vereinigte sich 1884 mit der Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei. Ihre Führer wurden Eugen Richter und die Sezessionisten Lasker, Forckenbeck, Bamberger, Stauffenberg und Rickert. Neben diesen beiden Gruppen bestand seit 1867 in Süddeutschland die von Karl Mayer und L. Sonnemann gegründete Deutsche Volkspartei. In der Deutschen Freisinnigen Partei drohten neue Gegensätze aufzukommen als nach Bismarcks Abgang die Heerespolitik Wilhelms II. begann. Die alten Sezessionisten unter Rickerts Führung gründeten 1893 die Freisinnige Vereinigung, während die Gruppe Eugen Richters als Freisinnige Volkspartei fortbestand. Der Liberalismus, der noch im Reichstag der Gründerjahre zeitweilig die absolute Mehrheit gehabt hatte, verlor jetzt zunehmend an Boden und erreichte meist kaum 25 % der Mandate. Friedrich Naumanns Versuch eines Nationalsozialen Vereins erlangte im Parlament keine Bedeutung, so daß die Gruppe 1903 der Freisinnigen Vereinigung, jetzt unter Führung Theodor Barths, beitreten mußte. Für die von Friedrich Naumann und Theodor Barth nach dem Tode Eugen Richters 1906 energisch betriebene Einigung der seit 1893 bestehenden drei linksliberalen Splittergruppen bildete Bülow's Blockpolitik einen großen Auftrieb. Sie bedeutete

für den Linksliberalismus den Zwang zu gemeinsamen Fraktionssitzungen im Reichstag, so daß nach der Ausarbeitung eines gemeinsamen Programms 1910 die Einigung zur Fortschrittlichen Volkspartei vollzogen werden konnte. Ihre Führer waren nach Barths Tode (1909) neben Friedrich Naumann B. Dernburg, G. Gothein, O. Fischbeck und die Süddeutschen Conrad Haussmann und Friedrich Payer, während die Nationalliberalen den Mannheimer Ernst Bassermann zum Parteiführer wählten. Bei den Reichstagswahlen von 1912, den letzten vor der Revolution, erreichten die Nationalliberalen 13,6 %, die Fortschrittliche Volkspartei 12,3 % der Stimmen, der Gesamtliberalismus also nicht mehr als 25,9 % und 87 von 397 Reichstagsmandaten.

Der Weltkrieg und die Revolution vom 9. November 1918 veränderten die Lage für die liberalen Parteien grundlegend. Der ständige Verlust an Einfluß gegenüber wachsenden Parteien wie der Sozialdemokratie hatte schon mit der Einführung der parlamentarischen Regierungsform unter Prinz Max von Baden im Oktober 1918 eine Annäherung der Liberalen nahegelegt. Die durch die Revolution nicht aufgelösten Ortsvereine und Landesverbände der liberalen Parteien schienen unter der Regierung der Volksbeauftragten zunächst zur allmählichen Auflösung verurteilt. Die Parole von der Einigung des Liberalismus trat zurück hinter der Einigung des Bürgertums; denn nur ganz große Wählerblöcke schienen nach der sozialistischen Flut noch etwas zu bedeuten. Zunächst wurde diese Einigung durch Verschmelzung der beiden alten Parteien versucht. Stresemann, nach Bassermanns Tode 1917 zum Führer der Nationalliberalen gewählt, trat am 9. November mit dem Vorsitzenden der Fortschrittspartei, Fischbeck, in Fusionsverhandlungen ein, für die er am 13. November die Zustimmung der Reichstagsfraktion erhielt. Die in Berlin unter dem Druck der revolutionären Ereignisse zwischen verschiedenen Vorstandsmitgliedern geführten Verhandlungen standen am 15. November vor der endgültigen Einigung.¹⁾ Die so entstehende Partei sollte als Gesamtpartei des Bürgertums den Radikalismus abwehren. Sie drängte auf die Nationalversammlung unter Anwendung des Verhältniswahlrechts und distanzierte sich bewußt von der Revolution.²⁾

Inzwischen aber trat eine ebenfalls seit dem 9. November sich bildende Gruppe von Politikern hervor, die bisher nur zum Teil innerhalb der liberalen Parteien hervorgetreten waren oder ihnen ganz fern standen. Zu ihr gehörten Professor Alfred Weber, Theodor Wolff, Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Hjalmar Schacht, Professor Gerland, R. Frankfurter, H. Fischer und Carbe. Einige Fortschrittler wie Gothein und Fischbeck traten sofort mit der neuen Gruppe in Verbindung und schlossen sich ebenso wie die Nationalliberalen Junck und Frh. von Richthofen ihr an. Am 16. November erfolgte in allen liberalen Zeitungen der "Aufruf zur Bildung einer Demokratischen Partei", in dem es hieß: "Nach einem entsetzensreichen Kriege gehen wir durch die Wirren einer gewaltigen Revolution. Ein Staatssystem, das unbezwingbar schien, ist fast widerstandslos zusammengebrochen, die Dynastien sind beseitigt, die Säulen der alten Macht sind gestürzt. Das alles ist unrettbar tot. Niemand weckt es wieder auf."³⁾ Der Aufruf bejahte bei aller vorsichtigen Formulierung die Revolution, enthielt ein umfassendes sozialpolitisches Programm und wollte durch eine neue demokratische Massenpartei grundsätzlich brechen mit den Bestrebungen zur Gründung liberaler Bürgerparteien. Die politisch treibende Kraft in ihr war Alfred Weber, das Geschäftliche führte Th. Wolff.⁴⁾

Die Fortschrittler sahen nach diesem Aufruf in einer Einißung der liberalen Parteien keinen Sinn mehr und drängten auf Anschluß an die neue Demokratische Partei, wozu sie auch die Nationalliberalen aufforderten. Am 18. November kam es im Zimmer des Reichstagspräsidenten zu den Hauptverhandlungen, zu denen die liberalen Parteien je 6, die demokratische Gruppe 12 Abgeordnete entsandten. Alfred Weber forderte die Zustimmung zu dem sozialpolitischen Programm einschließlich einer Teilsozialisierung, sowie ein eindeutiges Bekenntnis zur Republik. Ferner hätten alle im Weltkrieg annexionistisch hervorgetretenen Nationalliberalen im Hintergrund zu bleiben, um diese vor dem Proletariat nicht zu belasten. Neben einer Reihe nationalliberaler

Führer würde auch Stresemann zu diesen politisch Diskreditierten gehört haben. R. Friedberg als Verhandlungsleiter der Nationalliberalen brach darauf die Verhandlungen ab. Nach erneutem ergebnislosen Kontakt mit den Fortschrittlern traten am 20. November eine nationalliberale Minderheit unter Junck, Frh. von Richthofen, List und Ickler und der Vorstand der Fortschrittlichen Volkspartei zur Demokratischen Partei über.⁵⁾

Die Masse der nationalliberalen Parteiführer wollte den neuen Kurs nicht mitmachen, obwohl man nicht an die Möglichkeit eines gegenrevolutionären Kurses mit der alten Nationalliberalen Partei glaubte. Bereits am 13. November hatte Eugen Leidig in der Täglichen Rundschau zur Gründung einer "Nationaldemokratischen Partei" aufgerufen⁶⁾, die nicht zustande gekommen war. Stresemann, Friedberg und Vogel gründeten nach dem Scheitern der Verhandlungen vom 20. November die Deutsche Volkspartei, um von der alten nationalliberalen Organisation zu retten, was zu retten war. In ihrem Aufruf vom 23. November hieß es⁷⁾: "Die durch den gewaltsamen Umsturz veränderten Verhältnisse sprengen die alte Partei-form und zwingen zu einem Zusammenschluß des deutschen Volkes auf neuer Grundlage. Die bisherige nationalliberale Partei ist sich darüber klar, daß ihre alten Überlieferungen und ihr Programm nicht mehr Richtschnur für die heutige Zeit bleiben können. Sie hat die Absicht, allen Schichten des Volkes, die nach politischer Betätigung streben, ihre Tore zu öffnen auf der Grundlage der durch die Demokratie geschaffenen Verhältnisse. / Wir treten auf den Boden der durch die Tatsache der Umwälzung geschaffenen demokratischen Staatsform...." Der neuen Partei traten auch die ehemaligen fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Wiemer und Kopsch bei, die den radikalen Kurs der DDP nicht mitmachen wollten. Aber die Deutsche Volkspartei war zunächst noch ein labiles Gebilde, da man auf die Reaktion in den Orts- und Landesvereinen warten mußte.

Die Wochen nach dem 9. November, die fast alle überkommenen Organisationen wandelten oder beseitigten, ließen viele urzlebige Parteigebilde entstehen. "Bürgerliche" Wahlreden

wurden, wo die Möglichkeit dazu bestand, meist nicht für eine Partei, sondern im Sinne einer Solidarität des Bürgertums überhaupt gehalten. Der Bürgerblock, der auf die Nationalversammlung drängte, schien jetzt die einzige Möglichkeit zu sein. Man wechselte innerhalb weniger Wochen von Partei zu Partei, ungewiß, welche der Neugründungen sich als die zugkräftigste erweisen würde. Zu diesen kurzlebigen Gebilden gehörte auch der durch Walther Rathenau's Initiative am 16. November gegründete "Demokratische Volksbund". Rathenau, der mit der Revolution das Zeitalter seiner sozialen und wirtschaftlichen Ideen gekommen sah, hatte schon mit der Einführung des Parlamentarismus im Oktober 1918 eine "Partei der deutschen Freiheit" angestrebt⁸⁾, steckte aber mit der Revolution seine Ziele noch weiter. Es gelang ihm, in einer nach Berlin berufenen Versammlung geistig führende Persönlichkeiten und Industrielle für seine Pläne zu gewinnen.⁹⁾ Das Programm faßte er lapidar zusammen: "Der 'Demokratische Volksbund' steht auf dem Boden der deutschen Revolution... Erbliche Klassen haben ein Ende. Die Gegenbegriffe Bürgertum und Proletariat entfallen. Jedem Befähigten steht der Aufstieg frei. Militarismus und Imperialismus, Feudalismus und Bürokratismus sind abgetan."¹⁰⁾ In den nächsten Tagen vereinigte der Bund Industrielle wie F. von Siemens, R. Bosch, H. Stinnes, von Borsig, an Politikern F. Naumann, A. Stegerwald, W. von Moellendorff, Graf Bernstorff, die Professoren L. Brentano, W. Goetz, F. Meinecke, H. Oncken, F. Oppenheimer, A. Seeberg, W. Sombart, Schleich, Thimme, E. Troeltsch, ferner R. Dehmelt, H. Frh. von Gleichen, Carl und Gerhart Hauptmann, G. Kerschensteiner und Max Liebermann. Aber es blieb ein Bund Intellektueller und Industrieller, dem keine Massen zuströmten. Dieser Versuch, ein radikal-soziales Programm zum Ausgangspunkt einer großen demokratischen Partei zu machen, scheiterte; der Demokratische Volksbund löste sich schon im November wieder auf. Die 1907 von Theodor Barth gegründete Demokratische Vereinigung trat zugewandt den Jungliberalen als bisher revolutionärste Richtung innerhalb des Liberalismus zur DDP über.¹¹⁾

In der Zeit nach den gescheiterten Einigungsverhandlungen seit dem 20. November vollzog sich die Bewegung in den Orts- und Landesvereinen. Immer wieder wurde die Einigung des Gesamtliberalismus zur Rettung des bürgerlichen Einflusses im neuen Staat gegenüber den Berliner Zentralvorständen gefordert.¹²⁾ Einige Landesverbände vereinigten sich zur Einheitspartei unabhängig vom Parteivorstand. Die Jungliberalen sahen schließlich die Möglichkeit einer gesamtliberalen Einigung im Rücktritt der Führungsgruppe in der DDP.¹³⁾ Außerdem mußte die neugegründete Deutsche Volkspartei das beständige Wachsen der DDP durch den Übertritt ehemaliger nationalliberaler Ortsvereine bemerken. Die liberale Wählerschaft wollte sich auch nicht abfinden mit dem Ausschluß ihrer ehemaligen Führer, wie Stresemanns, aus einer neuen Partei. Die pressure groups der Angestellten- und Beamtenverbände drängten auf Einigung. So kamen die Verhandlungen erneut in Gang, indem am 2. Dezember Friedberg und Leidig als Vertreter der DVP erneut mit der DDP (Schacht und Fischbeck) in Verbindung traten. Es ging jetzt hauptsächlich um Personenfragen, da die Nationalliberalen sich, wenn auch widerstrebend, schließlich auch zu dem demokratischen Aufruf vom 16. November bekennen wollten. Die Bedingung blieb fernerhin, daß Stresemann und eine Reihe der durch ihre Weltkriegspolitik vorbelasteten Nationalliberalen nicht mehr als führende Politiker hervortreten sollten. Drei Nationalliberalen, Friedberg, Bollert und Blankenburg (die zwei letzten hatten der DVP nicht angehört) wurde nach telephonischer Zustimmung Th. Wolffs der Eintritt in den Vorstand der DDP bewilligt. In der letzten Verhandlung vom 4. Dezember vollzog Friedberg die Einigung.¹⁴⁾ Mit ihr trat eine große Zahl der nationalliberalen Parteiführer zur DDP über, u. a. auch der spätere Reichsminister Eugen Schiffer.¹⁵⁾ Die Einigung des deutschen Liberalismus schien zum ersten Male seit 1867 wieder Wirklichkeit zu werden, wenn auch die neue Partei das Wort "liberal" nicht mehr in ihrem Titel und Programm führte. Es ist die Frage, ob der Liberalismus sein Schicksal in der Weimarer Republik durch diese Einigung hätte abwenden können. Ein einheitliches

Programm hätte den Riß, der seit der Revolution zwischen "nationalen" und "revolutionären" Parteien den neuen Staat belastete und der mitten durch die liberale Wählerschaft ging, vielleicht überbrücken können. Es hätte viele gegenseitige Angriffe zwischen der DDP und DVP bei der Wahlpropaganda überflüssig gemacht.

Stresemann hatte an den Berliner Einigungsverhandlungen wegen einer Wahlreise in Sachsen nicht teilgenommen. Nach seiner Rückkehr stand er vor vollendeten Tatsachen, die ihm eine persönlich folgeschwere Entscheidung aufdrängten. Er mußte entweder zugunsten der liberalen Einheitspartei auf eine politische Betätigung im neuen Staate verzichten oder diese Einigung rückgängig machen. Die Vorgänge bis zum 15. Dezember sind nur schwer zu durchschauen. Der Hannoversche Landesverband der Nationalliberalen Partei protestierte gegen die Einigung, während wahrscheinlich die westfälische Gruppe der Partei, die sich durch schwerindustrielle Führung hervorhob und schon bei den Wahlen im Januar 1919 mit der DNVP einschließlich der Antisemiten zusammenging, Stresemann zur Neugründung der DVP ermuntert hat. Die rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, vor allem H. Stinnes, A. Thyssen und der Generaldirektor A. Vögler, durften sich nach heftigen Angriffen von seiten der demokratischen Gründungsgruppe keinen Einfluß in der DDP versprechen. Im Kampf gegen die Sozialisierungsgefahr drängte man auf die Bürgerpartei, die die DVP von Anfang sein wollte, und den Bürgerblock, um gemeinsam mit dem Verband sächsischer Industrieller die Politik der DDP als Verrat am Bürgertum zu bezeichnen.¹⁶⁾ Stresemann bezeichnete die von Friedberg vollzogene Einigung als autoritär und nicht im Sinne der Wählerschaft liegend; den Vorwurf, nur aus persönlichem Ehrgeiz zu handeln, wies er ausdrücklich zurück.¹⁷⁾ Die Fortschrittler wurden beschuldigt, den Liberalismus an die Demokratie verraten zu haben, während die Einigung des Liberalismus nur durch die dazwischentretende Demokratische Partei verhindert worden sei. Man fühlte sich jetzt als einzigen Träger des Liberalismus im neuen Staate.¹⁸⁾ Schließlich wurde eine letzte Versammlung des Zentralvorstandes der ehemaligen Nationalliberalen Partei zum 15. Dezember nach Berlin berufen

auf dem jedoch nur noch 61 der 229 Mitglieder erschienen. Eine zufällige Mehrheit von 33 gegen 28 Stimmen¹⁹⁾ entschied für die Aufrechterhaltung der DVP. Das Schicksal der liberalen Einigung war damit entschieden.

Die Orts- und Landesvereine der Nationalliberalen Partei, die sich noch nicht zwischen den Parteien entschieden hatten, traten zu der neuen DVP über, andere kehrten kurz vor der Wahl zu Stresemanns Führung zurück. In Württemberg und Baden, dem ehemaligen Zentralgebiet der süddeutschen Volkspartei, gelang die Einigung mit den Nationalliberalen völlig.²⁰⁾ In Sachsen verwarf der nationalliberale Landesverband Stresemanns Parteigründung und schloß sich der DDP an. In Bayern, in dem die Nationalliberale Partei kaum Anhänger gehabt hatte, traten die Demokraten zunächst unter dem Namen Deutsche Volkspartei auf.²¹⁾ Stresemanns DVP, die ihre Entstehung dem Zufall der Berliner Entscheidung des alten Zentralvorstandes verdankte und wichtige Zentren der ehemaligen Parteiorganisation verloren hatte, erwies sich in dem kommenden Wahlkampf dennoch als aktionsfähige Gruppe. Ihr Gründungsaufruf vom 18. Dezember schien die Schwenkung der Nationalliberalen zur "Nationaldemokratie" zu bedeuten: "Krieg und Umsturz haben Staatsverfassung und Parteiform gesprengt, neue Parteigebilde treten auf. Wir bekennen uns zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik. Alle Gleichgesinnten fordern wir auf, sich mit uns um das Banner der Deutschen Volkspartei zu scharen."²²⁾

Der am 15. Dezember erlassene Wahlauf Ruf der DDP zeigte eine Front nach zwei Seiten: "Das alte Regierungssystem in Deutschland ist zusammengebrochen. Drei Millionen Tote und Invalide die Einbuße des größeren Teiles unseres Volksvermögens, der Verlust von Schiffahrt und Außenhandel, Hunger und Elend kennzeichnen das Trümmerfeld, das uns eine verfehlte äußere und innere Politik hinterlassen hat.- / Die Bahn zum freien Volksstaat ist offen. Aber allzu lange dauert die mit der Revolution verbundene Unordnung und Gesetzlosigkeit...."²³⁾ Während die DVP den Wahlkampf gegen die "Revolution" führte und verschiedene Wahlbündnisse mit der DNVP und rechtsradikalen Splittergruppen einging, führte die DDP keinerlei

Agitation gegen die Sozialdemokratie, obwohl sie die Revolution haßte. Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 brachten das erwartete Ergebnis. Die DVP sank zu einer kleinen Splittergruppe herab, die 21 Mandate von 421 erringen konnte, während die DDP mit 75 Mandaten wenigstens den Ansatz zu einer Massenpartei zeigte. Der gesamte Liberalismus vereinigte 23 % der Stimmen auf sich und hatte sich somit fast auf dem Stand der Vorkriegszeit erhalten. Bedeutsam waren die regionalen Unterschiede, die ausgesprochen liberale wie auch dem Liberalismus feindliche, überwiegend katholische Gebiete hervortreten ließen. Der höchste Stimmenanteil lag in den Wahlkreisen Hamburg (38 %), Weser-Ems (36,6 %), Mecklenburg (34,7 %), Pfalz (34,2 %), Pommern (32,6 %), Potsdam II (31,8 %), Hessen-Darmstadt (31,4 %), Dresden-Bautzen (29 %), Leipzig (28,7 %) und Magdeburg (28,6 %), der niedrigste in Bayern, Oberschlesien, Rheinland (unter 15 %).²⁴⁾ Bei den verschiedenen Landeswahlen zeigte sich ein ähnliches Bild. Im Plenum der Nationalversammlung saßen die Abgeordneten der DDP im Mittelfeld. Das Zentrum schob sich zwischen sie und die DVP auf der Rechten.

Die DDP war im Gegensatz zu der Geschlossenheit der DVP ein heterogenes Gebilde, dessen innere Zwiespältigkeit sehr bald hervortrat. Das beleuchtet eine Charakteristik seiner führenden Persönlichkeiten. Der vorläufige Parteivorsitz Alfred Webers seit dem Gründungsaufwurf stieß sehr bald in den Kreisen der alten Fortschrittspartei auf Widerstand, so daß sein Rücktritt nach der Wahlkampagne unvermeidlich wurde. Sein Nachfolger wurde O. Fischbeck, der Führer der ehemaligen Fortschrittspartei, der, zwar überzeugter Demokrat, die DDP doch weitgehend den Wünschen der liberalen Wählerschaft anpassen wollte. Von der demokratischen Gründungsgruppe behielt nur Professor Gerland einige Bedeutung, während Th. Wolff und H. Schacht in der DDP nicht mehr hervorgetreten sind.

Ähnlich war das Schicksal des in der ehemaligen Fortschrittspartei bedeutenden nationalsozialen Elements, im letzten Reichstag repräsentiert durch Naumann, Schultze-Güvernitz, Traub und Weinhausen.²⁵⁾ Friedrich Naumann hatte sich an der Gründung der DDP nicht beteiligt, galt er doch vielen als

durch seine Mitteleuropaidee vorbelastet. Er schloß sich der von Eduard Stadtler, einem ursprünglich aus dem Zentrum herkommenden, vielgeschäftigen Agitator, gegründeten Antibolschewistischen Liga, später Liga zum Schutze deutscher Kultur, an, ohne sie jedoch als eine politische Partei zu betrachten. Die Abwehr des Bolschewismus schien ihm vordringlicher als bürgerliche Parteigründungen. Ferner suchte er die ehemaligen Nationalsozialen zu sammeln, die nun über viele Parteien bis hin zur Sozialdemokratie verstreut waren. Aber auch diese sollten nicht in der Form einer Partei erfaßt werden, sondern als geistig führender Kreis in einem "Sozialpolitischen Kongreß" ähnlich dem ehemaligen Evangelisch-Sozialen Kongreß und dem Verein für Sozialpolitik. Als es ihm nicht gelang, den zunächst vorgesehenen Prinzen Max von Baden zu gewinnen, scheiterte der Plan. Aus Stadtlers Liga trat Naumann aus, als Stadtler, gestützt auf die finanzielle Hilfe liberaler Parteien und führender Industrieller, immer deutlicher mit einem berufsständischen Programm hervortrat.²⁷⁾ Schon Ende November 1918 hatte sich deshalb Naumann der DDP angeschlossen, weil die parteipolitische Bindung schließlich unumgänglich war.²⁷⁾ Eine führende Stellung hat er zunächst nicht gehabt, jedoch fand sich eine beträchtliche nationalsoziale Gruppe in der Nationalversammlungsfraktion der DDP zusammen. Zu ihr gehörten Carl Petersen, Erich Koch-Weser, Konrad Henrich, Friedrich Weinhausen, Otto Muschke, Wilhelm Vershofen, Gertrud Bäumer und Wilhelm Heile. Außerhalb des Parlaments gehörten zu den Anhängern Naumanns ferner Martin Wenck, Professor Walter Goetz, der Publizist Paul Rohrbach, der Münchener Georg Hohmann und Theodor Heuss. Rohrbach hat sich von den ehemaligen Nationalsozialen der DDP am längsten ferngehalten, weil ihm die Partei nicht genügend Garantien für eine nationale Politik und die Verbreitung sozialer Gedanken im Bürgertum zu bieten schien. Naumann wußte ihn im Sommer 1919 schließlich zum Eintritt zu bewegen.²⁸⁾ Eine von der DDP angebotene Reichstagskandidatur wurde nach dem Kapp-Putsch zurückgezogen. Naumanns Einfluß in der Partei wuchs bedeutend, so daß ihn der erste Parteitag der DDP im Juli 1919 zum Vorsitzenden wählte, wenige Wochen vor

seinem Tode.²⁹⁾ Sein Nachfolger in der Leitung der Partei wurde Carl Petersen. Obwohl die politischen Ideen Naumanns am ersten zur Grundlage der neuen Partei hätten werden können, war die DDP weit davon entfernt, nationalsozial zu sein. Ferner hebt sich die ehemals nationalliberale Gruppe innerhalb der demokratischen Fraktion hervor. Zu ihr gehörten Eugen Schiffer, Frh. von Richthofen und der oldenburgische Gutsbesitzer Wachhorst de Wente in der Nationalversammlung, Friedberg in der preußischen Landesversammlung. Ihre Zahl ist klein angesichts der nationalliberalen Wählerschaft, die hinter der DDP stand. Sie begegneten nicht nur dem Mißtrauen der überzeugten Demokraten, sondern hatten sich auch fortwährender Angriffe von der DVP zu erwehren. - Mit Friedrich Payer und Conrad Haussmann hatte die DDP zwei der bedeutendsten Führer der Fortschrittspartei übernommen. Beide waren aufgestiegen in der süddeutschen Volkspartei vor der Einigung von 1910, die Payer nach dem Tode des Begründers Mayer geleitet hatte. Dieser süddeutsche Liberalismus hatte von der alten demokratischen Tradition der Revolution von 1848 weit mehr erhalten als der preußische und fand sich daher schneller zum neuen Programm. - An namhaften Diplomaten schloß sich nur der ehemalige deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten, Graf Bernstorff, der DDP an, während Graf Brockdorff-Rantzau als erster Außenminister der Republik der DDP wenigstens nahestand, ohne ihr beizutreten. Die übrigen Führer der DDP entstammten der alten Fortschrittspartei, wie die als extrem liberal geltenden Dernburg, Fischbeck und Gothein oder kamen her aus den Angestellten- und Beamtenverbänden.³⁰⁾

Diese Zusammensetzung ließ die DDP als das Krisengebilde einer Übergangszeit erscheinen, dem es nicht gelang, sich unter einer allgemein anerkannten politischen Idee zu einigen. Nationalliberale gegen Fortschrittler, doktrinaire Liberale gegen Sozialpolitiker, "Nationaldemokraten" gegen "Pazifisten"³¹⁾ waren die Schlagworte dieser inneren Auseinandersetzungen, die sich in Presse und Reden spiegelten.³²⁾ Bei der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages im Juli 1919, bei den Beratungen über die Flaggenfrage, über

die Einführung des 1. Mai als Nationalfeiertag, über die Abschaffung des Adels und über das Betriebsrätegesetz in der Nationalversammlung spaltete sich stets die Fraktion in zwei feindliche Lager. Auf dem ersten Parteitag der DDP entzündeten sich die Gegensätze an der Friedensfrage und prallten in Naumanns Angriffsrede gegen den ehemaligen Nationalliberalen Frh. von Richthofen aufeinander,³³⁾ so daß das Bild eines völlig labilen Zustandes der Partei entstehen konnte. Dieser erste Parteitag der neuen Partei schien Naumann "formal die Grenze zu überschreiten, die ein Parteitag in weltgeschichtlichen und großen Fragen innehalten muß". Ein allgemein anerkanntes Programm kam nach achtmonatigem Bestehen der Partei noch nicht zustande, und die Abstimmung darüber mußte auf den zweiten Parteitag im Dezember 1919 verschoben werden. Der kaum verborgene Riß durch die DDP war im Grunde derselbe der den Bestand der Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP täglich bedrohte.

Als weiteres Krisensymptom kam hinzu, daß trotz der vielen Partei Gründungen die alten liberalen Parlamentsmitglieder auch größtenteils wieder in die Nationalversammlung gewählt wurden und die Hoffnung auf eine innere Revolutionierung des Liberalismus bald zerstörten. Führenden Demokraten wie Max und Alfred Weber, Hugo Preuss und Walther Rathenau gelang es nicht, in die Nationalversammlung gewählt zu werden. Rathenau hatte sich nach dem Scheitern seines Demokratischen Volksbundes der DDP angeschlossen und hoffte hier eine seinen Ideen aufgeschlossene Gruppe zu finden. Die Hoffnung auf die Revolution als Ursprung des "neuen Staates" und der "neuen Gesellschaft" war bei ihm immer noch sehr stark. Er suchte ein Betätigungsfeld als Sozialreformer, d.h. über die Partei, die Nationalversammlung oder die Sozialisierungskommission in eine leitende sozialreformerische Position zu gelangen, während er 1922 das Außenministerium nur zögernd übernahm. In die Sozialisierungskommission wurde er als vorbelastet durch seinen Aufruf zur "levée en masse" vom Oktober 1918 nicht berufen. Seine Anhänger in der DDP versuchten im Dezember 1918, ihn im Wahlkreis Liegnitz als Kandidaten der DDP aufzustellen. Bei der Vertreterversammlung zur Auf-

stellung der Wahllisten kam es jedoch zu antisemitisch begründeter Opposition gegen ihn, so daß man ihn von der Liste strich.³⁴⁾ Er fühlte sich bald von dem Kurs der DDP enttäuscht, von dem man keine revolutionären Neuerungen erwarten könne. Im Herbst 1919 distanzierte er sich von ihr ohne formellen Austritt.³⁵⁾ Das Außenministerium übernahm er 1922 als "Fachminister" ohne Reichstagsmandat.

Max Weber, der ebenfalls nicht zu den Unterzeichnern des demokratischen Aufrufs vom 16. November gehört hatte, trat der DDP wenig später bei und glaubte, seine Mitwirkung bei der Neuordnung des Staates nicht versagen zu können. Er war im süddeutschen Raum in einer Anzahl von Städten und im Dezember in Berlin in erfolgreichen Wahlreden für die DDP hervorgetreten. In Frankfurt a.M. setzte man ihn spontan auf die Wahlliste für Hessen-Naussau. Einige Wochen darauf entfernte ihn eine Versammlung lokaler Parteiführer wieder von der ersten Stelle. Ein anderer Versuch auf der badischen Liste scheiterte ebenso.³⁶⁾ Es gab darauf keine Möglichkeit mehr, in leitende Stellungen zu gelangen, da die Versuche über Partei und Nationalversammlung gescheitert waren.

Hugo Preuss als eigentlicher Schöpfer der Reichsverfassung hatte sein Amt als erster Innenminister der Republik schon am 15. November von Ebert erhalten, erhielt jedoch später kein Mandat in der Nationalversammlung. Auch auf der Berliner Wahlliste für die preußische Landeswahl vom 26. Januar 1919 erhielt er sich nur mit Mühe, da der Bezirksvorstand keinen Vertreter der Zerstückelung Preußens befürworten wollte. Sein Mandat im preußischen Abgeordnetenhaus war in den nächsten Jahren die einzige Möglichkeit zum Einfluß auf den Staatsaufbau im Reiche.³⁷⁾ Preuß hatte zu den Anhängern der Freisinnigen Vereinigung Theodor Barths gehört und als Vertreter der Fortschrittspartei lange Zeit in der Berliner Stadtverwaltung gewirkt, konnte aber in der DDP nie führende Bedeutung erlangen.

Die Professorenschaft vor allem der preußischen Universitäten stand dem neuen Staat wie auch der DDP fast ausschließlich feindlich gegenüber. Die Universitäten einschließlich des Hauptteils der Studentenschaft galten bald als Herde

der Reaktion; es war verpönt, sich Demokrat zu nennen. Im Januar 1919 brachte die Presse einen "Aufruf deutschnationaler Hochschullehrer", der sich gegen Sozialdemokratie und Demokratie als Trägern der Revolution wandte. Die lange Liste der Unterzeichneten enthielt die Namen führender Juristen, Historiker und Philologen³⁸⁾, die sich bewußt auf die Rechte stützten, um den neuen Staat zu bekämpfen. Gegen diese Bestrebungen wandte sich Friedrich Meinecke³⁹⁾, der so zusammen mit Ernst Troeltsch auf die Seite der wenigen demokratisch gesinnten, ehemals liberalen Professoren trat. Zu diesen gehörten unter den Juristen vor allem G. Anschütz, H. Kelsen, H. Nawiasky, K. Wolzendorff und Th. Vogelstein, aus den übrigen Fakultäten M.J. Bonn und H. Herkner, während H. Delbrück sich neutral verhielt und damals die Herausgabe der Preussischen Jahrbücher niederlegte. Die Tatsache trat immer mehr hervor, daß die führenden Intellektuellen sich meist auf DVP und DNVP verteilten, während es der DDP nicht gelang, die bürgerlichen Bildungskreise in ihrer Partei zu vereinigen.⁴⁰⁾ Vor allem der Lehrkörper der Berliner Universität galt als Zentrum des Demokratenhasses.⁴¹⁾ Der Versuch, führende Wissenschaftler und Politiker in dem in Berlin auf Betreiben Rathenaus 1919 gegründeten "Demokratischen Klub" zur Auseinandersetzung über den neuen Staat zu bringen, mußte schon bald als gescheitert betrachtet werden.

Die DVP hatte als kleine, aber als innerlich einheitliche Gruppe die überzeugtesten nationalliberalen Kreise des Bürgertums hinter sich. Die beiden ersten Parteitage im März und Oktober 1919 boten ein einheitliches Bild, und die Führerstellung Stresemanns war längst wieder von allen anerkannt. Stresemanns Haltung in den Monaten nach der Revolution, schwankend zwischen Monarchismus und Konzessionen an die Demokratie, zwischen extrem liberaler Wirtschaftsauffassung und sozialpolitischer Revolutionierung, zwischen Bereitschaft zur Mitwirkung am neuen Staat und Polemik gegen die Revolution ist wie das geschlossene Auftreten der Partei nur durch die starken hinter ihr stehenden Interessengruppen erklärbar. Die führenden Intellektuellen der Partei

die Professoren Eugen Leideg und Wilhelm Kahl, klammerten sich an nationalliberale Grundsätze, z.T. aus der Zeit Treitschkes, und rangen sich nur schwer zu demokratischen Kompromißformen durch. Aber die Interessentengruppen drängten und wollten durch die Partei zu Einfluß kommen.

Hugo Stinnes hatte sich schon vor der Nationalversammlung der DVP genähert. Die Revolutionswochen führten führende Industrielle des ganzen Reiches in Berlin zusammen, die sich bei der Fülle der Parteineugründungen um Einfluß bemühen wollten. In Rathenaus Demokratischen Volksbund beteiligten sich von Borsig, R. Bosch, Fr. von Siemens und H. Stinnes. Nach dessen Scheitern wandte sich eine größere Gruppe Eduard Stadtlers Antibolschewistischer Liga zu, nachdem Stadtler im Januar 1919 in Berlin und im Düsseldorfer Steinhof vor Borsig, Deutsch, Stinnes, Siemens, Thyssen, Springorum und Vögler seine Ideen entwickelt hatte. Man bewilligte Stadtler 500 Millionen Mark als "Versicherungsprämie".⁴²⁾ Stinnes trat zunächst auch für Stadtlers berufständische Ideen ein, mußte sich jedoch von der Bedeutungslosigkeit der Liga überzeugen. Darauf näherten sich gleichzeitig mit ihm A. Vögler, Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG, Jakob Riesser, ehemaliger Vorsitzender des 1909 gegründeten Hansabundes, und viele Industrielle der ehemaligen rheinisch-westfälischen Gruppe der nationalliberalen Partei der DVP. Mit Hugo Stinnes hatte die DVP in ihren Anfangsjahren einen gewaltigen und ständig wachsenden Konzern im Rücken.⁴³⁾ Der DDP standen nur Industrielle wie R. Bosch, W. Rathenau und Fr. von Siemens nahe, ohne daß sie jedoch parteipolitisch hervortraten.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages und dem Regierungsaustritt der Demokraten im Juni 1919 begann in der DDP eine Krise sichtbar zu werden, die sich immer mehr auf die Wählerschaft auswirkte. Die Zeit der "Enthüllungen" von rechter Seite gegen Politiker der Koalitionsparteien, der Prozeß Helfferichs gegen Erzberger, die Eröffnung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Oktober 1919 und endlich der Kapp-Putsch einschließlich des Regierungs-

aufrufs zum Generalstreik begannen den demokratischen Gedanken im liberalen Bürgertum zunehmend zu diskreditieren. Schon Ende 1919 häuften sich die Austritte aus der DDP. In Sachsen, wo bisher die DVP nicht aufgetreten war, nahm man den Austritt des Landesvorstandsmitgliedes Zöphel zum Anlaß einer Gründung der DVP in Sachsen. In Württemberg und Baden spaltete sich die liberale Einheitspartei, und es kam unter Egelhaaf und Bickes zur Gründung eines neuen Landesverbandes der DVP.⁴⁴⁾ Im Reiche traten ganze Ortsgruppen der DDP zur DVP über, und der im Juli 1919 erreichte höchste Mitgliederstand von rund 900 000 sank jetzt unaufhaltsam ab. Die DVP umfaßte zu Beginn des Jahres 1919 rund 100 000 Mitglieder, erreichte aber durch die Austrittsbewegung in der DDP bis zum Herbst des Jahres fast die Zahl von 500 000. Manche Wahlkreise (Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Berlin) verzehnfachten die Zahl ihrer Mitglieder.⁴⁵⁾

Stresemann wurde durch die Bewegung im liberalen Bürgertum wiederum vor eine schwere Entscheidung gestellt. Die Erfolge seiner Partei waren ihrem Rechtskurs zu verdanken, da sie ihren politischen Kampf ausschließlich gegen DDP und Sozialdemokratie führte und sich gegenüber der DNVP um freundschaftliche Nachbarschaft bemühte. So wurde eine Fusion der beiden Rechtsparteien nahegelegt, und Verhandlungen zwischen Stresemann und Hertg über eine Einigung fanden im Juni 1919 statt.⁴⁶⁾ Ihr Scheitern ist jedoch nicht allein auf die Gegensätze in der Judenfrage, in Siedlungs- und Schutzzollpolitik zurückzuführen, sondern vor allem auf den persönlichen Kurs Stresemanns. Die DVP war 1918 als Ansatz zu einer bürgerlichen Sammelbewegung gegründet worden. Man hoffte nun auf Spaltung der DDP, deren pazifistischer Flügel zur SPD übertreten, während der bedeutendere rechte mit Teilen der DNVP sich der DVP anschließen würde.⁴⁷⁾ Zu einer Hoffnung auf Zuzug von der DNVP bestand nach dem Übertritt der Landräte von Kardorff und von Dewitz zur DVP aller Anlaß. Bei einer liberal-konservativen Einheitspartei befürchtete Stresemann jedoch den Abfall weiter Kreise des liberalen Bürgertums und sah hier den tiefsten Grund für die Unmöglichkeit einer Fusion. In diesem Sinne wurde auch der Wahlkampf zum ersten Reichstag vor den Wähler vom 6. Juni 1920 geführt.

Das Wahlergebnis war völlig umstürzend. Zwar erhielt sich die Wählerschaft der liberalen Parteien mit 22,2 % fast auf dem Stand von 1919 (23 %), doch sank die Fraktion der DDP von 75 auf 39, während die der DVP von 21 auf 65 Mandate stieg.⁴⁸⁾ Dieses Wahlergebnis war eine Auswirkung des wachsenden Radikalismus auf der Äußersten Linken und Rechten. Der Erfolg der DVP ist nur vorübergehend gewesen, da schon 1924 ein fühlbares Absinken auf 45 Reichstagsmandate erfolgte. Die Zeit der Weimarer Republik nach dem Jahre 1920 wurde ein unaufhaltsamer Niedergang der liberalen Parteien. Der demokratische Parteitag vom Dezember 1920 drängte erneut auf die Einigung des Liberalismus, ein Bestreben, das auch die von Eugen Schiffer und ehemaligen Anhängern der DDP 1925 gegründete "Liberale Vereinigung" als zwischenparteilichen Verein zusammenführte. Die Neugründung der Deutschen Staatspartei aus der DDP und dem 1920 von A. Mahraun gegründeten Jungdeutschen Orden schloß 1930 die Kette der Parteifusionen. Im gleichen Maße wie liberale Ideen in Links- und Rechtsparteien in einem jahrzehntelangen Prozeß eindringen, wechselten auch liberale Politiker zu diesen Parteien über. Die DNVP erhob das dem alten Konservativismus fremde Ziel der großdeutschen Einheit zum Leitwort und zog durch diese Nachfolge des Liberalismus viele Nationalliberale, vor allem nach Stresemanns Locarnopolitik, an sich. Ein großer Teil von Naumanns Anhängern aber stand der Sozialdemokratie nahe und trug damit zur Abwendung Linksliberaler zur SPD während der ganzen Weimarer Zeit bei, die in dem Übertritt des langjährigen Vorsitzenden der DDP, Anton Erkelenz, zur SPD im Jahre 1930 gipfelte. Was der Liberalismus als Idee gewann, verlor er als Partei an Boden. Vor dem plötzlichen Aufstieg des Nationalsozialismus erreichte er 1928 noch 13,5 % der Wählerzahlen, um dann, vor allem nach 1930 als bedeutungslose Splittergruppe mit 1 bis 3 Reichstagsmandaten dahinzusiechen. In der DDP trat dazu schon kurz nach der Revolution ein Sterben der politischen und geistigen Führerschaft. Die Partei verlor 1919 Friedrich Naumann, 1920 Max Weber und Robert Friedberg, 1922 Conrad Haussmann und Walther Rathenau, 1923 Ernst Troeltsch,

1925 Hugo Preuss. Die Partei war ihrer besten Köpfe beraubt, während die DVP neben Stresemanns überragender Führergestalt ebenfalls kaum führende Politiker des Liberalismus hervorgebracht hat. Die Revolutionszeit von 1918 bis zu den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 hat entscheidende Ereignisse für den deutschen Liberalismus enthalten. Es war eine Zeit der Umschichtung und der Krise in beiden Parteien.

II. Kapitel:

Liberalismus und Demokratie

1. Das Ende der Bismarckverfassung und der Monarchie.

Das Spezifische des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert läßt sich in seinen beiden Zielen fassen: Die Minigung der deutschen Einzelstaaten zum deutschen Einheitstaat und die Aufrichtung einer einheitlichen Staatsgewalt nach den Prinzipien der liberalen Rechtsstaatsidee. Für diesen Liberalismus war die deutsche Verfassung vom 16. April 1871 nur eine Notlösung, die auf das Scheitern der Revolution von 1848 und die Unmöglichkeit einer Wiederholung zurückzuführen war. Der Teil des liberalen Bürgertums, der sich mit der kleindeutschen Lösung abfand, fühlte sich nun als nationalliberale Partei der Reichsgründung, während der kleinere linksliberale Teil, zwar immer noch "großdeutsch" gesinnt, ohnmächtig beiseite stand. Was noch vorhanden war an revolutionärem Bewußtsein, das hoffte auf die Umwandlung dieses deutschen Reiches von innen, indem sich die sozialen und politischen Kräfte am Ende doch durchsetzen würden. Aber das außenpolitische und nach dem Anwachsen der Sozialdemokratie soziale Risiko einer Revolution wollte kaum noch jemand eingehen. "Ungefähr seit 1880 war politisch dem deutschen Bürgertum das Rückgrat gebrochen."¹⁾ Schon 1900 schilderte Friedrich Naumann die Unmöglichkeit der demokratischen Revolution angesichts der durch Zentralisation, moderne Verkehrsmittel, Telegraphie und Heere mit moderner Bewaffnung ungeheuer intensivierten und erweiterten Staatsmacht.²⁾ Das halbe Jahrhundert von der Reichsgründung bis zur Revolution von 1918 war ein stetiger Verlust an revolutionärer Gesinnung im liberalen Bürgertum und damit die Zeit des folgenschweren Kompromisses mit dem bestehenden Staat.

Wie sah diese Verfassung Bismarcks aus, die im wesentlichen bis zu den Abänderungsgesetzen vom Oktober 1918 und der Revolution vom 9. November 1918 bestanden hat, und welche politischen Kräfte konnten durch sie erfaßt werden?

Diese Verfassung enthielt keine Grundrechte, sondern überließ es den Einzelstaaten, dem liberalen Bedürfnis nach Sicherung der persönlichen Freiheiten und Rechte zu entsprechen. Die einleitende Formel von den deutschen Fürsten, die einen "ewigen Bund" schließen "zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes", war nach dem Scheitern der liberalen Einheitsbewegung die Verkörperung des gegenrevolutionären Prinzips. Diesem Bund der Fürsten entsprach der Aufbau der obersten Gewalten. Die eigentliche Regierung lag bei den aus den Delegierten der einzelnen Staaten bestehenden Bundesrat, in dem Preußen 17 von 58 (seit 1911 von 61) Stimmen führte, die es aber wegen der wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit vieler Mittelstaaten von Preußen auf eine absolute Mehrheit steigern konnte. Dieser Bundesrat funktionierte als einheitliche Zentralinstanz im neuen Reiche überraschend gut³⁾, konnte aber die politischen Kräfte des Reiches bei weitem nicht erfassen. Der Reichskanzler war als gleichzeitiger preußischer Ministerpräsident Führer der preußischen Vertreter im Bundesrat und hatte als Leiter der Reichspolitik die Stimmen Preußens und seiner Anhänger hinter sich. Eigentliche Reichsministerien gab es nicht, da die in den nächsten Jahrzehnten langsam entstehenden und wachsenden Reichsämter mit Staatssekretären besetzt wurden, die z.T. preußische Minister ohne Portefeuille werden konnten. Die Bestimmung des Art.9, daß niemand "zugleich Mitglied des Bundesrates und des Reichstages" sein könnte, machte also die Besetzung der Staatssekretariate mit Mitgliedern der Einzelparlamente nicht unmöglich. Jedoch konnte der Reichskanzler niemals Mitglied des Reichstags sein, und somit war der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem ohne Verfassungsänderung unmöglich gemacht. Die Politik des Reichskanzlers brauchte also nicht unbedingt eine Reichstagsmehrheit hinter sich zu haben, sondern wurde vielfach allein durch die Mehrheit der Bundesratsstimmen gestützt. Diese "großpreußische" Struktur des Reiches machte es möglich,

daß preußische Minister in die Reichspolitik übergriffen, im Reichstag erschienen und als gleichzeitige Staatssekretäre von Reichsämtern deren Politik leiteten. Mit der "großpreußischen" Struktur des Reiches waren aber auch zugleich die sozialen Schichten in Deutschland, die durch das preußische Dreiklassenrecht begünstigt wurden, die ausschlaggebenden politischen Kräfte. Dieses Wahlrecht begünstigte zwar neben dem Großgrundbesitz vor allem auch das industrielle Bürgertum, das meist nationalliberal gesonnen war, schob aber einen großen Teil des liberalen Kleinbürgertums als minderberechtigt beiseite. Der Reichstag als Organ des Volkes kam durch das "früheste Wahlrecht der Welt" zustande, konnte sich aber politisch mit der Macht des Bundesrates nicht vergleichen. Politische Macht war für einen Liberalen durch den Reichstag nicht zu erlangen, und die wenigen Versuche dazu, wie die Verhandlungen Bismarcks mit Bennigsen 1877, sind gescheitert. Die politische Laufbahn mußte auf dem Wege über das Beamtentum begonnen werden, und dieses bot für einen Liberalen wenig Aussicht auf Fortkommen. Dazu kam, daß das Reich noch kaum ein Beamtentum besaß. Die Staatssekretariate des Reiches wurden überwiegend mit hohen preußischen Beamten besetzt und waren politisch nur dem Reichskanzler verantwortlich.⁴⁾

Die Stellung des Kaisers als Reichsoberhaupt war auch den meisten Liberalen ein Symbol der 1871 erreichten deutschen Einheit. Eine dem politischen Konkurrenzkampf entrückte Spitze des Reiches, die die Besetzung aller Reichsämter in der Hand hatte, erschien auch demokratisch gesinnten Liberalen als unersetzlicher Wert. Die Verfassung sah jedoch bei einem persönlichen Hervortreten des Monarchen in der Politik lediglich die Gegenzeichnung des damit verantwortlichen Kanzlers vor (Art.17) und bot so die Möglichkeit zu einem "persönlichen Regiment", wie es Wilhelm II. nach 1890 anstrebte. Der Monarch konnte nach der Verfassung sein Amt auch politisch auffassen und so Beamtentum und Parlament weiter in ihren politischen Ansprüchen einschränken, so daß die Politik ein Feld unkontrollierbarer Ratgeber des Hofes werden konnte.

Die Situation des politischen Liberalismus war nach 1871 die sich auf das im Reichstag gegebene Feld zu beschränken und einen latenten revolutionären Gehalt in ihm zur Geltung zu bringen. Doch die absolute Mehrheit der liberalen Parteien gegenüber der konservativen und katholischen Minderheit ging schon bei den Reichstagswahlen von 1877 verloren. Hinter einer demokratischen Revolution stand nun keine sozial einheitliche Schicht mehr, wie auch die Reichstagspolitik von jetzt ab auf wechselnde Parteikoalitionen angewiesen war. Nach einer kurzen Zeit nationalliberaler Vorherrschaft und der Beendigung des Kulturkampfes kannte die Reichstagspolitik fast ununterbrochen bis in die Zeit des Bülowblocks von 1907 nur die konservativ-katholische Koalition, auf die sich die Budget-, Heeres-, Flotten- und Kolonialpolitik der Regierung stützte. Der Liberalismus drohte, abgesehen von einigen Konzessionen an die Nationalliberalen, auch als politische Macht innerhalb des neuen Reichstags übergangen zu werden. Er strebte unablässig nach Einfluß oder beschränkte sich wie die Freisinnige Volkspartei unter Eugen Richters Führung auf die dauernde Ablehnung der Regierungsvorlagen und die Opposition gegen einen Staat, an dem er sich nur wenig beteiligt fühlte.

Das bedrohliche und unaufhaltsame Anwachsen der in der Sozialdemokratie organisierten Massen, die schließlich mit 110 Reichstagsmandaten 1912 die stärkste Partei wurden, schien den Liberalismus zwischen zwei Machtblöcke zu zwingen, von denen er schließlich aufgerieben werden mußte. Hier war eine demokratisch und revolutionär gesonnene Partei, die neben der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vor allem den bestehenden Staat umzustürzen gewillt war. Wenn auch der Umsturz nicht gelingen würde, so drohte schon durch das stetige Anwachsen dieser Massenpartei eine Parlamentsmehrheit, die alle Minderheiten vergewaltigen konnte und bei wachsender Macht des Parlaments den Staat zu einem Instrument ihrer Mehrheit machen würde. Diese Aspekte beschleunigten den Weg des Liberalismus, sich mit dem Staat Bismarcks abzufinden und ihn schließlich als ein Bollwerk

gegen den Umsturz zu betrachten. Die Nationalliberalen lehnten als "Partei der Reichsgründung" bis zur Revolution von 1918 jede Koalition mit der Sozialdemokratie ab, schon um sich in den Augen des Kaisers nicht für politische Ämter zu diskreditieren. Der Linksliberalismus Eugen Richters distanzierte sich von der Sozialdemokratie, weil er eine staatliche Sozialpolitik als Privilegierung der wirtschaftlichen Minderwertigkeit und als Ansatz zum Totalitären ablehnte. Die Freisinnige Vereinigung Theodor Barths⁵⁾ und die süddeutsche Volkspartei unter Payers Führung waren stärker sozialpolitisch orientiert, und der badische Großblock von 1906 war das seltene Beispiel, daß Liberale und Sozialdemokraten eine Koalition eingingen.

Zu den Bemühungen des Linksliberalismus, die sozialdemokratischen Massen zu entradikalisieren und sie für die bestehende Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsordnung zu gewinnen, gehörte auch Friedrich Naumanns Versuch eines Nationalsozialen Vereins von 1896. Die staatliche Sozialpolitik und das allgemeine Wahlrecht, das den Massen in der Reichstagsmehrheit den gebührenden Einfluß verschaffen sollte, war ihm nur das eine Moment ihrer Versöhnung mit dem Staat.⁶⁾ Die andere lag für Naumann in dem "Einfluß des Napoleonismus auf das neudeutsche Kaisertum", dessen cäsaristische Elemente ebenso wie Napoleon III. in Frankreich die Massen bannen und an den Staat fesseln sollten mit all den irrationalen Konsequenzen einer solchen Politik.⁷⁾ Diese für den Linksliberalismus völlig neue Bejahung des Machtgedankens, der alle politischen und sozialen Kräfte erfassen sollte, um sie, wenn nötig auch mit den Mitteln des Cäsarismus an den Staat zu bannen, ging auf Max Weber zurück. Allein Naumanns Einfluß auf den Liberalismus blieb bei dem Scheitern seiner Partei 1903 gering, da die Mehrheit des liberalen Bürgertums in dem bestehenden Staat mehr und mehr ein Mittel gegen die sozialdemokratischen Massen sah. Der von Naumann geforderte "Block von Bassermann bis Bebel", der die Sozialdemokratie, die linksliberalen Parteien und die Nationalliberalen umfassen sollte, kam vor der Revolution von 1918 nicht zustande. Auch die liberale Ideologie näherte sich mehr und

mehr der konstitutionellen Monarchie als der "liberalen Staatsform", und sah als Gegensatz die von Massenleiden-schaften hin und her geworfene Demokratie, die weit mehr totalitäre Elemente als der Obrigkeitsstaat in sich trug.⁸⁾ Bei dem kurzlebigen Bülowblock von 1907 schwenkten Nationalliberale wie Linksliberale nach rechts und gingen trotz Th. Barths Widerstand, der zur Abwehr des Blocks die "Demokratische Vereinigung" gründete, die Koalition mit den Konservativen ein. Nach 1912 forderte Naumann zwar die taktische Einheit der nun noch bestehenden zwei liberalen Parteien, konnte jedoch an der Todfeindschaft zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten nichts ändern. In der Nationalliberalen Partei hatte sich die schwarz-rot-goldene Tradition von 1848/49 ganz zwanglos mit einem oft überschwänglichen Patriotismus für den bestehenden Staat verbunden. Die Überzeugt Nationalgesinnten im Linksliberalismus wie Naumann, Max Weber, Paul Rohrbach und der Kreis der ehemaligen Nationalsozialen hielten zwar mit der Kritik an den bestehenden Verhältnissen nicht zurück, fanden sich aber in der Ablehnung jeder Revolution und der Bejahung des durch die Monarchie verkörpertten Machtstaatsgedankens.

Was sah dieses liberale Bürgertum in der Monarchie gegenüber der andrängenden sozialdemokratischen Revolution von links? Die monarchische Stellung war dem politischen Kampf entrückt und schien darum als "überparteilich" besser den Klassen und Parteien gerecht zu werden, als dies parlamentarisch regierte Staaten wie England und Frankreich konnten. Dem sozialpolitisch orientierten Teil des Liberalismus war gerade in der Monarchie eine sozialpolitische Garantie gegeben, während die dauernd wechselnden Mehrheitsverhältnisse parlamentarischer Regierungen auf den französischen Typus der "Geldsackrepublik" oder auf eine sozialistische Diktatur zu neigen schienen. Wenn erst dieser Staat ins Wanken kam, dann schien die Kette des Umsturzes in Gesellschaft und Wirtschaft nicht mehr abzureißen, und dann war das Bürgertum in seinen Existenzgrundlagen bedroht. In der Monarchie war die geistige Freiheit weitgehend gesichert, während eine Demokratie mit sozialistischer Mehrheit als Beginn eines Zeitalters geistiger Unterdrückung erschien.

Mit dem Ausbruch des Weltkriegs 1914 begann die Krise des monarchischen Gedankens. Durfte man einen Staat, der mit den Waffen verteidigt werden mußte, noch auf Grund alter liberaler Ideen kritisieren oder mußte man ihn bedingungslos gegen die feindliche Propaganda verteidigen? Was hatte man auf deutscher Seite der feindlichen Presse entgegenzusetzen, die den Kulturkrieg der westlichen Demokratien gegen den "despotischen Imperialismus" Deutschlands propagierte? Man sah auf deutscher Seite bald ein, daß dieser Krieg auch ein Krieg um die Verfassungen sei.⁹⁾ Man war auf nationalliberaler Seite schnell fertig, die demokratische Propaganda des Westens als bloßes Mittel seines Imperialismus abzutun und in Deutschland unter der Idee des Burgfriedens das unbedingte Bekenntnis zur Monarchie und zum Durchhalten bis zum "Siegfrieden" zu fordern.¹⁰⁾ Anders die Publizistik des Linksliberalismus in den Kriegsjahren. In der langen Auseinandersetzung mit der westeuropäischen Kultur und Staatsstruktur entstanden damals Friedrich Meineckes und Ernst Troeltsch' kulturkritische Aufsätze¹¹⁾, die nach den Gründen suchten, weshalb der als autokratisch und bedrohlich gebrandmarkte deutsche Staat nur in dieser Form bestehen konnte. Troeltsch entlarvte die demokratischen Kulturkriegsparolen des Westens als zum Wesen der französisch-rationalistisch-fortschrittgläubigen und der angelsächsisch-christlichen Weltverbrüderungshoffnungen gehörig. Hinter der Verbindung humanitärer Ideen mit der Politik, der demokratischen Sucht nach Gleichsetzung von "Privatmoral und Staatsmoral" verberge sich nur ein anderer Imperialismus.¹²⁾ "Der moderne Imperialismus arbeitet mit demokratischen Mitteln und ist von wild erregten Massenstimmungen durchglüht, genau wie umgekehrt die erregte Massenseele nicht mehr von Theorien, sondern von Phantasiebildern der Größe, dem Durst nach Leidenschaft und der Hoffnung auf verbesserte staatliche Lebensbedingungen ergriffen wird. Der moderne Imperialismus ist stark demokratisch, und die moderne Demokratie schlägt wider Wissen und Willen in Imperialismus um."¹³⁾ Als das Wesen des deutschen Staates erkannte Troeltsch dagegen die Ausbildung individueller religiöser und geistiger Freiheit bei freier Hingabe an den Staat als

Gesamtperson, dessen Machtethos als unabänderlich erkannt wurde. Das ständige Nachdenken über das Verhältnis von Macht und Idee, von Staat und individuellem Geist sei charakteristisch für die deutsche Geschichte. Der persönliche Lebensstil und die Freiheit der Ideenbewegung richte sich jedoch nicht wie in den westlichen Demokratien gegen den Staat als Machtkörper, sondern suche von sich aus zu einem Gesamtwillen zu kommen.¹⁴⁾ So war ihm die Staatsgründung Bismarcks nichts Zufälliges und Unvollendetes: "Monarchie, Heer, Schule, Verwaltung und Wirtschaft Deutschlands haben ihre Grundlage in einem außergewöhnlichen Ordnungssinn, in strenger Disziplin und ernstem Pflichtgefühl."¹⁵⁾ Die "deutsche Idee von 1914", die Troeltsch zusammen mit dem Nationalökonom Johann Plenge als neuen Beweis des Gegensatzes deutschen Geistes und westlicher Demokratie ansah, beruhte auf dem im Burgfrieden sich ausdrückenden echten Erlebnis nationaler Gemeinschaft, die alle Spaltung in Klassen, Parteien und Ideologien überwölbte.¹⁶⁾ Zwar war ihm auch in Deutschland wegen der wachsenden Bevölkerung und Ausbreitung der Bildungsschicht eine Demokratisierung unaufhaltsam, aber die "deutsche Freiheit" würde sich dennoch nicht wesentlich in Parlamentarisierung und dem Sturz der legitimen Gewalten, sondern in geistiger Individualität ausleben.¹⁷⁾ Wie Troeltsch gehörte auch Friedrich Meinecke zu den liberalen Professoren, die mit Mißtrauen auf eine Demokratisierung und Parlamentarisierung in Deutschland blickten. Monarchie und straffe militärische Disziplin galten ihm bei der mitteleuropäischen Lage Deutschlands als außenpolitische Notwendigkeit: "Es ist klar: Man will uns demokratisieren, um uns zu desorganisieren."¹⁸⁾ Während Troeltsch noch auf eine schließliche Synthese von deutschem und westeuropäischem Geist gehofft hatte, lehnte Meinecke eine solche ab. "Ein soziales Königtum, befreit von den Resten des alten Stände- und Privilegienstaates, auf Föhlung und Harmonie mit der Volksvertretung angewiesen, aber zugleich frei und stark genug, um ausgleichend und vermittelnd zwischen Mehrheiten und Minderheiten einzugreifen und so die Synthese des tieferen Volkswillens zu finden, und stark genug ferner

um die Nation nach außen in Krieg und Frieden kraftvoll und ruhig zu vertreten und zu führen, - das ist die Siegfriedstellung unserer politischen Macht und Freiheit."¹⁹⁾ Mit dem Wanken der Monarchie schienen ihm auch die Autorität, die Heeresdisziplin²⁰⁾, und viele geistige Freiheiten bedroht. So spiegelten auch Hans Delbrücks Analysen des westeuropäischen Parlamentarismus das tiefe Mißtrauen gegen jede Parteienherrschaft, bei der Geld, Demagogie und Presse die entscheidenden politischen Faktoren seien. Sie würde nach Delbrück für Deutschland abwechselnd konservativ-klerikale und sozialistische Regierungen bedeutet haben, die eine kontinuierliche Politik unmöglich machten. Insofern galt ihm die dualistische Verfassung Bismarcks mit der überparteilichen Stellung des Kaisertums als die beste mögliche.²¹⁾ Die Demokratie und der Parlamentarismus drohten so in der Zwangslage des Weltkriegs als undeutsch abgetan zu werden.

Doch das erschütternde Erlebnis des Hasses fast der ganzen übrigen Welt gegen das Deutsche Reich ließ bei einem Teil des liberalen Bürgertums die kritische Frage nach der innerpolitischen Struktur dieses Staates nicht zur Ruhe kommen. Das Ziel dieser Publizistik war die Umwandlung der obersten Gewalten, um dadurch vor allem die außenpolitische Lage zu verbessern und schließlich zu einem Ausgleich der kämpfenden Mächte zu kommen. Hugo Preuß erkannte im "Anderssein" des deutschen Reiches den eigentlichen Grund seiner außenpolitischen Isolierung. Nach ihm betrachtete die Welt das deutsche Reich nur als ein vergrößertes Preußen, in dem man das Volk als politisch ausschlaggebenden Faktor nicht kenne, sondern nur die undurchschaubaren Expansionsgelüste einer privilegierten Schicht. Volk und Staat seien in diesem "Obrigkeitsstaat" nicht identisch.²²⁾ Preuß wies nach, daß dieser Obrigkeitsstaat durchaus nicht überparteilich und deshalb besonders stark sei. Dem "kontraselektorischem Prinzip" in seiner Beamtenschaft, dem Militarismus und der Obrigkeitskirche ständen die Unterdrückung wertvoller "selbstorganisatorischer" Kräfte in Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Kirchen und Gemeinden gegenüber. Dabei mache die großpreussische Struktur des Reiches die deutsche Politik von dem

Mißverhältnis zwischen Staat und Volk in Preußen abhängig und somit undurchschaubar, bedrohlich und verhaßt.²³⁾ Für Preuß konnte diese Identität von Staat und Volk nur durch "Selbstorganisation" des Volkes im Parlament und in der parlamentarischen Regierung erreicht werden bei größter Freiheit für Gemeinden, Organisationen und Kirchen, obwohl er sie noch nicht ausdrücklich forderte.²⁴⁾

Diese Sorge um die außenpolitischen Wirkungen der deutschen Staatsstruktur war kein Wiedererwachen des seit 1848 stetig abgeschwächten revolutionären Bewußtseins im deutschen Liberalismus. Aber die Frage, ob dieser Staat bei einer Belastungsprobe wie der des Weltkriegs nicht am Ende das Opfer einer Revolution werden mußte, beschäftigte die liberale Publizistik. Wenn die sozialdemokratischen Massen bei einer Niederlage in Bewegung gerieten und zugleich mit den verfassungsmäßigen Gewalten die Monarchie beseitigten, dann war auch die überkommene gesellschaftliche Ordnung in Gefahr. Die Mängel der Bismarckschen Verfassung traten immer deutlicher zutage. Kaiser, Reichskanzler und Bundesrat als politische Willensfaktoren wurden bald überschattet von den undurchschaubaren Einflüssen der Obersten Heeresleitung, besonders seit Ludendorffs Amtsantritt Ende 1916. Der Annexionismus der politischen Rechten, der U-Boot-Krieg und der Sturz Bethmann-Hollwegs verschärften die inneren Auseinandersetzungen, die im Sommer 1917 die Krise heraufbrachten.²⁵⁾ Die Reichstagsmehrheit, die die Friedensresolution vom Juli 1917 einbrachte, hatte verfassungsmäßig keine Rechte auf Einfluß bei der Regierung. Dennoch wuchs die Bedeutung des Reichstags als politischer Potenz, die 1908 bei der Daily-Telegraph-Krise noch wirkungslos verpufft war, mit jedem Kriegsjahr. Die verfassungsmäßigen Gewalten wurden, ohne daß ein eigentliches parlamentarisches System bestand, zur dauernden Fühlung mit den Mehrheitsparteien, d.h. auch mit den beiden liberalen gezwungen. So entstanden nacheinander der aus der Budgetkommission hervorgehende Hauptausschuß für Verfassungsfragen²⁶⁾, der interfraktionelle Ausschuß der Mehrheits-Parteien Sozialdemokratie, Zentrum, Nationalliberaler Partei und Fortschrittlicher Volkspartei und der Siebenerausschuß zur außenpolitischen Beratung einer Regierung,

die bisher außenpolitische Interpellationen des Reichstags nicht geduldet hatte. Die Verfassung schien so auf evolutionäre Weise langsam umgewandelt zu werden, um den Staat und die Monarchie durch die parlamentarische Regierung zu stabilisieren.

Das liberale Reformschrifttum von 1917/18 fand sich vor wie nach in dem Bekenntnis zur Monarchie als der stabilsten und anpassungsfähigsten Regierungsform, die Deutschland den westlichen Demokratien voraus habe. So stellte Naumann fest: "Eine dauernde Spannung zwischen Kaiser und Masse, wie das Ausland sie vermutete, bestand nicht",²⁷⁾ eben wegen dieser cäsaristischen Elemente im deutschen Kaisertum, die er 1900 entdeckt hatte. "Der König ist vom Staatsbegriff völlig umgossen, ragt ins Übersinnliche und Unausdenkliche hinein, ist ein Symbol wie ein altes Heiligtum, voll von bereits wieder verstorbenen Wundern, gesättigt mit merkwürdiger Mystik, und gerade dieser unglaublichen und überverständigen Gestaltung wird er erst das Instrument, das die Menge der Verständigen braucht, wenn allerletzte, alleräußerste Entscheidungen gefällt werden sollen."²⁸⁾ Denn es schien ihm erwiesen, "...daß die Sehnsucht der Nation weit vollständiger durch monarchische Handlungen befriedigt wurde als durch republikanische".²⁹⁾ Auch der ungleich weniger gefühlsbetont der monarchischen Tradition gegenüberstehende Max Weber hielt die Monarchie für die "anpassungsfähigste Staatsform",³⁰⁾ obwohl er spätestens seit 1908 nicht mehr die Hoffnung Naumanns von der einigenden Wirkung des deutschen Kaisertums hegte. Für ihn war der Kaiser ein Dilettant und das Dilemma der deutschen Politik, daß "ein Dilettant die Fäden der Politik in der Hand" hat.³¹⁾ Weit radikaler als Naumann³²⁾ entwarf er ein umfassendes Reformprogramm zur Umgestaltung der Bismarckschen Verfassung und sah sie als notwendige Folge der seit Bismarcks Abgang aus einer Kette von Mißerfolgen und Fehlgriffen bestehenden deutschen Politik an. Diese Reform galt der unpolitischen Beamtenherrschaft in der Innen- wie Außenpolitik. Die Parlamentarisierung sollte endlich echte Führernaturen mit politischem Augenmaß in die Regierung bringen und den Monarchen auf eine

repräsentative Stellung, verbunden mit der Beamtenpatronage und dem Heeresoberbefehl beschränken.³³⁾ Die föderalistischen Bedenken gegen die unitarische Tendenz einer parlamentarischen Reichsregierung wollte er durch Aufhebung des Art.9, Satz 2, (Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein) beseitigen, indem es den Bundesstaaten freistand, einflußreiche Parlamentarier zu Bundesratsdelegierten zu ernennen.³⁴⁾ Die großpreußische Struktur des Reiches könne nur durch Beseitigung der alten Stellung des Bundesrats gewandelt werden. Er lehnte F.Payer Vorschlag ausdrücklich ab, daß man sich bei der Parlamentarisierung auf die Staatssekretäre des Reiches beschränken solle, die nicht dem Bundesrate angehörten.³⁵⁾

Als Umwandlung der Reichsverfassung im Sinne der Paulskirchenverfassung sah auch Hugo Preuss seine Reformentwürfe von 1917 an. Sie richteten sich auf die Beseitigung der großpreußischen Struktur des Reiches, indem die Macht des Bundesrates gestürzt würde. Wenn auch die Sorge vor der parteipolitischen Gespaltenheit des deutschen Reichstags bei Preuss immer wieder durchblickte³⁶⁾, so sah sein Reformentwurf doch entschiedene Parlamentarisierung vor, die die bisherigen Rechte des Kaisers einschränkte.³⁷⁾ Auch die Fortschrittspartei sah im Sommer 1917 den Weg der Parlamentarisierung als einzige Rettung zur Ausschaltung unkontrollierbarer Faktoren auf die Politik und zur Erfassung aller politischen Kräfte an.³⁸⁾ Die parlamentarische Monarchie, nun das Ziel der Fortschrittspartei³⁹⁾, erlitt jedoch den ersten Rückschlag schon mit der völlig überraschenden Berufung Michaelis' zum Reichskanzler am 14.Juli 1917. Auch die Regierung Hertling vom 25.Oktober 1917 enthielt mit Payer als Vizekanzler und Friedberg als stellvertretendem preußischen Ministerpräsidenten nur zwei parlamentarische Vertreter. Die Einführung der parlamentarischen Regierungsform unter Prinz Max von Baden im Oktober 1918 stand unter dem Zeichen "Geburtstag von Demokratie und Kaisertum bei schlechtem Weltgeschichtswetter".⁴⁰⁾ Das parlamentarische System müsse in die Bresche springen, um den Staat vor der drohenden Niederlage zu retten.⁴¹⁾ Die Nationalliberalen, die zum großen Teil noch ganz in der politischen Begriffswelt

Treitschkes lebten, revidierten unter dem Einfluß Stresemanns ihre politischen Überzeugungen. Stresemann war den Fragen des parlamentarischen Regierungseinflusses bemerkenswert aufgeschlossen und hatte schon 1916 die Berufung parlamentarischer Unterstaatssekretäre und die engere Verbindung von Parlament und Auswärtigem Amt gefordert.⁴²⁾ Der von den Nationalliberalen zusammen mit der Obersten Heeresleitung betriebene Sturz Bethmann Hollwegs schien sie zu berechtigen, Bismarcks Verfassung zu revidieren.⁴³⁾ Auch vor dem Eintritt der Sozialdemokratie in führende Stellungen schreckte er 1917 nicht zurück, da die Wiederherstellung der verloren gegangenen Volksgemeinschaft unerlässlich für die siegreiche Beendigung des Krieges sei. Der Glaube an das höhere Wissen der Beamtenregierungen, an Macht, Autorität und Disziplin in der Monarchie schien hier das erste Mal ins Wanken zu geraten vor dem Niederbruch der Diplomatie. Die Erfahrung, daß die westeuropäischen Demokratien sich im Kriege als weit stabiler erwiesen als die diplomatisch stets unterlegene, kriegswirtschaftlich und innenpolitisch versagende deutsche Monarchie, war bestimmend für diese Schwenkung Stresemanns, der ein großer Teil der Nationalliberalen nicht folgte. In diesem Sinne begrüßte er die Regierung des Prinzen Max von Baden: "Der Ruf nach der Parlamentarisierung war der Aufschrei des deutschen Volkes gegenüber dem Niederbruch seiner Diplomatie."⁴⁴⁾ Er mußte nach ihm auch die Sorge beseitigen, daß man Bismarcks Verfassung zerstöre.

Die äußerste Notlage des Kriegsendes machte die Verfassungsreform möglich. Man wollte die Zusammenfassung aller Kräfte durch sie erreichen. Dennoch blieb der Widerstand gegen das parlamentarische System im gesamten Liberalismus sehr stark. Für viele schien der Zerfall der Reichseinheit, für die der Bundesrat eine weit bessere Garantie geboten hatte,⁴⁵⁾ die Herrschaft einer Oligarchie vor Parteisekretären und Advokaten (H. Delbrück) und die langsame Zerstörung der staatstragenden überparteilichen Elemente im konstitutionellen Kaisertum gekommen. Als Beispiel dieser Auffassung vom Kaisertum mag Rathenaus Bekenntnis von 1917 stehen:

"Nicht aus bloßer Abneigung gegen Wahlumtriebe und Streberei gegen Advokaten- und Publizistenmache bin ich Anhänger des monarchischen Gedankens, sondern aus angeborener Empfindung und der Überzeugung, daß an der Spitze staatlicher Macht ein tief verantwortlicher Mensch stehen soll, allen Wünschen, Strebungen und Versuchungen des gemeinen Lebens enthoben und entrückt; ein Geweihter, nicht der Arrivierte einer glücklichen Karriere."⁴⁶⁾ Der größte Teil des liberalen Bürgertums stand der Parlamentarisierung gleichgültig gegenüber oder befürchtete die Vorherrschaft der Sozialdemokratie, der so ein Weg zur Macht geöffnet worden war. "Die Überparteilichkeit" der monarchischen Autorität schien unterhöhlt und bedroht und Deutschland insgeheim in eine Republik verwandelt zu werden.⁴⁷⁾

Ein weiteres im Kriege dringendes Problem war die Wahlrechtsfrage in Preußen, dessen Dreiklasseneinteilung den Haupteinfluß einer privilegierten Schicht zuschob. Seit dem Paulskirchenparlament von 1848/49 war das Wahlrecht ein Hauptproblem des politischen Liberalismus. Er suchte die führende Bedeutung einer Bildung- und Geistesaristokratie immer wieder durch Ausschluß ganzer Schichten vom politischen Einfluß zu erreichen. Seitdem Bismarck das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag 1871 hauptsächlich als außenpolitischen Schachzug eingeführt hatte, war das preußische Wahlrecht ein letzter Schutzwall gegen die Massendemokratie und begünstigte das nationalliberale Bürgertum ganz erheblich. Mit der kaiserlichen Osterbotschaft und der Julikrise von 1917 kam die Abschaffung dieses Wahlrechts in den Streit der Meinungen. Für Naumann und Max Weber war die Frage des Wahlrechts schon lange vor dem Kriege zugunsten der "ganz radikalen Demokratisierung" entschieden. Am 5. Juli 1917 forderte die Fortschrittspartei die Abschaffung des preußischen Wahlrechts.⁴⁸⁾ Man war entschlossen, die preußischen Verhältnisse zu einer Sache des ganzen Reichs zu machen und - mit Max Webers Argumenten - mit dem Wahlrecht keinen "Daheimgebliebenen gegenüber den Kriegern" zu begünstigen.⁴⁹⁾ Die Nationalliberalen des Reichstags waren gegenüber ihren Wählerkreisen in einer schweren Stellung, beugten sich aber im Oktober 1918 der Gewalt der Verhältnisse und erklärten

das allgemeine Wahlrecht in Preußen für angemessen.⁵⁰⁾ Liberale Kreise, die der Reichstagspolitik forner standen, hegten jedoch noch bis in die Zeit nach der Revolution Hoffnungen auf neuartig abgestufte Wahlrechte. Die Alterspluralstimmen und ein "arbeitsaristokratisch" abgestuftes Wahlrecht hatten vor allem den Zweck, "heimatlose und revolutionäre Elemente" von politischen Rechten auszuschließen und die in Besitz, Bildung, Kinderreichtum und sozialer Stellung ihren Ausdruck findenden aristokratischen Qualitäten des einzelnen zu privilegieren. Man wollte auch in den verschiedenen Pluralsystemen kein Klassenwahlrecht sehen, sondern betonte das liberale Prinzip der Auswahl. Sie sollten den einzelnen nach seinem wahren Wert bemessen und die "Flut der bloßen Zahl und Masse" noch einmal zum Stehen bringen.⁵¹⁾ Mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts nach der Revolution scheiterte dieses liberale Bestreben, den gebührenden Einfluß einer Minderheit der Besten durch das Wahlrecht zu sichern. Ein letztes Aufflackern waren die Debatten der Nationalverfassung um Herauf- und Herabsetzung des Wahlalters⁵²⁾, nachdem sich die liberalen Wahlaufrufe im Dezember 1918 demonstrativ für das allgemeine Wahlrecht entschieden hatten.

Die im Herbst 1918 sich überstürzenden Ereignisse, das Waffenstillstandsgesuch, die parlamentarische Regierung, der Rückzug an fast allen Fronten, das Drängen der Wilsonschen Antwortnoten auf die Beseitigung der alten Gewalten, der Ausbruch der Matrosenunruhen und endlich die Abdankung des Kaisers am 9. November 1918, ließen den meisten Beteiligten nur Zeit zu einem späteren Rückblick auf den Sturz der Monarchie und der Gefühlswerte, die sich mit dem deutschen Kaisertum verbunden hatten.⁵³⁾ In der zweiten Hälfte des Oktober 1918 entbrannte der Streit um das Kaisertum, nachdem ein Kreis führender Industrieller die Abdankung Wilhelms II. gefordert hatte und die Haltung der Sozialdemokratie wegen der Wirkung auf den zukünftigen Frieden schwankend war. Max Weber und mit ihm die Frankfurter Zeitung forderten die freiwillige Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen zugunsten des 12-jährigen Enkels und eines Regentschaftsrates, um die

Monarchie auf diesem Wege zu retten.⁵⁴⁾ Weite Kreise vor allem des nationalliberalen Bürgertums wehrten sich verzweifelt gegen diese Lösung, da die "Zeit eines kaiserlichen Kindes" ihnen bei Niederlage und drohender Revolution gleichbedeutend mit der Republik erschien. Man hämmerte sich trotz der Noten Wilsons und des Ultimatus der Sozialdemokraten am 7. und 8. November an den Monarchen, nach dessen Sturz die Auflösung des Reiches, das Ende der Reichseinheit, die Anarchie und der Bolschewismus unaufhaltsam schienen. Die häufig geschilderten "russischen Zustände" mit dem Terror einer revolutionären Minderheit "vaterlandsloser Anarchisten" schienen nach dem Sturz der bedrohten Monarchie einzubrechen.⁵⁵⁾ Es waren Tage der Untergangsstimmung für Stresemann, Delbrück, Meinecke, Naumann und Rathenau: "Wir haben die letzten Klänge einer untergehenden schöneren Welt eben gehört."⁵⁶⁾ Man erlebte in diesen Tagen den Zusammenbruch eines für unerschütterlich gehaltenen staatlichen Gebäudes⁵⁷⁾, und Friedrich Naumann mahnte, "...nie verheilt die Stelle einer Revolution, wenn sie kommt".⁵⁸⁾ In der Kritik am letzten Träger der Krone war man sich mit Max Weber und Naumann einig⁵⁹⁾, aber die Monarchie wollten nur wenige fallen lassen. Für das revolutionäre Bewußtsein des Liberalismus in diesen Monaten urteilte Payer zutreffend: "Wir kamen, ganz unbefangen betrachtet, zum parlamentarischen System so wenig wie zur Republik im Weg des zielbewußten Strebens; beide blieben schließlich eben als die einzigen Möglichkeiten noch übrig."⁶⁰⁾

Nach dem Ende der legitimen Gewalten auch in den Bundesstaaten war nun für liberales Denken, das in den Begriffen des 19. Jahrhunderts wurzelte, in Tocqueville, Mill und Treitschke, die Massendemokratie da, die man bezwingen mußte. Der Liberalismus stand jetzt vor der Entscheidung, sich kraft seiner politischen Ideen als gegenrevolutionäre Bewegung aufzufassen, wie es Stresemanns DVP zunächst tat, oder sich pseudorevolutionär zu gebärden, um, "sich auf die Seite der Revolution schlagend", die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung zu retten. Insofern war die spätere DVP kein Zufallsgebilde, sondern das Ergebnis zwingender Logik:

für den Liberalismus. Die drohende Bewegung des Massenstaates, die sich ausdrückte in der Matrosenrevolte, den Spartakistenaufständen, der mühevoll gebremsten Heeresauflösung und den Massenstreiks seit dem Januar 1918 galt es durch die Demokratie zu bezwingen. Die Weimarer Republik war für die Mehrheit der liberalen Demokraten eine "improvisierte Demokratie"⁶¹⁾ und wesentlich als Gegengift und Zugeständnis an die Revolution gedacht. Eine kleine revolutionäre Minderheit der Demokraten vermittelte die neuen politischen Begriffe, während die Masse des liberalen Bürgertums bestrebt war, vom alten Staat zu retten, was zu retten war. Sich als Träger eines revolutionär begründeten Staates zu fühlen, während man die Revolution verabscheute und fürchtete, das war die Situation der DDP und seit 1920 auch der DVP. Das Wort von der Demokratie ohne Demokraten traf deshalb vor allem auf die beiden liberalen Parteien zu.

2. Der liberaldemokratische Ansatz

Die Furcht vor der permanenten Revolution in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft beherrschte das größtenteils in der DDP geeinigte Bürgertum auch nach dem November 1918. Viele überzeugte Monarchisten und Gegner der Sozialdemokratie mußten nun in der Weimarer Koalition das Kompromiß mit den revolutionären Kräften suchen; denn die DDP war von Anfang an als Partei des Kompromisses aufgetreten. Nach den verschiedenen Ansätzen, durch die der demokratische Liberalismus zum demokratischen Staat des Ausgleichs zu kommen suchte, lassen sich hauptsächlich drei Gruppen in der DDP unterscheiden:

1. Der Kreis Schwarz-rot-gold, eine Gruppe der noch in alter Tradition lebenden, überzeugt demokratischen Liberalen, die mit der Revolution von 1918 die Erneuerung der Ideen von 1848 gekommen sahen und die sozialistische Revolution in eine liberale verwandeln wollten (Preuss, Haussmann, Payer, Rohrbach und einige ehemalige Nationalsoziale).
2. Der sozialrevolutionäre Kreis der Partei, der sich bewußt vom alten Begriff der Demokratie distanzierte und mit der Revolution das Ende der Klassengesellschaft und einer rein kapitalistischen Wirtschaftsordnung gekommen sah (Rathenau, Erkelenz, Obst und die meisten ehemaligen Nationalsozialen).
3. Ein Kreis von liberalen Professoren, die der Demokratie ganz undoktrinär gegenüberstanden und sie wesentlich als Kompromiß zwischen dem Bürgertum und der Sozialdemokratie betrachteten, das den konservativen Zweck einer Rettung der kulturellen Tradition hatte (Troeltsch, Meinecke). -

Neben diesen drei Gruppen drang mit Max Weber, Naumann und Alfred Weber ein politisch so neuartiges Denken in den Liberalismus ein, daß es gesondert betrachtet werden muß.

- - -

Der Rückgriff auf die Revolutionsideen von 1848 läßt sich schon am 9. November 1918 bei Haussmann und Payer nachweisen¹⁾, die als Führer des süddeutschen Liberalismus die

großdeutsche Tradition am längsten bewahrt hatten und nun den Versuch einer "schwarz-rot-goldenen Erneuerung" machen wollten²⁾. Diese Revolution sollte gipfeln in einer neuen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, zu der auch Deutsch-Österreich seine Abgeordneten schicken würde. Die neue Reichsverfassung sollte an die nie in Kraft getretene Paulskirchenverfassung von 1849 anknüpfen.³⁾ Man erhoffte einen "geistig-sittlichen Aufschwung" der ganzen Nation, bei dem endlich der Werdegang des Reiches zur großdeutschen Einheit durch den Sturz der Dynastien vollendet würde. In dieser revolutionären Minderheit der DDP lebten auch die politischen Begriffe des radikalsten Linksliberalismus, der in den vergangenen Jahrzehnten trotz der wachsenden Sozialdemokratie Gegner der Reichsgründung von 1871 und der Monarchie geblieben war. Der auf Hugo Preuss zurückgehende Gegensatz von Obrigkeitsstaat und Volksstaat, die Demokratie als Erziehungsmittel zur politischen Bildung des Volkes⁴⁾, die gleiche Chance für alle in Beamtentum und Heer, das waren ihre meistgebrauchten politischen Schlagworte. Aber obwohl man mit der Sozialdemokratie jahrzehntelang in gemeinsamer Opposition gegen den Obrigkeitsstaat, gegen "Klassenherrschaft und Kastenwesen"⁵⁾ gestanden hatte, empfand man doch das Gleichheitsdogma und die Milieutheorie des Sozialismus als wesentliches Trennungsmoment. Man war überzeugt von der physischen, moralischen und geistigen Ungleichheit der Menschen⁶⁾ und hielt das Problem der natürlichen Aristokratie in Gesellschaft und Wirtschaft, die sich immer wieder aus der Klassen- und Standesschichtung emporringen mußte, für das eigentliche Anliegen liberalen Staatsdenkens.⁷⁾ Dieser Liberalismus wehrte sich auch entschieden gegen den Vorwurf, der Übergang zur Demokratie nach der Revolution von 1918 sei die Folge des westlichen Sieges, da man die Erneuerung der Tradition von 1848 für den Beweis einer ursprünglich angelegten "deutschen Demokratie" hielt. Die spezifisch "deutsche Demokratie" sollte sich auch den "westeuropäischen Schablonen" mit ihren in Deutschland bekannten Mängeln überlegen erweisen.⁸⁾

In der politischen Ideenwelt von Hugo Preuss wird dieser als schwarz-rot-goldene Erneuerung angesetzte demokratische Liberalismus am deutlichsten. Preuss war einer derjenigen Liberalen, die, im alten Staat in ihrer Gelehrtenlaufbahn dauernd zurückgesetzt, als Juden in gesellschaftlich schwerer Stellung⁹⁾, dem Obrigkeitsstaat am wenigsten verbunden waren und dem Gedanken einer demokratischen Revolution am nächsten standen. Er hat vor dem November 1918 nicht an Revolution gedacht, doch waren ihm die revolutionären Ereignisse der Beweis, daß sich mit einer gewissen politischen Naturgesetzmäßigkeit der demokratische Volksstaat aus der lebensuntüchtigen Monarchie entwickeln mußte. Zu seinen Grundüberzeugungen gehörte wie bei allen Liberalen die naturgegebene Ungleichheit der Menschen und die Herrschaft einer natürlichen Aristokratie über die "rudis indigestaque moles". "Die Herrschaft der natürlichen Aristokratie ist das ewige Grundprinzip allen staatlichen Lebens; wer aber diese natürliche Aristokratie bildet, welche Qualifikation für die Zugehörigkeit zu ihr entscheidend ist, darum drehen sich im wesentlichen die inneren politischen Kämpfe. ...Der einzig gültige Adelsbrief ist der politische Sieg. Wie sehr aber auch durch Kampf und Sieg im Wechsel der Zeiten die Art der Bildung dieser herrschenden Aristokratie gewechselt hat, nur dies, die Art ihrer Bildung, nicht ihre Existenz selbst war dem Wechsel untertan."¹⁰⁾ Die Bildung der politischen Aristokratie durfte nach Preuß nicht in der Klassenstruktur der modernen Gesellschaft oder durch staatliche Privilegierung einzelner Stände erstarren, sondern mußte in dauernder Bewegung durch Aufstieg und Abstieg bleiben. Die wesentliche Bedingung dafür war zugleich die Grundlage der Demokratie, das allgemeine Wahlrecht. Er griff jedoch wiederholt die "Gleichheitsphraseologie" der Sozialdemokratie an, die "dem Aberglauben frönt, daß 'alles, was Menschenantlitz trägt', ein vernünftiges Wesen sei".¹¹⁾ Er sah, daß in der modernen Gesellschaft noch ständische Rudimente und die erstarrte Klassenstruktur der berechtigten aristokratischen Schichtung entgegenstanden. Die Existenz der Demokratie hing jedoch für ihn davon ab, ob sie den aristokratischen Gedanken unabhängig

von Klassen- und Standesgrenzen würde lösen können. So sah er den im 19. Jahrhundert beginnenden Prozeß des Abbaus aller ständischen Differenzierung innerhalb eines Volkes unaufhalt-
sam weiter fortschreiten und zusammen mit der Integrierung der Massen in der Demokratie langsam zu Ende gehen¹²⁾. Eine politische Partei, die die Klassenherrschaft organisieren oder die politische Gewalt auf berufsständische Organisationen aufbauen wollte, hatte für ihn diesen Prozeß der modernen Gesellschaft noch nicht erkannt. Bei der fortschreitenden Integrierung der Stände und sozialen Klassen schienen ihm nach der Revolution auch der "Ruf nach den Mitten" sowie das Werben des Liberalismus für den Bürgerblock solche Rückfälle und das eigentliche Dilemma der jungen Demokratie zu sein.¹³⁾ Was bei der zu erwartenden Verschmelzung der Klassen noch bleiben würde, das waren ihm die in Parteien organisierten politischen Gegensätze, die "Selbstorganisation eines Volkes" von "differenzierten Individuen".

Für Preuß, dessen staatsrechtliche Anschauungen auf die Genossenschaftslehre Otto von Gierkes zurückgingen, waren jedoch die Parteien nur eine Form der "Selbstorganisation des Volkes", die sich je nach dem Organisationsbereich auch in kommunaler oder provinzieller Selbstverwaltung, in Verbänden, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kirchen ausdrücken konnte. Ein revolutionärer Wille zeigte sich für ihn deshalb im Obrigkeitsstaat nur da, wo durch Zentralismus, durch Gewerkschaftsverbot, durch "Obrigkeitskirchen" und die konservativ-klerikalen Koalitionen der Parlamente die freie Bewegung der "Selbstorganisationen" unterdrückt wurde.¹⁴⁾

Preuss wollte diese liberale Lehre von Gesellschaft und Staat nicht als Ideologie betrachtet sehen, sondern hielt das Scheitern der Monarchie in der Zerreißprobe des Weltkriegs für die Folge ihrer ungelösten inneren Spannungen.¹⁵⁾ Die Gründung der Weimarer Demokratie vollzog sich für ihn somit mit der Notwendigkeit eines Naturvorganges; den Rätestaat betrachtete er nur als "verkehrten Obrigkeitsstaat", der das bisherige Verhältnis der Klassen lediglich umkehren wollte.¹⁶⁾ Die Weimarer Koalition war ihm "die Folge des

nationalen Selbsterhaltungstrieb¹⁷⁾ und mit ihrer Bildung beim Zusammentritt der Nationalversammlung schien der Beweis für eine mögliche Annäherung der Klassen erbracht, die der Obrigkeitsstaat durch Jahrzehnte verhindert hatte. Der Gegensatz zwischen Obrigkeitsstaat und Volksstaat, den er in seinen Weltkriegsschriften durch das ganze 19. Jahrhundert verfolgt hatte, war für ihn mit der Revolution von 1918 beseitigt. Wenn er auch die Demokratie weiterhin durch das Klassenkampfdogma und die Bürgerblockparolen belastet sah, so bedeutete sie ihm doch der Beginn eines neuen Zeitalters,¹⁸⁾ wenn er auch den mangelnden Willen der Deutschen zur Republik beklagte.

Preuss hielt auch das "soziale Recht" der von seinen Gegnern als bloß formal bezeichneten Demokratie der Sozialpolitik des Obrigkeitsstaates für innerlich überlegen. Das in der Demokratie im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat den Gewerkschaften gesicherte freie Koalitionsrecht, der freie Arbeitsvertrag und der Kampf der Parteien um eine soziale Gesetzgebung söhnte für ihn mehr und mehr die Klassengegensätze aus, das "Schulter-an-Schulter-stehen" würde ein gemeinsames Staatsbewußtsein erzeugen.¹⁹⁾ Demgegenüber war ihm die monarchisch autoritäre Sozialpolitik nur "auf Kosten der persönlichen Freiheit, Würde und Selbständigkeit" gegangen.²⁰⁾ Eine staatliche Sozialpolitik, die von oben in die selbstorganisatorische Annäherung der Sozialpartner eingriff, schien ihm gefährlich. Naumanns Versuch, in einer Reihe von neuen Grundrechten ein umfassendes soziales Staatsprogramm zu schaffen, stand er skeptisch und ablehnend gegenüber, weil es für ihn letztlich nur die verlängerte Praxis des Obrigkeitsstaates war. Der demokratische Liberalismus in der Prägung von Hugo Preuss wollte den Staat nicht verfassungsmäßig mit sozialen Einrichtungen belasten, die jede neue Annäherung von Gewerkschaften und Unternehmern wieder verwerfen und ändern konnten. Der Staat war ihm das neutrale Etwas über dem "Pluralismus" (C.Schmitt) der Parteien und sozialen Verbände, den keine Gruppe oder Klasse für ihre Zwecke in Anspruch nehmen durfte.

Diese politische Ideenwelt konnte als Symbol für die Situation der Liberalen gelten, die eine "schwarz-rot-goldene Erneuerung" erwartet hatten. Wie die DDP ihre revolutionäre Rolle auffaßte, zeigten die entscheidenden Revolutionsgesetze in der Nationalversammlung. Bei der Abstimmung über die Einführung der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge forderten Preuss und Quidde zwar die Farben von 1848 als Symbol der Verständigung zwischen dem sozialistischen Rot und dem monarchistischen Schwarz-weiß-rot²¹⁾, die Abstimmung ergab jedoch für die demokratische Fraktion 33 Ja- und 20 Nein-, bei 19 fehlenden oder sich enthaltenden Stimmen.²²⁾ Die Mehrzahl der Demokraten wollte keinen Bruch in der nationalen Kontinuität und stand hinter den Farben der Monarchie. Bei der Gesetzesvorlage über die Abschaffung der Adelstitel am 13. Juli 1919 befürchtete man eine sozialdemokratische "Gleichmacherei", und die Fraktion trug mit 6 Ja- und 36 Nein-, bei 29 fehlenden oder sich enthaltenden Stimmen zum Scheitern des Gesetzes bei. Der Mangel an revolutionärem Bewußtsein zeigte sich am deutlichsten bei der alljährlichen Wiederkehr des Revolutionstages am 9. November, den kein Liberaler als Tag nationaler Feier betrachtete.²³⁾ Auch der offiziell alljährlich gefeierte Verfassungstag am 11. August war kein Ansatz zu einem nationalen Mythos, der die schwarz-rot-goldene Erneuerung umgeben konnte.²⁴⁾ Schon im April 1919 zog Friedrich Payer die Bilanz des revolutionären Liberalismus: "Woher, so frage ich, soll unter diesen Umständen die Feststimmung des Jahres 1848 herkommen, und wer ist berechtigt, uns einen Vorwurf daraus zu machen, wenn wir nicht eine Feststimmung in die deutsche Bevölkerung hincintragen können! Im Gegenteil, eine gewisse Ernüchterung auf allen Seiten ist bei uns das Ergebnis der letztabgelaufenen Monate. Der von so vielen erhoffte und gewünschte Aufschwung des ganzen Volkes, die geistige Veredlung der ganzen Nation, auf die man bei der Revolution rechnete - sie sind leider nicht eingetreten."²⁵⁾

Die Idee der natürlichen Aristokratie war der Ausgangspunkt des politischen Denkens im Liberalismus. Das Problem für eine demokratische Revolution und für den Aufbau des neuen Staates war jedoch vornehmlich, die überkommene Gesellschaftsstruktur zu prüfen, ob sie bei der Bildung einer solchen Aristokratie im Wege stand und bei der Übermächtigkeit der Klassen- und Standesverhältnisse als Privileg weniger erscheine. Der Weg der liberalen Parteien in den letzten Jahrzehnten hatte sich immer mehr der reinen Klassenpolitik genähert als einzigem Ausweg vor dem Wachstum der Sozialdemokratie. Das liberale Bekenntnis des Bürgertums galt längst als Ausdruck des Besitzinteresses.²⁶⁾ Die Versuche von Schultze-Delitzsch, Max Hirsch und Naumann, das Proletariat noch einmal in einer liberalen Bewegung mit dem Bürgertum zu vereinigen, waren gescheitert. Aber die nimmermüde Frage weitschauender Liberaler, ob die bestehende gesellschaftliche Schichtung auch Ausdruck der natürlichen Unterschiede zwischen Führern und Geführten sei, hörte trotz der Ansätze zu einer Klassenpolitik des Liberalismus nicht auf. Die DDP wurde nach dem 16. November 1918 ein Sammelpunkt aller sozialrevolutionären Kreise im Liberalismus, die mit der Revolution auch das Ende der erstarrten Klassengesellschaft gekommen sahen. Es waren z.T. Politiker, die bisher nicht als Liberale gegolten hatten, wie Rathenau und Harry Graf Kessler, oder parteipolitisch nicht hervorgetreten waren, wie der Breslauer Professor Erich Obst. Zum großen Teil kamen sie aus den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen, wie Anton Erkelenz und Wilhelm Gleichauf, den Angestellten- und Beamtenverbänden, wie Gustav Hartmann, Gustav Schneider und Oswald Riedel und vor allem aus Naumanns Anhängerkreis, wie Gertrud Bäumer und Wilhelm Vershofen.

Ihre sozialrevolutionären Ideen stellten eine umfassende Reform des Besitz- und Erbrechts, des Bildungswesens und der Arbeitsverfassung der modernen Industrie da. Sie erstrebten eine völlige Umgestaltung der Klassengesellschaft, da vielen von ihnen das Beispiel des russischen Bolschewismus die bisherige gesellschaftliche Ordnung als lebensunfähig und überfällig erwiesen hatte. Diejenigen Teile des

liberalen Bürgertums, die den Fortschrittsoptimismus trotz einer verbreiteten Untergangsstimmung nicht aufgaben, versuchten hier die Erneuerung des Liberalismus im Sozialstaat trotz der mit diesem Staat wachsenden Macht der Gesamtheit über den einzelnen und der dauernden Neigung zum Totalitäreren. Einige suchten an den "Geist von 1914" anzuknüpfen, um eine Volksgemeinschaft oberhalb der Klassen zu erreichen.²⁷⁾

"Und wenn es wahr ist, daß alle Kultur von wenigen ausgeht, daß aller Fortschritt von einzelnen gemacht wird, so ist es ebenso wahr, daß der Fortschritt um der vielen Willen gemacht wird, daß die Kultur erst ihren Zweck erreicht, wenn sie sich verbreitend die Millionen des Volkes umfaßt."²⁸⁾

Der Ausgleich zwischen Armen und Reichen durch Begrenzung des Erbrechts sollte den Weg freimachen für eine echte Gleichheit der Chancen, die der Liberalismus erstrebte.

Der Gedanke des Kampfes und der Konkurrenz als liberales Prinzip für Politik und Wirtschaft war damit nicht aufgegeben. Der erste Parteitag der DDP brachte auf Antrag von A. Erkelenz, G. Bäumer und G. Hartmann eine Resolution durch:

"Die Einführung der Demokratie in Deutschland hat den alten Klassenstaat beseitigt, der Besitz und Bildung bevorzugte und die unteren Volksschichten, besonders die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Abhängigkeit und Rechtsbeschränkung erhielt. / Die Beseitigung des alten Klassenstaates erfordert auch die Beendigung des unseligen Klassenkampfes, der das Volk zerriß und schwächte. In der Demokratie müssen und wollen wir ein Volk sein, in dem jeder Volksgenosse in sittlicher und sozialer Selbstverwaltung für die Gesamtheit arbeitet...."²⁹⁾

Professor Obst verursachte auf demselben Parteitag fast einen Skandal durch seine scharfen Angriffe auf die Partei der "Geldsackinteressenten"³⁰⁾. Er war wie Eduard Stadtler der Auffassung, daß das alte Parteiwesen einschließlich der liberalen Parteien angesichts des ungelösten Klassenproblems Bankrott gemacht habe, und sah den Ausweg nur in der Gründung einer "nationalsozialistischen Partei", die sich um die Anhänger Naumanns in der DDP gruppieren müsse. Er forderte einen republikanisch-demokratischen Geist in der DDP, der mit dem schrankenlosen wirt-

schaftlichen Liberalismus ebenso ein Ende machte, wie mit den Resten des alten Klassenstaates in den Standesschulen, dem studentischen Verbindungswesen und der Judenfeindschaft.³¹⁾ Seine Anhängerschaft stand auch der Betriebsratsfrage am aufgeschlossensten gegenüber und sah in dem "Ruf nach den Räten" den Willen der Arbeiterschaft zur Integration der Klassen, den man nicht zurückweisen dürfe.³²⁾

Die Ideen Walther Rathenaus waren die populärsten des sozialrevolutionären Kreises und spielten in der DDP eine bedeutende Rolle, auch nachdem sich Rathenau von der Partei abgewandt hatte. Rathenau, der weniger Politiker als Sozialreformer war, ging schon lange vor der Revolution davon aus, daß die Folge der durch die kapitalistische Produktionsweise "mechanisierten" Welt und menschlichen Gesellschaft die starre "Zweischichtigkeit" dieser Gesellschaft sei. Die Scheidung zwischen Bürgertum und Proletariat galt ihm nur bei der bestehenden Produktionsweise als unauflösbar. So wenig Rathenau eine allgemeine Gleichheit in der menschlichen Gesellschaft erreichen wollte, so sehr drängte er doch auf die Überwindung dieser Klassenscheidung.³³⁾ Die Schichtung der Völker blieb für ihn unauflösbar, wie sich die natürliche Ungleichheit unter den Menschen nicht beseitigen läßt. Aber an die Stelle der Schichtung nach Besitzern der Produktionsmittel und Besitzlosen sollte eine solche nach Bildung und geistigem Rang treten. Rathenau lehnte den Weg der Sozialdemokratie ab als einen mit der Zerstörung der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch verbundenen Zerstörung des Freiheitsgefühls und der persönlichen Eigenart.³⁴⁾ Er verlangte, daß der Eingriff des Staates zur Neugestaltung des Erbrechts, zur Beseitigung von Luxus und Überfluß und zur Wegsteuerung des bloßen Kapitalbesitzes die Bedingungen schaffe für eine "neue Gesellschaft", in der die starren Klassengegensätze sich langsam auflösen.³⁵⁾ Die "neue Gesellschaft" sollte eine solche des "Arbeitsausgleichs" sein, die sich erst ermöglichen lasse durch den zunehmenden Verwaltungs- und Überwachungscharakter der industriellen Arbeit. Es sollte durch vermehrte und kostenlose Bildungsmöglichkeit jedem der Weg zu leitender Position auf

geschlossen werden.³⁶⁾ "Jede dauernde Schichtung hört auf, die auf- und abstrebenden Kräfte des Volkes bleiben in steter Bewegung, die Elemente in unaufhörlicher Fühlung. Bei unglücklich veranlagten, selbstquälerischen Naturen mag es einen Haß gegen die eigene Veranlagung, das selbstgeschaffene Schicksal geben..., doch einen Haß von Schicht zu Schicht gibt es nicht mehr, so wenig wie in einer freiwilligen Schicht von Künstlern und Turnern."³⁷⁾ Zuweilen dachte er selbst an eine Gesellschaft, in der jeder Beruf eine gewisse Zahl von Stunden körperlich zu arbeiten habe, und an die Einführung eines Arbeitsjahres für alle Jugendlichen, um dadurch den Bildungsstaat als Weg zum eigentlichen Sein des Menschen und zum "Reich der Seele" zu verwirklichen.³⁸⁾

Dieses Bild der neuen Gesellschaft verband sich für ihn mit der demokratischen Revolution, die die alten Standesabschlüsse mit spezifischen Ehrbegriffen, Satisfaktionsfähigkeit, Verbindungswesen und Standesheiraten beseitigen sollte.³⁹⁾ Als das sozialistische Gegenprinzip zeichnete er jedoch das Bild der "vollsozialisierten Gesellschaft", mit der der Sozialismus eine Einschichtigkeit des Volkes erstrebe, die doch die alten Reste sozialer Schichtung in Adel, Beamtentum, Großbürgertum und Bauern nicht beseitigen könne und bald vor der Bildung einer neuen Organisatorenaristokratie stehen würde. Die vollsozialisierte Gesellschaft "das ist die Hölle", weil sie für ihn den allgemeinen Pöbelaufstand in der öffentlichen Meinung und dem herrschenden Geschmack heraufbeschwören würde.⁴⁰⁾ Alle Schichtung und Herrschaft sollte sich hinfort auf Geist, Charakter und Erziehung gründen, während das Ende der erblichen Klassen auch das Ende der stets vom Bürgerkrieg bedrohten Gesellschaft des Hasses sein mußte.

In der "neuen Gesellschaft" sah Rathenau den Sinn der Revolution und sein Anschluß an die DDP hatte den Zweck, sie zu einer Bewegung mit seinen Ideen zu machen. Er galt als einer der Demokraten, die den entschiedensten revolutionären Willen hatten und - nachdem seine eigene Parteigründung gescheitert war - die alte liberale Vorherrschaft in der DDP zurückzudrängen suchte. Rathenau mußte bald wie bei dem geringen

Anhang des Volksbundes erkennen, daß das liberale Bürgertum für seine sozialen Ideen kaum zu gewinnen war.⁴¹⁾ Die Revolution, wie sie die Sozialdemokratie auffaßte, war für ihn nur ein Kampf der unterdrückten gegen die herrschende Klasse, das Empordringen einer Schicht nur eine "Revolution der Ranküne", die letztlich nur auf eine allgemeine gleiche Verteilung der Güter hinauslaufen würde, ohne das Klassenproblem zu beseitigen.⁴²⁾ Rathenaus "neue Gesellschaft" war nicht denkbar ohne den Umsturz der liberalen Wirtschaftsordnung, die damals die DDP nicht wagte und auch nicht gewollt hat. Er sah schon bald den Schwung der Revolution verfliegen, die Massen nach der "grauenvollsten aller Niederlagen" sich in Tanz, Spiel und seichtes Vergnügen stürzen, ohne sich "befreit zu fühlen". "Die Revolution versimpelt. Lohn, Gehalt und Stellung sind ihr Inhalt, Spießigkeit ihre Form. Die neu sich erhebenden Forderungen von links sind unschöpferisch wie die von rechts; der Kampf ist der alte, mit roheren Formen."⁴³⁾ Als das Typische des alten Liberalismus hatte er die "Angst vor dem Unten" erkannt, die sich auch in einer liberalen Demokratie nicht verflüchtigen wollte. Über die revolutionäre Gesinnung der DDP urteilte er: "In diesem Augenblick führen wir die formale Demokratie in ihrer herrlichsten Form ein; als letzte Neuheit in der Form von 1848. Kein Hauch eines neuen Gedankens hat sich in Weimar gezeigt, der alte Liberalismus feiert goldene Hochzeit in Vaternmördern und Krinoline."⁴⁴⁾ - Es gelang dem so hoto-genen Gebilde wie der DDP nicht, sich Rathenaus Sozialliberalismus zu eigen zu machen. Aber es muß auch so dahin gestellt bleiben, ob diese zum Utopischen neigende Ideenwe das Klassenproblem der Zeit hätte lösen können. Die Anhängerschaft Rathenaus in der DDP blieb stets in der Minderheit. Seine Ideen lebten weiter in den Schriften Eugen Diederich und des "Tat"-Kreises, der sich mehr und mehr vom Liberalismus abwandte und ihn schließlich heftig befandete.

Wie wenig die DDP sozialrevolutionär gesinnt war, zeigten Abstimmungen der Nationalversammlung über die Einführung d 1.Mai als nationalem Feiertag für 1919 (24 Ja- und 4 Nein- bei 45 sich enthaltenden oder fehlenden Stimmen) und über

das Betriebsrätegesetz am 18. Januar 1920. Nur Teile der Fraktion stimmten zu, während andere ihnen Furcht vor der Straße vorwarfen. Der Versuch, die DDP als neue Massenpartei aufzubauen, die Arbeiterschaft und Bürgertum umfaßte - wie sie auch von Alfred Weber 1918 gedacht war - mußte schon nach den Wahlen von 1920 als gescheitert betrachtet werden. Trotz des im Dezember 1920 gegründeten "Reichsarbeitnehmerausschusses" unter Leitung von Anton Erkelenz blieb der Anteil vor allem der Arbeiter gering; der Partei strömten die Massen nicht zu, die Wählerschaft blieb auf die alte liberale beschränkt. Man neigte wie vorher dazu, das Klassenproblem durch lebhaftere Anteilnahme an Mittelstandsfragen zu lösen. Vor allem der stärker sozialpolitische süddeutsche Liberalismus meinte in der Vermehrung eines "staatserhaltenden Mittelstandes" die eigentliche Lösung des Klassenproblems zu haben.⁴⁵⁾ Der schon vor der Jahrhundertwende beginnende Weg des Liberalismus zur Partei des Bürgertums schien jetzt zu enden in einer Mittelstandsbewegung, deren Schicksal an der durchaus unsicheren Zukunft des Mittelstandes in der industriellen Gesellschaft hing.

- - -

Das Wort Demokratie hatte auch nach dem Sturz der Monarchie in weiten Kreisen des gebildeten Bürgertums jenen plebejischen und proletarischen Geruch, der ihm im alten Staat anhaftete. Eine Demokratie, die nicht Sozialdemokratie war, schien kaum möglich. Vor allem aber war in der liberalen Intelligenz, die in der Begriffswelt Tocquevilles und der großen liberalen Historiker des 19. Jahrhunderts lebte, die Demokratie belastet mit der Feindschaft gegen aristokratische Werte, das individuell Schöpferische und den heroischen Ehrbegriff der staatstragenden Kräfte des alten Staates. Demokratie war ihnen gleichbedeutend mit der unaufhaltsamen Nivellierung der geistigen Bildung, die die Genies oder die bloß Andersartigen nicht mehr ertragen konnte. Demgegenüber schien der Nationalbegriff, der für dieses gebildete Bürgertum vor allem in der Revolutionszeit alle Werte eines Volkes in überkommener Bildung, Religion, Sitte, Sprache und Ge-

schichte umfaßte, sich allmählich als eigentlicher Gegensatz zur Demokratie herauszuschälen.⁴⁶⁾ Rathenaus Wort von der "konservativen Partei", die vor allem das Bestehende gegen den drohenden Umsturz in allen Lebensbereichen verteidigen wolle, traf die Stimmung dieser Bildungskreise in der DDP.

Eine Reihe liberaler Professoren und Politiker hatte sich schon während des Krieges in Berlin um Hans Delbrück, Ernst Troeltsch und Friedrich Meinecke wöchentlich zusammengefunden, um politische Tagesfragen zu besprechen. Sie traten nach der Revolution mit Ausnahme von Troeltsch⁴⁷⁾ in der DDP nicht hervor, aber ihre Schriften aus den ersten Jahre der Weimarer Republik stellen wohl die tiefste Analyse der Situation des gebildeten Bürgertums im neuen Staate da. Mit der Monarchie war ihnen keineswegs ein überlebtes despotisches System gestürzt worden, sondern ein Staat, der bei der Garantie geistiger Freiheit und Sicherung kultureller Traditionen den ruhenden Pol in der Unruhe der Klassen und Parteien dargestellt hatte. Diese Monarchie, gestützt auf ein unbestechliches Beamtentum, ein Heer mit dem Ehrbegriff des preußischen Offizierskorps und der dem politischen Kammerentrückten kaiserlichen Stellung, war ihnen ein weit starker Wall gegen die Begehrlichkeit und den Drang der Massen zum Umsturz als die Demokratie ihn darstellte.⁴⁸⁾ Die Revolution hatte die jahrhundertealte Form des monarchischen Staates zerstört und lieferte die öffentliche Gewalt an undurchschaubare Mächte aus, die sie zur Unterdrückung geistiger Freiheit und Lehre, zur Zerstörung einer kulturellen Tradition durch parteipolitische Ideologien und schließlich zum totalitären Zwangsstaat mißbrauchen konnten. Die scheiterten kulturfeindlichen Massen des Proletariats hatten durch die Revolution die politische Vorherrschaft erreicht und drohten dem restaurativ gesinnten Bürgertum in reiner Klassenherrschaft und Rätediktatur eine staatliche Form aufzuzwingen, der gegenüber die Demokratie als Kompromiß zwischen den revolutionären und konservativen Kräften die weit mildere Form war. Die Revolution schien jedoch auch so nur der Anfang einer unabsehbaren Kette von sozialen Umwälzungen,

zur Eingliederung eines vierten und fünften Standes⁴⁹⁾, die eine Stabilität der staatlichen Gewalten fast unmöglich machten. Die Flut der Massen überschwemmte alle Lebensbereiche mit proletarischer Lebensauffassung und bedrohte das "heroische Ethos" des alten Heeres und Beamtentums. Gegenüber der ritterlichen aristokratischen Tradition des alten Staates zeigten sich ihnen die Symptome des neuen im Verfall des Ehrbegriffs, in jenen oft wiederholten Bildern des liberalen Revolutionsschrifttums von Massenvergnügungen in Tanz, Spiel und Ausschweifungen nach verlorenem Kriege und in dem Aufstand der Niedrigkeit in Schiebertum, Desertion und Matrosenrevolten.⁵⁰⁾ "Unersetzliches fühlten wir gefährdet, nicht nur alte liebgewordene Einrichtungen, die schließlich durch neue ersetzt werden könnten, sondern auch innerste Voraussetzungen der echten Kultur, geistige Freiheit für das Individuum, die durch eine andauernde Herrschaft des Proletariats viel schwerer bedroht werden würde, als durch den Druck des alten Obrigkeitsstaates."⁵¹⁾

So beschrieb Meinecke diesen Übergang des gebildeten Bürgertums zur Demokratie: "Wir wurden Demokraten, weil wir uns klar machten, daß auf keinem anderen Wege die nationale Volksgemeinschaft und zugleich die lebensfähigen aristokratischen Werte unserer Geschichte erhalten werden können."⁵²⁾ Delbrück wollte diesen Schritt zur Demokratie nicht mitmachen, da er einer demokratischen Zukunft ohne Hoffnung gegenüberstand.⁵³⁾ Meinecke bekannte sich zur DDP, weil es für ihn galt, auf diesem Wege vom alten Staat in Beamtentum, Offizierskorps und den kulturtragenden Schichten des Bürgertums zu retten, was möglich war. Die Demokratie als Kompromiß zwischen dem Erhaltungswillen des Bürgertums und dem Radikalismus des Proletariats sollte versuchen, die Massen zur Bejahung des alle Kultur umfassenden Nationalbegriffs zu bringen. Diese Nationalgesinnung sollte aus ihrer alten Verbindung mit "Korpsstudenten^{ten}, Militarismus, Hurrapatriotismus und Klassenherrschaft" gerissen werden und in anspruchsloser Form ein Staat des Proletariats werden.⁵⁴⁾ Demokratie müsse sich fähig erweisen, das für jede Kultur

geltende aristokratische Grundgesetz zu lösen, d.h. sie so unschädlich wie möglich zu gestalten. Aber es war keine zukunftsfreudige Bejahung der Demokratie, wie auch Meinecke der demokratische und industriestaatliche Fortschritts Glaube Naumanns fremd blieb.⁵⁵⁾ Ein letzter Weg, das revolutionäre Chaos zu bezwingen, war für ihn der Cäsarismus, dessen Kain in der neuen Demokratie lag und auf den sie fast mit Naturnotwendigkeit hinauslaufen würde. Es war die Hoffnung, daß ein Führer, an den die Massen glaubten, die Auflösung der alten Ordnung verhindern konnte: "...Kommt doch noch ein fähiger Cäsar und ballt ein kleines festes Heer wieder zusammen?"⁵⁶⁾

Auch die Analysen von Ernst Troeltsch, mit denen dieser das Ziel der Revolution ergründen wollte, spiegelten diese Situation.⁵⁷⁾ Er war weit entfernt, in der Bismarckschen Reichsgründung den Idealtypus des Staates zu sehen, hielt aber wie Delbrück und Meinecke die Kulturwerte der deutschen Tradition und die tragende Schicht des Bildungsbürgertums in diesem Staate für geschützt gegen die dauernde Bedrohung der Mächte von unten. Den Versuch einer parlamentarischen Monarchie des Prinzen Max von Baden hatte er als letzte Möglichkeit aufgefaßt, die Revolution als ein "unstatliches Unglück" zu bannen. Seine Analysen blieben ein jahrelanges Suchen nach dem Sinn der "zweiten, sozialistischen Revolution" und den Ideen, die ihr zugrunde lagen. War der unter der sozialistischen Revolution sich verbergende Bolschewismus der "asiatische Aufstand gegen den Westen, ...der grundsätzlich und planmäßig die westliche Kultur zerstören" wollte und "zunächst und zuerst die am Wege liegende deutsche"?⁵⁸⁾ Alle Krisenzustände des neuen Staates, wie die Unterzeichnung des Friedensvertrages, die Massenstreiks, die Spartakistenauftände und der Kapp-Putsch drohten ihm erneut das nie ganz verschwindende Gespenst des kulturzerstörenden Bolschewismus heraufzubringen.⁵⁹⁾ Aber auch die Überwindung der ersten Revolutionspsychose drängten sich ihm Visionen auf über den mit dem "Wahnsinn des Weltkriegs" beginnenden "Niagarasturz der Kultur"; denn je mehr er sich dem Bolschewismus zuwandte, desto mehr sah er ein Ende in Bolschewismus und nicht in der Überwindung.⁶⁰⁾ Vergleiche mit der Spätantike und

die an Nietzsche und Spengler anklingende Interpretation des Sozialismus als Greisenalter des Geistes klangen an: "Der Sozialismus ist der Gipfel der Bewußtheit, der Rationalisierung, der Berechnung, der Austilgung der unübersehbaren, freien und sich beliebig differenzierenden Schöpfungskraft. Er ist, wie auch ein Teil seiner Propheten sagt, das Greisenalter, die äußerste Rationalisierung der Kultur...." Er sah in ihr eine Lebensordnung, "die wie eine ungeheure Hagel- und Lebensversicherung unter Ausrechnung aller Chancen des Lebens aus eigener Kraft regelt, sichert und vollendet, die das Unberechenbare, Instinktive, Irrationale nicht mehr kennen oder doch aufs äußerste verringern will...."⁶¹⁾ Dieser Sozialismus als eigentlicher Sinn der Revolution galt ihm als unaufhaltsam, aber dennoch lebte der liberale Gedanke des schöpferischen Wertes des individuellen Lebens, und ihn galt es zu retten.

Die Folge der Niederlage war ihm zunächst der Siegeszug der Weltdemokratie und die Anlehnung Deutschlands an diese Demokratie eine notwendige Folge der außenpolitischen Neuorientierung. "Heute ist die Weltdemokratie da, es gibt keine Anlehnung gegen sie."⁶²⁾ Dennoch blieben für Troeltsch Demokratie und Völkerbund weiterhin Ausdruck einer fremden, westlichen Kultur, die der deutschen Tradition nicht nahe standen: "Wir Deutschen sind für Demokratie nicht begabt, überhaupt nicht für Politik, oder was auf dasselbe hinauskommt, durch unsere Geschichte dazu nicht erzogen und ungünstig vorbereitet."⁶³⁾ Im Innern aber wurde ihm diese Demokratie wesentlich das Mittel, die klaffenden Gegensätze zwischen Bürgertum und Proletariat auszugleichen: Troeltsch stand hier mit allen Vorbehalten des Liberalen, der in den Kategorien Tocquevilles dachte, der Demokratie gegenüber. Der egalitäre Massenstaat mit seiner Tendenz zu geistiger Nivellierung und Leugnung der Aristokratie zugunsten einer alles überflutenden Mittelmäßigkeit, der Neigung zur Unterdrückung der Minderheiten war für ihn gefahrdrohend aber unaufhaltsam.⁶⁴⁾ Die neue Demokratie war "kein Erzeugnis der Doktrin", etwa einer seit 1848 bewahrten liberalen Tradition, sondern einzig das Mittel, die soziale Gärung zu

bannen." Die heutige deutsche Demokratie oder demokratische Staatsordnung ist keineswegs das Ergebnis der Revolution, sie ist vielmehr in der Hauptsache das Gegengift gegen die Revolution gewesen."⁶⁵⁾ Sie mußte nach Troeltsch sozial sein, d.h. die Besitz- und Steuerverhältnisse revolutionieren wie auch mit einer Siedlungsreform und Teilsozialisierung beginnen. Aber weil sie nicht der eigentliche Sinn der Revolution, sondern nur das Kompromiß zwischen revolutionären und konservativen Kräften war, deshalb mußte sie den Ideologen von rechts und links von Anfang an als "ideenlos" erscheinen. Die fast hoffnungslose Stellung der Demokratie im Kampf der Extreme mit ihrer Fülle von Theorien eines neuen Ständestaates und der Diktatur des starken Mannes wurde ihm so das Schicksal der Weimarer Republik. Die Weimarer Koalition zwischen Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie war ihm deshalb nichts als dies bedrohte Kompromiß, das ständig ein neuer Ausbruch der revolutionären Kräfte zerstören konnte. Die Radikalisierung der Sozialdemokratie deutlich zum ersten Male nach den Wahlen von 1920, wie auch der Abfall des Bürgertums ins gegenrevolutionäre Lager schienen ihm das demokratische Kompromiß zusehends unmöglicher zu machen. Das Zweiparteiensystem hingegen, das in England und den Vereinigten Staaten erst die Stabilität der demokratischen Staatsgewalt ermöglichte, bedeutete für Deutschland die Scheidung in einen konservativen Bürgerblock und einen revolutionären Arbeiterblock, deren notwendige Konsequenz der Bürgerkrieg sein mußte. Der Weimarer Koalition stand auf den radikalen Flügeln keine Opposition gegenüber sondern eine staatsverneinende Ostruktion. Ihr Wachsen und Zerfallen war deshalb das Schicksal des neuen Staates und der deutschen Kultur.⁶⁶⁾

In der DDP sah Troeltsch vor allem eine Sammlungsbewegung für die kulturtragende Schicht der bürgerlichen Intelligenz, die gleich ihm die Demokratie als einzige Möglichkeit für den neuen Staat betrachtete. Diese neue Partei sollte mit der Annäherung an die Sozialdemokratie das übrige Bürgertum nach sich ziehen. Aber er erkannte schon bald, daß die bürgerliche Intelligenz sich zersplittert auf mehrere Parteien verteilte und nur zum geringen Teil den Kompro-

mißgedanken der Demokratie verstand.⁶⁷⁾ Die Intelligenzpartei sollte bewußt als erhaltende Macht innerhalb der Regierung auftreten und eine "konservative Demokratie" repräsentieren, die durch keine Ideologie zusammengehalten wurde, sondern allein vom Willen zur Rettung einer kulturellen Tradition in der Revolutionszeit. Er berief sich auf das amerikanische Beispiel, wo eine Demokratie durchaus nicht die permanente Revolution bedeute, sondern sich als konservativ in "Sitte, Glauben und geistiger Überlieferung" erweise.⁶⁸⁾ Aber immer wieder zeugte seine Klage, daß die Intelligenz diesen Gedanken der "konservativen Demokratie" nicht begriff, sondern wie die Ideologen von links und rechts in der Demokratie nur die "Mittelmäßigkeit und Spießhaftigkeit" sah. Das "Bündnis der Unabhängigen, Bolschewisten, Literaten, Ideologen und Konservativen" hatte die stärksten Schlagworte in der Hand mit Rätediktatur oder Ständestaat, Gildensozialismus oder der Herrschaft des starken Mannes.⁶⁹⁾ Die demokratische Mitte hatte von links die eschatologisch gesonnenen Massen, von rechts die revolutionsfeindlichen Kräfte in Beamtentum, Offizierskorps, Universitäten und ostelbischem Landadel gegen sich. Es blieb so für Troeltsch die Frage, ob die demokratische Mitte die Wählerzahlen hinter sich behalten würde, die ihre Politik möglich machten. Ein düsterer Pessimismus durchzog immer wieder seine Analysen, daß die Revolution und der äußere Druck trotz allem nur der Anfang eines Weges zum Abgrund seien. "Endlose Zuckungen und Wirren, tobender Wahnsinn unter begleitendem Moralisieren ohnmächtiger Philosophen und Philanthropen. Mit der 'Sekurität' des privaten Lebens.... scheint es vorbei.... Aber wieviele ahnen, was alles auf dem Spiele steht und wieviel nötig ist, um das noch nicht Verlorene wenigstens zu behaupten?"⁷⁰⁾

Die Demokratie war nach der Auffassung dieser liberalen Professoren trotz aller Gefahren und einer ungewissen Zukunft die einzige Möglichkeit für das liberale Bürgertum. In den Kompromißgedanken der "konservativen Demokratie", der die revolutionäre Bewegung der Massen zunächst einmal überwinden wollte, lag auch der Grund für den großen Zustrom zu den in den Revolutionsmonaten. In der Verfassungsversammlung erklärte ihr Sprecher Koch-Weser ange-

tischen Wählerschaft: "Wir sind der Meinung, daß wir all auf dem Wege der Demokratie unser Volk aus der tiefsten fahr herausführen können, in der es sich zur Zeit befindet. Ihren Hauptzweck sah die Partei in der Bildung einer staatserhaltenden Mitte, die bewußt auf eine ideologische Fundamentierung verzichtete, um vor allem den sozialen Umsturz zu verhüten. "Niemals in der Weltgeschichte ist die Demokratie staatserhaltend aufgetreten, wie in dem furchtbaren Zusammenbruch des deutschen Volkes nach diesem Weltkriege."⁷²⁾ Es kam den meisten auf die Demokratisierung der Sozialdemokratie an⁷³⁾, weil mit dem Begriff der Demokratie jetzt alles noch Gesetzlichkeit, Ordnung und organische Entwicklung verbinden schienen.

Abgesehen von der Minderheit der überzeugten Demokraten und der Sozialrevolutionäre in der DDP, ließ jedoch die Bereitschaft zum demokratischen Kompromiß nach, sobald der erste revolutionäre Sturm vorüber war. Der Abmarsch nach rechts war die Folge, da man nicht wie Troeltsch die schwache Autorität des neuen Staates durchschaute und noch jahrelang einen neuen Aufstand der sozialistischen Massen fürchtete. Vor allem in der Intelligenz war es weiterhin wie im alten Staat verpönt, als Demokrat zu gelten, so daß die DDP mehr und mehr als Partei ohne geistige Führungsschicht erschien. Für weite Kreise des Bürgertums aber blieb der Begriff Demokratie auch jetzt der Gegensatz zum Nationalgedanken; eine "demokratische Staatsgesinnung" schien ebenso unmöglich, wie die proletarischen Massen zum Bekenntnis für eine alte Kulturtradition zu bringen. Das Nationalempfinden schien unauflöslich mit seinen pathetischen Formen in der Monarchie verbunden.⁷⁵⁾ Resigniert schrieb der schon 1918 zur DDP getretene spätere badische Staatspräsident Willy Hellpach über diesen Weg des liberalen Bürgertums: "Die demokratische Partei war konservativ, als sie ins Leben trat; und die Erfahrung, der die Partei seither tatsächlich schon weitgehend verfallen ist, erblicke ich darin, daß sie vor dieser Zwangstatsache und Zwangslage die Augen verschloß, anstatt die politischen Folgerungen daraus zu ziehen."⁷⁶⁾

Weite Kreise der Wählerschaft der DDP sprachen auch nach der Revolution offen ihre monarchische Gesinnung aus. Dieses war vor allem in Süddeutschland der Fall, da sich in Norddeutschland diese Kreise der DVP zugewandt hatten.⁷⁷⁾ Die Kritik am alten Staatssystem schien ihnen pietätlos und traditionsfeindlich. Ihr Bestreben war, von den Institutionen der Monarchie möglichst viel zu retten, während viele nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung die Restauration des Kaisertums erwarteten. Ein demokratischer Parteienstaat galt als "lächerlich", über dem man mindestens einen Reichsverweser als Stellvertreter des Kaisers erwartete.⁷⁸⁾

3. Die Wendung zum Cäsarismus

Die fundamentale Umwälzung, in der das Ideengut des Liberalismus in der Zeit vor und während der Revolution begriffen war, wird am deutlichsten bei Politikern wie Max Weber, Naumann und Alfred Weber. Es zeigte sich hier in anderer Form als bei Meinecke und Troeltsch die Krise der liberalen Forderung nach Freiheit der persönlichen Lebenssphäre und der Ideenbewegung in der unentflieharen Auseinandersetzung mit der Massengesellschaft. Auch diese Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Demokratie, die ihren Höhepunkt in der Revolutionszeit erreichte, führte zum Bruch mit der liberalen Tradition, um einer veränderten Wirklichkeit gerecht zu werden.

Max Webers politisches Denken wurzelte in der Idee des Nationalen; für ihn - der um 1890 als Konservativer und zeitweilig Mitglied des Alldeutschen Verbandes begann, der er mit Naumann nach 1903 den Zugang zum linken Liberalismus fand - war alles persönliche Geschick und alle geistige Freiheit als Grundlage der Kultur unlösbar verbunden mit dem Schicksal der Nation. Alle Problematik der Klassengegensätze und der politischen Ideologien hatte sich für ihn dieser Nationalidee unterzuordnen. Den Konsequenzen des mit der Industrialisierung verbundenen stetigen Volkswachstums und der unaufhaltsamen Demokratisierung stand er illusionslos gegenüber. Der Weg der modernen Gesellschaft war für ihn der einer zunehmenden Nivellierung aller ständischen Unterschiede, da eine Schichtung schließlich nur noch durch Bildung und Führerqualifikation einzelner möglich war.¹⁾ Die Reste einer ständischen Aristokratie - wie der preußische Landadel oder die durch den bürgerlichen Führungsanspruch herausgehobenen Schichten, wie das für die Ämterlaufbahn vorbestimmte Korpsstudententum und alle Kreise, die er als "Honorationen" erfaßte - verloren immer mehr ihre eigentlich politische Qualifikation. Vor allem hatte der bürgerliche Führungsanspruch seine Berechtigung verloren. Insofern war eine politische Führung in der modernen Gesellschaft

keine spezifisch ständische oder auch nur Honoratiorenherkunft mehr gab, war ihm somit das allgemeine gleiche Wahlrecht unumgebar und die einzige Grundlage für ein neues politisches Führertum.²⁾ Der bürgerliche Führungsanspruch der "Kreise von Besitz und Bildung" hatte eine halbwegs ständische Schichtung nach Honoratioren und der von ihnen kulturell und politisch Geführten hervorgebracht, die Max Weber in den Professoren, Pfarrern, Lehrern, Rechtsanwälten, Ärzten, Industriellen, Kaufleuten und bürgerlichen Gutsbesitzern sah und deren Führungsanspruch sich vor allem in dem abgestuften Wahlrecht gleich welcher Art ausdrückte. Aber eben daß sie sich durch dieses Wahlrecht immer mehr in eine Klassenrolle hineindrängen ließen, vernichtete ihren Führungsanspruch. Die "ganz radikale Demokratisierung" machte für ihn eine politische Aristokratie nicht unmöglich, sollte aber alle jene Reste ständischer Ansprüche beseitigen. Zwar sah Max Weber, daß sich das Führertum der Demokratie auch nicht von gewissen ständischen Qualitäten trennen ließe, wie es in der beruflichen Abkömmlichkeit der Advokaten und Journalisten bestand, aber es war für ihn eine Tatsache, daß vor allem in Deutschland eine solche politische Schicht mit echter aristokratischer Tradition - wie sie in den westlichen Demokratien zum Teil existierte - nicht vorhanden war.³⁾

Es mangelte in Deutschland eine echte Aristokratie, die "recht wohl ein ganzes Volk im Sinn und in der Richtung ihres Vornehmheitsideals zu prägen vermag." "Die Deutschen sind ein Plebejervolk..."⁴⁾ Das die Massendemokratie begründende allgemeine Wahlrecht war ihm auch das Ende einer spezifisch liberal beeinflussten Gesellschaftsordnung mit dem Führungsanspruch der Honoratioren.⁵⁾ In der Krisenzeit des alten Staates faßte Max Weber dieses Hängen an der alten Gesellschaftsordnung nur als "Feigheit des Bürgertums", das die Augen vor einer gewandelten Wirklichkeit verschloß.

Der unaufhaltsamen Nivellierung der modernen Gesellschaft ging ihm eine stetig intensivierte Bürokratisierung des modernen Staates in allen Lebensbereichen parallel. Der Staat war zu einer ungeheuren Maschine, zu "geronnenem Geist"⁶⁾ die nicht nur den modernen Proletarier, sondern auch a

vorwiegend bürgerliche Beamtentum zu bloßen Werkzeugen der Ordnung machte, geworden. Die Bürokratisierung als Folge einer kapitalistischen und stetig mehr rationalisierten Lebensordnung war ihm "unentrinnbar"; denn alles Handeln im modernen Staat wurde "zweckrational" wie im Produktionsprozeß eines industriellen Unternehmens. Hier setzte das liberale Denken Max Webers ein mit der Frage: "Wie ist es angesichts dieser Übermacht der Tendenz zur Bürokratisierung überhaupt noch möglich, irgendwelche Reste einer in irgend einem Sinn 'individualistischen' Bewegungsfreiheit zu retten?"⁷⁾ Zur Übermacht der Massengesellschaft, die eine für liberales Denken lebensnotwendige geistige Führungsschicht immer mehr in der allgemeinen Nivellierung untergehen ließ, trat hier die Übermacht einer "zweckrationalen" Lebensordnung, um das Schöpferische individueller Freiheit als Grundlage aller Kultur zu bedrohen und schließlich zu ersticken. Max Weber setzte ihm trotz aller Unerbittlichkeit, mit der er diesen Prozeß der modernen Gesellschaft zeichnete, sein Begriff der Politik entgegen: "Politik ist Kampf" und brach damit erst das eigentliche Leben in den erstarrten Mechanismus der Lebensordnung. Im Verhältnis von Führern und Geführten zeigte sich ihm das Nebeneinander der schöpferischen und ausführenden Kräfte der Gesellschaft.⁸⁾

Er sah, daß im alten Staat die Auslese der Führung hinter den verschlossenen Türen der Beamtenschaft erfolgt war⁹⁾, während sich der Liberalismus auf die Führung durch die Honoratiorenschicht beschränkte. Die Revolution schaltete das alte Beamtentum aus den obersten politischen Ämtern aus und machte die Parteipolitiker zu Anwärtern der Macht. Die Ironie Max Webers, ob die Führerauslese in einer ständisch abgeschlossenen Honoratiorenschicht mit einem bestimmten Ehrbegriff und alten politischen Traditionen, die eine "Demagogie" unbedingt ausschlossen, noch der veränderten Massenwirklichkeit gerecht werden konnte, zeugte von seinem Wissen, daß für das Proletariat diese Führungsschicht nur noch ein bloßer Klassenexponent war. Wie bei Meinecke und Troelsch war auch bei ihm das Grundproblem, wie die proletarischen

Massen zur Bejahung des Nationalbegriffs zu bringen waren, mit der ihre Zeit alle Kultur und Tradition umfaßte. Die Lösung fand er allein in einer Politik, die auf die Massen wirkt und den Führer bewußt "von ganz unten" auf beginnen läßt. Die Politik nach dem Verhältnis von Führern und "Gefolgschaft"¹⁰⁾ nahm damit jene Wendung zum Cäsarismus, die Max Weber für die einzige echte Möglichkeit einer Politik im demokratischen Staate hielt. "Die Bedeutung der aktiven Massendemokratisierung ist: daß der politische Führer nicht mehr auf Grund seiner Bewährung im Kreise einer Honoratiorenschicht zum Kandidaten proklamiert, dann kraft seines Hervortretens im Parlament zum Führer wird, sondern daß er das Vertrauen und den Glauben der Massen an sich und also seine Macht mit massendemagogischen Mitteln gewinnt. Dem Wesen nach bedeutet dies eine cäsaristische Wendung der Führerauslese...Es ist keine gewöhnliche 'Abstimmung' oder 'Wahl', sondern die Bekennung eines 'Glaubens' an den Führerberuf dessen, der für sich diese Akklamtion in Anspruch nimmt."¹¹⁾ Dieses unmittelbare Verhältnis zwischen Führern und Massen blieb für ihn das wesentliche Mittel, die nationale Integration der Klassen und Parteien in der Wirkung solcher Cäsaren zu ermöglichen. Die ungeheure Wendung, die sich damit im politischen Denken des Liberalismus vollzog, spiegelt ein Vergleich mit den Analysen des Cäsarismus bei L.A. von Rochau, Treitschke und Roscher. Für das liberale Denken des 19. Jahrhunderts war die Demokratie wegen ihrer Neigung zum Totalitären immer von dem Umschlag in den Cäsarismus bedroht, wie der französische Napoleonismus bewies. Auch O. Spenglers düstere Schilderung des kommenden Cäsarismus im "Untergang des Abendlandes" (1922) übernahm nur die Gedankenwelt liberaler Historiker des 19. Jahrhunderts. Wie die konstitutionellen Liberalen der Zeit Treitschkes hielt auch Max Weber bis zur Revolution von 1918 die Monarchie für die stabilste und beste Staatsform, sah aber nach ihr keine andere Möglichkeit, als der Massenwirklichkeit mit dieser Idee eines neuen Führertums gerecht zu werden. Er stellte der allgemeinen Furcht vor Demagogen die nüchterne Feststellung gegenüber, daß in der modernen Gesellschaft keine andere Art der Führerauslese mehr Anspruch

auf Geltung erheben könne.¹²⁾ Er wußte, daß die Politik emotional im Sinne all der Massenleidenschaften werden würde, die die Honoratioren gefürchtet hatten, hielt aber in Deutschland die Auswüchse einer "Straßenherrschaft", zu der die romanischen Demokratien neigten, für unwahrscheinlich.¹³⁾ Die fortschreitende Massenorganisation in Gewerkschaften und Parteien, die der Liberalismus des 19. Jahrhunderts noch nicht gekannt hatte, war ihm der wichtigste Beweis, daß durch diese "Maschine" der Führer die Gefolgschaft unbedingt hinter sich hatte, wenn er ihr Vertrauen besaß.¹⁴⁾ Die Idee des Führertums an der Spitze einer solchen "Maschine", wie sie in den Organisationen der Parteien, Gewerkschaften und Verbände vorhanden waren, wurzelte im "Charismatischen",¹⁵⁾ jener einst um 1900 von Rudolf Sohm im Bereich des Religiösen entdeckten Herrschaftsform. "Aber es gibt nur die Wahl: Führerdemokratie mit 'Maschine' oder führerlose Demokratie, das heißt: die Herrschaft der 'Berufspolitiker' ohne Beruf, ohne die inneren, charismatischen Qualitäten, die eben zum Führer machen."¹⁶⁾ Er sah in diesem charismatischen Führertum etwas, was parlamentarische Regierungen kaum zu leisten imstande waren, nämlich den Massen durch die ständige Akklamation das Gefühl der Beteiligung am Staate zurückzugeben und sie so den anarchistischen und syndikalistischen Utopien zu entreißen. Deshalb war ihm der "zunehmende Nationalismus"¹⁷⁾ der Massen auch der erste Ansatz zu einer Überwindung des Klassenproblems. Es war der Glaube Max Webers, daß sich die Führerpersönlichkeit, die die Gefolgschaft der Massen hinter sich hatte, auch als die fähigste erweise - mit der Randbemerkung: "Daß ein bloßer Redetechniker ohne Geist und politischen Charakter starke politische Macht gewinnt, kommt vor."¹⁸⁾ Die Führerqualitäten, wie Sachlichkeit der Leidenschaft, die jede "sterile Aufgeregtheit" ausschloß, Verantwortungsgefühl statt bloßer Eitelkeit, und hemmungslosen Ehrgeizes und Augenmaß für die politischen Möglichkeiten schienen ihm die Bedingungen, ohne die das Charisma des Führers überhaupt nicht entstehen konnte.¹⁹⁾ Das Wagnis der plebiszitären Führerschaft über blieb: "Selten der hervorragendste, aber im Durch-

schnitt doch: geeignete politische Führer gelangen so zur höchsten Macht."²⁰⁾ Die Haltung dieses Führertums sollte auch nicht die einer ständischen Absonderung sein, die nur "auf dem Kothurn der 'aristokratischen' Kontrastierung seiner selbst gegen die 'Vielzuvielen'" ihre innere Distanz gegenüber der Masse bewahren konnte.²¹⁾

Die Revolution vom 9. November 1918 schien ihm dennoch als ein "blutiger Karneval" alle geordneten Mächte aufzulösen und den politischen Kampf den Ideologen und "Literaten" auszuliefern.²²⁾ Seine Wahlreden suchten das Bürgertum für die unausweichliche Demokratie zu gewinnen, damit es ein Räte-staat nicht ganz rechtlos mache. Er forderte darin umfassende soziale Reformen wie Teilsozialisierung, Siedlungsreform in den preußischen Ostprovinzen, soziale Steuergesetzgebung und Erfassung der Kriegsgewinne. Die Revolution als ein ungeheures Unglück war ihm dennoch der Beginn der egalitären Massendemokratie, auf die sich das liberale Bürgertum einzurichten habe. "Die Republik macht dieser 'Säkularität' ein Ende. Die Geborgenheit der sozialen und materiellen Privilegien und Interessen in der historischen Legitimität des Gottesgnadentums hört auf. Das Bürgertum wird dadurch ebenso ausschließlich auf seine eigene Kraft und Leistung gestellt, wie die Arbeiterschaft es längst war."²³⁾ Und dennoch analysierte er schon 1919 die Situation dieses Bürgertums im neuen Staate, in der nur der Führer oder "Held" noch wahrhaft frei sind: "Und...die, welche beides nicht sind, müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnungen gewachsen ist...."²⁴⁾

Friedrich Naumann, dessen politische Laufbahn mit der Hilfstätigkeit des sozialgesinnten evangelischen Pfarrers begann²⁵⁾, machte sich schon früh unter den Einfluß Max Weber'seiner Ideen zu eigen. Daß der nationale Machtstaat schon um seiner Sicherheit willen die proletarischen Massen für den nationalen Gedanken gewinnen müsse, zeigte ihm zuerst die Heeresfrage. Die Armeen bestanden zu einem großen Teil aus den Arbeitern, die sich parteipolitisch zur wachsenden Staatsfeindschaft und Klassenabsonderung organisieren

"Die Heldenhaftigkeit einzelner verschwindet, der Patriotismus der Masse wird Lebensforderung des Staates." Und:
"Nichts, nichts hilft in der Weltgeschichte Bildung, Kultur,

Sitte, wenn sie nicht von der Macht geschützt und getragen werden!"²⁶⁾ Das Grundproblem, wie man den Massen das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zum Staate zurückgeben könne, vermochte auch er nicht anders als Max Weber als durch den Cäsarismus zu lösen, der in dem unmittelbaren Verhältnis zwischen Führer und Massen am ersten eine staatliche Gemeinschaft oberhalb der Klassenspaltung herzustellen vermochte. Diesen cäsaristischen Einschlag des modernen Massenstaates glaubte er 1900 zum ersten Mal im Kaisertum Wilhelms II. zu erkennen, das ihm als vom Napoleonismus unverkennbar beeinflusst erschien. Ein Monarch, der sich der modernen Mittel des Verkehrs, der Telegraphie und Nachrichtenübermittlung wie der Presse bediente, um sich über alles auszusprechen, war auf dem Wege, die Massen zu gewinnen. "Es gibt keine Angelegenheit, in der der Volksgeist nicht mit ihm gleichsam debattiert. Nie spricht er allen aus der Seele, aber stets spricht er zu allen, und das Gesamtergebnis ist, daß alle eine Art modernes Personalverhältnis zur kaiserlichen Zentralperson bekommen... Diese moderne Methode sammelt Macht." "...als Kaiser ist er nationaler Imperator, Verkörperung des Gesamtwillens, persönlicher Führer aus einer alten und neuen Zeit."²⁷⁾ Das Revolutionäre für das Denken des Liberalismus war bei ihm wie bei Max Weber die Bejahung dieses Cäsarismus mit all den Gefahren, denen eine solche Ansammlung von Macht ausgesetzt war. Die Überzeugung, daß nur die cäsaristische Führergestalt den Massen noch einen Begriff vom Staate zu geben vermochte, blieb auch dieselbe, als ihn Kaiser Wilhelm II. in einer solchen Rolle enttäuscht hatte. Der Ansatz seiner Politik blieb trotz aller Wandlungen bis zur Revolution derselbe. Im Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung trat er dem sozialdemokratischen Verlangen nach einer parlamentarischen Koalitionspolitik auf Grund von Parteiprogrammen entgegen: "Je mehr man das persönliche Element ausschaltet, um so weniger wird man dem Geiste der Entwicklung gerecht."²⁸⁾ Dieses "persönliche Element" schien ihm die einzige Möglichkeit, nach dem Sturz der legitimen Gewalten eine integrierende Wirkung auf Parteien, Klassen und Gruppen auszuüben, indem man die Massen unmittelbar an eine Führer-

Seine auch von Max Weber beeinflusste Suche nach der politischen Aristokratie, ohne die auch die moderne Massengesellschaft nicht denkbar war, hatte während der nationalsozialen Zeit noch im grundbesitzenden Adel, im Großunternehmertum und dem katholischen Klerus das neue Führertum zu finden gemeint.²⁹⁾ Aber diese aristokratischen Elemente erkannte er auch in der Sozialdemokratie, die sie wegen ihrer egalitären Lehre verleugnen wollte, und hier entstand ihm eine politische Schicht, der gleicherweise der Weg zum Demagogen wie zum echten Führertum offenstand. Je mehr Naumann seit dem Sommer 1917 die "Geburt von Demokratie und Kaisertum" heranrücken sah, um so mehr galt seine Sorge den Berufspolitikern, deren notwendige Eigenschaften er analysieren wollte. Alte liberale Traditionen, die Politik als Erziehung zu betrachten, wahrte er in seiner Forderung, "daß vor allem der Redner ein guter Mensch, eine tugendhafte Persönlichkeit zu sein habe..."³⁰⁾ Die Notwendigkeit einer Massenorganisation auch für die liberalen Parteien, die dem überragenden Führer zum Instrument seiner Macht werden konnte, sah er ebenso wie Max Weber: "Die Einzelmenschen sind heute alle Verbandsmenschen geworden!"³¹⁾ Aber er teilte nicht Max Webers Glauben an die immer weitere Zurückdrängung reiner Klassenparteien zugunsten von Weltanschauungs- oder reinen Amtspatronageparteien, sondern glaubte schon 1904 den notwendigen Weg des Liberalismus zur Klassenpolitik vorauszusehen, der die Partei immer mehr auf einen bestimmten bürgerlichen Wählerkreis beschränken würde.³²⁾ Die Integration der Klassen mußte deshalb auch Gegenstand der Parteienuntereinander sein und schließlich in einer weitgehenden Annäherung von Liberalismus und Sozialdemokratie erreicht werden.

Der als Block von Bassermann bis Bebel in der nationalsozialen Zeit erstrebte Ausgleich zwischen Bürgertum und Proletariat blieb sein oberstes Ziel auch nach der Revolution. Er sah diesen Block sich anbahnen seit dem Juli 1917 im interfraktionellen Ausschuß, der nach der Revolution möglicherweise unter Ausschaltung des Zentrum zu einem Regierungsblock von Sozialdemokratie, DDP und LVP führen

konnte. Den Liberalismus hielt er durch die Verschärfung der Klassengegensätze in der Revolution für gezwungen, "so weit wie möglich nach links" zu gehen.³³⁾ Das Ende aller Unterschiede zwischen Demokratie und Sozialdemokratie bis auf das "Klima"³⁴⁾ schien ihm mit der Revolution gegeben. Es blieb ihm jedoch die Hoffnung, daß in der Sozialdemokratie die marxistische Lehre bei der Lösung praktischer Aufgaben zurücktreten werde, wie auch das Krankhafte der Räteverfassung und des drohenden Bolschewismus endlich dem gemeinsamen Bekenntnis zur Demokratie weichen würde. Er bemühte sich, das Chaos der Revolution für die erhaltenden Mächte im Heer, Beamtentum und den obersten Gewalten zu werben in der Hoffnung, daß ihre konservativen Elemente von selbst ausscheiden würden.³⁵⁾ Das Kaisertum hatte sich zur Lösung des Klassenproblems unfähig erwiesen und konnte trotz aller Sympathien die sich mit ihm verbanden, nicht restauriert werden. Der Gedanke von "Demokratie und Kaisertum" war gescheitert.³⁶⁾ Der neuen Demokratie traute er deshalb keine "großen Taten" zu, weil er den Mangel cäsaristischer Persönlichkeiten, die die Massen hinter sich gehabt hätten und über Parteigrenzen hinaus zu wirken verstanden, erkannte. Sie war für ihn nicht der Beginn einer nationalen Solidarität der Klassen nach einer revolutionären "Erschütterung des Staatsbegriffs und des Staatswesens": "Demokratie unter Druck, Demokratie unter Auslandskontrolle, Demokratie unter Einführung in neue Weltverhältnisse, die bei uns bis jetzt fremd gewesen sind."³⁷⁾ Er haßte die Revolution so sehr, daß er die Einführung der schwarz-rot-goldenen Flagge als nationalen Schmach empfand.

Die "Notwendigkeit des cäsaristischen Einschlags in der Demokratie sollte ergänzt werden durch eine Art Staatsprogramm von sozialen Grundrechten, das den dauernden Kampf der sozialen Gegensätze in einer bloß "formalen Demokratie" zu beseitigen suchte. Es sollte auch das liberale Bürgertum auf diese Art durch die Verfassung zum sozialen Bekenntnis gezwungen werden. So brach er ebenfalls mit einer Tradition, die der ältere Liberalismus jahrzehntelang im Gegensatz zum Sozialismus erhalten hatte. Die "Museumsstücke" bloß bürgerlicher Freiheiten, wie die der deutschen Vor-

fassung von 1849, sollten durch dieses Bekenntnis des Staates zu den sozialen Rechten des einzelnen ergänzt werden, um den Massen den Drang nach Bolschewismus und Räteverfassung zu nehmen. "Der Verbandsmensch ist der Normalmensch der Gegenwart, der sozialisierte, gruppierte Mensch sucht sich verfassungsmäßig einen Ausdruck, sucht, wenn es überhaupt ein Staatsbekenntnis gibt, ob der Staat darüber eine Ansicht hat oder ob er keine hat." Der Staat als solcher sollte der "Verständigungsfriede zwischen Kapitalismus und Sozialismus" sein.³⁸⁾ So umfaßte sein Programm der sozialen Grundrechte³⁹⁾ neben den alten liberalen Freiheiten: den Schutz für Alte und Kranke, das Recht auf Arbeit, die Begrenzung eines asozialen Mißbrauchs des Eigentums, eine soziale Siedlungs- und Bodenpolitik, staatliche Förderung der Landwirtschaft und der Volksbildung, Verstaatlichung nach "Nützlichkeit Gesichtspunkten", staatliche Vervollkommnung des Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechts und die Errichtung von Arbeitnehmerkörperschaften in allen Betrieben. Es war hier bei bewußt unjuristischer Formulierung ein "volksverständliches" umfassendes Staatsprogramm aufgestellt, das aber nur in geringen Resten Eingang in die Weimarer Verfassung fand.

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik sah auch Alfred Weber die Führerdemokratie als einzige Lösung der Probleme des Massenstaates an.⁴⁰⁾ Ähnlich dem Naumanns hatte er in den Revolutionswochen ein sozialpolitisches Programm aufgestellt, das Teilsozialisierung, Siedlungspolitik, Vermögensreform und Erfassung der Kriegsgewinne als dringlichste Reformen verlangte.⁴¹⁾ Sein Entwurf der Führerdemokratie war folgender: Die selbständige Entscheidung und Willensbildung des Führers bei ständiger Angewiesenheit auf die "demokratische Revision des Vertrauens" mußte als allein noch mögliche Form staatlicher Gewalt nach dem Ende der legitimen Monarchie betrachtet werden. Die Partei als "rationale, großorganisierte Massenformation" schien ihm das Führerproblem immer mehr in der Form der oligarchischen Kooptation zu lösen, die nun als "unegalitäre Demokratie" an die Stelle des alten liberalen Individualismus im Parteiwesen

trat. Aber Demokratie sollte deshalb kein Abstimmungsmechanismus sein, sondern nur eine neue Form von Führen und Geführtwerden.⁴²⁾ Seine leitende Stellung in der DDP, die er jedoch schon nach der Wahl der Nationalversammlung aufgeben mußte, hätte das Mittel zur Umwandlung der liberalen Parteistruktur in eine große Massenbewegung werden können. Aber er stieß in Wahlreden wie in den engeren Parteikreisen auf den Widerstand des liberalen Bürgertums, das seine Idee der Führerdemokratie mit organisierten Massenparteien nicht begriff. Seine Stellung blieb wie die Max Wobers und Naumanns im Liberalismus immer eine gesonderte, so daß die große Chance mit der Gründung der DDP im November 1918 ungenutzt verstrich.

4. Der antidemokratische Liberalismus

Die fast apokalyptischen Vorstellungen, mit denen ein Teil des in der DDP geeinten Bürgertums die Revolution erlebt hatte, blieben ein Grunderlebnis auch der Anhängerschaft der DVP, die sich im Willen zur Restauration zusammenfand. Der Begriff der Masse und ^{ihre} chaotische Ziellosigkeit, vom blinden Zerstörungswillen getrieben, diente immer wieder zur Erklärung der revolutionären Ereignisse, gegen die sich alle an Kultur, Tradition und Sittlichkeit hängenden Kräfte zusammenscharen mußten:

"Lust, Sinnenkitzel, laute Freude, seichtes Vergnügen, machen sich breit, verkünden grinsend, prahlend, auftrumpfend ihr Daseinsrecht, während Schmach und Schande über dem Volke ausgebreitet liegt. Sie fühlen nicht, der Sinn für diese weltgeschichtliche Schande sondergleichen scheint verloren. Der Sinn für Größe ist dahin. Sie denken nur an die Stunde und ihre Lust. Höhnend erhebt sich das Volk über jede Ordnung, jedes Gebot des Staates." ¹⁾

"Nicht Freiheit stieg auf die deutsche Erde nieder, sondern die Anmaßung, Trägheit, Zügellosigkeit, die sich mit Diebstahl, Betrug und Mord verbrüderten... Alle Lüste und Begierden machten sich breit und bewirkten die Kollisionskatastrophe der Moral. Auch eine Schmutzwelle von sittenverderbenden Büchern, Schriften und Filmen brauste über das deutsche Land dahin...." ²⁾

"Der Proletarier, die unterste Schicht der Kulturmenschheit, will die Schichtenfolge umstürzen. Er will das, was Unterbau menschlichen Lebens ist... an die Spitze menschlichen Lebens stellen. Die Materie Mensch aber sieht sich heute, im Augenblicke der Revolution einem geistigen Gebäude, nämlich der Kultur im weitesten Sinne des Wortes gegenüber. Dieses geistige Gebäude ist die Schöpfung des menschlichen Willens, der menschlichen Intelligenz, seiner geistigen und sittlichen Kräfte. Der Kopf hat dieses Kulturgebäude der Menschheit geschaffen. Und seine Füße stehen fest auf ihm auf." ³⁾

Die Revolution erschien in diesen Bildern für liberales Empfinden als ein einziger Aufstand des Minderwertigen. Begehrliche Massen drohten in blinder Zerstörungswut die alte Ordnung in Staat und Wirtschaft umzustürzen. Die Massenstreiks und die Spartakistenauftände lieferten den Beweis, daß Parteien und Gewerkschaften ihre Gewalt über die Massen verloren hatten und die revolutionäre Bewegung in den wirtschaftlichen Betrieben im Zuge der direkten Aktion täglich in den Bolschewismus umschlagen konnte. Ja, diese Revolution war für nationalliberales Denken nur der latente Bolschewismus, der bei allen Krisenzuständen des neuen Staates, bei Massenstreiks, Aufständen und Putschen erneut durchbrechen konnte. Gegen diese Revolution wollte man unter allen Umständen die Ordnungselemente des alten Staates in Beamtentum, Heer und Wirtschaftsaufbau retten. Man vergaß bei diesem Klammern am alten Staat auch die vergangene nationalliberale Kritik an der Monarchie und verdrängte das Bild des alten Staates zu einem verlorenen Mythos von Glanz und Macht. In diesem Sinne kontrastierte man auch die Farben Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß-rot. Die Revolution war ihnen nicht nur eine nationale Schande, sondern sie bedrohte Kultur und Ordnung wie eine Mongolenflut. Alle diejenigen, die in der Umwälzung und beim Aufbau der Demokratie eine neue ideelle Position suchten, galten als "Kleingeister".⁴⁾

Eine besondere Rolle spielte diese personifizierte Revolution in Stresemanns Gedankenwelt zur Zeit der Revolution. Revolution war für ihn der Aufstand der Straße, der Verlust des Ehrgefühls in Heer und Beamtentum, die Unterdrückung persönlicher Freiheit und individueller Rechte, die "Prämierung des Nichtstuns" in der Arbeitslosenunterstützung und die Zerstörung der Wirtschaftszentren durch spartakistische Sabotage. Das Gespenst des Bolschewismus lauerte für ihn hinter jeder neuen Unruhe und jedem Streik und drohte so die Reste des alten Staates vollends zu untergraben. Er wehrte sich entschieden gegen das Eindringen von "besoldeten Parteitüchtigkeiten" in das Beamtentum und von revolutionären Elementen in das Heer. Es galt, die Reste der bürgerlichen Ordnung in Wirtschaft, Schule und Kirchen-

verfassung wie auch das alte Beamtentum gegen die "alles überflutende Demokratie" und gegen die für unreif und be-
 gefährlich gehaltenen Massen der Sozialdemokratie zu vertei-
 digen. Der Jahrestag der Revolution am 9. November 1919 gab
 Anlaß, das Unglück Deutschlands auf die Schultern der Revo-
 lutionäre zu laden: "Die in den letzten Kriegsjahren begin-
 nende Durchlöcherung der deutschen Sitten wurde durch die
 Revolution zum Niederbruch der Sitten und der Moral weiter-
 geführt. Der ehrliche Handel und Wandel kann vor behörd-
 lichen Schikanen und Steuern nicht aus und ein, der Mittel-
 stand geht hoffnungslos zugrunde, aber Schieber und Wuche-
 rer bilden die neue Aristokratie des Landes und schänden
 den Leichnam der gemordeten deutschen Nation durch Orgien
 der Spielleidenschaft, geschmackloser Lustbarkeiten und
 Selbstentwürdigung. Die Korruption hat Hausrecht im neuen
 Deutschland erlangt."⁶⁾

Man betrachtete allgemein die Sozialdemokratie wegen ihrer
 Gleichheitslehre als unfähig, das Problem der politischen
 Aristokratie im neuen Staate zu lösen und sprach von der
 Unfähigkeit des "Parlaments der Arbeitersekretäre". Der
 Liberalismus konnte in der DVP seinen Ursprung so weit ver-
 läugnen, vom "Irrwahn der Freiheit und Gleichheit" zu spre-
 chen angesichts dieses Aufstands der Straße.⁷⁾ Ernsthaftes
 politisches Denken in der DVP kreiste schon in den Revo-
 lutionsmonaten immer wieder um die Frage, wie Führernaturen
 aus dem verhöhnten und verachteten Bürgertum sich wieder
 Autorität bei den Massen verschaffen konnten, ohne daß die-
 se alle Macht in bürgerlichen Händen als Wirkung von Klas-
 senprivilegien ansahen. Eine sozialistische Regierung galt
 ihnen von vornherein als Spielball des Massenwillens und
 der Straßenleidenschaften, unfähig, organisierten Gruppen
 einen festen Willen entgegenzusetzen.⁸⁾ Vor allem war es
 das Problem, wie dem intellektuellen Mittelstande als dem
 Hauptrekrutierungsgebiet des politischen Führertums - auch
 des proletarischen - das Prädikat "bürgerlich" genommen wer-
 den könne, um ihm seine klassenintegrierende Wirkung zu-
 zugeben.⁹⁾ Zur Zeit der Gründung der DVP befürchtete man die
 Minderheit des Bürgertums bei kommenden Wahlen und sah meist

eine Möglichkeit nur in bürgerlicher Sammlung und scharfen Blockparolen, gegen die nur wenige warnend auftraten.¹⁰⁾ Je mehr man jedoch um die bürgerliche Mehrheit wußte, erörterte man das Problem, wie der "Massenseele" wieder das Gefühl für bürgerliche Führerautorität zu geben sei.¹¹⁾

Dazu aber kam die ideologische Position der DVP, die durch ihre liberale Vergangenheit gegeben war. In den Revolutionsmonaten versteifte man sich auf einen antidemokratischen Liberalismus, je länger die DVP außerhalb der Regierungskoalition der Weimarer Demokratie stand. Dieser Liberalismus sah die Demokratie - wie sie zuletzt vom nationalliberalen Standpunkt Treitschkes geschildert worden war - begründet in der Staatslehre Rousseaus und erstmalig angewandt im Jakobinertum der französischen Revolution. Demokratie hatte für das Denken des älteren Liberalismus die totale Gleichschaltung des "Volkswillens" zur Folge, der die Minderheiten als Exklusivität oder Egoismus ausschloß. Sie drohte nach dieser liberalen Vorstellungswelt nach dem Beispiel des französischen Napoleonismus auch dauernd umzuschlagen in den Cäsarismus und totalitären Absolutismus eines einzelnen auf Grund des Plebiszits.¹²⁾ Der Massenstaat, der jetzt mit der Vorherrschaft der Sozialdemokratie heraufkam, schien alle die Gefahren des Totalitären und der irrationalen Straßenherrschaft im Plebiszit und Cäsarismus schon latent zu enthalten. Dazu kam die seit den Analysen Tocquevilles zur liberalen Vorstellung von der Demokratie gehörige unaufhaltsame Mittelmäßigkeit, die die Genies und die Größe haßt den Staat aus einer unterschiedslosen Masse von Gleichartigen zusammensetzt und die individuelle Eigenart nicht mehr erträgt.¹³⁾ Demokratie bedeutete für liberales Denken schon der Beginn des Totalitären, so daß hier einer der tiefsten Gründe der Rivalität zwischen Sozialdemokratie und DVP zu suchen ist. Die Gefahr des Autoritären und Totalitären lag für die DVP nicht bei der Rechten, sondern bei der Demokratie, so sehr die Fronten mit dem Schicksal der Weimarer Republik auch verkehrt werden sollten. "Es ist klar, daß in diesem Sinne Demokratie nie und nimmer liberal sein kann.

Als Anwalt der Massen schreitet sie rücksichtslos, ihren naturalistischen Instinkten folgend, über die andersdenkenden Schichten hinweg.¹⁴⁾

Es galt, den liberalen Freiheitsbegriff dieser totalitären Demokratie gegenüber zu retten, die individuellen Grundrechte und ein ausreichendes Betätigungsfeld für die individuelle Mannigfaltigkeit in allen Lebensbereichen zu sichern. "Wir sagen nicht, der Staat ist eine unterschiedslose Masse von Personen, bei denen wir politisch die Masse nur als solche schätzen und werten, sondern wir sagen: Darin liegt das Wichtige, Wertvolle und der Inhalt aller Kultur überhaupt, daß eine große Fülle von Persönlichkeiten...den Staat bildet."¹⁵⁾ Die Gesellschaftsordnung des alten Staates bot deshalb für ihr Denken weit mehr Sicherheit für die individuelle Freiheit, als sie der zukünftige Zwangsstaat des Sozialismus zu garantieren schien. So klammerte sich die Vorstellungswelt dieses Liberalismus an die gesellschaftliche Vorrangstellung des Bürgertums in der gestürzten Monarchie als der letzten Verkörperung einer liberalen Lebensordnung.¹⁶⁾

Die DVP war unter dem Leitwort gegründet worden, daß der Liberalismus gegenüber der "alles überflutenden Demokratie" gerettet werden müsse. Der nationaldemokratische Ansatz der ersten Wahlauftrufe verdrängte zwar äußerlich diese liberale Ideologie aus den Wahlreden. Aber auch Stresemann, der im übrigen ganz unideologisch dachte, verschloß sich diesen antidemokratischen Argumenten nicht.¹⁷⁾ Nach der Eröffnung der Nationalversammlung umriß Riesser die Position seiner Partei: "...Wir haben uns der Deutschen Volkspartei angeschlossen, weil wir uns bewußt dazu bekennen wollten, daß wir eben nicht Demokraten, sondern daß wir Liberale sind."¹⁸⁾ Noch 1925, als die DVP längst zu den staatstragenden Parteien der Demokratie gezählt wurde, ließ man die antidemokratische Position nicht fallen: "Demokratie und Liberalismus sind nicht Dinge, die sich ergänzen, sondern Dinge, die sich ausschließen."¹⁹⁾

Die DVP fühlte sich von Anfang an nicht als Massenpartei, sondern als bürgerliche Sammlungsbewegung. Jede Propaga-

gegen die Rechte wurde vermieden, während man schon seit dem November 1918 der DDP und ihrer Koalition mit der SPD "Ver-rat am Bürgertum" vorwarf. Stresemann beschrieb diese Situation seiner Partei: "Ich glaube, daß von rechts her keine Gefahren drohen, stehe aber auf dem Standpunkt, daß wir von einer sozialistischen Welle bedroht werden, die aus Deutschland einen Zukunftsstaat machen will, der nach unserer Überzeugung jede persönliche Freiheit vollkommen unterdrückt.²⁰ Noch nachdem auf Grund des Rathenaumordes am 24. Juni 1922 der Reichskanzler Wirth das Wort "der Feind steht rechts" gesprochen hatte, wehrte man sich entschieden gegen eine Neuorientierung. Liberales Denken hieß für die DVP in der Situation nach 1918 bürgerliche Sammlung, die sich jeder weiteren Revolutionierung widersetzen sollte. Im November 1918 konnte sich Stresemann düsterer Zukunftsbilder nicht erwehren, daß die Revolution das Bürgertum zur machtlosen Minderheit machen würde, die die Demokratie unaufhörlich zu unterdrücken drohte.²¹ Von hier aus waren auch alle Versuche weiterer Kreise der DVP zu erklären, den demokratischen Mehrheitswillen in einem weitgehend autonomen Wirtschafts- und Kulturstaat zu umgehen und auf diesem Wege Sozialisierung, die Verankerung der Räte und die radikalen Steuer- und Schulgesetze abzuschwächen. Überwindung der Revolution bedeutete für Stresemann vor allem wachsende zahlenmäßige Macht der bürgerlichen Parteien. In diesem Sinne feierte er die Wahlen von 1920 als Rettung des bürgerlichen Staatsgedankens, da nun 14,5 Millionen "Bürger" 10 Millionen "Proletariern" gegenüberstünden und sich von jetzt ab revolutionären Experimenten widersetzen könnten.²² Bürgerliche Sammlung hieß deshalb vor allem Mittelstandspolitik, die die DVP zu einem Hauptinhalt ihrer parlamentarischen Tätigkeit machte. Aber dennoch drohte ihr jeder Streik und jeder politische Mord, der Kapp-Putsch und die Wirtschaftskrisen 1920. Heute den Bolschewismus an die Macht zu bringen, der die Reste der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in einem Inferno von Unterdrückung und Gewalt begraben konnte.

Die DVP fürchtete mit dem Sturz des Kaisertums am 9. November 1918 zunächst die Auflösung der Reichseinheit und den Ausbruch des Bürgerkrieges. Ihre Wahlreden betonten die uner-

setzlichen Gemütswerte, die mit dem Untergang der Monarchie verloren gegangen seien und verurteilten alle nachträglichen Angriffe der Linksparteien auf das Kaisertum als Traditionsfeindschaft und Pietätslosigkeit. Der Ruhm eines "tausendjährigen" deutschen Kaisertums konnte für sie nicht nach einer solchen Revolution plötzlich verschwinden. Die meisten in der Partei blieben überzeugte Monarchisten, obwohl Stresemann auf dem ersten Parteitag im März 1919 eine Restauration in einer großdeutschen Republik für unmöglich erklärte.²³⁾ Eine "starke Staatsgewalt" und der Mittelpunkt des Nationalgedankens fehlte für sie der Republik und machte die neue Demokratie damit unfähig zu einer stabilen überparteilichen Regierung, die den sozialen und wirtschaftlichen Gruppen eine feste Autorität gegenüberzustellen vermochte. Am 27. Januar 1919 übersandte die Partei Wilhelm II. durch Stresemann, Heinze und Richter einen pathetischen Geburtstagsglückwunsch nach den Niederlanden. Auch die Weimarer Verfassung wurde vor allem wegen der republikanischen Staatsform (Art. 1) abgelehnt, da man sich durch die Zustimmung nicht den Weg zur Restauration der Monarchie verlegen wollte. Den vor Bekanntwerden der Friedensvertragsbedingungen erhofften Anschluß Österreichs begrüßte auch die DVP als Erfüllung des alten liberalen Reichsgedankens, hielt jedoch im Gegensatz zu Stresemann auch den neuen Staat vereinbar mit dem Kaisertum der Hohenzollern. Man distanzierte sich jedoch von einer Restauration aller bis 1918 bestehenden deutschen Dynastien, sondern erstrebte ein deutsches Kaisertum, nachdem sich die Habsburger durch ihre "unwürdige Rolle" im Weltkrieg unmöglich gemacht hätten. Die DVP wußte sich von einem großen Teil des liberalen Bürgertums in diesem Monarchismus unterstützt, und Stresemann sah schon 1921 bei dem großen Zulauf zur Begräbnisfeier für die verstorbene Kaiserin in Potsdam einen monarchischen Mythos entstehen, ähnlich dem um Napoleon im Frankreich nach 1815. Ein Mythos von Größe und Macht und dem Glanz des Reichsaufstiegs verdunkelte hier die Gegenwart als verworren durch eine morsche und aller Größe feindliche Revolution.²⁴⁾

In der anhaltenden Beschäftigung Stresemanns mit der Gestalt Napoleons I. in der Revolutionszeit, die sich durch keine burschenschaftliche Korsefeindschaft und den Schrecken des Liberalismus vor jeder Art des Cäsarismus beirren ließ, zeigte sich hier zutiefst die Suche nach Mächten, die zur Überwindung der Revolution fähig waren.² In Napoleon erschien ihm die Gestalt, die unabhängig von jeder monarchischen Legitimität und Distanz ihre Macht aus dem unmittelbaren Verhältnis zu Heer und Volk ableitete. In ihm zeigte sich das Phänomen, daß ein bürgerlicher Führer ohne Privilegien durch Geburt und Abschluß vom Volk, die Revolution und das Chaos zu bannen vermochte. Er sah in ihm auch keinen Spielball der Massen und Gruppen, sondern die unheimlich anwachsende Macht des plebiszitären Führertums in der revolutionären Bewegung der Massen. Daß die Gestalt eines neuen Cäsars in der äußersten Not die Gefahr des Bolschewismus bezwingen werde, das war eine der Hoffnungen Stresemanns, die er als geschichtliche Notwendigkeit mit in seinem politischen Bewußtsein umfaßte.

5. Die Koalitionspolitik 1918 bis 1920

Die die Weimarer Republik tragenden Parteien hoben sich zum ersten Male im Juli 1917 im interfraktionellen Ausschuß von der damaligen Opposition ab. Jedoch war der interfraktionelle Ausschuß aus Mehrheitssozialdemokratie, Zentrum, Fortschritt und Nationalliberalen schon bedroht, als die Nationalliberalen die Unterzeichnung der Friedensresolution verweigerten. In der Folgezeit hatte diese "staatstragende Mitte" zu leiden an der Rivalität zwischen Sozialdemokratie und Nationalliberalen, die die ganze Tradition des Kaiserreichs spiegelte. Stresemann und viele Vorstandsmitglieder der Nationalliberalen Partei sahen im Kriege die Notwendigkeit, mit der Sozialdemokratie zur nationalen Integration zu kommen, aber wenige trauten dieser Partei eine Staatsgewinnung zu, nachdem sie jahrzehntelang unbedingt staatsfeindlich und oppositionell gewesen war.

Die erste republikanische Regierung, von Scheidemann aus Sozialdemokratie, Zentrum und DDP am 13. Februar 1919 gebildet, schloß deshalb als "Weimarer Koalition" die DVP aus, obwohl sich diese im Gründungsauftrag auf nationaldemokratischen Kurs festgelegt hatte. Dieser Regierung gehörten die demokratischen Minister Dernburg, Gothein, Preuß und Schiffer an. Die folgenschwere Mittebildung der Weimarer Koalition war ein Kompromiß, das sowohl die Klassendiktatur eines Linksblocks oder eines Rätestaates wie auch den mit dem Bürgerkrieg drohenden Bürgerblock von der DVP bis zur DNVP verhindern sollte. Die Weimarer Koalition verzichtete von vorne herein darauf, alle politischen Gruppen des neuen Staates in eine gemeinsame staatliche Form zu bringen. Ihr stand zunächst in USPD, DVP, BVP und DNVP keine Opposition gegenüber, sondern allenfalls eine staatsverneinende Obstruktion, die als negative Koalition der Extreme ein gemeinsames Ziel hatte: den Sturz der staatstragenden Mitte

Der Zweck des Eintritts der DDP in die Weimarer Koalition war vor allem die Entradikalisierung der Sozialdemokratie gewesen. Die Linksorientierung des in ihr organisierten Bürgertums sollte die Sozialdemokratie zu Ausgleich und Kompromiß zwingen. Die von Naumann seit Jahren erstrebte Lösung des Blocks von Stresemann bis Scheidemann, möglichst unter Ausschluß des Zentrums¹⁾, war nicht möglich angesichts der Schwenkung des Zentrums zur Demokratie und der durch Monarchismus und Weltkriegspolitik belasteten DVP. Die Sozialdemokratie blieb in den nächsten Jahren eine entschiedene Gegnerin des Eintritts der DVP in die Regierung. Die Notlösung der Weimarer Koalition hatte bis zu den Wahlen vom 6. Juni 1920 eine Reihe von Zerreißproben zu bestehen, die schon bald ihre inneren Gegensätze spiegelten. Schon am 19. April 1919 mußte der Finanzminister Schiffer auf den Druck der Sozialdemokratie sein Amt niederlegen, weil er die restlose Erfassung der Kriegsgewinne und ein improvisiertes Vermögensabgabegesetz als übereilt und gefährlich für das Wirtschaftsleben ablehnte.²⁾ Er konnte jedoch nur durch den in Finanzfragen ebenso liberal denkenden Dernburg ersetzt werden. Neue Belastungsproben der Weimarer Koalition ergaben sich bald mit der Annahme des Sozialisierungsgesetzes in der Nationalversammlung am 12. März 1919 und der Erklärung des 1. Mai zum allgemeinen Feiertag für 1919 am 15. April 1919. Mit der Entscheidung über die Annahme des Versailler Friedensvertrages am 22. Juni 1919 zerbrach die Weimarer Koalition, nachdem sie etwas über vier Monate bestanden hatte. Die DDP konnte nicht durch die Argumente der liberalen Presse, selbst der der DVP nahestehenden Kölnischen Zeitung³⁾ zur Annahme des Friedensvertrages bewegt werden und schwenkte ins Rechtslager der DVP und DNVP über. Bei der Endabstimmung ergab sich in der Fraktion der DDP jedoch eine Spaltung, indem neben der Masse von 61 sich 6 Stimmen (Hermann, Meisner, Payer, von Richthofen, Vershofen und Zöphel) für die Annahme bei 5 Enthaltungen aussprachen. Das Ende der Regierung Scheidemann war damit gekommen und der Regierungsaustritt der DDP zwangsläufig geworden. Sie hatte nun die Möglichkeit, sich als Oppositionspartei zur

Rechten zu gesellen, da der neue Kanzler Bauer die Regierung aus Sozialdemokratie und Zentrum mit zusammen 56,1 % der Parlamentsmandate bildete. Die DDP wurde jedoch durch ihre unfreiwillige Opposition in eine unhaltbare Lage gedrängt.

Sie war als staatstragende Mittelpartei am Bestand des neuen Staates interessiert, während schon jetzt der seines Postens als Reichsinnenminister beraubte Schöpfer der Reichsverfassung, Hugo Preuss, kein Mittel zum Einfluß auf die Regierung in Fragen der unvollendeten Verfassung mehr hatte, zumal er auch kein Mandat in der Nationalversammlung besaß.

Die Fraktion erklärte am 21. Juni 1919, daß sie, anstatt ins Rechtslager überzuschwenken, die Regierung Bauer "wohlwollend fördern" und keine Opposition treiben wolle.⁵⁾ Sie war damit Regierungspartei und unlösbar mit dem Geschick der Koalition verbunden, ohne jedoch eigene Regierungsmitglieder zu haben. Die leidenschaftliche Auseinandersetzung in der Partei um diesen Regierungsaustritt spiegelte der erste Parteitag der DDP im Juli 1919. Das dramatische Rededuell zwischen Naumann und dem Führer der Unterzeichner in der Fraktion, von Richthofen, entzündete sich vor allem an der Frage des Regierungsaustritts, den von Richthofen entschieden ablehnte. Naumann glaubte die Verantwortung an dem durch einen solchen Vertrag belasteten Staat der DDP nicht mehr zumuten zu können, während von Richthofen die SPD beim Bruch der Weimarer Koalition in die Arme des Radikalismus treiben sah und schon das im Juli 1919 zustande gekommene Schuldkompromiß als Ende des liberalen Prinzips der Simultanschule bezeichnete. Der Konflikt drohte den ganzen Parteitag in zwei Lager zu spalten, indem eine Reihe von Demokraten für von Richthofen, eine größere Zahl, wie auch Schiffer und Gothein, für Naumann Partei nahm.⁶⁾ Jedoch war die hinter Naumann stehende Mehrheit darin einig, daß man sich auf keinen Fall zum Wiedereintritt in die Regierung anbieten dürfe. Mit Sorgen sah man die Abwanderung der Wählerschaft nach rechts und die Bedrohung einer staatstragenden Mitte, zu der die DDP auch weiterhin gehört.

Diese Situation zeigte sich deutlicher, als am 31. Juli 1919 die Reichsverfassung mit 262 : 75 Stimmen gegen die Stimmen der DNVP, DVP und USPD angenommen wurde. Die staatstragende Mitte umfaßte nach wie vor die DDP, obwohl sie sich selbst von der handelnden Verantwortung ausgeschlossen hatte. Maßgebende Parlamentarier sahen bald ein, daß eine solche Scheinopposition die zunehmende Abwanderung der Wählerschaft nach rechts nicht verhindern könne, und verlangten die permanente Regierung eines "Bundes der Verfassungstreuen", zu dem die DDP nun einmal gehöre.⁷⁾ So traten am 3. Oktober 1919 die Demokraten Erich Koch-Weser, Schiffer und Otto Gessler in die Regierung Bauer ein und stellten die Weimarer Koalition wieder her. Diese hatte sofort eine Reihe neuer Belastungsproben zu bestehen, da schon der Eintritt der DDP den weiteren Abfall breiter Wählerschichten nicht verhindern konnte. Zu entscheidenden Niederlagen der demokratischen Mitte wurden der Prozeß Helfferichs (DNVP) gegen Erzberger (Zentrum) und die Eröffnung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Weltkriegs. Die Polemik Hindenburgs und Ludendorffs am 18. November 1919 vor dem Untersuchungsausschuß gegen den neuen Staat und die "Novemberdemokraten" blieb monatelang unbeantwortet.⁸⁾ Weitere Krisen der Koalition waren die Abstimmung über das Betriebsrätegesetz am 18. Januar 1920, bei dem die DDP fast um jeden Paragraphen rang, und die Ablehnung des 1. Mai als alljährlichen Feiertag durch DDP und Zentrum am 27. April 1920. Beim Kapp-Putsch im März 1920 stellte sich die DDP ohne Zögern hinter die Sozialdemokratie in der Proklamierung des Generalstreiks.⁹⁾ Die DNVP war darüber auf äußerste entrüstet, weil hier ein Teil des liberalen Bürgertums selbst den Anlaß zu sozialrevolutionären Umsturzversuchen, zu proletarischen Armeen im Ruhrgebiet und Sachsen und zur wachsenden Macht des "Bolschewismus" gab. Aber die Hoffnung, daß der Zusammenbruch der Regierung Kapp-Lüttwitz einen entscheidenden Sieg der Demokratie bedeuten und neue Anhänger um die Weimarer Koalition gewinnen würde¹⁰⁾, erfüllte sich nicht. Die Dozierung der Wählerschaft der DDP ging unaufhaltsam weiter, so daß die April 1920 einsetzende Wahlpropaganda für die ersten

Reichstagswahlen mehr Rückzugsgefechte und Verteidigungsreden darstellte. Die kurzlebige Umbildung der Regierung durch Hermann Müller am 27. März 1920 erfolgte auf Grund des Drucks der den Generalstreik leitenden Gewerkschaften, die vor allem Schiffer beseitigen wollten, da dieser die Verhandlungen mit den Putschisten in Berlin geführt hatte. Das Schicksal der Weimarer Koalition aber hat auch diese neue Regierung nicht aufhalten können. In den Wahlreden im April und Mai 1920 zog die DDP ihre Bilanz: "Lieber soll die Partei und die Organisation unter dem Gezeifer und den Schmähungen zugrunde gehen, als daß unser Volk zugrunde geht."¹¹⁾ Man sah die Wahlniederlage voraus und wußte dennoch, daß der mit der Parteigründung im November 1918 eingeschlagene Kurs des Ausgleichs in einer staatstragenden Mitte die einzige Möglichkeit der Partei darstellte und ohne Rücksicht auf die Strömungen in der liberalen Wählerschaft durchgehalten werden mußte.¹²⁾ Die DDP fühlte sich aufgerufen "im Dienste des Staatsgedankens".

Die DVP stand mit dem Beginn der Nationalversammlung vor zwei Möglichkeiten. Einzelne Wahlkreisverbände waren schon bei den Wahlen am 19. Januar 1919 mit Rechtsparteien zusammengegangen und drängten auf endgültige Fusion mit der DNVP. Die Presse, vor allem die Kölnische Zeitung, propagierte den Bürgerblock, um die zersplitterten bürgerlichen Gruppen zu sammeln. Als wichtigste Möglichkeit aber blieb der DVP trotz ihres Monarchismus und der liberalen Herkunft der Weg in die Weimarer Koalition, die sie zur Großen Koalition erweitern konnte. Sie war durch ihre Weltkriegspolitik wie durch die Furcht vor Umsturz und Bolschewismus seit ihrer Gründung als staatstragende Partei angelegt, wurde jedoch durch den Widerstand der Linken gegen Annexionisten und Monarchisten in die Opposition gedrängt. Die "Rolle der Opposition" empfand man jedoch trotz aller Polemik gegen die Revolution und die neue Regierung als "unbürgerlich". Die Tatsache, daß Unabhängige und Rechtsparteien auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiteten, nämlich den Sturz der bestehenden Staatsform, machte sie unruhig. Auf den beiden ersten Parteitagen der DVP im März und Oktober 1919 betonte Heinze als Sprecher der Nationalversammlung

fraktion, daß die Fraktion ihre Aufgabe nicht in der Ablehnung der Regierungsvorlagen und im Sturz der Koalition sondern dieser "recht viel bewilligen" und in allen Ausschüssen konstruktiv mitarbeiten wolle, um einmal selbst die Regierung übernehmen zu können.¹³⁾ Man war auf dem Wege, in der Kompromißstruktur der neuen Demokratie die einzige Macht zu sehen, die gegen die Fortsetzung der Revolution und den Bolschewismus zu bestehen vermochte. Die halb staatstragende Rolle hinderte die DVP jedoch nicht, revolutionäre Gesetzesvorlagen, wie Sozialisierung, das Betriebsrätegesetz, einen großen Teil der Erzbergerschen Steuerreform und das Gesetz über den ersten Mai abzulehnen. Sie begann ebenfalls mit der Ablehnung der Verfassung ihre folgeschwere Sonderstellung im neuen Staat.

Das entscheidende Ereignis für die Politik der DVP wurde der Kapp-Putsch am 13. März 1920.¹⁴⁾ Das stetige Anwachsen der Mitgliederzahlen ließ die DVP seit dem Herbst 1919 einen großen Wahlsieg bei Neuwahlen erhoffen, die jedoch von den Regierungsparteien immer weiter hinausgezögert wurden. Die DVP lehnte sich daher wieder stärker an die DNVP an, obwohl Stresemann im Sommer 1919 eine Fusion mit Rücksicht auf die überzeugt liberale Wählerschaft abgelehnt hatte, und stand auch militärischen Kreisen, die auf einen neuen Reichstag und auf die Volkswahl des Präsidenten drängten, aufgeschlossen gegenüber. Zwischen Lüttwitz, Heinze (DVP) und Hergt (DNVP) fanden am 3. und 4. März die ersten Besprechungen statt, die ein paar Tage später im erweiterten Kreis wiederholt wurden. Ihr Ergebnis war der Antrag Arnstadt (DNVP) und Heinze in der Nationalversammlung, der die Auflösung der Nationalversammlung, ein Gesetz zur Reichstagswahl und zur Präsidentenwahl verlangte, aber mit 176 : 60 Stimmen abgelehnt wurde. Nachdem der Putsch am 13. März einmal begonnen und die Regierung Kapp-Lüttwitz nach der Flucht der Reichsregierung gebildet war, blieb es Stresemanns erstes Bestreben, den Gegenschlag der Linken in Generalstreik und "Bolschewismus" zu verhindern und die bestehenden Verhältnisse möglichst schnell in gesetzmäßige zu überführen. Er wollte die Kreise um Kapp und Lüttwitz

zwingen, die Verfassung anzuerkennen und die Basis der Regierung zu erweitern. Bei dieser Erweiterung der Regierungskoalition hat er zweifellos an eine überwiegend bürgerliche Koalition gedacht. Ein Aufruf der DVP sprach von der Unfähigkeit der alten Regierung und von der Notwendigkeit, die Putsch-Regierung in eine gesetzmäßige zu überführen. Der von der Stuttgarter Regierung proklamierte Generalstreik begann am 14. März und spornte die Verhandlungen an. Am 16. März führten diese mit Berliner Vertretern des Zentrums und der DDP (Schiffer) geführten Verhandlungen zur vorläufigen Einigung über eine Kabinettsumbildung. Es sollten ferner Neuwahlen für das Parlament und den Präsidenten angeregt werden, während die Frage der Amnestie noch umstritten war. Auf Grund dieser Einigung übergab Lüttwitz am 17. März sein "Rücktrittsgesuch" an Schiffer, da "seine Ziele erreicht" seien. Der Zusammenbruch des Putsches und die Rückkehr der Reichsregierung nach Berlin bedeuteten eine entscheidende Niederlage von Stresemanns Politik. Eine Überführung der "neuen Zustände" in gesetzmäßige war nicht gelungen, der Generalstreik und seine nicht vor auszusehende Entwicklung zum Bolschewismus war Wirklichkeit geworden und die bürgerliche Koalition gescheitert. In der Nationalversammlung beschwor er das Gespenst des Bolschewismus: "Man weiß nie, wann und in wessen Händen der Generalstreik endet." "Wenn es so weitergeht, dann ist der Bolschewismus das Meer, in dem wir schließlich ertrinken."¹⁵⁾ Das Ende des Putsches schien auch die einzige schwache Stütze der Republik, die Reichswehr, als schärfste Waffe gegen den Bolschewismus zu zerbrechen: "Wenn diese Angelegenheit... in Schimpf und Schande zum Scheitern kommt, so darf sie nicht so zusammenbrechen, daß mit ihr auch unsere ganze Reichswehr zusammenbricht. Wenn eine Verständigung nicht gelingt, dann ist die Reichswehr unmöglich geworden, und wir bekommen den Übergang zum Bolschewismus."¹⁶⁾ Der Kapp-Putsch blieb das entscheidende Ereignis für Stresemann, daß jeder Versuch eines Sturzes der Weimarer Koalition durch Rechtsparteien oder bürgerliche Koalitionen in Bolschewismus und Bürgerkrieg enden müsse und bestimmte fortan seinen Weg.

Koalition, den die DVP nur widerstrebend mitmachte.¹⁷⁾
 Der Wahlkampf im April und Mai 1920 war der letzte, den man
 gemeinsam mit der DNVP gegen die Koalition führte, insbeson-
 dere gegen die DDP als "Verräterin am Bürgertum", mit ihrem
 populärsten Schlagwort:

"Von roten Ketten macht euch frei
 Allein die Deutsche Volkspartei".

Die ersten Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 brachten das 1.
 erwartete Ergebnis, das Anwachsen der radikalen Linken und
 Rechten und die Niederlage der Weimarer Koalition, die in
 die Minderheit geriet.

Wahlen	Ges. mandate	DNVP	DVP	BVP	Zentr.	DDP	SPD	USPD	Split
19.1.1919	421	44	19	18	73	75	163	22	7
6.6.1920 ¹⁸⁾	459	71	65	21	64	39	102	82	15

Über 50 % des liberalen Bürgertums waren von der DDP zur
 DVP übergeschwenkt und gaben damit ihre Stimme auch gegen
 die Koalition mit der Sozialdemokratie, gegen die Demokrati-
 sierung in Beamtentum und Heer wie gegen die Revolutions-
 gesetze ab. Nachdem die revolutionäre Gefahr abgeflaut war,
 drängte dieses Bürgertum entschieden zur Politik des Bürger-
 blocks zurück. Die folgende Übersicht zeigt die Veränderung
 der verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten gegenüber denen
 der Nationalversammlung, an denen die liberalen Parteien
 beteiligt werden konnten:

I. 1919/20	Fraktions- stärken	in %
Weimarer Koalition	SPD-Zentrum-DDP	311 73,8
Regierung Bauer, Juni-Sept. 1919	SPD-Zentrum	236 56,1
Naumann-Block	SPD-DDP-DVP	257 61,0
Große Koalition	SPD-DDP-DVP-Ztr.-BVP	348 82,7
<u>Bürgerblock</u>	<u>DNVP-DVP-Ztr.-BVP-DDP</u>	<u>229 54,4</u>
abs. negative Koalition	DNVP-USPD	66 13,3
II. Nach dem 6.6.1920		
Weimarer Koalition	SPD-Zentrum-DDP	205 44,7
Naumann-Block	SPD-DDP-DVP	206 44,9
Kleine Koalition	DDP-DVP-Zentrum	168 36,6
Große Koalition	SPD-Ztr.-DDP-DVP-BVP	291 63,4
<u>Bürgerblock</u>	<u>DNVP-DVP-Ztr.-BVP-DDP</u>	<u>260 56,6</u>
abs. negative Koalition	DNVP-USPD	153 33,3

Die Regierungsunfähigkeit der bisherigen Koalition und die politische Unmöglichkeit einer Großen Koalition wie auch eines Bürgerblocks ließen die seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Juni 1919 latente Anfangskrise des Parteienstaates zum Durchbruch kommen. Der Kapp-Putsch hatte die Regierung eines Bürgerblocks unter Einschluß der DNVP von vornherein unmöglich gemacht. Eine Große Koalition wurde durch die Erklärung des bisherigen Kanzlers Hermann Müllers verhindert, daß die SPD unter keinen Umständen mit der DVP in eine Regierung eintreten würde. Die DDP hatte nach der entscheidenden Wahlniederlage die Führung des liberalen Bürgertums an die DVP übergeben müssen. Aber sie vertraute darauf, daß trotz der Niederlage ihre Politik der Mitte die einzige mögliche für jede neue Koalition sein würde. "Die Demokratische Partei ist bei allen Wahlen geschlagen worden, aber ihre Politik hat sich durchgesetzt, und damit bewiesen, daß sie für Deutschland unendlich viel Wert hat."¹⁹⁾ Schiffer stellte fest, daß die Rechte trotz des Wahlsiegs in eine "noch viel hoffnungslosere Opposition" hineingekommen²⁰⁾ und die bisherige Koalition eine Forderung nüchternen Staatseinschlusses sei. Dennoch gab es eine Reihe demokratischer Stimmen, die in dem "unermeßlichen Unglück" des Wahlergebnisses den Anfang des Bürgerblocks, der Radikalisierung der SPD und den Ausbruch des Bürgerkriegs sahen.²¹⁾ Unter dem Gewicht dieser Argumente verzichtete die DVP trotz des deutschnationalen Drängens auf die Möglichkeit eines Bürgerblocks und distanzierte sich von der DNVP, als Ebert Rudolf Heinze mit der Regierungsbildung beauftragte.²²⁾ Die DVP wollte den Weg der Großen Koalition beschreiten und suchte vergeblich die SPD für diesen Gedanken zu gewinnen, da man die Partei nicht in radikale Opposition treiben wollte.²³⁾ Heinze verzichtete auf die Lösung einer "nationalen Opposition" von DVP, BVP und DNVP, der der Sozialdemokratie die Verantwortung für den revolutionären Staat überlassen wollte, obwohl dieser Block immerhin das Gewicht von 34,2 % der Reichstagsmandate hätte. Die Bildung der Großen Koalition aber gelang Heinze nicht, so daß Ebert mit Trimborn (Ztr.) denselben Versuch

noch einmal machte.²⁴⁾ Im Namen der DDP sagte Petersen die Mitarbeit zu²⁵⁾, ebenso die DVP, falls man ihren Grundsatz der "Tachministerien" respektiere, während die SPD wiederum ablehnte. Die schließlich durch Fehrenbach (Ztr.) gebildete kleine Koalition von DVP, Zentrum und DDP mit den Liberalen Regierungsmitgliedern Heinze, von Raumer, Scholz (DVP), Blunck, Gessler und Koch-Weser (DDP) erreichte von der SPD das Zugeständnis wohlwollender Unterstützung. Ohne diese latente Große Koalition wäre das Kabinett Fehrenbach regierungsunfähig gewesen.

Die DDP war nach der Art ihrer Gründung als "konservative" staatstragende Partei trotz aller Wahl-niederlagen, die nach 1920 nicht mehr abrissen, zwangsläufig Trägerin jeder neuen Regierung. Trotz der inneren Distanz weiter Kreise ihrer Anhänger-schaft gegen Republik und Parteienstaat verfolgte sie weiterhin die Politik der Mitte und des Ausgleichs. In der DVP begann Stresemann nach dem Regierungseintritt seiner Partei für den Gedanken der Großen Koalition zu werben und die widerstrebende Führerschaft zur Bejahung der Verfassung zu bringen. Es galt ihm die Radikalisierung der SPD zu verhindern, indem er ihr die Annäherung an die DVP durch deren Verzicht auf monarchische Propaganda und Bürgerblockparolen ermöglichte.²⁶⁾ Das Bürgertum habe seine Mehrheit bei den Wahlen erwiesen und damit die Notwendigkeit einer Erweiterung der Weimarer Koalition nach rechts. Im Reichstag wollte die DVP schon 1920 nicht mehr als Rechtspartei bezeichnet werden. 1921 versuchte Stresemann eine Annäherung von SPD und DNVP im Sinne einer "nationalen Einheitsfront" gegen den Druck der Entente.²⁷⁾ Doch hatte er den ganzen Widerstand der DVP wie der DNVP gegen den Staat von Weimar zu überwinden und suchte eine Kompromißformel zu finden: "Wir stehen heute alle in Deutschland, ob wir wollen oder nicht, auf dem Boden der Verfassung von Weimar, weil ein anderer Boden nicht vorhanden ist, wir wissen, daß die Änderung der heutigen Staatsform im Reiche und in dieser Gegenwart nur möglich sein würde durch den Bürgerkrieg, und bei aller Hochschätzung der Staatsform des Kaisertums, bei unserer Treue und Liebe zu diesem Gedanken, steht uns das Volk und seine Entwicklung

doch höher und muß es uns höher stehen."²⁸⁾ Es war mit diesen Worten eine Situation unrissen, die bei der halben Oppositionsstellung der SPD seit dem Juni 1920 die beiden liberalen Parteien zu den Hauptträgern eines Staates machte, den keine von ihnen ganz bejahte²⁹⁾, sondern meist als Notwehr gegen den Aufstand der Massen betrachtete.

Exkurs: Um die Nationalidee der Demokratie

Das Kriegsende mit seinen für viele unfaßbaren Vorgängen seit Ludendorffs Drängen auf den Abschluß eines Waffenstillstandes brachte ein Aufflammen der nationalen Leidenschaften, die sich immer wieder aufs neue an der Revolution und den Anfangskrisen des neuen Staates entzündeten. Die Kriegsziel- und Schuld Diskussionen nach der Revolution verschärften die politischen Gegensätze zwischen dem "nationalen" und sozialistischen Lager. Es schien zeitweise so, als sollte sich der Gegensatz auf die Begriffe "national" und "demokratisch" zuspitzen und somit die DDP für die Masse des liberalen Bürgertums diskreditieren. Der Kampf der Demokraten um ein neues nationales Denken aber hatte nur wenig Erfolg in einer Zeit, in der die deutsche Nationalidee fast unlösbar verbunden war mit Monarchismus, Militarismus, Korpstudententum und "Kaiser-Geburtstags-Patriotismus", was sich nun alles um die schwarz-weiß-rote Flagge sammelte.¹⁾ Die DDP war deshalb von Anfang an in einer schwierigen Lage, da alle Rechtfertigung der Demokratie notwendig auf die Mängel des alten Staates und die Fehler der monarchischen Politik hinweisen mußte. Man stieß in vielen Wahlreden auf empörte Ablehnung, sobald Kritik an der Polenpolitik, den Kriegszielen und der internationalen Isolierung der alten Regierung geübt wurde.²⁾ Die Masse des Bürgertums empfand es als pietätlos, den monarchischen Staat zu kritisieren. Man ging deshalb in der DDP bald dazu über, die Angriffe nicht auf das alte System, sondern auf Alldeutsche, Konservative und Chauvinisten zu richten.³⁾ So war die Situation bei der Eröffnung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Schuld des alten Regimes am Ausbruch und der Verlängerung des Krieges feststellen sollte, für die DDP von vornherein zwiespältig. Man kannte die Unpopularität solcher Untersuchungen und war durchaus von der Mitschuld der Entente am Kriege überzeugt, sah sich aber als revolutionäre Partei zu solcher Enquete gezwungen.⁴⁾ Nur wenige Demokraten führten nach der Revolution wie Paul Haeberle eine ungeliebte publizistische Fehde gegen die monarchi-

de Ideenpolitik des alten Regimes, daß sich durch die Rußland- und Polenpolitik im Weltkrieg die Sympathien der Welt verscherzt habe.⁵⁾ Der revolutionäre Ursprung der DDP wurde nur von Minderheiten betont, während die große Masse die Revolution als nationales Unglück empfand. Es überwog auch hier die Sorge um die nationale Kontinuität des Staates die revolutionäre Gesinnung, wie es Delbrücks Verzweiflung an der deutschen Zukunft nach der Niederlage und Rathenaus Aufruf zur levée en masse im Oktober 1918 zeigten. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages begann der Kampf der DDP um eine neue Nationalidee, je mehr das liberale Bürgertum von ihr abfiel. Man distanzierte sich vielfach von den führenden Pazifisten der Partei, dem Münchener Historiker Ludwig Quidde und dem Marburger Völkerrechtler Walter Schücking. Am heftigsten waren die Angriffe gegen den führenden Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster, der die Kriegsschuld allein auf das Deutsche Reich laden wollte. Die pathetischen Formen des nationalen Bekenntnisses⁶⁾ übertönten oft das maßvolle Nationalbewußtsein, mit dem die DDP die revolutionären Massen durchdringen wollte. Dieser Kampf um die Nationalidee der Demokratie hatte sich vor allem gegen die Auffassung vom Internationalismus und Pazifismus der DDP durchzusetzen: "Die Demokratie hat das Nebeneinander der Völker nicht verniedlicht, verhaumlost und wohlmeinend befriedet, sondern sie hat in ihnen die Dämonie ihres Selbstbewußtseins geweckt." (Th. Heuss)⁷⁾

Die DVP trat von Anfang an mit dem Anspruch der einzigen nationalen Partei des liberalen Bürgertums auf. Ihr monarchisches Bekenntnis, die Abwertung alles "Westlichen", insbesondere der "pazifistischen Demokratie", ließen sie als besonders national erscheinen. Man vermied nach der Revolution fast peinlich die Kritik am monarchischen Staat, dem die Nationalliberale Partei zeitweise durchaus kritisch gegenüber gestanden hatte. So konnte Stresemann die Entstehung eines nationalen Mythos um den Kaiserstaat voraussehen: "Wir lassen uns die Erinnerung an die große Zeit der Hohenzollern in Deutschland nicht rauben."⁸⁾ In diesem Sinne

verteidigte die Partei, die zahlreiche Annexionisten unter sich hatte, auch ihre Kriegszielpolitik. Man duldete kaum Kritik an der Obersten Heeresleitung in der Partei und tat alles zur Heroisierung Ludendorffs. Stresemann glaubte die Schuld am Ausbruch des Krieges in einem unentflieharen Geschick der europäischen Politik vor 1914 suchen zu müssen, das keine Weitsichtigkeit einzelner Persönlichkeiten aufzuhalten vermochte.⁹⁾ In der Frage des Kriegsendes sprachen zahlreiche Politiker der DVP offen von der Massenverhetzung durch die Sozialdemokratie und vom Dolchstoß als der Hauptursache der Niederlage.¹⁰⁾ Die Berechtigung dieses Nationalismus glaubte man vom "Triumph der Gewalt" bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages erneut bestätigt und hielt den Vertrag für die entscheidende Niederlage der pazifistisch gesinnten Demokratie. "Die größten Illusionisten sind doch diejenigen gewesen, die geglaubt und dem deutschen Volke vorgeredet haben, daß die Wege der deutschen Demokratie durch ihre Wirkung auf das Ausland zu einer glücklichen Zukunft Deutschlands führen würden." (Stresemann)¹¹⁾

Die durch das Kriegsende, die Revolution und den Versailler Friedensvertrag aufgewühlten nationalen Leidenschaften begrenzten die Hoffnung auf internationale Annäherung durch Rechtsgarantien und einen machtvollen Völkerbund auf einen Kreis in der DDP, der vergeblich gegen den Strom zu schwimmen suchte. Die DVP nahm das Bekenntnis zu einem künftigen Völkerbund zwar in ihr Gründungsprogramm auf, stellte sich aber vielfach gegen ein allgemeines Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Kulturgemeinschaften zerstören würde¹²⁾, und hielt keinen anderen Aufstieg Deutschlands für möglich als den schneller militärischer Wiederbewaffnung. Man sah das "Trugbild des Weltfriedens" für eine der typisch amerikanischen Illusionen Wilsons an, die durch die europäische Wirklichkeit zerstört werden würden. Publizistische Unvorsichtigkeit sprach von der inneren Einstellung auf den kommenden Weltkrieg¹³⁾ und sah nur schmerzlich das Bündnis mit dem Osten wegen der inneren Unmöglichkeit eines "Nationalbolschewismus" entgleiten.¹⁴⁾ Es war zu Stresemanns späterer Verständigungs- und Völkerbundspolitik in der Partei kaum

ein Ansatz vorhanden, da die nationale Leidenschaft alles außenpolitische Denken in den Bann schlug und nach herausfordernden Gesten deutscher Diplomaten verlangte.

Ein großer Teil der Demokraten bekannte sich auch nach der Niederlage und der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu dem alten liberalen Glauben vom Sieg des Rechtes über die Macht, der die Menschheit auf immer engere nationale Annäherung zustreben sah. Die sog. Pazifisten der LDP, Quidde und Schücking, hatten ihre Abneigung gegen das Machtethos des alten Staates nie verleugnet und sahen wie viele Gleichgesinnte mit der Demokratie das Zeitalter des Völkerbundes, der Abschaffung stehender Heere und der langsamen Ausschaltung des Krieges heraufkommen.¹⁵⁾ Die 1892 von Quidde und Schücking im Anschluß an die österreichische Bertha von Suttners gegründete Deutsche Friedensgesellschaft umfaßte meist Liberale. Sie hielten die deutsche Ablehnung des von dem englischen Außenminister Edward Grey erstrebten obligatorischen Schiedsgerichts auf der Haager Konferenz von 1906 (nachdem die von 1899 ergebnislos geblieben war) für den Hauptgrund einer vor 1914 gescheiterten internationalen Verständigung. Eine Katastrophe vom Ausmaß des Weltkriegs sah dieser Liberalismus jetzt für den endgültigen Zwang zum Völkerbunde an.¹⁶⁾ Die neu gegründete DDP begrüßte Wilson im November 1918 in einem Telegramm: "Zu uns gehören diejenigen, die, soweit es bei der drückenden Zensur irgendwie möglich war, den Militarismus und die Gewaltpolitik bekämpft haben, und es stehen uns alle fern, die als Agitatoren des Nationalismus und der Eroberungsgier und als Anstifter des Unterseebootskrieges aufgetreten sind. Wir wollen ein Deutschland und erschnen eine Welt, in denen, wie Sie, Herr Präsident, es vorgezeichnet haben, der Haß, die Rachsucht, die mittelalterliche Machtauffassung und die bolschewistische Anarchie keinen Platz haben sollen."¹⁷⁾ Im Februar 1919 wurde unter Leitung des Grafen Max Montgelas¹⁸⁾ die Heidelberger Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts gegründet, der u.a. R. Bosch, L. Brentano, H. Delbrück, C. Haussmann, Prinz von Baden, F. Meinecke, W. Schücking, E. Troeltsch, Max Weber und Hans Wehberg angehörten. Sie wollten sich

durch neutrale Kommissionen das Problem der Kriegsschuld, der Kriegsverlängerung und der Völkerrechtsverletzungen untersuchen zu lassen und drängte auf einen Rechtsfrieden auf der Grundlage von Wilsons 14 Punkten.¹⁹⁾ Die Mitglieder waren durchweg von der kollektiven Schuld der europäischen Mächte am Ausbruch des Krieges überzeugt und wandten sich später scharf gegen den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages.²⁰⁾

Der Pariser Völkerbundsentwurf vom 14. Februar 1919 war deshalb für die Politik der DDP eine herbe Enttäuschung, die einen außenpolitischen Erfolg der Demokratie von jetzt ab als Illusion erscheinen ließ. Die Pazifisten der DDP erstrebten einen Völkerbund aus einem Staatenausschuß mit Vollzugsrat und einem Weltparlament. Diese Institutionen sollten den Frieden sichern durch obligatorische Schiedsgerichte vor jedem bewaffneten Konflikt, sollten ferner die Freiheit der Meere, die Abschaffung der Geheimdiplomatie, den wirtschaftlichen Interessenausgleich, die offene Tür in den Kolonien, die Bekämpfung chauvinistischer Auswüchse der Presse, den internationalen Ausgleich des Arbeitsrechts u.ä. anbahnen und schützen.²¹⁾ Den Pariser Entwurf sah man in diesem Sinne als Werk des Ententeimperialismus an, der die andere Hälfte der Welt notwendig zum Rachekrieg treiben müsse.²²⁾ Als einer der vielen Gegenvorschläge zum Genfer Völkerbund tauchte 1919 der Plan des Grafen Kessler²³⁾ auf, der, auf Rathenaus sozialen Ideen aufbauend, das Problem der internationalen Annäherung durch Verflechtung der Wirtschaft und sozialen Bewegungen lösen wollte. Kessler hielt einen Völkerbund der vereinigten Regierungen für erfolglos und kurzlebig und strebte deshalb die Aufhebung der meisten staatlichen Schranken der Wirtschaft, der sozialen und religiösen Gemeinschaften an. Die internationale Verflechtung der Wirtschaft in Syndikaten und Kartellen, die Verbindung der Gewerkschaften, das internationale Arbeitsamt und die kulturellen Bewegungen sollten die Autonomie der Einzelstaaten soweit einschränken, daß ein Krieg schließlich zur Unmöglichkeit gemacht würde.

Die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages wurden allgemein als stärkste Niederlage der demokratischen Völkerbunds-idee gewertet, die zunächst den Rachekrieg als einzige außenpolitische Möglichkeit erscheinen ließ.²⁴⁾ Für viele war die Einführung der Demokratie in Deutschland als außenpolitischer Irrweg entlarvt, und auch Hugo Preuss sah sich um seine Weltkriegshoffnung betrogen, daß das Ende des Obrigkeitsstaates die außenpolitische Isolierung beseitigen würde.²⁵⁾ In den folgenden Jahren triumphierten die nationalen Leidenschaften und ließen den verzweifelten Kampf der Demokraten um ihre Nationalidee als aussichtslos erscheinen.

III. Kapitel: D e r A u f b a u d e s S t a a t e s

1. Das Problem der liberalen Staatsform

Der Liberalismus war mit der Revolution zu der in der Monarchie immer wieder vermiedenen Auseinandersetzung mit der Demokratie gezwungen worden. Die revolutionäre Bewegung der Massen und die Demokratie waren dabei meist als Dinge betrachtet worden, die fordernd und drohend vor das liberale Bürgertum traten. Aber das Verhältnis von Liberalismus und Demokratie war nicht nur ein Problem des Wahlrechts und der Parteikoalitionen, die mit jeder Wahl wechseln konnten, sondern vor allem ein Problem des Aufbaus der staatlichen Gewalten nach der Revolution. Die Sorge des Liberalismus galt seit seiner Entstehung dem persönlichen Bereich des Menschen. Die Freiheit der Ideenbewegung in der Wissenschaft, die schöpferische Tätigkeit der Unternehmer in der Wirtschaft und die Achtung vor jeder politischen Überzeugung waren die Prinzipien des liberalen Rechtsstaates. Liberales Staatsdenken blieb so weitgehend bei der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Sphäre stehen und erstreckte sich allenfalls noch auf Selbstverwaltung, auf soziale Verbände, Kirchen und Organisationen. Es richtete sich gegen alle Mächte in Staat und Kirche, die die Gewalt aus autoritären Ansprüchen ableiteten, so daß Naumann um 1900 von den "sieben Negationen" des Liberalismus sprechen konnte.¹⁾ An die Stelle der konservativen Ideologie der alten Staatswesen drohte sich mit der Revolution eine sozialistische Staatsdoktrin zu setzen, die nach und nach mit Zwang in den individuellen Bereich eindringen konnte. Es schien mit der sozialistischen Revolution ein neuer Absolutismus zu beginnen, den der Siegeszug der Verfassungen und der Rechtsstaatsidee im 19. Jahrhundert zurückgedrängt hatte. Für den Liberalismus erhob sich die Frage: Gab es eine staatsrechtliche Konstruktion der obersten Gewalten, die das verhindern konnte? Konnte man dem totalen Zwangsstaat ein liberales Staatsbild entgegensetzen, das das Problem nicht mehr von unten, sondern "von oben" löste?

Liberalen Staatsrechtler wie Hugo Preuss und Kurt Wolzendorff glaubten schon vor der Revolution, daß die Selbstverwaltung im weitesten Sinne immer mehr Funktionen des Staates übernehmen würde.²⁾ Die völlige Lösung der Kirche vom Staat, die Aufhebung der staatswirtschaftlichen Ansätze, die Selbstverwaltung der Gewerkschaften, Verbände, Parteien und Kirchen waren ihnen nur Parallelerscheinungen einer "Urbanisierung des Staates", die das zentrale Beamtentum langsam, aber unaufhaltsam einschränken sollte. Schon Tocqueville hatte auf die liberale Rolle der Selbstverwaltungen als wichtigster Sicherung auch gegen den demokratischen Zentralismus im Staate hingewiesen. Aber schien nicht dieser in Selbstverwaltungen aufgelöste Staat bei dem erstrebten Beginn des Einheitsstaates, dem durch zentrale Verwaltung, durch Sozialisierung, Finanzreform u.ä. rasch anwachsenden Beamtentum ein ungeheurer Anachronismus? Max Weber erkannte diesen Zentralisierungs- und Bürokratisierungsprozeß des modernen Staates als unaufhaltsam, da keine liberale Doktrin imstande war, sich einer rational angelegten Verwaltung zu widersetzen.³⁾

Die zahlreichen liberalen Verfassungsentwürfe⁴⁾ von 1919 knüpften meist an die Paulskirchenverfassung von 1849 an. Aus ihnen ragten die verschiedenen Entwürfe von Hugo Preuss und Max Weber⁵⁾ hervor, die beide bemüht waren, die neue Verfassung aus der Struktur der modernen Gesellschaft abzuleiten. Im Parteienpluralismus und der parlamentarischen Regierungsbildung glaubte Hugo Preuss dabei konsequent den Ansatz seiner Staatslehre in der "Selbstorganisation des Volkes" durchgeführt zu haben. Mit dieser Idee der parlamentarischen Demokratie traten die meisten liberalen Staatsrechtler auf die Seite von Hugo Preuss. Jedoch stand ihnen trotz des sozialdemokratischen Drängens auf streng parlamentarische Mehrheitsregierung schon in den Revolutionsmonaten eine Gruppe gegenüber, die den Parteienpluralismus in den obersten Gewalten ablehnte. Zu ihr gehörten neben Max Weber und Naumann Meinecke, Delbrück, Erich Brandenburg und ein großer Teil der Nationalliberalen. Das Problem des modernen Staates, in dem das Staatsbewußtsein der

fach organisierten Massen stets vom Gruppenbewußtsein überlagert zu werden drohte, in dem auch die Klassenscheidung eine "Volksgemeinschaft" immer unmöglicher zu machen schien glaubten sie nicht anders als durch eine "Führerdemokratie" lösen zu können. Der cäsaristische Ansatz des politischen Denkens bei Max Weber und Naumann wie auch das Mißtrauen gegen einen deutschen Parlamentarismus bei Meinecke und Delbrück fanden sich hier in der Idee einer präsidentialen Demokratie. Aber auch bei dieser blieb wie beim Staatsdenken von Hugo Preuss das liberale Problem, wie bei solcher Ansammlung von Macht der individuelle Bereich vor Übergriffen der Staatsgewalt gesichert werden konnte. Gab es bei der notwendigen Akklamation der Massen noch machtvolle Instanzen, die die Macht des cäsaristischen Vertrauensmannes der Massen wirksam kontrollieren konnten? Wie konnte das besonnene Element der natürlichen politischen Aristokratie in dieser von Massenleidenschaften stets umgebenen Politik einer präsidentialen Demokratie einen gesicherten Einfluß behalten? Wie sollten ferner diese Führergestalten aufsteigen im Parlament, Partei, Heer oder Gewerkschaften? Die National liberalen drängten auf einen "starken Staat", für den wenig der außenpolitische Gesichtspunkt von 1871 als die Sicherung gegen die revolutionäre Bewegung der Massen ausschlaggebend war. Alles das aber zeigte, wie im Für und Wider dieser Möglichkeiten der parlamentarischen und präsidentialen Demokratie sich der eigentliche Kampf abspielte, der Kampf um die liberale Staatsform.

Der revolutionäre Gedanke von 1918/19 lag zudem in der dritten Möglichkeit einer Räterediktatur nach russischem Vorbild, hinter dem die Gewalt eines Mythos steckte.⁶⁾ Er drängte nach dem Sturz der Monarchie auch auf die Beseitigung des Parlaments, das beim Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 meist die alten Mitglieder enthielt. In der "Enttäuschung über Weimar" verband sich jetzt der "Ruf nach den Räten" mit einer gerade in der Revolutionszeit weit verbreiteten Berufsständetheorie, deren Hauptvertreter neben der konservativen die katholische Ständestaatslehre des Wiener Philosophen Othmar Spann, Martin

Spahns, Eduard Stadtlers und die Ständelehren von Rudolf Steiner und Walter Rathenau waren. Sie drangen mit der Lehre einer Aufspaltung der repräsentativen Körperschaften in politisches, Wirtschafts- und Kulturparlament auch in den Liberalismus ein. Das eigentlich Neue der Räteidee aber lag - wenn die Tendenz zur Klassendiktatur durch paritätische Besetzung der Einzelräte überwunden war - in dem Ende der seit Montesquieu zum staatsrechtlichen Begriffssystem gehörigen Teilung der Gewalten in Legislative und Exekutive. Der Rätestaat mit seinem systematischen Aufbau von unten nach oben sollte Instanzen schaffen, die zugleich gesetzgebend und ausführend waren und somit den Staat syndikalistisch auflösten in ständische Berufskörperschaften. Bereits 1911 hatte Robert Michels von der "Prophylaxe des Syndikalismus" gegenüber dem in Demokratien unentrinnbaren zentralen Führertum gesprochen,⁷⁾ jetzt jedoch schien diese Prophylaxe einen "neuen Ständestaat" auf Grund der zunehmenden Autonomiebestrebungen der Wirtschaft, die die Zwangssozialisierung fürchtete, zu begründen.⁸⁾ Dieser "neue Ständestaat" war für liberales Denken nur das Eindringen berufsständischer Gesichtspunkte in die Politik, die das Ende echter politischer Ideen zugunsten einer grenzenlosen Interessenwirtschaft heraufbeschwören würde. Als Träger politischer Ideen galten dem Liberalismus vor allem politische Parteien trotz aller Klassenstandpunkte, die in sie eingebracht waren.⁹⁾ Ein "neuer Ständestaat" war für ihn ein Rückfall ins Mittelalter und der Anfang einer zünftlerischen Einengung der individuellen Bewegungsfreiheit. Hugo Preuss sah sich schließlich widerstrebend gezwungen, diesen Rätegedanken in der Verfassung zu "verankern" (Art.165), jedoch kam für den Liberalismus alles darauf an, ihn so unschädlich wie möglich zu machen. Er sollte im Arbeitsplan der DVP, in der Selbstorganisation der Sozialpartner im späteren Reichswirtschaftsrat auf das wirtschaftliche Gebiet abgedrängt werden und damit seine politische Ausrüstung verlieren. Max Weber war überzeugt, daß in jeder Hinsicht stand, sobald er gesetzgeberische Rechte erhielt, die politischen Gegensätze eindringen würden und die Fiktio

einer "sachlichen", berufsständischen Politik notwendig zu stören müßten. Für ihn waren die politischen Parteien das spezifisch Moderne wegen ihrer freien Anhängerwerbung gegenüber der Zwangsinstitution der Berufsstände.¹⁰⁾

Am 15. November 1918 wurde Hugo Preuss vom Vorsitzenden der Regierung der 6 Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, als provisorischer Innenminister zwecks Entwurfs einer neuen Verfassung in die Regierung berufen. Der Sozialismus übergab damit symbolisch den Aufbau des neuen Staates an den Liberalismus und erkannte dessen Prinzipien als grundlegend für die Weimarer Republik an.¹¹⁾ Die nach Berlin berufene Konferenz von Sachverständigen im Reichsministerium des Innern vom 9.-12. Dezember 1918 wurde hauptsächlich ein Zwiegespräch zwischen Max Weber und Hugo Preuss.¹²⁾ In ihnen prallten die politischen Gegensätze des Liberalismus in parlamentarischer und präsidentieller Demokratie aufeinander. Das Endergebnis war ein Kompromiß, indem Hugo Preuss einfach Max Webers Hauptforderungen, das Enqueterrecht parlamentarischer Minderheiten und die allgemeine Volkswahl des Präsidenten, übernahm.¹³⁾ Die Weimarer Verfassung vereinigte so in einem dualistischen System der parlamentarischen und präsidentiellen Gewalten beide Seiten, die politisch so grundverschieden dachten. Sie machte auch die Staatsform zu einem Kompromiß. Aber daß sie Elemente ganz verschiedener Herkunft waren, zeigte jedes Krisenereignis der nachfolgenden Jahre.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung, den C. Haussmann leitete, enthielt die Vertreter der großen Parteien und gelangte nach den unermüdlichen Anstrengungen Hugo Preuss' zur Einigung in den wesentlichen Artikeln des Entwurfs.¹⁴⁾ Im Plenum der Nationalversammlung aber lehnte neben der DVP und der USPD auch die DVP die Verfassung ab, und somit blieb ein großer Teil des liberalen Bürgertums Feind der Kompromißverfassung von Weimar.

2. Die parlamentarische Demokratie

Die Weimarer Republik ist in den verschiedenen Verfassungsentwürfen und nach den Beratungen der Nationalversammlung als parlamentarischer Parteienstaat aufgebaut worden, weil sich nach dem Scheitern der beiden Rätekongresse vom 16.-20. Dezember 1918 und vom 8.-14. April 1919, sowie nach dem Zusammenbruch des militärischen Diktaturversuchs im Kapp-Putsch schließlich das Parlament als einzige regierungsfähige Potenz erweisen sollte. Neben dem Liberalismus hatte vor allem die Sozialdemokratie seit dem Sommer 1917 die Parlamentarisierung erstrebt und zeigte sich im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung geneigt, den Weg der parlamentarischen Regierung zu Ende zu gehen. Im Liberalismus sprach man zwar von der "entradikalisierenden Luft" des Parlamentes, die die politischen und sozialen Gegensätze aussöhnen konnte, hegte aber schon vor dem Aufbau der parlamentarischen Kabinette starke Zweifel an der Stabilität dieser Regierungen. So muß die Frage offen bleiben, ob Hugo Preuss bei den durch die Revolution radikalisierten Klassengegensätzen und den mit Niederlage, Friedensvertrag und Reparationen verschärften nationalen Leidenschaften berechtigt war, den neuen Staat bewußt als parlamentarischen Parteienstaat zu konstruieren.

Konnte er hoffen, daß das Kompromiß der Parteien im neuen Staat bei allen Belastungen und Krisen dauernd möglich sein würde, um das Parlament regierungsfähig zu erhalten? Seine Vorstellungen vom gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß waren jedoch so beschaffen, daß ihm das Parlament als einzige regierungsfähige Macht erscheinen mußte. Es gab für ihn keine Legitimation der obersten Staatsgewalt, wenn sie nicht Ausdruck der "Selbstorganisation des Volkes" durch die politischen Parteien war.¹⁾ Die Grundlage seiner Staatslehre war der Glaube an den Prozeß der fortschreitenden Integrierung der Stände wie auch der Klassen, der am Ende ein politisch homogenes Staatsvolk entstehen lasse. Er glaubte, die Klassen und sozialen Differenzierungen als Übergangserscheinungen

zu einer freien politischen Selbstorganisation weitgehend außer acht lassen zu können, und so war der Art. 21 der Verfassung ein Grundsatz seines Denkens: "Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden."²⁾ Die imperativen Mandate als Überrest der alten ständischen Parliamente sah er zwar in der reinen Klassenrepräsentation oder Interessenvertretung in abgeschwächter Form erhalten, doch hielt er sie für Übergangserscheinungen auf dem Weg zu einer künftigen freien Repräsentation der politischen Überzeugung. Insofern konnte er das Verhältniswahlrecht als einen revolutionären Fortschritt bezeichnen³⁾, da es den Parteien als Organisationen der politischen Meinungen endlich freie Hand gab gegenüber der mannigfaltig gebundenen lokalen Repräsentation. Der Fraktionszwang der Parliamente galt ihm nicht als Belastung für diese Gewissensfreiheit der Abgeordneten und er bezeichnete das Gewissen der "Wilden" als "robust", wenn sie ihr Mandat behielten.⁴⁾ Da die Parteiorganisation sich unaufhaltsam intensivierte und die parlamentarischen Fraktionen im Gegensatz zu den lockeren Gemeinschaften der Parliamente des 19. Jahrhunderts immer mehr erstarrten, so übertrug er die Rolle der politischen Ideenbewegungen auf den Wechsel der Koalitionen. Das eigentlich politische Leben der modernen Staaten war für ihn der Wechsel der Koalitionen und Oppositionen, der die Regierungsgewalt immer der herrschenden Mehrheit ausliefern mußte. Er wußte von den "Klasseneinflüssen auf die Parteien", aber Parteien waren ihm beim Wechsel der parlamentarischen Koalitionen vor allem Träger politischer Ideen, die als Organisationen verfassungsrechtlich unwichtig blieben. In den entscheidenden Art. 1, 20, 21 und 224 der Verfassung sind die Parteien nicht behandelt. In der liberalen Staatslehre lebte vielfach noch die Vorstellung von den Parliamenten des 19. Jahrhunderts, die wie das Paulskirchenparlament die geistige Elite einer Nation versammeln sollte, in der man zwar Parteien kannte, aber keine straffen Organisationen und kaum eine Klassenrepräsentation, die zu politischen Koalitionen immer unfähiger wurde. Für Preuss waren Parteien Zwischen-

bildungen, die sich das Volk schafft, um politisch handlungsfähig zu werden. "Es herrscht also immer noch die Regel, daß Verfassungen und Gesetze die Voraussetzungen ihrer Wirksamkeit, das Parteiwesen, mit keiner Silbe erwähnen." ⁵⁾

Parlamentarismus und Demokratie waren für Preuss deshalb identisch ⁶⁾, weil sich weder die "absorptive Repräsentation" (Jellinek) im französischen Napoleonismus noch die repräsentationslose Demokratie nach dem Vorbild Rousseaus als so stabil und regierungsfähig wie das Parlament erwiesen hatten. ⁷⁾ Die Anfangskrisen des deutschen Parlamentarismus seit 1919 führte er vornehmlich darauf zurück, daß in Deutschland die historischen Vorstufen eines ständischen und plutokratischen Parlamentarismus gemangelt hätten, die jedes Volk "als Erziehungsmittel" zur parlamentarischen Regierung brauche. Der demokratische Parlamentarismus, wie ihn die Weimarer Verfassung schuf, war für ihn normalerweise erst die Endstufe parlamentarischer Regierungsbildung, die für Deutschland mit der Revolution aber nun zwangsläufig geworden war. ⁸⁾ Im Oktober 1918 warnte er vor einer "Improvisierung des Parlamentarismus", der auf ungeahnte Schwierigkeiten stoßen würde: "Die 'Parlamentarisierung' und 'Demokratisierung' eines großen Staatswesens oder ... Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat soll von einem Tag an datiert werden können! Und das ist nicht der Tag einer siegreichen Revolution, eines Bastillesturmes, sondern das Datum eines Erlasses! Die Eigenartigkeit dieses Vorgangs macht den skeptischen Zweifel drinnen und draußen wohl begreiflich." ⁹⁾ Aber auch in der Apologetik der folgenden Jahre suchte er die Anfangskrisen des Parlamentarismus aus den besonderen deutschen Verhältnissen zu erklären. Die Bürgerblocksbestrebungen der Rechtsparteien verschärften gleichzeitig auch das Klassenkampfdogma der Sozialdemokratie und bedrohten immer wieder die Mehrheitskoalition der Mitte. ¹⁰⁾ Preuß führte alles dies auf die mangelnde "Erziehungsfris" zum deutschen Parlamentarismus zurück, da das Volk sich von der radikalen Wahlpropaganda beeindrucken ließ und nicht durch den Stimmzettel bestimmte, zur Koalition geneig Parteien begünstigte. Die Selbstorganisation des Vo

durch die politischen Parteien mußte für ihn in normalen Zeiten stets eine regierungsfähige parlamentarische Mehrheit ergeben. Es gab Hemmnisse für diesen Parlamentarismus in dem äußeren Druck auf den neuen Staat durch den Friedensvertrag, die Reparationslast und die unterbliebene Liquidation des alten Staates in der großpreußischen Vorherrschaft, aber sie würden mit der Zeit einer reibungslosen Koalitionsbildung Platz machen müssen.¹¹⁾

Die Nationalversammlung und der Reichstag von 1920 aber waren weit davon entfernt, stets eine regierungsfähige Mehrheit als Folge der politischen Selbstorganisation des Volkes zu haben. Insbesondere nach der Ablehnung der Verfassung durch DNVP, DVP und USPD am 31. Juli 1919 stand der Regierungskoalition der Mitte keine Opposition mehr gegenüber die sich in der Regierung je nach dem Ausfall der Wahlen auflösen konnte. Hier entstand vielmehr eine staatsverneinende Obstruktion, die zu einer Regierungsbildung auf der Grundlage des parlamentarischen Parteienstaates überhaupt nicht geneigt war. Hugo Preuss, der die mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung gebildete Weimarer Koalition als den ersten Schritt zur Verwischung der Klassengegensätze und zur wachsenden parlamentarischen Solidarität ansah, wurde in dieser Hoffnung schon nach den Wahlen vom 6. Juni 1920 betrogen.¹²⁾ Er sah das Wesen der Obstruktion auf der Linken und Rechten in der "unsachlichen" und "verantwortungslosen" Kritik, die sich seit der Revolution berechtigt glaubte.¹³⁾

Der Reichstag von 1920 zeigte ihm besorgniserregend, daß der von ihm geschaffene Parlamentarismus vorläufig nur Koalitionen der Mitte ermöglichen würde, da es seit der Revolution unmöglich war, daß sich Links- und Rechtsblöcke in der Regierung ablösen konnten. Er faßte diese permanente Koalition der Mitte als "nationale Demokratie"¹⁴⁾, die in beruhigten Zeiten von einer politischen Einheitsfront des Parlaments abgelöst werden mußte. In den Schriften der letzten Jahre aber polemisierte er gegen die Bürgerblocksparolen und die Klassenkampffideologien, die den "Krieg aller gegen alle" heraufbeschwören würden.¹⁵⁾ Er sprach von der "staatspolitischen Kurzsichtigkeit unseres Bürgertums" im Drängen der Wählerparteien nach der Regierung und machte so letztlich

eine anonyme Wählerschaft für die Krisen des Parteienstaates verantwortlich.¹⁶⁾ Von 1919 an bis zum Todesjahr von Hugo Preuss, 1925, folgten 12 kurzlebige Regierungen aufeinander, die, mit Ausnahme der letzten, Koalitionen der Mitte waren. Preuß kam bei diesen Krisen des Parlamentarismus aus der Defensive nicht mehr heraus.¹⁷⁾ Er beklagte sich darüber, daß die Wahlkämpfe nicht schon von Anfang an auf die Bildung einer regierungsfähigen Koalition abgestimmt würden, sondern jede Partei "egoistisch" gegen jede polemisiere.¹⁸⁾ Vor allem aber griff er die Praxis der Regierungsbildung an, da die zur Koalition geneigten Parteien ihre Ministorkandidaten paritätisch nach der Fraktionsstärke auswählten und deren Ernennung vom Präsidenten als Selbstverständlichkeit erwarteten. Die dauernde Rücksprache der Minister bei ihren Fraktionen und deren Beteiligung bei der Regierungspolitik schienen ihm die Führerrolle der Minister zur Karikatur zu machen. "Parlamentarische Regierung heißt nicht, daß das Parlament oder seine Fraktionen in ihrer vielköpfigen Unverantwortlichkeit unmittelbar regieren, sondern daß eine Regierung klar verantwortlicher Persönlichkeiten besteht...., daß sie die anerkannten Führer der im Parlament organisierten herrschenden öffentlichen Meinung ihres Volkes sind."¹⁹⁾ Es gab jedoch keine verfassungsmäßige Handhabe gegen diese Übergriffe der Fraktionen, und die unsichere Haltung der Minister in Fragen wie Vermögensabgabe, Sozialisierung und Betriebsrätegesetz gegenüber den gleichfalls durch ihre Wählerschaft verschüchterten Fraktionen war nur zu verständlich.

Der Aufbau der obersten Gewalten des parlamentarischen Parteienstaates war konsequent nach den politischen Überzeugungen von Hugo Preuss durchgeführt und wurde von vielen liberalen Staatsrechtslehrern wie G. Anschütz, H. Krawiasky, K. Wolzendorff, Th. Vogelstein und H. Kelsen begrüßt.²⁰⁾ Von den Gegnern aber wurde mehr noch als der Parlamentarismus der "Formalismus" dieser pluralistischen Demokratie angegriffen, der den sozialen Fortschritt völlig dem Kampf der sozialen Verbände und politischen Parteien überließ. Preuß begründete seine Überzeugung in der Nationalversammlung: "Der soziale Fortschritt kann die Verfassung so wenig wie die sonstigen Inhalt des Volkslebens; aber ihm durch die

politische Organisation den Weg offen halten, das kann sie und ich hoffe, daß dies der Entwurf tut."²¹⁾ Eine verfassungsmäßige Verankerung der Ziele einer sozialen Revolution war so durch den Entwurf von Hugo Preuss verhindert worden während er auch dem Plan der sozialen Grundrechte bei Friedrich Naumann ablehnend gegenüberstand. Preuß überließ hier alles dem Kampf der Parteien und hat keinen Versuch unternommen, die drohende soziale Gärung durch ein soziales Staatsprogramm abzuschwächen, das auch die Klassengegensätze des Parlamentes langsam beseitigen konnte.²²⁾ Sein Entwurf war einer der letzten Versuche der liberalen Rechtslehre, den Staat nach dem Verlust seiner sakralen Bedeutung nicht zum Gegenstand der Doktrinen und Ideologen von Parteien und Klassen werden zu lassen. Es sollte der Zugriff des Totalitären noch einmal abgewendet werden.

Trotz vieler Anerkennungen liberaler Politiker für diesen Verfassungsentwurf, z.B. durch G. Bernhard, Th. Heuss, C. Haussmann und F. Payer, wurde jedoch schon im Verfassungsausschuß leidenschaftlich um jeden Artikel gerungen. Es zeigte sich in weiten Kreisen des Liberalismus ein Widerstand gegen den Parlamentarismus, den man auch jetzt noch hauptsächlich als Ziel der Sozialdemokratie betrachtete. Die Geringschätzung des Parteienstaates zeigte sich in den folgenden Jahren bei jeder neuen Regierungskrise deutlicher. Das Mißtrauen des älteren Liberalismus gegen die Parteienregierung kam wohl am besten in Hans Delbrücks Wort aus dem Weltkrieg zum Ausdruck: "...Was würde aus Deutschland werden, wenn wir abwechselnd eine klerikale und eine sozialdemokratische Regierung hätten? ...Bei der ersten Majorität wissen wir doch ungefähr, was sie uns bringen wird; bei der zweiten wissen wir das nicht einmal. Nur das eine ist ganz klar: eine Abwechslung zwischen diesen beiden 'Idealen' ist schlechterdings unmöglich."²³⁾ Man hielt nicht nur mit Delbrück das Parteiwesen für oligarchisch und undurchschaubar in seinen Zielen, sondern glaubte auch die "Überparteilichkeit" der alten Regierungen unwiederbringlich verloren wenn sich im Gewirr der Koalitionen Rechts- und Linksregierungen einander ablösen würden. Die Einschätzung des alten

Reichstags bei allen, die überzeugte Anhänger der konstitutionellen Monarchie waren, übertrug sich auch auf die demokratischen Parlamente. Diese hielt man wegen der Parteienvielfalt und der verschärften Klassengegensätze für noch viel weniger regierungsfähig als den alten Reichstag, da der Sturz des Monarchen für sie eine kontinuierliche Staatsgewalt fast unmöglich gemacht hatte.²⁴⁾ Seit sich im Sommer 1917 die Parlamentarisierung im Reiche anbahnte, hatten deshalb vereinzelt Staatsrechtler und Politiker den Einbau eines Reichsoberhauses oder eines Altersrates in das System der obersten Gewalten vorgeschlagen, um den Krisen der parlamentarischen Regierungen und dem Wechsel der Koalitionen durch eine beständige Instanz vorzubeugen.²⁵⁾ Vielfach sah man jedoch im Beamtentum und den "Fachministern" die Gewalt im Staate, die sich kraft ihres höheren Fachwissens gegenüber den "dilettantischen" Parteiministern immer wieder durchsetzen und die Unfähigkeit und Hilflosigkeit in den obersten Ämtern dauernd entlarven würden.²⁶⁾ Insbesondere das Auswärtige Amt und das Amt des Außenministers schienen mit der Parlamentarisierung im Interesse einer stetigen Außenpolitik unvereinbar. Graf Brockdorff-Rantzau als erster republikanischer Außenminister trat deshalb weder der DDP bei - noch ließ er sich ins Parlament wählen.²⁷⁾ Ein überparteilicher Außenminister sollte die Sonderstellung des Auswärtigen Amtes wahren und in jeder Regierungskrise einen mit ihm solidarischen Nachfolger haben. Man bemühte sich verschiedentlich um eine Reform des Parlamentes, das mit seiner überhitzten Polemik, mit Lärmszenen und Obstruktionsversuchen das Gegenteil der Ruhe und Würde des alten Parlamentes war und zu sachlicher Arbeit in Ausschüssen und Enqueten immer unfähiger wurde.²⁸⁾ Es zeigte sich jedoch ein erschreckender Mangel an Sachverständigen, die das Fachbeamtentum der Verwaltung genügend überwachen konnten. Der rechte Liberalismus sprach vom "Parlament der Arbeitersekretäre" und den "Jämlichkeiten von Weimar".²⁹⁾

Die Frage war jedoch für das liberale Bürgertum: Was würde die Sozialdemokratie mit ihrer parlamentarischen Macht anfangen, da sie auf Grund der Zahl ihrer Mandate in jeder Koalitionsregierung der Mitte vorherrschen mußte? Für den Parlamentarismus der neuen Verfassung ergab sich dasselbe Problem, das Max Webers cäsaristischer Ansatz zu lösen versuchte: Würden sich nicht die sozialen Leidenschaften, die das Volk zerspalteten, verstärkt im Parlament zeigen und alle Koalitionsregierungen als innerlich zerrissen erscheinen lassen? Wie konnte man den Massen wieder das Bild einer einheitlichen Staatsgewalt geben? Die Möglichkeit, daß sich anerkannte Führer der Parteien und Fraktionen bald im Parlament zeigen würden und damit das Parlament an Autorität gewinne, erwies sich auch für Hugo Preuss als trügerisch. Man konnte so nicht hoffen, daß sich die Politik der Fraktionen nach Parteiprogrammen, begleitet von langen ideologischen Parlamentsreden, bald in eine Politik der Regierung umwandeln würde. Für die Zusammensetzung des neuen Parlamentes aus einer überwiegenden Zahl von Interessenvertretern Berufsständen, Partei- und Verbandssekretären machten liberale Politiker schon bald das Verhältniswahlrecht verantwortlich. Die Revolution hatte wegen des sozialdemokratischen Drucks auch das alte Wahlsystem mit Vorwahl und Stichwahl, das meist die Sozialdemokraten benachteiligte, beseitigt. Es wurde zunächst auch im Bürgertum vielfach das Verhältniswahlrecht begrüßt, da es den zersplitterten bürgerlichen Gruppen eine Chance gab.³⁰⁾ Jedoch wurde schon bald nachher das Verhältniswahlrecht verantwortlich gemacht für die Anfangskrisen des Parlamentarismus. Es schien den persönlichen Kontakt zwischen Wählern und Abgeordneten gänzlich zu zerstören;³¹⁾ denn in den 32 Reichswahlkreisen stellten nun anonyme Parteiausschüsse die Kandidatenlisten auf und waren dem Einfluß von Verbänden, Berufsständen und Interessengruppen ausgesetzt.³²⁾ Der Schacher um die Listen schien zukünftige Wahlen nicht mehr nach politischen Gesichtspunkten auszurichten, sondern allein auf die Werbung der verschiedenen Wählergruppen, Berufe und Interessenten und so das geringe öffentliche Interesse am Parlament vollends zu kühlen und Teilnahmslosigkeit zu verwandeln. "Es wird sich nur um Arbeiter-, Angestellten-, Bauern-, Hand-

werker-, Industrie-, Handels- usw. Kandidaten geben. Nein, die Impfgegner, ...Bodenreformer, die monarchisch gesinnten Offiziere und mit ihnen die Kaninchenzüchter, die Imker, die Ziegenzüchter... werden eigene Kandidaten aufstellen, werden ihre Stimmen im Reiche zählen wollen."³³⁾ Diese Prophezeiung Anton Erkelenz' schien das Parlament schließlich in eine Versammlung der "vierhundert Eigenbrödler" umzuwandeln. Weit-schauende Liberale suchten schon bei den Wahlen zur National-versammlung mit dem Vorschlag der "freien Listen" das alte Prinzip der Mehrheitswahl wenigstens bruchstückhaft zu retten. Das System der "freien Listen" stand unter dem Leitwort der "Demokratisierung des Verhältnismahlrechts" und sollte durch eine der Wahl vorhergehende Abstimmung der Parteimitglieder und evtl. der Wählerschaft über die Listenstelle der Kandidaten die Wahlentscheidung letztlich doch wieder auf die Stimmberechtigten übertragen.³⁴⁾ Daneben schlugen H.G. Erdmannsdörffer und K. Pfister das gemischte Wahlsystem vor, das in den einzelnen Wahlkreisen das Mehrheitswahlrecht beibehalten und den Proportionalanteil der einzelnen Parteien auf Grund einer Reichsrestliste herstellen wollte.³⁵⁾ Diese Vorschläge - so verbreitet sie im Liberalismus waren - konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Vor allem die DDP aber machte deshalb schon 1920 das Verhältnismahlrecht hauptsächlich für die "Agonie des Parlamentarismus" verantwortlich.³⁶⁾

Die Ratlosigkeit der liberalen Parteien vor dem Dilemma des Parlamentarismus zeigten vor allem Rathenaus Reformvorschläge, die ganz aus dem Rahmen der liberalen Ideenwelt fielen. Rathenau hatte schon 1917 gerade von der Einführung des Verhältnismahlrechts den geistigen Aufschwung des Parlaments erwartet, da ihm der alte Reichstag nur als Versammlung der "Ortsgrößen" und Interessenten auf Grund des Stichwahlprinzips galt. Das Parlament als eine "Börse der Interessenten" machte für ihn große Gesichtspunkte unmöglich und entschied politische Fragen nach den Zufallsmehrheiten der Interessengruppen. "Geht diese Entwicklung ihren Weg, so werden die Parlamente allmählich nur noch aus Verbandsdirektoren, Generalsekretären, Lokalgrößen und Mitläufern bestehen."

einer Börse der Interessen und Interessenten aber kann das Staatswohl nicht beruhen; bewußt haben wir den umgekehrten Weg einzuschlagen, der von den Interessen zu den Gesinnungen und Ideen zurückführt."³⁷⁾ Das Problem, wie man das Parlament fähig zur Regierung macht, suchte er nach der Revolution, angeregt von den Bestrebungen zur Dreigliederung des sozialen Organismus (Steiner, Dieckwuchs), von berufsständischen Neigungen auf liberaler Seite bei G. Bernhard, W. Verhufen, P. Natorp, H. Potthoff und allen, die im "Ruf nach den Räten" den Beginn einer berufsständischen Organisation sahen, durch eine Aufteilung in Fachparlamente zu lösen. Als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung 1914-15 hatte er Einblick in die "unglaubliche innere Komplikation" der obersten Reichsämter bekommen und glaubte den Grund in den unzähligen Verhandlungen mit Interessenten und dem "Interessenreichstag" zu finden. "Da wird dann durch eine Interessenmajorität eine entscheidende Kulturfrage geregelt oder vergewaltigt, durch eine Ideenmajorität eine Wirtschaftsfrage, durch eine politische Majorität eine Religionsfrage."³⁸⁾ Ein Parlament mit großen politischen Gesichtspunkten schien ihm nur möglich, indem die jetzt überwiegenden Berufsstände in besonderen Wirtschafts- und Kulturparlamenten gesammelt würden. Dem politischen Rumpfparlament auf Grund des Verhältniswahlrechts sollte ein System von "Fachstaaten" mit Fachparlamenten und den durch sie zu besetzenden Fachministerien zur Seite stehen. Dem politischen Parlament blieb dabei die Aufsicht über die Einzelministerien der Regierung und die Legislative in "rein politischen Fragen".³⁹⁾ Rathenau glaubte, durch diese "Versachlichung" der Ressortpolitik die politischen Gegensätze vom sozialen und wirtschaftlichen Gebiet abzudrängen und dadurch die Parteipolitik von den Klassengegensätzen zu lösen. Von einer Konzeption dieses "neuen Staates" hat die Weimarer Reichsverfassung nur die Aussicht auf den künftigen "Fachstaat" des Reichswirtschaftsrates gebracht, und Rathenau war weit davon entfernt, seine Erwartungen erfüllt zu sehen. Er kritisierte scharf den politischen Betrieb der neuen Parlamente. Er sah, daß sich die finanzielle Wahlunterstützung der liberalen Par-

teilen durch Interessenten eher vergrößert hatte, so daß diese "Plutokratie des Wahlkampfes" für ihn nun das Hauptmerkmal der "liberalen Formaldemokratie" wurde. Er betrachtete schon bald das "Flügelsausen der Wahlmaschine"⁴⁰⁾ als die latente Krankheit der Demokratie, die ohne die Auflösung in Fachparlamente fortan nur unfähige Regierungen hervorbringen würde.

- - -

Die Verteidigungsstellung, in die schon während der Zeit der Nationalversammlung die parteienstaatliche Konstruktion der obersten Gewalten gedrängt wurde, spiegelte der Kampf um das vielumstrittene plebiszitäre Präsidentenamt. Der genossenschaftlichen Staatslehre war dieses Amt etwas Fremdes. Dazu kam noch die im Liberalismus starke Abneigung gegen das an den Napoleonismus erinnernde Plebiszit. Die konsequente Durchführung der "Selbstorganisation des Volkes" in ihrem Aufbau von unten nach oben wäre die Direktorialverfassung der aus der Parlamentsmehrheit hervorgehenden Regierung oder eine Premierministerverfassung unter ausschließlicher Verantwortlichkeit des vom Parlament gewählten Kanzlers gewesen. Hugo Preuss hatte sich auf Drängen Max Webers und zahlreicher anderer der Idee des plebiszitären Präsidentenamtes - dem Ausdruck eines ganz andersartigen Staatsdenkens - genähert und suchte sie auf seine Art zu begründen. Er fand den Zugang zu dieser Idee durch die Lehre Robert Redslobs, daß eine Parlamentarisierung der Regierung nur denkbar sei bei dem auf Montesquieu zurückgehenden Gleichgewicht der Gewalten, demgegenüber das französische System mit dem vom Parlament gewählten Präsidenten nur einen "unechten Parlamentarismus" darstellte.⁴¹⁾ Redslobs Folgerung, daß deshalb der Parlamentarismus unvereinbar mit der Republik bleibe, suchte er durch eine "starke Stellung" des Präsidenten zu begegnen, die somit der monarchischen Stellung ebenbürtig werden sollte. Er erkannte jedoch, daß die "tribunizische Stellung" eines solchen Präsidenten den Ansatz zum Caesarismus in sich trage, suchte diesen jedoch durch das parlamentarische System zu verhindern. Die im Anschluß an Jellinck als "absorptive Repräsentation" oder Kontrolle

eines Volksorgans durch das andere gefaßte Stellung des Präsidenten spiegelt die Schwierigkeit für Preuss' staatsrechtliche Begriffe, das zu vertuschen, was der Präsident nach Max Webers Wort allein sein sollte: Ein Politiker, der die Massen hinter sich hatte.⁴²⁾ Für Preuß enthielt die Stellung des Präsidenten schließlich alles, was durch das Prinzip d. Parlamentarismus in den obersten Gewalten nur schwer gefaßt werden konnte: Das Recht der Reichstagsauflösung, die Repräsentation des Staates nach außen und innen, den Oberbefehl über die Wehrmacht, die Reichsexekution über die Länder und das Begnadigungsrecht. So war für Leo Wittmayer - einem konsequenten Anhänger des demokratisch-parlamentarischen Prinzips - dieser Präsident "Erbe alles Monarchischen" und "Vollender des deutschen Kaisertums".⁴³⁾ Er nannte ihn das "...seltsamste politische Lebewesen, das je die deutsche Erde getreten hat..."⁴⁴⁾ Wittmayer hoffte jedoch, daß das Nebeneinander von Kanzler und Präsidenten sich beim künftigen Übergewicht des genossenschaftlichen Prinzips im Reichstag bald zu einem "Duumvirat" entwickeln würde, das seinen politischen Rückhalt in der Parlamentsmehrheit allein finden und den Präsidenten in den letzten drei Jahren seiner siebenjährigen Amtszeit wegen der neuen politischen Koalition ausschalten würde.⁴⁵⁾ Der vielumstrittene Art. 48 der Verfassung, der dem Präsidenten das Recht der Reichsexekution gegen Länder und das Recht von Ausnahmemaßregeln und Grundrechtsaufhebungen bei inneren Krisen gab, knüpfte an die während der Monarchie bestehenden Belagerungsgesetze an und war somit nur der Ausdruck des Mißtrauens gegen die parlamentarische Demokratie. Preuss glaubte auch später, das Präsidentenamt als solchen Fremdkörper in seiner Staatslehre wegen ihrer Nähe zur Diktatur verteidigen zu müssen, da das Parlament für solche Ausnahmezustände nicht genügend Macht besaß.⁴⁶⁾ Er faßte das Präsidentenamt, wie all diese monarchischen Attribute zeigen, bewußt als unpolitisches Amt auf, das all die Erscheinungen des Massenstaates, wie das allgemeine Wahlrecht und das Referendum, nur zur Stärkung der unabhängigen Stellung zugebilligt erhielt. Es konnte eine Art Ersatzkaisertum werden, das über die

Anfangskrisen der parlamentarischen Demokratie, wie die Ämterkorruption, die Regierungskrisen und den Mangel an geeigneten Parteiministern hinweghelfen würde, zugleich aber alle politische Geltung verleugnen, die mit seiner cäsaristischen Herkunft notwendig verbunden waren. Besonders dem Referendum stand Preuss mißtrauisch gegenüber.⁴⁷⁾

Die Vorstellung von einem unpolitischen Präsidenten, der über dem Gewirr des Parteihaders stehe, als fester Pol den Staat in den Parlamentskrisen rettet, ließ weite Kreise des liberalen Bürgertums sich mit dem verachteten Parlamentarismus abfinden. "Was wir erwarten, ist ein Mann, der auf hoher Warte steht, und nur dann, wenn die Stunde der Gefahr herangekommen ist, herabsteigt und in den Streit der Meinungen mit ernstesten Worten eingreift."⁴⁸⁾ Vielfach dachte man auch an die Gestalt eines "Reichsverwesers", um das monarchische Abbild allen verständlich zu machen.⁴⁹⁾ Das Mißtrauen gegen den Parlamentarismus sah in diesem überparteilichen Amt die Garantie für eine sachliche Exekutive, die die Parteidoktrinen zu übergehen fähig war. Es zeigte sich jedoch schon bald als unlösbares Problem, wie die soziale Herkunft des Präsidenten beschaffen sein sollte. Die großen Persönlichkeiten der Wissenschaft wie der Wirtschaft waren nicht populär genug, um bei der Wahl eine Mehrheit zu erreichen und unter den gerade bei Plebisziten immer wieder führenden Feldherrn hielt man Hindenburg auch in der DDP für zu ehrwürdig, um sich im Wahlkampf beschmutzen zu lassen.⁵⁰⁾ So blieb nur die Auswahl unter den bedeutenderen Parteiführern, die bei der Zersplitterung des Parteiwesens höchstensfalls "Bürgerpräsidenten" oder "Arbeiterpräsidenten" werden konnten. Die deutsche Nationalversammlung entzog sich dem Problem durch die Parlamentswahl Eberts am 11. Februar 1919 und kehrte somit unbewußt zum ursprünglichen Ansatz der parlamentarischen Demokratie zurück.

3. Die präsidentiale Demokratie

Es gilt jetzt, den Ansatz der Führerdemokratie oder präsidentiellen Demokratie im Gegensatz zum Parteienstaat zu analysieren, der bei dem Scheitern des Parteienstaates um so wichtiger bleibt, obwohl er nur in wenigen Elementen in die Weimarer Verfassung Eingang gefunden hat. Die Idee der präsidentiellen Demokratie enthielt mit der Neuartigkeit der Führerauslese, der wachsenden Bedeutung der Massen für die Politik, mit Naumanns radikalsozialen Staatsprogramm alle jene Elemente, die der Liberalismus des 19. Jahrhunderts als Begleiterscheinungen des Cäsarismus gefürchtet hatte. Konnte dieser neue Versuch der nationalen Integration der Klassen und Parteien in der Führerdemokratie nicht auch den Massenrausch des "panem et circenses", Konfiskation, Bedrohung des privaten Bereichs und die Herrschaft unbesonnenster Leidenschaften in der auswärtigen Politik bedeuten, je nachdem welchem republikanischen Präsidenten die Massen ihr Vertrauen entgegenbrachten? Diese Argumente waren im Gegensatz zu denen Max Webers in der DVP ausschlaggebend, die Präsidialdemokratie nur durch langsame Umwandlung der parlamentarischen zu versuchen und damit die Gefahren des Cäsarismus zu vermeiden.

Max Weber hatte im Sommer 1917 nicht als Anhänger der parteienstaatlichen Demokratie die Parlamentarisierung gefordert, sondern weil ihm in der Monarchie das Parlament der einzige Weg bedeutete, um Führernaturen zur Macht zu bringen. Im November 1918 änderte sich die Situation völlig, indem nach dem Sturz des Kaisers das oberste Amt des Reiches für eine Führerpersönlichkeit frei wurde. Er sah bald ein, daß auch der Parlamentarismus bei der von der Sozialdemokratie geforderten Einführung des Verhältniswahlrechts fast unfähig zu jeder echten Führerauslese sein würde. "Bei den nächsten Wahlen wird eintreten, was bei diesen (den Wahlen zur Nationalversammlung) sich erst im Keim zeigte: die Berufsverbände (Hausbesitzer, Diplominhaber, Festbesoldete, 'Bünde' aller Art) werden die Parteien zwingen, lediglich zum Zwecke des Stimmenfangs deren (der Berufsverbände) besoldete Sekretäre als Kandidaten für Listen zu stellen. Das Parlament wird also

eine Körperschaft werden, innerhalb der solche Persönlichkeiten, ...die...unter einem 'imperativen' Mandat von ökonomischen Interessenten handeln, den Ton angeben: ein Banausenparlament, unfähig in irgendeinem Sinne eine Auslesestelle politischer Führer darzustellen."¹⁾ Daß Demokratie und Parlamentarismus im modernen Massenstaat mehr und mehr Gegensätze werden, war für das Staatsrecht der Zeit eine ungewohnte Vorstellung, so daß Max Weber diesen Gegensatz unermüdlich zu beweisen versuchte.²⁾ Die Macht der Parlamente beruhte für ihn auf jenem absterbenden Honoratiorensystem des 19. Jahrhunderts, das fast ausschließlich eine soziale Führungsschicht im Parlament vereinigte, die nicht auf Massenwerbung und Propaganda angewiesen war und von der Partei ökonomisch unabhängig sein wollte.³⁾ Das mit dem Verhältnisswahlrecht zu erwartende "Banausenparlament" war deshalb vollends in Massenstaaten ein unpopuläres Organ, beseitigte die Führerauslese innerhalb der Honoratiorenkreise und verwies die Vertrauensleute der Massen auf den Aufstieg innerhalb der Parteiorganisation und der Massenwerbung. Diesem Gegensatz zwischen parlamentarischer und demokratischer Führerauslese konnte der Präsidialstaat gerecht werden, da er auf die Regierungsbildung durch Mehrheitskoalitionen nicht angewiesen war. Der Parlamentarismus auf Grund des Zweiparteiensystems hatte für Max Weber wegen der zunehmenden Entfremdung der Massen nur noch geringe Chancen. Auch das Ende des stabilen englischen Zweiparteiensystems sah er nach dem Aufstieg der Labour-Party gekommen.⁴⁾ Überspitzt formulierte er seinen Begriff der Demokratie: "In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: 'Nun haltet den Mund ^{und} pariert'. Volk und Parteien dürfen ihm nicht mehr hineinreden... Nachher kann das Volk richten - hat der Führer Fehler gemacht - an den Galgen mit ihm!"⁵⁾ Die Stellung des Präsidenten sollte die Berufung von Parlamentariern in die Regierung nicht unmöglich machen, sondern nur die Verantwortlichkeit dem Präsidenten allein übertragen werden. Max Weber hatte sich auch von der Vorstellung befreit, daß mit einer präsidialen Demokratie nach dem Vorbild der amerikanischen notwendig Dilettantismus und Korruption

der Beamtenschaft verbunden seien, wie in den Vereinigten Staaten vor der civil service reform.⁶⁾ Die Unentbehrlichkeit des qualifizierten Fachbeamtentums im modernen Staat, das durch Sozialisierung und Zentralisierung rasch anwachsen würde, suchte er wiederholt nachzuweisen.⁷⁾ Die Macht des Präsidenten beruhte ihm nicht so sehr darauf, daß er die Ernennung einer umfangreichen zentralen Beamtenschaft in der Hand hatte, sondern daß er der politische Vertrauensmann der Massen war und somit eine Stellung über den im Parlament repräsentierten Parteien, Verbänden, Klassen und Interessengruppen gewann. Eine Politik, die die nationale Einheit über dem sozialen Chaos wahren wollte, ohne deshalb schon zu totalitären Mitteln greifen zu müssen, schien ihm allein auf diesem Wege möglich. Leidenschaftlich wandte er sich gegen die Parlamentswahl Eberts, die auch das wenige Übergang, was von seinen Ideen in die Reichsverfassung kommen sollte.⁸⁾ Mit der präsidentialen Demokratie brauchte sich jedoch nicht eine vorwiegende Gesetzgebung durch Referendum zu verbinden, da er für die Legislative das Parlament weiterhin als geeignete Stätte betrachtete.⁹⁾

In dieser präsidentialen Demokratie sollte das Parlament nicht etwa bedeutungslos werden, sondern als umfassende Kontrollinstanz gegen die wachsende staatliche Bürokratie auftreten, die im modernen Staat langsam in alle Lebensbereiche eindrang. "Die modernen Parlamente sind in erster Linie Vertretungen der durch die Mittel der Bürokratie Beherrschten"¹⁰⁾, die sich nicht "wie eine Viehherde" verwalten lassen wollten. Verantwortlich für diesen Beamtenkörper war im alten Staat der Monarch, im neuen würde es für die durch die Sozialisierung rasch anwachsende Reichsbeamtenschaft der Präsident sein, der damit Gegenstand der parlamentarischen Enquete sein mußte. Das Parlament sollte das in der Massendemokratie wichtige, besonnene aristokratische Element gegenüber der stets den Massenemotionen ausgesetzten Politik des Präsidenten sein und über dessen Machtstellung eine ständige Kontrolle durch Enquete und Interpellation ausüben. Das Parlament wurde so wesentlich zum Anwalt der bürgerlichen Grundrechte, es kontrollierte den politischen Mißbrauch der Justiz

die Übergriffe des Beamtentums und konnte einen das Recht brechenden Präsidenten legal absetzen.¹¹⁾ Max Weber forderte dieses parlamentarische Enqueterrecht bewußt als Minderheitenrecht (Art. 34 der Verfassung), da in der politischen Praxis vor allem oppositionelle Gruppen vor der Macht des Beamtentums zu schützen sein würden. Für das Parlament wurde so die Kontrolle der Politik und Verwaltung das wichtigste Recht, hinter dem selbst das Budgetrecht und die Gesetzgebung zurücktreten mußten. Regierung und Verwaltung sollten in allen politisch wichtigen Bereichen dem Kreuzverhör der Parlamentskommissionen ausgesetzt sein. Die "Verwaltungsöffentlichkeit" wurde Max Weber so einer der Wege, in der egalitären Führerdemokratie ein "aristokratisches" Parlament gegen den politischen Mißbrauch der Volkstribunate der Cäsaren zur Geltung zu bringen.¹²⁾ Diese Entwicklung sah er seit 1917 sich anbahnen durch den Hauptausschuß und den Siebenerausschuß des Reichstags¹³⁾, während die Revolution den Weg frei machte zu solcher Umgestaltung des Parlamentarismus. Die neuen Parlamente sollten nach ihm weniger ein Kampfplatz der politischen Gegensätze, sondern mehr und mehr solidarische Körperschaften zur Staatskontrolle werden. Das Parlament war für ihn auf dem Wege, eine Art Senat zu werden, in dem die Gegensätze von Regierungsmehrheit und Oppositionsminderheit langsam zurücktraten. Der politische Kampf sollte zukünftig vor allem von den Parteien außerhalb des Parlamentes ausgefochten werden; er wurde damit ein Mittel der Massenwerbung und der Sammlung von Gefolgschaft, Parteien waren für Max Weber nicht mehr vornehmlich Weltanschauungsgemeinschaften, sondern Amtspatronageorganisationen, obwohl die Patronage bei der Unentbehrlichkeit des Berufsbeamtentums im modernen Staat auf die obersten Ämter beschränkt blieb.

Der politische Vertrauensmann der Massen, der das höchste Amt erstrebte, mußte außerhalb des Parlaments aufsteigen, weil allein die Massenführung und Massenwerbung ihm seine Führerstellung sichern konnte - und Hitler, der die Reichskanzleramtmandat innehatte, ist ein Beispiel dafür - und die parlamentarische Tätigkeit sollte für ihn unerläßlich wegen

der durch die parlamentarische Verwaltungskontrolle vermittelten Sachkenntnis sein. Das Parlament blieb also auch für Max Weber eine Stütze der Führerauslese, wenn auch nicht die erste, da sie neben den politischen Fähigkeiten eine Bewährung im Kreise der Sachkenner erforderte.¹⁴⁾ Daß das Parlament also notwendig das Parteiführertum mit umfassen mußte, bedeutete die Festigung seiner Machtstellung gegen das totalitäre Element der Massendemokratie. Der Führer sollte in der parlamentarischen Enquete "Galgen und Strick" stets vor Augen sehen.¹⁵⁾ Aber es blieb dennoch die Achtung des Führers vor dem Recht, der individuellen Freiheit und einem für den Staat unangreifbaren privaten Bereich die wesentlichste Sicherung gegen das "ungeheure Quantum von Macht", das ihm das Massenvertrauen gab. Es blieb die Frage, ob ein solcher Führer, der die Massen hinter sich hatte, durch das Parlament ohne eine Krise des gesamten Staates ausgeschaltet werden konnte, wie es auch unsicher blieb, ob sich die Politik soweit von den Masseninstinkten lösen lasse, um nicht am Ende ein Spielball "emotionaler Elemente" zu werden.¹⁶⁾

Daß der tiefste Grund für diesen Ansatz einer Führerdemokratie in der nationalen Integration der Klassen zu einer der Massengesellschaft angemessenen politischen Form lag, ist außer von Naumann und Alfred Weber nur von wenigen Liberalen verstanden worden. Meist setzte man eine solche Präsidentenstellung mit "Diktatur" gleich. Der Widerstand vor allem der Sozialdemokratie gegen jede monarchenähnliche Stellung¹⁷⁾ schien den Parlamentarismus unausweichlich zu machen. Wenn Delbrück, Meinecke und Brandenburg den Präsidialstaat forderten, so geschah das nicht aus dem cäsaristischen Ansatz Max Webers heraus, sondern um von der Monarchie möglichst viel zu retten und dem Parteienstaat zu entfliehen. Aber dennoch sind ihre Stimmen in der revolutionären Neuordnung von 1918/19 wichtig. Meinecke wandte sich im Januar 1919 gegen die bei Reichsparteien verbreitete Vorstellung, daß die Demokratie identisch sei mit dem korrupten Parlamentarismus und forderte die plebiszitäre Präsidentschaft nach nordamerikanischem Vorbild unter

Ausschluß der parlamentarischen Regierungsbildung.¹⁸⁾ Ein "Volkstribun der Gesamtheit" allein habe bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands die Entschlußfähigkeit und Unabhängigkeit, die aus der Not herausführen könnte.¹⁹⁾ Diesen Argumenten schlossen sich auch Erich Brandenburg²⁰⁾ und Hans Delbrück an, der mit seiner Kritik am Parlamentarismus nie zurückgehalten hatte. Es galt für ihn, den Wechsel der parlamentarischen Koalitionen so unschädlich wie möglich zu machen durch den Einbau von präsidentialen Gewalten, die das "überparteiliche" Prinzip des alten Staates ersetzen konnten.

"Daß wir früher einen 'Obrigkeitsstaat' gehabt haben, ist, wenn schon mit starker Einschränkung, richtig; daß wir jetzt einen 'Volksstaat' haben, ist ein Spielen mit Worten, stärker ausgedrückt: der Köder, mit dem die Demagogen einzufangen suchen."²¹⁾ Der Parlamentarismus bedeutete ihm die "Parteitüchtigkeit als Ausleseprinzip", das Eindringen des oligarchischen Parteiführertums in die Beamtenschaft und eine nicht abreißende Kette von Regierungskrisen. Er forderte deshalb den auf Lebenszeit vom Volk gewählten Präsidenten, der sich nach und nach in der Regierungsbildung von parlamentarischen Koalitionen lösen konnte.²²⁾

Friedrich Naumann, der schon kurz nach der Revolution für den Gedanken der präsidentialen Demokratie warb,²³⁾ bemühte sich im Verfassungsausschuß vergeblich, das parlamentarische System gegen den Widerstand der Sozialdemokratie auszuschalten. Es war für ihn sicher, daß das Verhältnismahlrecht den Parlamentarismus unmöglich mache und das "persönliche Element" des plebiszitären Präsidenten in Massendemokratien unentbehrlich sei im Gegensatz zu einer Politik der Parteiprogramme und Mehrheitskoalitionen. "Je größer der Staat ist und je weniger die einzelnen Parlamentsmitglieder in der Allgemeinheit bekannt sein können, um so wichtiger wird das persönliche Element hinsichtlich der führenden Persönlichkeiten. Dieser Entwicklung kann auch unsere Demokratie nicht entgehen; weil sie naturgesetzlich notwendig ist. Je mehr man das persönliche Element ausschaltet, um so weniger wird man dem Geiste der Entwicklung gerecht."²⁴⁾

Aus Mißtrauen gegen den Parteienstaat stellte er wahrscheinlich auch jenen Antrag auf Gesamtrevision der Verfassung nach 5 Jahren, der von der Nationalversammlung abgelehnt wurde.²⁵ Mit Naumanns Niederlage im Verfassungsausschuß scheiterte die Idee einer Präsidialdemokratie und begann die Krise des Parlamentarismus im Kampf um die Koalitionen der Mitte und in einer nicht abreißenden Kette von Regierungskrisen.

Der DVP hätte an sich in ihrem Verlangen nach einer "starken Staatsgewalt" der Weg zur präsidialen Demokratie offengestanden, aber die Tradition ihres antidemokratischen Liberalismus verböt ihr den Gedanken eines cäsaristischen Führerstaates. Die Nationalliberalen hatten im Sommer 1917 die Parlamentarisierung gefordert, um damals die nationale Einheitsfront im Parlament zu erreichen und weil sie darauf vertrauten, daß die starke Stellung der Monarchie parlamentarische Regierungskrisen verhindern würde. Diese Haltung wandelte sich schon mit der Revolution, da nun ein sehr instabiler Staat auf die parlamentarischen Koalitionen der Mitte angewiesen war und fast immer eine sozialdemokratische Mehrheit haben würde. Das Bild einer über den Klassen- und Parteigegensätzen stehenden monarchischen Gewalt wurde der instabilen parlamentarischen Regierung gegenübergestellt. Auf dem 1. Parteitag der DVP im März 1919 sagte Stresemann: "Gerade in einer Zeit großer sozialer Gegensätze, großer Umballungen wirtschaftlicher Macht erscheint mir die monarchische Regierung für die Fortentwicklung eines gesunden sozialen Gedankens eine bessere Gewähr als die Republik. Das Kaisertum und der Monarch in seiner Höhe stand jeder Beeinflussung durch große Kapitalmächte viel feier und unabhängiger gegenüber als im allgemeinen irgendein Ministerium einer Republik."²⁶ Die Kontinuität der auswärtigen Politik, die Integrität eines unpolitischen Beamtentums und eine Regierung über den Klassengegensätzen war den Nationalliberalen mit dem Parlamentarismus der Republik unvereinbar. Der Parteienstaat bedeutete vielen die Herrschaft einer Oligarchie von entwurzelten Demagogen und Arbeitersekretären, die mit den Jahren immer tiefer in alle Zweige der Verwaltung eindringen würde.²⁷ Die Republik hatte für sie keinen Mittelpunkt, um

den sich alles Nationale findet"; denn Ebert als erster vom Parlament gewählter Präsident wurde in solcher Rolle als untauglich befunden.²⁸⁾

Die DVP sah sich jedoch schon bald gezwungen, ihren Monarchismus zurückzustellen, und die innere Umwandlung der Demokratie zu versuchen. Je mehr sie sich zur Mitarbeit im neuen Staate bereit fand und sich der Weimarer Koalition näherte, um so intensiver suchte sie einen Ausweg aus dem Dilemma der parlamentarischen Regierungen. Man hatte dazu die Möglichkeit durch die Einrichtung von "Fachministerien" wie auch durch einen Ausbau des Präsidentenamtes. Vor allem nach den Wahlen vom 6. Juni 1920 schien es vielen unerläßlich, den Präsidenten unabhängig vom Mehrheitswillen des Reichstags zu machen. "Er wird auch bei uns der maßgebende Mann werden...einflußreicher, tatsächlich maßgeblicher als das Parlament. Die Demokratie wird auch bei uns diese Entwicklung nehmen. Sie ist nicht anders haltbar. Und der demokratische Charakter wird letztlich durch Volksstimmung, Volksmasse, Wählerschaft gewahrt bleiben."²⁹⁾ Vereinzelt maß man auch in der Idee der Präsidialkabinette diese Rolle dem Kanzler zu, der im Volk genügend politische Autorität sammeln müsse, um ein ihm verantwortliches Kabinett den wechselnden Mehrheiten des Parlamentes gegenüber halten zu können.³⁰⁾

Der Drang nach einer überparteilichen Staatsgewalt, als die den Nationalliberalen vor allem die konstitutionelle Monarchie galt, und die Sorge vor der zunehmenden Politisierung der obersten Verwaltungsämter suchten immer wieder in der Idee der "Fachministerien" eine Rettung in den vielen Regierungskrisen des Parteienstaates. Minister und Staatssekretäre sollten nicht mehr paritätisch nach den Fraktionsstärken der Regierungsparteien ausgewählt werden, sondern nach Fachqualifikation. Fachminister sollten trotz wechselnder Regierungskoalitionen vor allem durch das Vertrauen des Präsidenten gehalten werden und so langsam eine kontinuierliche "überparteiliche" Politik anbahnen. Nachdem diese Idee zuerst im Herbst 1919 in der DVP aufgetaucht war, machte man sie zum Hauptinhalt der Wahlpropaganda von 1920.³¹⁾ Nach den ersten Reichstagswahlen forderte Stresemann im neuen

Reichstag die "Entpolitisierung der auswärtigen Politik", d. h. die Entfernung der Parteiführer aus dem Außenministerium und dem Auswärtigen Amt. Er dachte so eine Tradition fortzuführen, die im alten Staat das Auswärtige Amt und die Außenpolitik frei von parlamentarischer Interpellation gehalten hatte.³²⁾ Die "Fachministerien" sollten jedoch nicht nur die Politisierung der obersten Ämter rückgängig machen, sondern auch bei der anscheinenden Regierungsunfähigkeit des Reichstags von 1920 die Lösung durch ein Präsidialkabinett versuchen.³³⁾ Die parlamentarische Demokratie konnte auf diesem Wege langsam in eine präsidiale umgewandelt werden.

Der Gedanke des Präsidialstaates, in beiden liberalen Parteien angelegt, stand so als letzter Ausweg hinter allen Regierungskrisen des Parteienstaates. Ob der Ansatz dazu in einer cäsaristischen Führerdemokratie oder in einer überparteilichen Präsidial- und Fachregierung lag, im Hintergrund stand stets das unlösbare Klassenproblem, das alle politischen Gegensätze verschärfte und die Koalition der Parteien jeden Augenblick zu sprengen drohte.

4. Preußen und das Reich

Von der Revolution vom 9. November 1918 erhofften nur wenige radikale Unitarier, daß sie im ersten Anlauf den großdeutschen Einheitsstaat schaffen würde, an dem die deutsche Revolution von 1848 gescheitert war. Das Ende der 22 deutschen Dynastien im November und Dezember 1918 hatte jedoch endlich das gegenrevolutionäre Prinzip eines Reiches auf Grund eines Bundes der Fürsten beseitigt. In den einschließlich der drei Hansestädte insgesamt 25 deutschen "Freistaaten" konstituierten sich die revolutionären Regierungen früher als die neue Reichsregierung und strebten einschließlich der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder nach föderalistischem Machtanteil. Hugo Preuss sprach von einer "dezentralisierten Revolution": "Dem überkommenen Bestand der 25 Einzelstaaten entsprachen 25 Einzelrevolutionen."¹⁾ Der Anschluß Deutsch-Österreichs einschließlich der deutschen Gebiete in Böhmen wurde vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages, nachdem am 12. November 1918 das österreichische Parlament den Anschluß beschlossen hatte, allgemein als Folge des Dynastiensturzes erwartet. Dieser Schritt zur großdeutschen Republik galt vor allem vielen Liberalen als der eigentliche Sinn der Revolution in dem Unglück der Niederlage und des Zusammenbruchs. Man erwartete von dem neuen Staate deshalb die innere Überlegenheit über das Notgebäude von Bismarcks Reichsgründung: "Wir haben als Demokraten den weltgeschichtlichen Gegenbeweis gegen Bismarck zu führen in dem Sinne, daß die deutsche Demokratie es ist, die den deutschen Nationalgedanken neu, breit, wuchtig, dauerhaft formulieren wird." (Th. Heuss)²⁾ Die DDP zählte vor allem in Süddeutschland - wie in Haussmann und Payer - eine Anzahl überzeugter Föderalisten, die den süddeutschen Widerstand gegen alle "Verpreußung" und Unterwerfung mit der liberalen Idee kultureller Selbstständigkeit verbanden. Aber auch die entschiedenen Unitaristen der DDP - wie Hugo Preuss und Max Weber - hielten den föderalistischen Aufbau des Reichs bei der schnellen Konstitu-

ierung der einzelstaatlichen Regierungen schließlich für unvermeidbar. Der erste Verfassungsentwurf Preuss' verzichtete auf die Übernahme des einzelstaatlichen Beamtentums durch das Reich mit Ausnahme des auswärtigen Dienstes, der Eisenbahnen, Wasserstraßen, Post, des Telegraphen- und Telephonwesens und des Heeres.³⁾ Max Weber hielt wegen der bevorstehenden Teilsozialisierung eine Ausdehnung des Reichsbeamtentums bis in unterste Instanzen für notwendig, so daß es neben dem einzelstaatlichen Beamtentum wie ein "nie sich vermischendes Röhrensystem" herlaufen würde.⁴⁾ Auch die Übertragung der Hauptsteuern auf das Reich durch die Erzbergersche Finanzreform, die endlich das alte Matrikelwesen beseitigte, wurde vom Liberalismus begrüßt. Die Kultur betrachtete man allgemein als Sache der Länder im Rahmen der Gesetze der Nationalversammlung für Schule und Kirche, und Ernst Troeltsch' Anregung eines Reichskulturamtes⁵⁾ setzte sich nicht durch.

Die Revolution konnte sich auch nicht gegen das eingespielte Bundesratssystem durchsetzen, obwohl ein Staatenhaus aus den vom Volk der einzelnen Landschaften gewählten Abgeordneten als demokratischer galt. Max Weber - der grundsätzlich für eine Staatenhausverfassung eintrat - war der Auffassung, daß sich aus dem Staatenhaus notwendig ein Organ der Verwaltungskontrolle und Ratifikation ähnlich dem amerikanischen Senat entwickeln würde, eine Aufgabe, die jedoch wegen des großen Beamtenanteils der Einzelstaaten notwendig besser von den Delegierten eines Bundesrates wegen ihrer größeren Fachkenntnis gelöst werden konnte.⁶⁾ Außerdem hatte sich bereits ohne verfassungsmäßige Legitimierung ein Ausschuß der Einzelstaatenvertreter gebildet,⁷⁾ so daß die Weimarer Verfassung schließlich den alten Bundesrat in kaum veränderter Form mit in die Republik übernahm. Auch an der Frage einer neuen Reichshauptstadt, die einige Liberale für das neue großdeutsche Reich in Frankfurt am Main, Weimar, einer sächsischen Stadt oder einer Neugründung sahen,⁸⁾ ist die Revolution am Ende gescheitert. Hugo Preuss hielt trotz der Bedenken gegen Berlin als dem Zentrum der preußischen Hegemonie die Wahl der Reichshauptstadt für eine "Verschwendung geistiger Kräfte".⁹⁾

Der größte Teil des deutschen Liberalismus war sich darin einig, daß die Verfassung des alten Reiches nur eine kaum verborgene preußische Hegemonie war, und daß dieses Reich trotz aller Partikularismen vor allem durch die Macht und Größe Preußens zusammengehalten wurde. Die Nationalliberalen hatten Bismarcks kleindeutsche Lösung mit preußischer Hegemonie als einzig mögliche betrachtet, während der Linksliberalismus meist bis 1918 die großpreußische Struktur des Reiches seit dem Norddeutschen Bund und die Reichsverfassung von 1871 als Fehlentwicklung ansah. Die Revolution von 1918 machte für die alte liberale Einheitsbewegung wiederum den Weg frei und stellte das preußische Problem erneut in den Mittelpunkt der Verfassungskämpfe. Fast alle Gegensätze zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen im alten Liberalismus tauchten bei der preußischen Frage in den Anfangsjahren der Weimarer Republik wieder auf und zogen hier wie in der übrigen Politik ihre trennenden Linien mitten durch den Liberalismus.

Hugo Preuss war einer der entschiedensten großdeutsch Gesinnten und erhoffte nur bei der Beseitigung der alten großpreußischen Struktur des Reiches größere Erfolge der Demokratie. Die nach dem Sturz der 22 Dynastien entstehenden 25 Freistaaten (einschließlich der 3 Hansestädte) waren ihm sämtlich "Zufallsbildungen rein dynastischer Hauspolitik", von denen die Zwergstaaten vor allem in Thüringen kein Existenzrecht mehr hatten.¹⁰⁾ Als ein Gebilde dynastischer Hauspolitik bezeichnete er auch das 4/7 der deutschen Bevölkerung umfassende Preußen, dessen Hegemonie ihm die internationale Belastung Deutschlands verschuldet hatte und all den hartnäckigen Partikularismus der süddeutschen Staaten erst erwecken konnte. Einen fortbestehenden preußischen Staat, eine preußische Nationalversammlung und einen preußischen Staatspräsidenten hielt er deshalb für die schwerste Belastung der Weimarer Republik, so daß die Revolution auch hier zum Scheitern verurteilt worden wäre. Er sah einen unaufhaltsamen Kampf zwischen dem Reiche und Preußen heraufkommen, der trotz des erhofften österreichischen Anschlusses die alte preußische Hegemonie durch Übergriffe in die Reichs-

politik wieder einmünden mußte. Es gab daher für ihn zwei Möglichkeiten einer revolutionären Neuordnung der Staaten: Entweder Preußen ging im deutschen Einheitsstaat auf, und die andern Staaten schlossen sich ihm an, oder es mußte versucht werden, die preußischen Provinzen in reichsunmittelbare Gebilde zu verwandeln, die kleineren Staaten zu Ländern zu vereinigen und so das Reich in ungefähr gleich große "Stammesgebiete" zu zerlegen. Preuss dachte diese Länder mit "höchstpotenzierter Selbstverwaltung" auszustatten, ihnen aber alle Staatlichkeit zu nehmen.¹¹⁾ Ein zentralisierter Staat mit einheitlicher Verwaltung sollte vermieden werden durch die Übertragung möglichst vieler Kompetenzen auf die Länder.

In einem unveröffentlichten Vorentwurf der Verfassung skizzierte Preuss diese geplante Neugliederung Deutschlands:¹²⁾

1. P r e u ß e n : Ost- und Westpreußen, Reg.Bez. Bromberg
2. S c h l e s i e n : Die Provinz Schlesien, Reg.Bez. Posen, Sudetenland und Ostböhmen.
3. B r a n d e n b u r g : Die Provinz Brandenburg ohne Großberlin, die Provinz Pommern, die Altmark, beide Mecklenburg.
4. G r o ß b e r l i n
5. N i e d e r s a c h s e n : die Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein, Oldenburg, Braunschweig und das Fstt. Lübeck.
6. Die drei H a n s e s t ä d t e Hamburg, Bremen, Lübeck
7. O b e r s a c h s e n : Königreich Sachsen, Reg.Bez. Merseburg, Magdeburg ohne die Altmark, Anhalt, Teile von Deutschböhmen.
8. T h ü r i n g e n : Sachsen-Weimar, Meiningen, Altenburg, Koburg, Gotha, beide Schwarzburg, beide Reuss, Reg.Bez. Erfurt und der Kreis Schmalkalden.
9. W e s t f a l e n : die Provinz Westfalen, Kreis Schaumburg, beide Lippe, Pyrmont.
10. H e s s e n : die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, der Kreis Wetzlar, das Ghzt. Hessen, Waldeck.
11. R h e i n l a n d : die Rheinprovinz ohne den Kreis Wetzlar, das Fstt. Birkenfeld, die bayrische Pfalz.

B a y e r n : das Königreich Bayern ohne die Pfalz,
das Egerland, Teile von Deutschböhmen.

W ü r t t e m b e r g : das Königreich Württemberg,
Reg. Bez. Sigmaringen.

B a d e n

D e u t s c h ö s t e r r e i c h

i e n

Die Gliederung Deutschlands sollte jedoch den Bestrebun-
gen der Bevölkerung überlassen und nur durch einen Verfas-
sungsartikel (der spätere Art. 18 RV) legitimiert werden.
Hugo Preuss beabsichtigte, mit diesem Verfassungsartikel einen
revolutionären Prozeß von unten einzuleiten, der schließlich
die alten dynastischen Grenzen beseitigen mußte. Die neuen
Gebiete sollten Selbstverwaltungskörper ohne die Möglichkeit
eines formalen Anwachsens sein. Die preußische Gebietsmasse
sollte nach diesem Plan auf elf neue Länder verteilt. Obwohl der
Entwurf Preuss' nicht veröffentlicht worden war, kam der
Plan durch Indiskretion in die Presse und entzündete den
Hochmut der Meinungen an dem Schlagwort von der "Zerschlagung
Preussens".¹³⁾ Eine Reihe von antipreußisch gesinnten Demo-
kratinnen trat dabei entschieden auf die Seite von Hugo Preuss,
für die nur auf diesem Wege die preußische Hegemonie
in den Staaten beseitigt werden konnte und man den Anschluß
an Österreich ohne diese Auflösung des preußischen
Reichsstaates für unmöglich hielt.¹⁴⁾ Der schärfste Preu-
ßenkritiker in der DDP war Walther Schücking, der mit der Auf-
lösung Preussens das Ende des deutschen Militarismus und des
Militärgeistes gekommen sah.¹⁵⁾ Man hoffte auch vielfach,
Kulturzentren wie Königsberg, Hamburg, Köln und Breslau
in den neuen Freistaaten wieder zu neuem Aufblühen erwecken
zu können.¹⁶⁾ Weit leidenschaftlicher aber war der Wider-
stand gegen die Zerschlagung Preussens bei den preußischen
nationalen Demokraten. Die Anhänglichkeit an die monarchi-
sche Tradition, an die Werte einer jahrhundertalten Ge-
meinschaft, nicht zuletzt aber die Krisensituation des Reichs
nach dem Kriegsende und Revolution entzündeten einen
nationalistischen Sturm gegen ein solches revolutionäres
Projekt, das einen kraftvollen Staat und die

Beamtentum zerstören konnte und kaum später noch rückgängig zu machen war.¹⁷⁾

Wie weit das politische Denken des deutschen Liberalismus schon mit der unaufhebbaren Realität Preußens zu rechnen gewohnt war und an all seinen kulturellen und politischen Traditionen hing, das zeigte die Propaganda der DVP gegen die Zerschlagung Preußens. Als entscheidendes Motiv gegen die Auflösung hatten auch einige Demokraten die partikularistischen Strömungen im Rheinland und in Oberschlesien angesehen, die ohne die starke Klammer des preußischen Staates nur noch lose mit dem Reich verbunden waren. Die französischen Rheinbundpläne und die polnische Bewegung in Oberschlesien und Westpreußen trugen das ihre dazu bei. Ferner konnte eine Isolierung der ostelbischen preußischen Gebiete bei größerer politischer Autonomie das großagrarische Junkertum noch unzugänglicher für eine Demokratisierung machen.¹⁸⁾ Der Separatismus der Welfen, Ostpreußen, Schlesier, Schleswig-Holsteiner und Polen schien nur einzudämmen beim Fortbestand des preußischen Einheitsstaates.¹⁹⁾ Die DVP betrachtete in der Nachfolge Bismarcks Preußen immer noch als die eigentlich militärische Macht in Deutschland, deren Zerfall das Reich zur offenen Beute für die Feinde und zum Kriegsschauplatz für Europa machen würde.²⁰⁾ Man brachte eine Fülle von Argumenten für den Fortbestand Preußens. Die Größe des preußischen Einheitsstaates mache eine gewisse finanzielle Großzügigkeit für zentrale Institutionen, wie Universitäten, Bibliotheken und soziale Einrichtungen möglich, die bei einer Zerschlagung notwendig auf provinzielle Ebene herabsinken würden. Sie ermögliche eine weite Freizügigkeit der Beamten- und Lehrerschaft, die einen wohlthuenden Gegensatz gegen die Kleinstaatenverhältnisse bildeten.²¹⁾ Die preußische Hegemonie hatte sich ferner in den vergangenen Jahrzehnten als so selbstverständlich entwickelt, daß sich die DVP keinen neuen Staat ohne den militärischen und ideellen Halt eines starken Preußen denken konnte. "Eifersüchteleien und Veräbitterungen würden sich täglich aufs neue ergeben, die Kleinstaaterei würde blühen - eben weil dann das starke Preußen am Boden liegt, das die Klammer des Reiches war, die mit

festem Griff zusammenfaßte, was auseinanderzufallen drohte, und allen zentrifugalen Bestrebungen ein Gegengewicht verlieh, das 45 Jahre lang diese oft undankbare Aufgabe zum Segen des Reiches erfüllt hat."²²⁾ Es galt so zunächst, die Autonomiebestrebungen der Provinzen zu bekämpfen, um Preußen als "Hüter der Ost-, West- und Nordmark" die notwendigen Machtmittel zu erhalten. Man sah, daß der rheinische und der schlesische Partikularismus vor allem katholisch-konfessioneller Art war und wollte deshalb auf eine gerechtere Besetzung der Beamtenstellen in konfessioneller Hinsicht drängen. Die Provinzen sollten ferner in dem neuen preußischen Staatsrat eine feste Vertretung mit Initiativ- und Vetorecht erhalten.²³⁾ Die preußische Tradition aber forderte für die DVP zur Repräsentation des Einheitsgedankens einen Staatspräsidenten, der - vom preußischen Volke gewählt - der Landesversammlung und der Parteienregierung ein genügendes Gegengewicht bieten konnte.²⁴⁾ Den Weg zum deutschen Einheitsstaat sah die Partei deshalb zunächst im weiteren Anwachsen des preußischen Staates: "Der Weg zum Einheitsstaat führt nur über ein starkes Preußen".²⁵⁾ Eine Angliederung von Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig und Oldenburg schien mit der Republik möglich und sollte das preußische Staatsgebiet so abrunden, wie es Bismarck geplant und 1866 nicht willig erreicht hatte.²⁶⁾

Angesichts dieser geschlossenen Front der DVP und der zahlreichen Gegner in der eigenen Partei führte Hugo Preuss um den Art. 18 der Verfassung einen fast aussichtslosen Kampf.²⁷⁾ Der Streit, ob die Initiative zur Neugliederung des Reiches von der Bevölkerung der Einzelstaaten oder vom Reich ausgehen sollte, wurde schließlich durch das Kompromiß Löbe (SPD) - Trimborn (Ztr.) - Heile (DDP) geschlichtet, das für die vom Reich ausgehenden Neugliederungsversuche die erschwere Form eines verfassungsändernden Reichsgesetzes vorsah. Wilhelm Heile, der sich zunächst zu den Ideen Hugo Preuss' bekannt hatte, sah schließlich den Ausweg angesichts des partikularistischen "Mußpreußentums" der Rheinländer, Hessen, Welfen und Schleswig-Holsteiner nur in einem Aufgeben des Einheitsgedankens in Deutschland, dem die anderen Staaten beizutreten gen würden. Die "Stammesfreiheit" sollte...

provinziellen Selbstverwaltung entwickelt werden.²⁸⁾ Hugo Preuss gab schließlich wegen der Krisenlage des Reiches, des Separatismus im Rheinland und in Oberschlesien und der französischen Rheinbundpläne den revolutionären Neugliederungsplan auf und wollte ihn für beruhigte Verhältnisse aufsparen. "Wie die Dinge liegen für und gegen, müssen wir einen Zustand zu schaffen versuchen, der Preußen erhält, aber in lockerer Form, ein dezentralisiertes Preußen in ein dezentralisiertes Reich einfügen."²⁹⁾ Der von der DDP im November 1920 gebildete Preußenausschuß suchte das Problem vorläufig zu lösen, indem er den preußischen Provinzen mehr Rechte, wie die Wahl der Regierungs-, Polizei- und Oberpräsidenten durch die Provinziallandtage, zuerkennen wollte und sie durch eigene Vertretung im Reichsrat in ein unmittelbares Verhältnis zum Reiche zu bringen suchte.³⁰⁾

Die DDP war schon Anfang 1919 bestrebt, das preußische Problem aus Furcht vor Wahlniederlagen im Hintergrund zu lassen und sich nicht die Gunst der preußischen Demokraten zu verscherzen.³¹⁾ Aber immer wieder wurden die Kompetenzstreitigkeiten der preußischen und der Reichsverwaltung, die Angewiesenheit der Reichsregierung auf eine willfährige preußische Regierung und die verschiedenartigen Koalitionen in Reich und Ländern (Bayern, Sachsen) für die Anfangskrisen des Parlamentarismus verantwortlich gemacht. Die Lage schien unhaltbar zu werden, sobald verschiedenartige Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen an die Macht kamen und miteinander rivalisierten. Die alte großpreußische Struktur des Reiches machte sich in der dauernden Rücksprache der Reichsminister mit ihren preußischen Kollegen wieder bemerkbar.³²⁾ Einen Ausweg sah Friedrich Meinecke 1921 darin, daß man auf die Einrichtung der Bismarckverfassung zurückginge, die das Amt des Reichskanzlers und das Amt des preußischen Ministerpräsidenten vereinigte. Ferner sollten die übrigen Reichsminister zugleich preußische Minister und der preußische Landtag zugleich die preußische Reichstagsfraktion sein.³³⁾ Auch Hugo Preuss wollte ab 1921 die vielen Reibungen zwischen Preußen und dem Reich durch eine Personalunion

der beiden Innenministerien beseitigen.³⁴⁾ Die Einheitsbewegung des deutschen Liberalismus war auch nach der Revolution von 1918 wiederum an dem unlösbaren preußischen Problem gescheitert, und die Bestrebungen nach einer Reichsreform schienen schließlich einer geheimen Restauration der Bismarckverfassung Platz zu machen. Die Weimarer Republik war so von Anfang an damit belastet, daß ihr die revolutionäre Beseitigung der großpreußischen Struktur des Reiches und die Beseitigung der alten Staatswesen nicht gelungen war. In diesem Sinne scheiterte auch die von der DDP erneuerte Reichsreformbewegung von 1928, während Papens Staatsstreich in Preußen am 20. Juli 1932 nur noch ein Schlag gegen die durch die Weimarer Koalition verkörperte Demokratie war.

5. Beamtentum und Heer

Im liberalen Bürgertum war die Auffassung weit verbreitet, daß die Mehrheit eines demokratischen Staates die staatlichen Ämter unter sich als Beute verteilen würde. Das spoilsystem der Vereinigten Staaten wurde immer wieder als warnendes Beispiel angeführt. Schon 1917 hatte Max Weber mit nicht geringem Aufwand bei der bevorstehenden Parlamentarisierung die Notwendigkeit des qualifizierten Berufsbeamtentums auch in der Demokratie beweisen müssen.¹⁾ Mit dem Beginn der Revolution bemächtigte sich des Berufsbeamtentums eine große Unruhe. Es drückte auf alle bürgerlichen Parteien, den zu erwartenden großen sozialdemokratischen Beamten Schub zu verhindern. Der Anteil der Nationalliberalen am preußischen Beamtentum war beträchtlich, während der Fortschritt vor allem in der städtischen Selbstverwaltung vertreten war. Obwohl vor allem der Linksliberalismus im alten Staat von Verwaltungs- und Regierungsämtern weitgehend ausgeschaltet wurde, fühlte sich das in der DDP vereinigte Bürgertum doch zumeist als erhaltende Macht, die bei dem Zusammenbruch und der Auflösung des Heeres die stärkste Stütze des alten Staates, das Beamtentum, vor der sozialdemokratischen Flut retten wollte. Der Kampf gegen eine Politisierung des Beamtentums begann gleich mit dem November 1918, da man - wie Naumann keineswegs blind für die parteipolitische Zusammensetzung des alten Beamtentums - auf ein zwangloses Ausscheiden der konservativen und monarchistischen Elemente unter der neuen Regierung hoffte.²⁾ Es galt für sie in den entscheidenden Krisenmonaten, den Abbau des "guten alten Beamtentums" in Verwaltung und Justiz zugunsten der Sozialdemokratie zu verhindern. Auch das schnelle Eindringen sozialdemokratischer Beamter in die Kommunalverwaltung auf Grund des neuen Wahlrechts, das ihrer Partei in den großen Städten vielfach die absolute Mehrheit in der Stadtverordnung gab, beurteilte die liberale Presse als "des Kommunalfreisinns Beule".³⁾ Als den Bürgern ein politisiertes und korruptiertes Kommunalbeamtentum. Mit dem politisierten Beamtentum schien sich die sozialistische Demokratie das notwendige Werkzeug schaffen zu können.

fen zu wollen. Zwar hatte die Nationalliberale Partei dem monarchischen Beamtentum durchaus kritisch gegenüber gestanden, und Stresemann übte noch 1916 scharfe Kritik an der Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes und der diplomatischen Vertretungen, die nur zwei Bürgerliche zählten.⁴⁾ Die Neugestaltung des auswärtigen Dienstes blieb auch eines der Programmpunkte der DVP im Dezember 1918. Aber die Partei wandte sich scharf gegen eine Entlassung der konservativen Beamtenschaft, um dem Heer kleiner Berufspolitiker keine Chance zu schaffen. Der "Geist des preußischen Beamtentums" wurde der Partei das Sinnbild für einen unpolitischen und sauberen Dienst am Staate, den die Republik mit ihrem Ämterschacher bei jeder Wahl vergiften wolle.⁵⁾ "Die Deutsche Volkspartei sieht sich... als die Hüterin der alten guten Beamtentradition an und sieht einen Teil ihrer Bestrebungen dann erfüllt, wenn möglichst zahlreiche Beamte aus der früheren Zeit auch in dem neuen Staate... ihren Dienst tun können."⁶⁾

Die DDP befand sich von vornherein in einer anderen Situation, da sie es bald als unmöglich erkannte, ohne diesen einmaligen revolutionären Beamtenabbau zu einer "Demokratisierung" vor allem der oberen Verwaltung zu kommen.⁷⁾ Die Selbstverwaltung war zu diesem Schritt bei den ersten Kommunalwahlen nach der Revolution gezwungen. Eine radikale Minderheit in der DDP unter Führung des Freiherrn von Richthofen wollte diese einmalige Revolutionierung der Beamtenschaft trotz der Furcht in der eigenen Partei vor einem permanenten Beutesystem wagen. Der erbitterte Widerstand der Rechtsparteien, die Propaganda bei jedem Mißgriff in der Neubesetzung und die Obstruktionsversuche des alten Beamtentums veranlaßten den 1. Parteitag der DDP, die wenigen demokratischen Beamten in einer Resolution zu ermutigen.⁸⁾ Hugo Preuss schuf in der Verfassung zur Revolutionierung des Beamtentums nur die Möglichkeit über den Parlamentarismus, der nur Minister, Staatssekretäre und die Spitzen der Verwaltung zu politisieren machte, jedoch dieses Prinzip keineswegs rigoros wandte. Preuss sah sich wegen der großen "Beunruhigung bei den Beamten" genötigt, ihnen die lebenslängliche Anstellung und die Unverletzlichkeit ihrer "wohlerworbenen Rechte" durch die Verfassung zu garantieren (Art. 129).

erhobene Forderung nach Fachministern und Fachbeamten gewann auch in der DDP mehr und mehr Anhänger und ließ das parlamentarische System als Werkzeug zur "Demokratisierung" der obersten Verwaltung weitgehend unangewandt.

Mit der Revolution waren plötzlich auch alle durch den "Obrigkeitsstaat" gegebenen Fesseln für das ursprünglich liberale Prinzip des freien Koalitionsrechts auch für das Beamtentum als Berufsstand beseitigt.¹⁰⁾ Der Einbruch der Sozialdemokratie in die Beamtengewerkschaften mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADB) machte seit dem November 1918 die Frage des Streikrechts - vor allem nach dem großen Eisenbahnerstreik im Januar 1920 - brennend.¹¹⁾ Es war mit dem freien Koalitionsrecht das alte Prinzip eines überparteilichen Beamtentums, das statt dessen eine "Staatsgesinnung" haben sollte, gebrochen und in der Verfassung (Art.130) die Freiheit seiner politischen Gesinnung garantiert. Für das Beamtentum, das sich traditionell als Diener eines politisch neutralen Staates fühlte, forderte der ADB das Streikrecht. Es gab auch viele demokratische Stimmen, die ein bloßes Koalitionsrecht ohne Streikrecht für die Beamtenschaft als "Messer ohne Heft und Schneide" betrachteten.¹²⁾ Man rückte jedoch nach dem großen Eisenbahnerstreik weitgehend von dem Prinzip des freien sozialen und politischen Kampfes in der Beamtenschaft ab.¹³⁾ Die Liberalisierung im freien Spiel der sozialen Kräfte scheiterte hier vor einem Standesethos, das sich auch weiterhin als überparteilich betrachtete und damit der "Demokratisierung" der Verwaltung ein Haupthindernis entgensetzte.

Der Kapp-Putsch verschärfte noch einmal die Gegensätze in der Beamtenfrage, indem die Reichstagsfraktion der DDP radikale Maßnahmen gegen die reaktionäre Beamtenschaft und das Offizierskorps forderte.¹⁴⁾ Die Partei zögerte auch nicht - im Gegensatz zur DVP - den Generalstreik der Beamten gegen die Putschisten aufzubieten. Indem das liberale Bürgertum zu über 50 % bei den Wahlen vom 6. Juni 1920 von der DDP zur DVP überschwenkte, gab es jedoch auch sein Votum gegen die "Demokratisierung" der Beamtenschaft. Die Revolution, die der Liberalismus nicht bejahte, sondern möglichst schnell zu überwinden trachtete, ließ so den größten Teil des alten Beam-

tums in seinen Stellungen. In Preußen sah das Bild 1924 folgendermaßen aus:¹⁵⁾

	Gesamtz.	Alte Beamte	Sozial.	DDP	Ztr.	DVP	DNVP
Landräte	400	ca. 340	ca. 60	-	-	-	-
Regierungs- präsid.	32	4	6	8	7	-	6
Oberpräsid.	12	1	4	3	3	1	-

Wenn Hugo Preuss in dem parlamentarischen System der Verfassung ein Werkzeug zur "Demokratisierung" der obersten Verwaltung geschaffen hatte, so gab es jedoch keinerlei verfassungsmäßige Handhabe zur Revolutionierung der Justiz, mit der Ausnahme, daß die antiquierten Standes- und militärischen Ehrengerichte abgeschafft wurden.¹⁶⁾ Auch das strenge Rechtsstaatsprinzip der alten Monarchie hinderte nicht, daß in Prozessen gegen Sozialdemokratie und Linksliberalismus politische Motive das Urteil beeinflussten, wie die Beispiele des Staatsanwalts Tessendorff z.Z. des Sozialistengesetzes und die Prozesse gegen Ludwig Quidde und Maximilian Harden zeigten. Namhafte Demokraten wie Oskar Meyer erkannten bald, daß in der unangreifbaren Stellung der Justiz die stärkste Position der antidemokratischen Kräfte geschaffen war.¹⁷⁾ Der mit Art.108 der Verfassung angeregte Staatsgerichtshof bot den Ansatz zu einem obersten politischen Gerichtshof, von dem jedoch Parlamentarier in Prozessen gegen den Reichspräsidenten oder einen Minister durch das Gesetz vom 9.Juli 1921 ausgeschlossen wurden. Die Zielsetzung des am 21.Oktober 1919 eröffneten parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der den Ansatz zu einem obersten politischen Gerichtshof in sich trug, weil er sich im Interesse der Demokratie gegen die Fehler des alten Regimes richtete, stieß auch in Kreisen der DDP auf Mißtrauen und Ablehnung. Die Anklage gegen die Monarchie sollte im Interesse der nationalen Kontinuität vermieden werden: "...Hat niemand ein Gefühl dafür, daß es ein elendes Theater sein muß, mit Gesetzesparagrafen und Prozeßordnungen hinter der Tragödie eines Weltenschicksals herzulaufen?" (Th.Heuss)¹⁸⁾ Der Untersuchungsausschuß wurde trotz seiner parlamentarischen Besetzung seit seiner Eröffnung ein Forum gegen die Demokratie, weil man nur wenige der Angriffe auf den neuen Staat zurückweisen konnte.¹⁹⁾

In der Frage des neuen Heeres meinte der Begriff des Volkshheeres im Gegensatz zum Obrigkeitsheer, das durch den kastenartigen Abschluß des Offizierskorps und sein politisch einseitiges Auswahlprinzip bezeichnet war, eine moderne Form des alten liberalen Milizheeres zu treffen. Die Einschränkung der stehenden Heere war ein altes liberales Ziel und ein Milizheer auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit und Reserveoffizieren bedeutete für viele Demokraten das notwendige Gegenstück zur Demokratie. Neben den pazifistischen Gruppen setzte sich auch die von Prinz Max von Baden mitgegründete "Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts" für ein zum internationalen Prinzip erhobenes Milizheer ein.²⁰⁾ Die Entlassung des alten Heeres geschah jedoch nicht unter parlamentarischer Kontrolle und gab der Heeresleitung Gelegenheit zur Ausschaltung politisch mißliebiger Elemente. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das 100 000-Mann-Heer machten ferner ein Milizsystem auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht unmöglich. Sie schufen nach der Auffassung vieler Demokraten ein "Söldnerheer", das der politischen Beeinflussung zugänglich war und zu einer "deutschnationalen Prätorianergarde" werden konnte.²¹⁾ Besonders der Vorstoß der Reichstagsfraktion der DDP nach dem Kapp-Putsch drängte auf Entlassung des reaktionären Offizierskorps in der Reichswehr.²²⁾ Die zahlreichen Erwägungen über ein Streikrecht der Truppen gegen politischen Mißbrauch und über die Mitwirkung von Zivilkommissaren bei der Offiziersernennung wurden jedoch von dem neuen demokratischen Wehrminister Otto Gessler als utopisch zurückgewiesen. Er wußte seine Parteifreunde auf dem 3. Parteitag der DDP davon zu überzeugen, daß in der Notlage des Staates die Entlassung von "6000 Monarchisten" unter den 10 000 Offizieren eine Unmöglichkeit sei.²³⁾ Gessler wollte den Weg einer Entpolitisierung statt einer "Demokratisierung" des Heeres beschreiten und wußte sich hierin mit dem Generalstab einig. So scheiterte auch hier wie in der Frage der "Demokratisierung" des Beamtentums die Liquidierung des alten Staates durch eine alle Bereiche des staatlichen Lebens erfassende Revolution.

6. Sozialpolitik

Für den Liberalismus der Zeit Treitschkes war eine staatliche Sozialpolitik noch eine der maßlosen Forderungen des "Sozialismus und seiner Gönner", und die Reihe der Sozialversicherungsgesetze seit 1881 fand bei den liberalen Parteien erbitterten Widerstand. Soziale Dinge waren für liberales Denken Sache der Selbstverwaltung der freien Organisation, in die der Staat nicht eingreifen durfte. In zweierlei Hinsicht bedeutete jedoch hier die Revolution von 1918 eine Wendung: In der Frage der Siedlungspolitik im preußischen Osten und in der Frage der Arbeitslosenfürsorge.

Die DVP befürchtete mit der Einführung des Achtsturentags, der Abschaffung der Akkordarbeit und der "Prämierung des Nichtstuns" in der Arbeitslosenunterstützung eine wirtschaftliche Krise, die Deutschland schließlich konkurrenzunfähig machen müsse.¹⁾ Die vorher ungekannte Situation der Einordnung von Millionen zurückkehrender Soldaten in eine durch Rohstoffmangel gelähmte Wirtschaft bestimmte jedoch auch hier den Liberalismus - vor allem in der DDP - zu Zugeständnissen. Als Grundgesetz galt ihm auch weiterhin, daß der Arbeiter nicht das Gefühl bekommen dürfe, der Staat sei für ihn verantwortlich. Sozialpolitik war für ihn zunächst Sache der Selbstverwaltung der Berufsstände und der Gewerkschaften.²⁾ Das Kriegsende war ihm eine Ausnahmesituation, die eine staatliche Arbeitslosenunterstützung nötig machte, auf deren schnellen Abbau man aber schon seit dem Sommer 1919 drängte. Der Übergriff der Unterstützungskassen der Verbände und Berufsstände sollte verhindert werden.

Arbeitsnachweis und Stellenvermittlung waren schon im 19. Jahrhundert zu ständigen Einrichtungen fortschrittlicher Kommunalverwaltungen geworden, vor allem in Frankfurt am Main unter Leitung des liberalen Bürgermeisters Hermann Luppe. Mit der Revolution hielten sowohl die DVP wie die DDP die Einrichtung von stufenweise von den Gemeinden bis zum Reich aufgebauten Arbeitsämtern für notwendig. Jedoch

sollte auch hier der Staat nur die Aufsicht führen, und der Betrieb wesentlich in den Händen der Selbstverwaltungskörper liegen.³⁾ Bei der Arbeitslosenflut des Kriegsendes fand man sich auch zögernd zu dem Gedanken der Staatsarbeiten an Kanälen, Straßen und öffentlichen Gebäuden und bezeichnete diese öffentlichen Arbeiten als eigentlich "produktive Arbeitslosenfürsorge". Auch ein Reichsarbeitsjahr für Jugendliche wurde verschiedentlich angeregt, da man ein "Reichsarbeitsheer" zur Ödlandkultivierung, zu Siedlungsarbeiten und zum Einsatz bei Naturkatastrophen und Generalstreiks heranziehen könne.⁴⁾

Weit entscheidender aber wurde die Revolution für das Werk der Siedlungspolitik, deren Durchführung der Weimarer Republik den Charakter des Improvisierten hätte nehmen können.⁵⁾ Vor allem seit Max Webers berühmter Freiburger Antrittsvorlesung von 1895,⁶⁾ die das Bild eines von polnischen Wanderarbeitern unaufhörlich überfremdeten deutschen Ostens heraufbeschwor, und seit der Sammlung eines Kreises von Bodenreformern um Adolf Damaschke war das Siedlungswerk eines der Ziele des deutschen Liberalismus. Die beiden liberalen Parteien sahen nach der Revolution den Weg zur Auflösung der Fideikomnisse, zur Aufteilung der Domänen und auch weitgehend des akkumulierten Großgrundbesitzes im preußischen Osten frei.⁷⁾ Sie sahen sich jedoch der Front der DNVP, die unter dem Druck des Bundes der Landwirte handelte, und auch der siedlungsfeindlichen Sozialdemokratie, die einen Verkauf der Domänen und eine Zerschlagung des akkumulierten Großgrundbesitzes als unsozialistisch ablehnte, gegenüber und konnten durch ihre Regierungsmitglieder nur Schritt für Schritt auf Verwirklichung ihres gemeinsamen nationalen Zieles drängen. Die Finanznot des Staates wegen der Kriegsfolgen und der Reparationslasten machte größere Landaufkäufe und langfristige Kredite für Neusiedler fast unmöglich und ließ das Siedlungsgesetz vom 1. Juli 1919 ziemlich wirkungslos. Eine kollektive Übernahme von Großgütern durch die Landarbeiter lehnte man bewußt ab, weil Siedlungspolitik für den Liberalismus vor allem Bevölkerungspolitik war, die

einen großen Zug der Rückwanderung aufs Land, die Entvölkerung der Großstädte und ein Sinken städtischer Bodenpreise einleiten sollte. Politiker der DVP näherten sich dabei sogar der Ideologie der Jugendbewegung, die sich von einer großzügigen Verleihung von Bauernlehen an tüchtige Arbeiter eine geistige Regeneration des Volkes versprach.⁸⁾ Da der Kreditmangel in den Anfangsjahren der Weimarer Republik eine umfassende Neusiedlung unmöglich machte, sah sich die DDP 1920 gezwungen, eine Novelle zum Siedlungsgesetz einzubringen. Die Neugründung von Bauernstellen sollte jetzt durch Landverpachtungen an die große Zahl der ländlichen Handwerker und Anlieger umgangen werden. Dadurch konnte man insbesondere den kostspieligen Hausbau vermeiden.⁹⁾ Von den 2 bis 3 Millionen ha besiedlungsfähigen Landes im preußischen Osten waren jedoch bis 1921 nur 91494 ha an 4739 Siedler vergeben, meist an Anlieger, die nun größtenteils kaum 5 oder sogar unter 1/2 ha besaßen.¹⁰⁾ Auch hier scheiterte also die Revolution, obwohl der Liberalismus in der Siedlungspolitik die einzige echte revolutionäre Gesinnung besaß, am Kreditmangel und am Widerstand der Landbünde.

7. Staat und Kultur

Die Revolution beseitigte zwar mit dem Sturz der Monarchie auch die alte "Obrigkeitskirche", die vor allem in dem Summepiskopat des preußischen Königs über die evangelischen Kirchen seines Landes ihren Ausdruck fand, und erfüllte damit ein altes liberales Ziel, aber die Demokratie bedrohte für liberales Denken auch die geistige Überlieferung, die Freiheit der Lehre an Schulen und Universitäten und schien eine allgemeine geistige Nivellierung anzubahnen. Damals schrieb Friedrich Meinecke: "Wie unter der Herrschaft des Königs auch die geistige Freiheit leidet, wie man sich innerlich gedrückt fühlt als im ancien régime, das spüre ich jetzt schon."¹⁾ Die resignierte Stimmung im liberalen Bürgertum, das den Liberalismus als Prinzip des staatlichen Aufbaus vielfach schon als überholt betrachtete, klammerte sich dennoch an das kulturelle Leben als dem letzten Bereich liberalen Denkens, den die totalitäre Erziehung und die Knechtung der Wissenschaft im sozialistischen Staat zu bedrohen schienen.²⁾ Die Rettung der freien Persönlichkeit und der Glaube an den Wert geistiger Mannigfaltigkeit sollten deshalb der Hauptinhalt der liberalen Kulturpolitik sein in einer Revolutionszeit, in der man den sittlichen Verfall und die primitive Lebensgier breiter Massen als erste Wirkungen des materialistischen Zeitalters ansah.³⁾ Eine Reihe radikaler Verordnungen des ersten sozialdemokratischen Kultusministers Hoffmann in Preußen beschwor einen Sturm der Entrüstung über die Vergewaltigung der Kultur herauf. Bei der Neuordnung der Schulen, Universitäten und Kirchen fand sich der Liberalismus mehr und mehr im Lager der gegenrevolutionären Kräfte.

Die nationale Einheitsschule anstelle der Konfessionsschulen gehörte seit dem 19. Jahrhundert zu den Forderungen des Liberalismus, der damit den Kampf gegen die kirchliche Schulaufsicht fortsetzte. Aber die Revolution schien auf die Verdrängung der Religion aus der Schule zuzusteuern, indem sie

die religiöse Erziehung zur Sache der Kirchen und Religionsgemeinschaften erklärte, und somit ein völlig säkularisiertes Bildungswesen zu erstreben. Dem widersetzten sich beide liberalen Parteien, am schärfsten die DVP. Sie hielten den konfessionellen Religionsunterricht innerhalb einer Einheitsschule für das wichtigste Element moralischer Erziehung in einer Zeit sittlichen Verfalls und lehnten den von der Sozialdemokratie angeregten "religionskundlichen" oder "moralischen" Unterricht ab.⁴⁾ Nach dem Regierungsaustritt der DDP im Juni 1919 drohte sich jedoch zwischen Sozialdemokratie und Zentrum ein "Schulkompromiß" anzubahnen, das die Entscheidung über die Schulform jeweils in die Hand der Eltern gab. Darauf setzte sich die DDP noch einmal energisch für die nationale Einheitsschule ein und erreichte in einem neuen Kompromiß, daß die nationale Einheitsschule nur auf Wunsch großer Elternmehrheiten in eine Konfessionsschule umgewandelt werden konnte.⁵⁾ Zwiespältiger war die liberale Haltung beim höheren Schulwesen. In der revolutionären Vereinheitlichung des höheren Schulwesens sah die DVP den Anfang der demokratischen Nivellierung und die Auflösung der gesellschaftlichen Schichtung.⁶⁾ Die Mannigfaltigkeit der höheren Schulen, der Privat- und Genossenschaftsschulen galt ihr als Voraussetzung liberaler Bildungsmöglichkeit. Überzeugte Demokraten in der DDP strebten zwar die Einheitlichkeit der höheren Schulen, die Aufhebung der Privatschulen als sozial ungerechtfertigter Standesschulen und die Stipendienunterstützung für begabte Arbeiterkinder an, jedoch sprach auch sie vielfach wie die DVP vom Ende der liberalen Bildungswelt und der alten bürgerlichen Sonderstellung.⁷⁾

Weit erfolgloser war die Revolution im Kampf um die "Demokratisierung der Universitäten". Schon die Drohung des sozialdemokratischen Kultusministers Haenisch, ein paar hundert reaktionäre Direktoren von den preußischen höheren Schulen zu entfernen, hatte zum entrüsteten Protest der DVP geführt.⁸⁾ Daß die Lehrkörper wie die Studentenschaft der Universitäten größtenteils reaktionär gesonnen waren, konnte

nach den vielen Aufrufen "deutsch-nationaler Hochschul-lehrer" gegen den neuen Staat, die Weimarer Verfassung und die Regierungskoalition kein Geheimnis mehr sein.⁹⁾ Vor allem die Berliner Universität, an der Troeltsch und Meinecke fast die einzigen Demokraten waren, galt als Hort des Monarchismus. Jedes Bekenntnis zum neuen Staat war verpönt, demokratische Studentengruppen wurden verachtet und die Unterstellung der preußischen Universitäten unter sozialdemokratische Kultusminister als offenbare Schande angesehen. Die DDP hatte hier eine schwere Stellung; denn viele warnende Stimmen in der Partei drängten auf eine Revolutionierung der Universitäten. Aber das liberale Streben nach Selbstverwaltung des Lehrkörpers der Universität scheute auch hier vor Eingriffen der Staatsmacht zurück.¹⁰⁾ Die DVP stellte sich von vornherein auf die Seite der deutschnationalen Professoren und damit gegen jeden revolutionären Erlaß sozialdemokratischer Kultusminister.¹¹⁾

Die Revolution schien das alte liberale Ziel der Trennung des Staats von der Kirche, beginnend mit dem Sturz der dynastischen Summepiskopate, endlich zu verwirklichen und schließlich auch die Besoldung der Pfarrer ganz in die Selbstverwaltung der Kirchen und Religionsgemeinschaften zu überführen. Der Linksliberalismus begrüßte die Beseitigung der Obrigkeitskirche, die protestantische Pfarrer fast notwendig zu Konservativen und höhere Beamte zu "Feiertagskirchgängern" gemacht hatte. Vereinzelt wurde sogar die Auflösung der theologischen Fakultäten der Hochschulen gefordert, deren Lehrstühle teils von der philosophischen Fakultät, teils von der Kirche - wie die dogmatischen und praktischen - übernommen werden sollten.¹²⁾ Das alles schien den völlig säkularisierten, ja atheistischen Staat zu verwirklichen, den der religionsfeindliche Teil des Marxismus erstrebte. Schon im Dezember 1918 wandte sich Naumann, der den Staat "heidnisch" werden sah, gegen allzu radikale Experimente, die das Leben der Kirchen zerstören konnten, und drang auf äußerste Vorsicht bei der Lösung der Kirche vom Staat.¹³⁾ DDP und DVP waren sich in der Überzeugung einig, daß das Christentum als wichtiges Element der Kultur erhal-

ten, die Tradition der Kirchen gerettet und die religiöse Erziehung der Massen gefördert werden müsse.¹⁴⁾ Eine langjährige Übergangsfrist sollte die Lösung des Staates von der Kirche einleiten und die staatliche Besoldung der Pfarrer wie auch Subventionen an die Kirchen weiter gewährt werden.¹⁵⁾

Ein wichtiges Element staatlicher Kulturpolitik war auch das Verhältnis zum Judentum. Die etwa 540 000 deutschen Juden dieser Zeit verteilten sich parteipolitisch auf Sozialdemokratie, DDP und zum geringeren Teil auf die DVP. Sie dachten zum Teil sehr revolutionär. Der Kampf des Liberalismus gegen jede völkische Rassenlehre war bei der Welle des Antisemitismus nach der Revolution vor allem bei der DVP recht schwach geworden.¹⁶⁾ Die DVP, grundsätzlich nicht antisemitisch, befürchtete die zahlreiche Einwanderung von Ostjuden nach den Pogromen in Polen und die Überfremdung des Volkes durch ein zahlreiches jüdisches Führertum in den revolutionären Parteien. Viele ihrer Anhänger hielten die "Krämergesinnung" des Judentums für das Symptom seiner Minderwertigkeit, das sie unfähig zu führenden Stellungen im Staate machte. Judenverfolgung lehnten jedoch beide liberalen Parteien ab.¹⁷⁾ In der DDP, die die Angriffe der Rechten als "Judenpartei" zu tragen hatte, drängten immer wieder revolutionär Gesinnte auf einen schärferen Kampf gegen den Antisemitismus und den Wahnsinn des Rassenhasses¹⁸⁾, nicht ohne daß auch schon unter ihnen Pläne eines autonomen jüdischen Staates als Lösung des Judenproblems auftauchten.¹⁹⁾

IV. Kapitel:

W i r t s c h a f t u n d B e r u f s s t ä n d e

1. Der wirtschaftliche Liberalismus

Die Revolution drohte mit der Sozialisierung der Großindustrien und einer umfassenden staatlichen Planung in der Wirtschaft die Unternehmerinitiative durch eine Staatswirtschaft mit zentraler Lenkung weitgehend auszuschalten. Das revolutionäre Experiment konnte bei großer sozialdemokratischer Mehrheit in ein paar Jahren durchgeführt sein, aber nach liberaler Auffassung auch die deutsche Wirtschaft zerstören. Eine sozialisierte Wirtschaft war kaum wieder in eine liberale zurückzuverwandeln. Man sah schon 1918/19 das abschreckende Beispiel des bolschewistischen Wirtschaftschaos in Rußland vor Augen. Die Vorweltkriegszeit hatte die deutsche Wirtschaft mit dem Bewußtsein des grenzenlosen Aufstiegs erfüllt, bei dem eine wachsende Bevölkerung Arbeit fand durch ein stetig wachsendes Investitionskapital. Keine weltweite, jahrelange Krise wie die Weltwirtschaftskrise seit 1929 hatte das liberale Wirtschaftsprinzip erschüttert. Man war deshalb in beiden liberalen Parteien nach der Revolution geneigt, einen großen Teil der Krisenerscheinungen in der deutschen Wirtschaft der Nachkriegsjahre als Folgen der verlängerten Kriegszwangswirtschaft und planwirtschaftlicher Spekulationen anzusehen. Die mit der Rohstoffverteilung beauftragten Kriegsgesellschaften und die Nahrungsmittelbewirtschaftung mit staatlichen Höchstpreisen bestanden wegen der Blockade und des Devisenmangels weiter fort.¹⁾ Die Zwangswirtschaft hatte für liberales Denken das Volk verdorben, hatte Schleichhandel und Schiebertum entstehen lassen und schließlich den offenen Markt von lebensnotwendigen Gütern entblößt. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft galt so als der erste Schritt zum wirtschaftlichen Wiederaufschwung.²⁾

Als die SPD den von Rudolf Wissel und Wichard von Moellendorff ausgearbeiteten Plänen einer staatlich organisierten Planwirtschaft näher trat, befürchtete der Liberalismus eine Zwangswirtschaft in weit ausgedehnterer Form als die des Krieges. Das bedeutete für liberales Denken die Ausschaltung der schöpferischen Initiative des einzelnen im Wirtschaftsleben und die Erstarrung in einer Riesenzeit, die die deutsche Wirtschaft am Ende konkurrenzunfähig machen würde.³⁾ Planwirtschaft war ohne eine stark anwachsende staatliche Verwaltung in zahlreichen Planungsstellen, ohne eine immer mehr auf den Fiskus zentralisierte Kredit- und Investitionsverteilung, ohne eine Zwangsschlichtung zwischen den Sozialpartnern, die das freie Koalitionsrecht schließlich zur Fiktion machen mußte, und ohne den "Zwangspreis nach dem goldenen Schnitt" nicht denkbar. Die DDP sah vielfach auch die neue Institution des Reichswirtschaftsrates mit seinen lokalen Unterinstanzen als das kommende Werkzeug der "planwirtschaftlichen Selbstverwaltung" an, die so die Nachfolge der Kriegsgesellschaften antreten wollte.⁴⁾ Innerhalb der Koalition wandten sich Georg Gothein und Bernhard Dernburg am schärfsten gegen die vom Reichswirtschaftsministerium unter Wissel und Moellendorff ausgearbeitete planwirtschaftliche Denkschrift. Die SPD distanzierte sich nach dieser starken Machtprobe innerhalb der Koalition im Herbst 1919 schließlich von ihren Plänen.

Dennoch sah vor allem die DDP, daß die wirtschaftliche Lage seit dem November 1918 weitgehende Eingriffe des Staates notwendig machte. Den meisten galten diese staatlichen Eingriffe nur als eine Notlösung, die die sozialen Leiden schafften, die auf Sozialisierung der Produktionsmittel drängten, ablenken sollte. Aber die Stimmen mehrten sich, daß die Zeit des manchesterlichen Liberalismus nach einer Katastrophe wie der des Weltkriegs vorbei sei. Das Kriegsende machte trotz des Kreditmangels die Eingliederung von Millionen zurückkehrender Soldaten in die Wirtschaft notwendig; denn ein Arbeitslosenheer konnte eine wachsende revolutionäre Gärung bedeuten. Eher als zu der bedenklichen Arbeitslosenunterstützung bei fallender Währung fand sich der

Liberalismus daher zu einer staatlichen "Produktionspolitik", die durch öffentliche Arbeiten an Kanälen, Flüssen und Bewässerungsanlagen, durch Neuanlagen von Siedlungen, Gruben und Grundstoffindustrien, durch staatliche Investitionen das Überangebot an Arbeitskräften beseitigen wollte.⁵⁾ Mit dem Recht auf Arbeit in seinen sozialen Grundrechten hatte schon Naumann 1919 eine Politik der Vollbeschäftigung einleiten wollen. Nun sahen weite Kreise der DDP in dieser staatlichen Produktionspolitik das Mittel, durch Regulierung des Arbeitsmarktes die Löhne immer in ausreichender Höhe zu halten, um dadurch die Arbeiterschaft vom Gedanken einer Sozialisierung abzulenken.

Mit bewußt planwirtschaftlicher Produktionspolitik aber stand Rathenau in der DDP fast allein.⁶⁾ Rathenau⁷⁾ ging schon während des Krieges davon aus, daß wegen der ungeheuren Vernichtung von Werten durch den Krieg und der jahrzehntelangen Belastung des Staates durch Renten, Kriegsanleihen und Kriegsfolgen eine durch den Staat und eigene Selbstverwaltungskörper organisierte Wirtschaft unumgänglich sein würde. Die von ihm aufgebauten Kriegsgesellschaften zur Organisation der Rohstoffverteilung schienen ihm ein wesentlicher Ansatz dazu.⁸⁾ Die organisierte Wirtschaft sollte das wegen der Kriegsfolgen dringende Problem der höchsten Rationalität und Produktivität lösen, das Rathenau wegen der ungeheuren Verschwendung der liberalen Wirtschaft an Gütern und Arbeitskraft durch Zwischen- und Einzelhandel, Reklame und Konkurrenzauswüchse als ungelöst betrachtete. Um diese Verschwendung zu vermeiden, sah er zunächst eine vertikale Organisation der Betriebe vor, die die Rohstoff-, Fertig- und Halbfertigwarenindustrien durch Selbstverwaltungskörperschaften verbinden sollte. Sie sollte ergänzt werden durch eine horizontale Verbindung gleichartiger Industrien zur Spezifizierung der Arbeitsteilung.⁹⁾ Die wirtschaftliche Selbstverwaltung bekam dabei das Recht zur Stilllegung unrentabler Betriebe und der Kontrolle der Neuanlagen nach günstigen Standortbedingungen, die Transporte und Zwischenhandel möglichst vermeiden sollten. Die Einfuhren mußten dabei weitgehend beschränkt und inländische Ersatzrohstoffe

zollpolitisch begünstigt werden. Eine Standardisierung und Typisierung der Gebrauchsgegenstände sollte die übermäßige Einzelhandelsauswahl beseitigen und der Einzelhandel selbst stark reduziert werden. Rathenau bestritt auch den Grundsatz der liberalen Wirtschaft, daß gerade in der freien Konkurrenz der Zwang zur rationalsten Betriebsform liege und daß die bestehende Industrie keineswegs nach ungünstigen Standortverhältnissen angelegt war. Er stützte sich vornehmlich auf Auswüchse des Einzelhandels und der Warenmannigfaltigkeit. Doch waren beide liberalen Parteien geneigt, im Interesse ihrer Mittelstandspolitik über solche Auswüchse hinwegzusehen.

Rathenaus "neue Wirtschaft" war stark sozialpolitisch gefärbt, da sie die Integrierung der Klassen und den Aufstieg befähigter Arbeiter in leitende Positionen der Betriebe ermöglichen sollte. Wegen des begrenzten Arbeitsertrages und der Verarmung durch den Krieg hielt Rathenau einen Kampf gegen den Luxus und eine Beschränkung des Sach- und Geldbesitzes für notwendig. Durch staatliche Zollpolitik wollte er die Einfuhr nicht lebensnotwendiger Güter erschweren und durch hohe Steuern Schmuck, Mode und Genußmittel selten machen. Der wichtigste Eingriff in die bestehende Ordnung aber war die Beschränkung des Erbrechts auf die nächsten Familienangehörigen und die Belastung reiner Kapitalerbschaften durch hohe Erbschaftssteuern. Rathenau ging davon aus, daß moderne Industriebetriebe immer mehr "objektiven" statt Besitzcharakter haben, weil ihre Leiter nur noch selten die Besitzer sind und der Kleinaktienbesitz sich immer weiter ausbreitete. Obwohl Rathenau eine Verstaatlichung dieses Besitzes ablehnte, sah er doch einen Prozeß beginnen, der dem Arbeiter nach und nach das Bewußtsein des Allgemeinbesitzes an den Produktionsmitteln gibt. Demnach sollte aller übermäßige Vermögenszuwachs, der nicht im Betrieb selbst neu investiert werden konnte, weggesteuert werden und entweder der Sozialpolitik oder als Kredit den gelenkten Investitionen zugeführt werden. Rathenau glaubte, daß in Zukunft die soziale Geltung auf Grund dieser Vermögenspolitik nicht mehr

am Besitz, sondern nur noch an der Stellung des einzelnen innerhalb der Betriebe hängen würde. Eine Aufstiegsmöglichkeit würde nicht mehr durch Kapitalbesitz und Einreihung in die Klasse der Kapitalisten, sondern durch sachliche Befähigung im Arbeitsprozeß geschaffen werden.

In der von den liberalen Parteien als utopisch bezeichneten Konzeption der "neuen Wirtschaft" gelangen Rathenau auch einzelne Perspektiven von bemerkenswertem Weitblick. Die Epoche des extensiven Kapitalismus erkannte er als fast beendet, weil die Investitionschance fast auf der ganzen Erde abnahm, obwohl die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stets neue Investitionsmöglichkeiten für den Kapitalzuwachs erforderten. Möglichkeiten für die Nachkriegswirtschaft ergaben sich nach ihm deshalb nur noch in der Intensivierung des Produktionsvorganges und in gesteigerter "Mechanisierung", während der Kapitalzuwachs zum großen Teil staatlicher Sozialpolitik zufließen würde.¹⁰⁾ In der DDP konnte sich Rathenau mit diesen Ideen nicht durchsetzen, und er entfremdete sich schon im Herbst 1919 der Partei. Innerhalb der Partei trat er nur einmal auf dem 3. Parteitag im Dezember 1920 mit seinen Wirtschaftsplänen hervor, stieß aber nach einem Anfangsbeifall als utopischer Planwirtschaftler und Gegner der Weimarer Verfassung nur auf Ablehnung.¹¹⁾

In der Frage der Sozialisierung war der Liberalismus weniger einig als in der der Planwirtschaft. Viele Demokraten, vor allem Max und Alfred Weber, hielten schon wegen der Kriegsfolgen eine Teilsozialisierung für unumgänglich, um dem Staat außer den Steuern mit dem Kapitalzuwachs sichere Einkünfte in die Hand zu geben.¹²⁾ Mit der Sozialisierung der monopolistischen Grundstoffindustrien, der Bodenschätze und Wasserkräfte erklärte sich auch die Nationalversammlungsfraktion der DDP einverstanden.¹³⁾ Grundsätzlich jedoch wollte man das Prinzip der liberalen Wirtschaftsfreiheit nicht aufgeben und insbesondere die Kleinbetriebe des Mittelstandes erhalten. Man lehnte deshalb auch eine von der Revolution erstrebte Kommunalisierung städtischer Bedarfsbetriebe von der Lebensmittel-, Gas-, Wasser- und Stromversorgung bis zu Theater und Fürsorge weitgehend ab, um

die Menge der daran beteiligten Privatbetriebe nicht zu vernichten.¹⁴⁾ Die DDP erkannte jedoch, daß die sozialen Leiden-
schaften ohne weitere Zugeständnisse in der Sozialisierungs-
frage nicht zu beruhigen waren. Eine Fülle von Ideen tauchte
auf, die eine Staatswirtschaft zu vermeiden suchten und dem
Arbeiter dennoch das Gefühl der Ausbeutung nehmen wollten.
Anton Erkelenz sah im Siegeszug der Kleinaktien und Obliga-
tionen die immer ausgedehntere "Demokratisierung des Eigen-
tums" und wollte neben der Kapitalaktie die einzelne Arbeits-
kraft als dividendenberechtigten Gesellschafter einführen.¹⁵⁾
Überdies sollte der Staat durch Besteuerung in den Besitz
von Aktienpaketen nach und nach aller Großbetriebe gelangen
und einen festen Dividendenanteil gewinnen, um dadurch den
Steuerbedarf einzuschränken. So mußte sich der Reinertrag
der Industrie schließlich in drei Anteile auflösen:

1. die Risikoprämie für den Unternehmer, 2. den Arbeiter-
anteil auf Grund der Kleinaktie oder der fiktiven Arbeits-
aktie und 3. den Staatsanteil auf Grund seines Aktien-
besitzes.¹⁶⁾

Die DVP war mit dem Prinzip der liberalen Wirtschaftsordnung
rigoroser als die DDP, da die Organisationen der Schwer-
industrie und der verarbeitenden Industrie, vor allem der
Reichsverband der deutschen Industrie unter ihrem Geschäfts-
führer Rudolf Schneider, als Gegner der Sozialisierung hinter
ihr standen.¹⁷⁾ Stresemann befürchtete mit der Sozialisie-
rung eine Abwanderung der führenden Köpfe der Industrie ins
Ausland, die Vernichtung des Mittelstandes und die Kredit-
unwürdigkeit der deutschen Wirtschaft.¹⁸⁾ Dagegen stand man
dem Gedanken des staatlichen Aktienanteils als einer Erfas-
sung der "Steuer an der Quelle" nicht ablehnend gegenüber.
Man suchte darin jene große Vermögensabgabe zu umgehen, die
vor allem der Mittelstand befürchtete.¹⁹⁾

Weit entscheidender für die politische Richtung, die der
Liberalismus einschlug, wurden nach dem Scheitern der Sozia-
lisierung die 1919 von Reichsfinanzminister Erzberger vorge-
legten Finanzgesetze. Die Schuld des Reiches war durch die
Kriegsanleihen bis Juni 1920 auf 215 Milliarden Mark ange-
wachsen bei einem ordentlichen Etat von 27,77 Milliarden

Mark für das Haushaltsjahr 1920. Der Liberalismus stand jetzt vor der Alternative, entweder durch Ablehnung der Finanzgesetze der Wirtschaft vorläufig ihr Kapital zu erhalten oder durch außerordentliche Vermögensabgaben Kredite und Investitionen ohne ausländisches Kapital fast unmöglich zu machen. Die großen Vermögensabgaben konnten am Ende eine stille Sozialisierung bedeuten, indem sie den Staat zum Mitbesitzer der Produktionsmittel machten.²⁰⁾ Umstritten waren jedoch in der langen Reihe der Erzbergerschen Finanzvorlagen nur die Erbschaftssteuer, die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und das Reichsnotopfer.²¹⁾ Die DDP stimmte diesen Gesetzen trotz vieler Neinstimmen extrem Liberaler wie Gothein und Dernburg²²⁾, die von diesen Vermögensabgaben eine Lähmung des Wirtschaftslebens auf Jahre hinaus befürchteten, schließlich zu. Die DVP aber lehnte die drei großen Finanzgesetze ab, mit Stresemanns Worten: "Wir müssen den Mut haben, gegen den Gedanken einer exorbitanten Vermögensabgabe Sturm zu laufen aus dem Grunde, weil einmal der kleine Rentenbesitzer, weil alle diejenigen, die hier vielfach in weit größeren Entbehrungen als der industrielle Arbeiter ihr Leben fristen, nicht gezwungen werden können, von dem, was der Ertrag ihrer Lebensarbeit ist, große Prozentsätze wegzugeben...."²³⁾

2. Der Kampf um den Rätestaat

Dem Ruf nach der Nationalversammlung nachgebend, hatte der erste Rätekongreß vom 16.-20. Dezember 1918 in Berlin auf eine eigenmächtige Revolutionierung der Wirtschaft und den Anspruch auf die oberste Macht im Staate verzichtet und der Wahl zur Nationalversammlung zugestimmt. Die Gefahr der Klassenherrschaft durch eine Räterepublik war damit vorerst beseitigt, aber der Liberalismus mußte erkennen, daß mit jedem Spartakistenaufrstand vom Dezember 1918 bis zum April 1919, mit jedem Streik und mit der "Enttäuschung über Weimar" der "Ruf nach den Räten" als eigentlicher Inhalt der Revolution wieder laut wurde.¹⁾ Es lebte darin nach Auffassung vieler Liberaler der Massendrang nach der action directe, der, vom revolutionären Mythos getrieben, sich gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung richtete. "Die Massen selbst sind in furchtbare Bewegung geraten, deren Anstöße und allgemeine Richtung wir vielleicht ahnen, deren Ergebnisse aber niemand voraussehen kann, da schon längst nicht mehr die autoritätslosen Führer, sondern mehr oder minder zufällige Elemente wie Triebe, Instinkte, Suggestionen und Leidenschaften die Entwicklung beeinflussen oder gar heillos verwirren."²⁾ Die liberalen Parteien wurden sich bewußt, daß mit den zaghaften Eingriffen der Nationalversammlung in die kapitalistische Wirtschaftsordnung, durch Sozialisierungskommissionen und Steuergesetze der "Ruf nach den Räten" nicht zu beseitigen war. Die Rätefrage war deshalb ein Hauptgegenstand ihrer ersten Parteitage. Die im November 1918 gebildeten örtlichen Räte hatten vielfach auch Bürgerliche aufgenommen, oft neben dem Arbeiterrat einen "Intelligenzrat" geschaffen und nicht wenig zur Revolutionierung der unteren Verwaltung beigetragen.³⁾ Es wagte auf liberaler Seite jedoch niemand, nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919 die Beseitigung der Räte durch Polizei- und Militärgewalt zu fordern. Da von den revolutionären Massen die Idee der Räte nicht zu lösen schien, kam

es darauf an, die ganze Bewegung auf irgendeine Art in die bestehende Wirtschaftsverfassung einzuordnen und ihr wichtige politische Rechte, wie das der Legislative, zu verweigern.⁴⁾ Der sozialistische Vorschlag Cohens und Kaliskis auf dem zweiten Rätekongreß vom 8.-14. April 1919 sah für den neuen Staat ein doppeltes Kammersystem - ein politisches und ein berufsständisches Parlament - von den untersten Instanzen in den Gemeindevertretungen bis zum Reich mit entsprechender Zuständigkeit vor. Während die DVP in diesem Vorschlag einen Anklang an ihren schon vor der Revolution ausgearbeiteten Arbeitskammerplan fand, lehnte die DDP ein solches Kammersystem fast ausnahmslos ab.⁵⁾ Einen Zugang zur Rätebewegung fand jedoch auch die DDP in dem Plan eines Betriebsparlamentarismus, den Naumann schon 1906 zum ersten Male nach den Einrichtungen des Berliner Fabrikanten Trese und denen Ernst Abbès im Zeisswerk dargestellt hatte.⁶⁾

Die Naumannanhänger in der DDP, vor allem Anton Erkelenz, Heinz Potthoff und Gertrud Bäumer wollten den Kern der Rätebewegung in der Ausgestaltung der Betriebsräte sehen und betrachteten diese als ursprünglich liberale Idee.⁷⁾ Im Verfassungsausschuß drängte die Sozialdemokratie auf eine "Verankerung des Rätegedankens" in der Verfassung und dachte dabei an den Entwurf Cohen-Kaliskis, obwohl schließlich eine berufsständische Kammer nur als beratendes und beaufsichtigendes Organ gedacht war. Hugo Preuss fand sich nur widerstrebend zur Konzeption des Art. 165 RV bereit, der die spätere Einrichtung von Arbeiter- und Wirtschaftsräten vorsah. Der Artikel fiel unter den Teil der Grundrechte und Grundpflichten und zeigte dadurch schon äußerlich, daß die Räte von Preuss als Einrichtung der Selbstverwaltung, nicht als Organ der Staatsgewalt gedacht waren.⁸⁾

Wie kam es zu dieser Isolierung der liberalen Mitte in der Rätefrage gegenüber der weitgehenden Annäherung der Rechten und Linken im "Bündnis der Bolschewisten und Konservativen" (Troeltsch)? Die Rätebewegung hatte sich sehr bald mit berufsständischen Bestrebungen auf der Rechten verbunden und stand nun als "organisches" Staatsprinzip der formalen,

rationalistischen und "westlichen" Demokratie gegenüber. Dieser berufsständischen Bewegung war der "Ruf nach den Räten" deshalb nicht so sehr das Verlangen nach dem Umsturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit syndikalistischem Hintergrund, sondern Zeichen eines beginnenden Zeitalters organischer Eingliederung des einzelnen in den Staat durch seinen Berufsstand.⁹⁾ Die Partei, die den Einzelmenschen nur als bloße Stimme werten konnte, sollte abgelöst werden durch den Berufsstand, der jeden an der Stelle seines Berufes erfassen würde. Ferner beseitigte der Rätestaat das Prinzip der Gewaltenteilung, so daß seinen hierarchisch gegliederten Instanzen Beschlußfassung und Ausführung zugleich zufielen. Insbesondere für den selbständigen Mittelstand der Handwerker und Kaufleute wäre diese berufsständische Organisation ein Weg zu größerer sozialer Geltung gewesen. Für die Millionen der sich über die Fachrichtung hinaus solidarisch fühlenden Arbeiter aber war eine berufständische Ordnung von vornherein ein fast aussichtsloses Beginnen.

In der Situation von 1918/19 verstärkte der Konservativismus seine traditionelle berufsständische Propaganda in einer Flut von neuen Werbeschriften. Die katholische Ständestaatslehre, die auch in den christlichen Gewerkschaften weit verbreitet war, wurde im Sommer 1920 in Vorlesungen an der Wiener Universität noch einmal eindrucksvoll zusammengefaßt durch den Philosophen Othmar Spann. Der Sozialismus schien mit dem Entwurf Cohen-Kaliski auf dem zweiten Rätekongreß sich mehr und mehr dem berufsständischen Staatsideal anzunähern. Daneben drang die Ständelehre in die sich traditionell überparteilich fühlenden Kreise der Zeitschrift "Die Tat" ein, und sie schien mit Georg Bernhard, Walther Rathenau und Wilhelm Vershofen auch im Liberalismus Anhänger zu gewinnen. Der sich über ganz Süddeutschland, die Schweiz und Österreich ausbreitende "Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus" wurde nach Ideen Rudolf Steiners am 22. April 1919 in Stuttgart gegründet und umfaßte mit W. Goetz, P. Natorp, A. Paquet, W. Vershofen und K. Wolzendorff auch eine Anzahl namhafter

Demokraten. Steiner ging davon aus, daß die soziale Frage nur zu lösen sei durch eine Trennung des Wirtschafts- und des kulturellen Lebens vom Staat, um dem Arbeiter das Bewußtsein zu geben, daß der Staat gegen ihn nicht als Instrument der herrschenden Klasse benutzt würde. Durch die Dreigliederung des sozialen Organismus in Rechts-, Wirtschafts- und Kulturstaat sollte der Proletarier wieder eine unmittelbare Beziehung zu einem Staat gewinnen, den er bisher als seinen Feind betrachtet hatte.¹⁰⁾ Seine Arbeitskraft sollte nicht mehr als Ware betrachtet und durch rechtssaatliche Gesetze, hinter denen in Zukunft nicht mehr das Interesse der Staatswirtschaft und der sozialen Gruppen stehen würde, Aufstiegsmöglichkeiten und Eigentumsverlagerungen geschaffen werden.¹¹⁾

In der wirtschaftlichen, religiösen oder kulturellen Interessenvertretung sah Rathenau das eigentliche Dilemma der modernen Parlamente, die als "Börsen der Interessenten" eine von Klasseninteressen unabhängige Politik immer unmöglicher machten. Auch er hielt deshalb die Gründung von Wirtschafts- und Kulturstaaten, gestützt auf Fachparlamente, für den einzigen Weg, das politische Parlament wieder fähig zur großen Politik zu machen.¹²⁾ Eine berufsständische Organisation, von unten nach oben aufsteigend, sollte fortan als Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft oder Kultur die staatliche Bürokratie ablösen und diese selbst auf die zentrale, rein politische Verwaltung beschränken. Die Interessenvertretung bekam dabei das Recht, aus den berufsständischen Fachparlamenten heraus ein Reichsministerium zu bilden, dessen Vorsitz ein vom politischen Parlament gebilligter Fachminister anstelle des bisherigen Unterstaatssekretärs führte.¹³⁾

Rathenau glaubte, mit diesem in universale Selbstverwaltung der Wirtschaft, der Schulen, Universitäten, Kirchen und Vereine aufgelösten Staat das oberste politische Parlament und die politischen Reichsministerien erst fähig zu großer Politik gemacht zu haben. Er ließ jedoch dabei offen, wie die Zusammensetzung der zahlreichen neuen Berufsstände zu denken war

In den Revolutionsschriften Eduard Stadtlers,¹⁴⁾ Eugen Diederichs,¹⁵⁾ des "Tat"-Kreises, in Gewerkschaften, Bünden und der Jugendbewegung wurde vom Bankrott des alten Parteiwesens und der formalen Demokratie gesprochen. Eine Überwindung der Klassenstruktur der modernen Gesellschaft hielt man nur durch berufsständisch organisierte Parlamente für möglich. Am stärksten wirkte auf den Liberalismus von all diesen Ideen der Gedanke des Kulturparlamentes als Selbstverwaltungsorgan der Schulen und Universitäten ein.¹⁶⁾

Der Liberalismus hatte jedoch diese berufsständische Ideenwelt jahrzehntelang als Rückfall in den ständischen Zwang der Zünfte und Korporationen bekämpft. Mit der Revolution entstand eine grundsätzlich andere Situation. Die neue korporative Selbstverwaltung der Wirtschaft und Kultur konnte eine der stärksten Abwehrkräfte gegen den sozialistischen Staat bedeuten. Die Menge der im Liberalismus erscheinenden berufsständischen Ideen stellte deshalb nicht nur eine Konzession an den "Ruf nach den Räten" dar. Die alte Front des Liberalismus gegen allen ständischen Zwang schien sich in der Revolution langsam aufzulösen, weil die korporative Selbstverwaltung eine Umgehung der revolutionären Maßnahmen der neuen Macht im Staate werden konnte.

Bei den führenden Politikern der DDP lebte jedoch auch jetzt noch der alte liberale Geist, der schon 1881 zum Scheitern von Bismarcks Versuch eines Volkswirtschaftsrates beigetragen hatte. Man entlarvte alsbald die neue Rätebewegung als andere Form der berufsständischen Zwangskorporationen, die das freie Koalitionsrecht für die sozialen Bewegungen langsam abbauen mußten.¹⁷⁾ Max Weber wies schon vor der Revolution in einer publizistischen Auseinandersetzung¹⁸⁾ die Idee eines berufsständisch organisierten Parlaments zurück. Das Charakteristische des modernen Staates war für ihn das Eindringen der parteipolitischen Gegensätze in alle noch bestehenden Berufsstände, deren Solidarität der moderne Kapitalismus zerstören mußte. Proletariat wie Großunternehmertum ließen sich für ihn nicht berufsständisch organisieren, da die Klasse als politische Kategorie sich über jeder beruflichen Differenzierung wölbte. Er sah, daß die Gruppen des

Mittelstandes in so mannigfaltiger Abhängigkeit vom Großkapital standen, daß ihre berufsständische Selbständigkeit zur bloßen Fiktion wurde. Die freie Werbung der sozialen Organisationen sah er als Ursache des großen Aufschwungs der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Landbünde an gegenüber dem kümmerlichen Leben der berufsständisch aufgebauten Landwirtschafts-, Handwerks-, und Handelskammern. "Es ist durchaus kein Zufall, sondern die Folge davon, daß die Parteien ei erseits, die Ökonomischen Interessenverbände andererseits, auf dem Boden der rechtlich freien Werbung ihrer Anhängerschaft stehen und jene staatlichen Bildungen eben nicht."¹⁹⁾ Die freie Werbung begründete somit auch die Überlegenheit der Parteien und Gewerkschaften im modernen Staat über die "literarischen Seifenblasen" einer berufsständischen Organisation.

Die Demokraten standen mit diesen Argumenten dem 1920 gebildeten Reichswirtschaftsrat, dessen Unterinstanzen in den Bezirks- und Landesräten an die Arbeiterräte anknüpften, meist ablehnend gegenüber und zweifelten an seiner Zukunft.²⁰⁾ Man befürchtete von solchen Einrichtungen eine grenzenlose "Vermaterialisierung" der Wirtschaftspolitik, die die ideellen Gegensätze schließlich ganz in die Interessengesichtspunkte von Berufständen verwandeln würde. Andererseits sah man auch Max Webers Prophezeiung erfüllt, daß alsbald die politischen Gegensätze in berufsständische Körperschaften eindringen würden. Der Liberalismus hielt die politischen Parteien auch für die wirtschaftspolitische Legislative für unentbehrlich.²¹⁾ Die erhoffte "Entpolitisierung der Wirtschaft" durch Wirtschaftsparlamente schien eine Krise des Staatsgedankens heraufzubeschwören, die Th. Heuss auf dem 3. Parteitag der DDP zu der Mahnung veranlaßte: "Der Staatsgedanke als solcher ist in einer Krisis....Bei all diesen Gedanken fehlt das eine, nämlich, wer ist der Machtgarant in all diesen Gliederungen? Wer überwacht die Hoheitsgrenzen der einzelnen Sphären und Gebiete, wer schafft das Recht und wer verschafft ihm die Geltung?"²²⁾ Die von vielen erhoffte Lösung des Führerproblems durch eine politische Rolle der Berufsstände galt diesen Liberalen als die Illusion einer durch die Klassengegensätze verworrenen Krisenzeit.²³⁾

Die DVP aber hatte von Anfang an wegen der hinter ihr stehenden Industrieverbände eine besondere Stellung zu den Wirtschaftsräten. Mit raschem Einfühlungsvermögen glaubten führende Wirtschaftler in einem mit Initiativ- und Aufsichtsrecht ausgestatteten Reichswirtschaftsrat die Sozialisierung und den "Bolschewismus in der Nationalversammlung" umgehen zu können. Den Mehrheitsverhältnissen in der neuen Regierung zu entinnen war das Ziel all der industriellen Kreise in der DVP unter dem Leitwort der "Entpolitisierung der Wirtschaft".²⁴⁾ Diese "Entpolitisierung der Wirtschaft" sollte in einer wirtschaftspolitischen Legislative nach "sachlichen" Gesichtspunkten bestehen, für die eine Kammer der Arbeit berufen schien. Der berüchtigte Mehrheitsabsolutismus der Demokratie sollte an den Grenzen des Wirtschaftsstaates zum Stehen gebracht werden. "Die Demokratie ignoriert den Beruf, die Produktion, die Stellung des Menschen im Wirtschaftsleben des Volkes. Ihr galt nur der allgemeine gleiche Stimmzettel, der ohne jedes Kennzeichen sein muß. Der Staatsbürger war nur Atom, nur Zahl. Der Beruf aber, der den Menschen, sein Sinnen und Trachten erfüllt, der ihn erfüllt bis in die Feinheiten seines Kulturempfindens, der mußte verschwinden beim Wähler wie beim Gewählten."²⁵⁾ Berufsständische Organisation der Wirtschaft sollte der DVP vor allem das Mittel werden, die Wirtschaft dem Zugriff revolutionärer Experimente zu entziehen. Sie schien unter dem Leitwort der fachlichen Selbstverwaltung einen "neuen Ständestaat" anzustreben.²⁶⁾ Im Zuge der Bewegung "los vom sozialistischen Staat" und der Angriffe auf die formale Demokratie überwand man langsam die liberale Abneigung gegen das "mittelalterliche" Zwangssystem der Berufsstände. Man bemühte sich, den Bankrott des Parlaments und der Demokratie zu erweisen, wenn sie nicht durch gleichberechtigte berufliche Organisationen ergänzt würden. Die Kammer der Arbeit oder der Reichswirtschaftsrat galten trotz der paritätischen Besetzung durch die Sozialpartner als parteipolitisch neutrale Körperschaften, die weitgehend entpolitisiert und fähig zu sachlicher Beratung waren.²⁷⁾ Die Wahlpropaganda der DVP von 1920 wurde zum großen Teil unter dem Leitwort der Ergänzung der formalen Demokratie durch eine

Kammer der Arbeit geführt. Die Kammer der Arbeit, die Stresemann mit dem Recht der Initiative und des suspensiven Vetos(!) für wirtschaftspolitische Gesetze ausstatten wollte,²⁸⁾ sollte im Sinne führender Industrieller parteipolitisch bestimmte Gesetze verhindern.

Einen weiteren Zugang zum Rätegedanken fand die DVP durch die am 15. November 1918 zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vereinbarte Arbeitsgemeinschaft, deren Gründung auch die späteren Anhänger der DVP, Hugo Stinnes und die Generaldirektoren Vögler und Sorge beiwohnten. Die führenden Industriellen der DVP sahen in dieser Arbeitsgemeinschaft, die seit 1917 von Vögler angebahnt worden war, den Weg zur "Selbstverwaltung der Wirtschaft" durch die Sozialpartner. Erste überschwängliche Hoffnungen meinten das Ende der Klassenkampfdoktrin gekommen, da die in der Arbeitsgemeinschaft erfaßte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich mehr und mehr vom Sozialismus lösen würde.²⁹⁾ Diese Arbeitsgemeinschaft sollte die Grundlage des Reichswirtschaftsrates werden, den vor allem Vögler als Institution der Entradikalisierung und Entpolitisierung der sozialen Gegensätze ansah.³⁰⁾ Jedoch hatte der am 30. Juni 1920 gebildete vorläufige Reichswirtschaftsrat, analog der Arbeitsgemeinschaft paritätisch aus Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzt, kaum noch Ähnlichkeit mit einem berufsständischen Parlament, das eine berufliche Individualität zum Ausdruck bringen sollte.

In der DDP gab es nur wenige, die sich von der Einrichtung der Wirtschaftsräte eine Entpolitisierung der Wirtschaft und eine Lösung des Klassenproblems versprachen. Jedoch glaubte man, der Umwandlung der Rätebewegung in eine berufsständische Organisation durch den zweiten Rätekongreß entgegenkommen zu müssen. Georg Bernhard, Heinrich Brückmann, der Organisator der deutschen Wirtschaftskongresse, und die Vossische Zeitung stellten sich ganz auf die Seite der neuen Bewegung und hielten einen demokratischen Parlamentarismus für gefährlich ohne die Ergänzung durch ein beratendes Wirtschaftsparlament.³¹⁾ Bernhard näherte sich dabei ebenso wie Vershofen (M.d.NV.) und Erich Obst Rathenaus Idee einer horizontalen Zusammen-

ler Betriebe. Die Wirtschaftsräte sollten das Recht zu interner Gesetzgebung, das Vorkaufsrecht für angeschlossene Betriebe und ein sozialpolitisches Besteuerungsrecht erhalten.³²⁾ Der Münchener Sozialpolitiker Heinz Potthoff hoffte, mit den Wirtschaftsräten eine umfassende sozialpolitische Selbstverwaltungskörperschaft zu errichten und arbeitete im Auftrag der bayrischen Regierung eine Denkschrift aus. Nach seinem Plan sollten die Orts-, Bezirks-, Landes- und Reichswirtschaftsräte als paritätisch besetzte Körperschaften wichtige staatliche Funktionen übernehmen und somit ihre Träger, die Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, zu halbstaatlichen Einrichtungen machen. Die Aufgabe der geplanten Wirtschaftsräte sollte in Tarifverträgen, Schlichtung von Arbeitskämpfen, Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenfürsorge, Gewerbepolizei und Arbeitsrecht bestehen.³³⁾ Es galt jedoch für ihn von vornherein als ausgemacht, daß die unabhängige freie Werbetätigkeit der Gewerkschaften erhalten bleiben müsse und somit erst das eigentliche Rückgrat der halbstaatlichen Wirtschaftsräte bilden konnte.³⁴⁾

Der letzte Kampf um den Rätegedanken war die 3. Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung, die als eine der schwersten Krisen die Weimarer Koalition zu sprengen drohte. Die Beratungen begannen am 14. Januar, während die von der USPD organisierten Massen demonstrierten und das Parlamentsgebäude zu erstürmen drohten. Sie wurden zwar von der Polizei mit Maschinengewehren auseinandergetrieben, jedoch mußten die Beratungen wegen der Lärmszenen der USPD verschoben werden. Weigerten sich DDP und Zentrum, in der Betriebsrätefrage Zugeständnisse zu machen, so drohte zugleich mit dem Bruch der Koalition der Bürgerkrieg zu beginnen.³⁵⁾ Das Betriebsrätegesetz bedeutete nach der Revolution den schärfsten Eingriff in die kapitalistische Wirtschaftsordnung, dessen Auswirkungen niemand übersehen konnte. Die Unternehmer fürchteten den Betriebsrat als einen Herd der Unruhe und der Obstruktion, der die radikalsten Elemente notwendig in führende Position bringen mußte. Ein großer Teil der Arbeitskraft wurde zudem mit den Betriebsräten unproduktiv.³⁶⁾ Auch die Naumannanhänger in der DDP, die seit der nationalsozialen Zeit durch Betriebsparlamente den Weg vom "Industrieuntertan

zum Industriebürger" bahnen wollten, hielten dieses Gesetz für ein Machtinstrument des Proletariats, das eine dauernde Unruhe in die Betriebe bringen würde.³⁷⁾ Die umstrittensten Fragen des Gesetzentwurfes waren die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, die Bilanzvorlage vor dem Betriebsrat, die Mitwirkung des Betriebsrates bei der Einstellung und Kündigung von Arbeitnehmern und die Wahl von Obmännern in landwirtschaftlichen und handwerklichen Betrieben. Der zähe Widerstand extrem Liberaler in der DDP, wie Dernburg, Fischbeck und Gothein, erreichte schließlich gewisse Milderungen. Die DVP und die Angestelltenvertreter der DDP (Gustav Schneider) forderten die gesonderte Vertretung der Angestellten, deren ständisches Bewußtsein berücksichtigt werden müsse im Betriebe.³⁸⁾ Die DDP nahm das Gesetz schließlich in der Hoffnung an, daß man durch dieses äußerste Zugeständnis die Gedanken des Proletariats von der Sozialisierung abgelenkt und die "Explosion des Kampfkessels" verhindert habe.³⁹⁾ Die "Wirtschaftsdemokratie" in den Betrieben sollte fortan als Lösung des Sozialisierungsproblems betrachtet werden.⁴⁰⁾ Bei der Schlußabstimmung am 18. Januar 1920 stimmte die DVP gegen das Gesetz, die DDP dafür, während 44 Fraktionsmitglieder fehlten.

Die alte Position liberalen Denkens war im Kampf um den Rätestaat ins Wanken gekommen. Berufsständische Organisation blieb während der Zeit der Weimarer Republik das Schlagwort der meisten Gegner der "formalen Demokratie". Mit dem "neuen Ständestaat" aber war zugleich das alte Grundrecht der Koalitionsfreiheit gefährdet und drohte der Staat umgewandelt zu werden in Zunft- und Zwangskorporationen, die die auf freier Werbung beruhenden sozialen Verbände ablösen sollten. Im Sinne der Kompromißstruktur der Weimarer Demokratie mußte sich der Liberalismus mit der "Verankerung" der Räteidee in der Verfassung abfinden. Nicht zuletzt wegen des schwersten Problems, die Klassengesellschaft in eine angemessene politische Form zu bringen, brach hier ein großer Teil des Liberalismus mit alten politischen Traditionen.

V. Kapitel:

Die Struktur der liberalen Parteien

Die liberalen Parteien waren bis zur Revolution von 1918 keine mit einem Stab von Sekretären durchorganisierten Massenbewegungen mit straffer zentraler Leitung.¹⁾ Für die Kreise von "Besitz und Bildung" waren politische Parteien ebenso wie die Bewegung der politischen Ideen in dauernder Umwandlung begriffen. Die Grundlage des politischen Betriebs war die nebenberufliche Tätigkeit der Honoratioren - Professoren, Pfarrer, Lehrer, Ärzte, vermögende Kaufleute, Unternehmer, Landwirte, Rechtsanwälte - in den Ortsvereinen, die sich meist nur zu Wahlkreisverbänden zusammenschlossen. Die Zentrale einer Partei für das gesamte Reichsgebiet war eine Einrichtung mit geringen finanziellen Mitteln und ohne Befehlsgewalt. Parteiangestellte und Sekretäre leisteten sich allenfalls ein Wahlkreisverband oder die Berliner Zentrale zur Bearbeitung des rein Geschäftlichen, verweigerte ihnen aber alle politische Geltung. Für das politische Leben der Ortsvereine war das soziale Ansehen der Honoratioren bestimmend; denn die soziale Stellung sah man allgemein als Prädestination für eine politische Rolle an. Die Wählerschaft lebte in der Vorstellungswelt einer Zeit, in der das Selbstbewußtsein der proletarischen Massen noch kaum zum Klassenbewußtsein erwacht war und in dem Honoratiorentum die natürliche Vorherrschaft der sozial wie politisch führenden Schicht erblickte. Die politisch Interessierten dieser örtlichen Honoratiorenschicht trieben Politik nebenberuflich, setzten kollegial vor Parlamentswahlen jeweilige Programme fest und wählten nach ihren ständisch begrenzten Gesichtspunkten die Kandidaten für ihre Wahlkreise aus. Wahlreden wurden mit akademischer Weit-schweifigkeit angekündigt. Man bestellte meist keine Redner nach politischen oder agitatorischen Gesichtspunkten, sondern Leute mit besonderem, über die Ortsvereine hinaus verbreitetem Ansehen: Professoren, Geheimräte, Justizräte, Kommerzienräte usw. Die politische Diskussion hatte ihren Ort vor allem

in den zahlreichen Klubs und ständisch begrenzten Vereinen. Das mehr und mehr "Zunftartige" (Max Weber) dieser politisch aktiven Kreise war daher, daß Bildungsgrad, soziales Ansehen und die Zahl der Titel und akademischen Grade ausschlaggebend für die Bedeutung innerhalb der Honoratiorenkreise und damit für das politische Führertum waren. Politik war im Liberalismus Sache dieser ständisch abgeschlossenen Kreise, ihrer Beratungen und Kompromisse. Ein Führertum, das die Massen zu werben verstand, konnte in ihnen nicht aufkommen.

Der ins Parlament gewählte Abgeordnete trat dort mit Gleichgesinnten zur Fraktion als lockerer, sich oft auflösender und neubildender Gesinnungsgemeinschaft zusammen. Die Partei als politisch greifbare Institution begann im wesentlichen erst in der Fraktion des Parlaments. Diese Einrichtung hatte sich, zwar vielfach modernisiert, bis 1918 erhalten, wie die Leichtigkeit zeigte, mit der ganze Ortsvereine und Wahlkreisverbände des Liberalismus zwischen DDP und DVP wechselten oder sich zur Einheitspartei vereinigten. Die alten Fraktionen glichen ebenfalls "Honoratiorenzünften", die sich bei jeder Gesetzesvorlage unter sich einigten, d.h. solche Arbeit nicht Ausschüssen überließen, die peinlich jede Rede des vorgeschickten Fraktionssprechers vorher durchrezensierte und ihre parlamentarische Tätigkeit wesentlich als Nebenamt für kurze Sessionsperioden ansah. Zwischen Wahlkreis und Abgeordneten bestand noch ein unmittelbares Verhältnis; denn die Ortsvereine verfolgten kritisch die Politik ihrer parlamentarischen Vertreter, die kaum je durch Fraktionszwang gebunden, nach ihrem eigenen Gewissen handelten und sich vor ihrer Wählerschaft verantworten mußten.²⁾

Diesem "Honoratiorenidyll" entsprach die herrschende Auffassung von der Partei im politischen Liberalismus. Noch für Treitschke waren Parteien auf Grund dieser lockeren Gesinnungsgemeinschaft der Fraktionen nicht Ausdruck verschiedener sozialer Gruppen und Interessen, auch nicht Ausdruck bloß verschiedener politischer Temperamente, sondern Ergebnisse verschiedener Meinungen über den "Staatszweck".³⁾ Er sah später in dem zunehmend starrer gewordenen "heillosen

Fraktionswesen", das die Folge einer strafferen Parteiorganisation war, den Niedergang parlamentarischer Politik und der freien Ideenbewegung im Staatsleben. Diesem Parteibegriff waren die Begriffe "fortschrittlich" und "konservativ" als zwei das ganze politische Leben bestimmende Urgegensätze geläufig, während man schon Zentrum und Sozialdemokratie als ursprüngliche Minderheitenvertretungen oder Klassenrepräsentation als unnötig verurteilte.⁴⁾ Auch führende Politiker der FDP und DVP, wie Hugo Preuss, Rathenau und Wilhelm Kahl, hatten diesen Parteibegriff des älteren Liberalismus nicht aufgegeben, wenn sie auch der Übermacht der Klassenscheidung und der Übermacht der Organisation illusionslos gegenüberstanden. Parteien waren für Preuss wesentlich ideelle Gebilde, deren Organisation im weiten Lande staatsrechtlich unwichtig blieb und die ihre Bedeutung vor allem als parlamentarische Ideenträger hatten. Auch Rathenau sah ein Hauptziel darin, Parteien von ihren Klassenstandpunkten zu lösen und sie unabhängig von Interessen- und Wahlkreisgesichtspunkten für die Politik fähig zu machen.

Das Parteiprogramm war wegen dieser Unabhängigkeit der Abgeordneten von der Partei und der Eigenwilligkeit der Honoratioren ein dauerndes Streitobjekt liberaler Parteien.

"...Einmal soll es weit genug sein, um der Vielfältigkeit der Erscheinungen im öffentlichen Leben gerecht zu werden, nichts vergessen, was an sozialen, politischen, wirtschaftlichen Problemen vorhanden ist, auch weit genug, um über die allgemeine Marschrichtung hinaus keine so starke Bindung zu geben, daß sie im Einzelfalle zur Verlegenheit werde, aber doch wieder hinlänglich straff, um nicht allzusehr Allerweltcharakter zu besitzen."⁵⁾ Die DDP bestand schon über ein Jahr, ehe man sich auf dem 2. Parteitag im Dezember 1919 notdürftig über ein Programm einigen konnte, das auch dann noch unaufhörlich angegriffen wurde.⁶⁾

Dem Stilleben des alten liberalen Parteiwesens waren Erscheinungen wie der Aufstieg überragender Führerpersönlichkeiten durch die Parteiorganisation ohne das soziale Prestige der Honoratiorenkreise, die straffe Organisation einer zentral gelenkten Parteibürokratie und hauptberuflich von

der Politik lebende Führer fremd gewesen. Der ältere Liberalismus hatte nur die "festen Prinzipien" im Wechsel der politischen Tagesfragen. "Die Politik, die auf berühmten Namen fußt, statt auf klaren und festen Grundsätzen, ist des Teufels."⁷⁾ Die straffe zentrale Organisation der Sozialdemokratie wirkte bis zur Revolution nur abschreckend auf den Liberalismus. Schon 1910 schrieb Naumann, "...daß der Liberalismus der Vergangenheit als Idee groß und als Organisation schwach gewesen ist".⁸⁾ Nur spärlich fanden Preuss und Rathenau einmal ein Lob für die Organisation der Sozialdemokratie, die alle Verfolgungen überstanden hatte; meist sah man in ihr auch nach der Revolution nur eine "Leistung voller Fragezeichen".⁹⁾ Das liberale Beamtentum und die leistungsfähigen Berufe wehrten sich am längsten gegen eine gewerkschaftliche Organisierung. Am eindringlichsten warben noch die Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine für den Gedanken der liberalen Parteiorganisation. Doch wehrte sich die liberale Wählerschaft gegen eine politische Stellung der Partei- und Gewerkschaftssekretäre auch nach der Revolution. Man hielt die Routine der sozialdemokratischen Parteisekretäre in der Nationalversammlung für vorherrschend und sah damit die Politik in den Händen abhängiger Existenzen. Überzeugte Liberale wollten sich nicht organisieren lassen, weil durch die Organisation die Wirkung der "bloßen Zahl und Masse" übermächtig zu werden drohte.¹⁰⁾

Als erste brachen Max Weber und Naumann mit dieser Tradition. Max Weber erkannte schon lange vor der Revolution, daß das in den Vereinigten Staaten und seit Gladstone auch in England eingeführte caucus system mit dem "maschinenmäßigen" Parteibetrieb durch "Bosse", Wahlpropaganda und intensive Massenwerbung, durch einen Stab von zentral gelenkten Parteisekretären auch in Deutschland unausweichlich werden würde. Ausschlaggebend für die Auslese politischer Führer - so analysierte er 1919¹¹⁾ - ist nicht mehr die Bewährung im Kreise der Honoratioren, sondern das Vertrauen der breiten Massen. Die Partei wie die parlamentarischen Fraktionen müssen notwendig nach der Art des Verhältnisses von Führer und ~~Wahlgebiet~~ organisiert sein, auch wenn dadurch immer mehr

eine "geistige Proletarisierung" als gut diszipliniertem "Stimmvieh" des Führers heraufbeschworen wird. Das Entscheidende aber war für Max Weber, daß auch die Parlamentsfraktion nebensächlich wird gegenüber der zentralisierten Parteiorganisation, an deren Spitze der durch "charismatische Qualitäten" befähigte Führer steht. "...Das Wesen aller Politik ist...: Kampf, Werbung von Bundesgenossen und freiwilliger Gefolgschaft..."¹²⁾ Diese dem politischen Führer ergebene "Maschine" der Parteiorganisation wird der Ansatz zu einem Staat im Staate, der die militante Nebenorganisation der Parteibürokratie in seinem Kampf um Machtanteil immer mehr anschwellen läßt. Wenn Max Webers Parteibegriff auch eine radikale Abkehr von dem des älteren Liberalismus bedeutete, so fanden sich dennoch eine Menge liberaler Elemente in ihm. Dem politischen Aufstieg und Einfluß der Partei- und Gewerkschaftssekretäre, deren ökonomische Basis die Einkünfte ihrer organisatorischen Tätigkeit waren, indem sie zugleich von und für die Politik lebten, stand auch Max Weber äußerst mißtrauisch gegenüber.¹³⁾ Die Frage war für ihn daher, wie nach dem durch die Revolution notwendig gewordenen Ende der Honoratiorenpolitik eine Führungsschicht mit ökonomischer Unabhängigkeit und genügend geistiger Freiheit möglich sei. Er fand diese Schicht in Advokaten, Journalisten und Großrentnern, die durch den Besitz eines eigenen Büros und ihre Stellung außerhalb des wirtschaftlichen Interessenkampfes sich auch weitgehend unabhängig von der "Maschine der Parteiorganisation" zu halten vermochten.¹⁴⁾ Durch diese Unabhängigkeit sollte die Freiheit des politischen Urteils gewahrt bleiben trotz des zunehmend "gesinnungslos" werdenden Machtkörpers der Parteien, die fast blind dem Willen der Führer folgten.

Für die bürokratische und zentrale Organisation warben seit 1903 Naumann und Anton Erkelenz unermüdlich.¹⁵⁾ Der Mensch als Organisationswesen war ihnen eine Tatsache, der sich kein liberaler Grundsatz verschließen durfte. Die Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften wie Erkelenz

waren mit der Arbeiterorganisation vertraut und fanden sich am ersten zu dem Gedanken einer liberalen Parteiorganisation. Die Revolution von 1918 brachte zwar eine Flut von Neugründungen bei Verbänden, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften und nicht zuletzt organisierten Parteien, denen gegenüber der einzelne bedeutungslos zu werden schien, aber die liberalen Parteien vermochten auch jetzt nicht das alte Honoratiorenführertum zu beseitigen. Sie blieben auch dadurch wesentlich prädestiniert, als Bürgerparteien zu gelten, denen die Werbung breiter proletarischer Massen nicht gelang.

- - - - -

Die neue Zusammensetzung der Führerschaft zeigt eine Analyse der Berufszusammensetzung von Parteitage delegierten der DDP und DVP im Jahre 1919¹⁶⁾:

	Gesamtlibe- ralismus %	DDP %	DVP %
Lehrer, Rektoren, Schuldirektoren	18,5	19,9	16,5
Mittlere und untere Kommunal- und Staatsbeamte	11,0	10,7	11,4
Rechtsanwälte, Notare	9,9	10,5	9,1
Industrielle und leitende Direktoren	9,4	9,7	9,1
Höhere Kommunal- und Staatsbeamte	6,9	4,9	9,8
Selbständige Handwerker und Kaufleute	6,6	6,5	6,7
Redakteure, Schriftsteller	5,4	6,7	3,4
Professoren	4,7	5,1	4,1
Angestellte	4,2	4,4	3,9
Ingenieure, Architekten	3,4	3,3	3,4
Ärzte	2,3	2,1	2,6
Pfarrer	2,0	1,8	2,3
Gutsbesitzer und Landwirte	1,8	1,8	1,8
Arbeiter	1,0	1,1	1,0
Syndizi	0,9	1,1	0,8
Offiziere	0,5	0,4	0,8
Partei- und Gewerkschaftssekretäre	11,6	10,2	13,7

In den beiden liberalen Fraktionen der Nationalversammlung war die soziale Herkunft der Abgeordneten folgendermaßen:¹⁷⁾

	DDP	DVP
Höhere Kommunal- und Staatsbeamte	15	3
Rechtsanwälte, Notare	9	2
Gutsbesitzer, Landwirte	8	2
Gewerkschaftssekretäre	8	1
Redakteure, Schriftsteller	8	1
Mittlere und untere Kommunal- und Staatsbeamte	6	2
Industrielle und leitende Direktoren	6	1
Lehrer, Rektoren, Schuldirektoren	4	-
Professoren	2	3
Syndizi	3	2
Selbständige Handwerker und Kaufleute	2	1
Angestellte	2	-
Pfarrer	1	-
Arbeiter	-	1

Die alte Honoratiorenstruktur in dem verhältnismäßig hohen Anteil der Lehrer, Rechtsanwälte, Pfarrer, Professoren und der vermögenden Industriellen und Kaufleute ist noch unverkennbar. Nach der Revolution schien es zeitweilig so, als ob das Führungsprivileg im Liberalismus an Lehrer und Schuldirektoren (18,5 %) übergehen würde, gaben doch die Lehrer als geistige Häupter ihrer Heimatorte meist auch die politische Linie an. Neben dieser Honoratiorentradition aber zeichnet sich die neue Entwicklung ab. Man war mehr und mehr genötigt, das Standesbewußtsein des Mittelstandes zu beachten und zahlreiche Handwerker und Kaufleute sowie kleine Beamte (11 %), vor allem aber die Sekretäre der Beamten- und Angestelltengewerkschaften (ca. 8 %) in die Führungsschicht der Parteien und die Parlamentsfraktionen aufzunehmen, um alle diese Interessenten zu gewinnen. Aber dennoch gelang der Einbruch in die Angestelltenschaft, die die Masse des Mittelstandes stellte (4,2 %), nur unzureichend. Der Einbruch in die Arbeiterschaft aber scheiterte völlig (1 %), da ihr die für leitende Tätigkeit in den liberalen Parteien notwendige wirtschaftliche Abkömmlichkeit fehlte.

Mit der Revolution begann das Wettwerben um die Arbeiter-, Angestellten- und Beamten Gewerkschaften zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Die "Dreisäulentheorie" der Sozialdemokratie versuchte den "Arbeitnehmerstandpunkt" auch bei Angestellten und Beamten zu wecken, um alle Arbeitnehmer schließlich in einer Einheitsgewerkschaft mit drei Unterabteilungen zu vereinigen. Während der Liberalismus auf das besondere Standesbewußtsein der Angestellten und Beamten rechnete, das sich vom Proletariat abheben wollte, verbreitete sich der "Arbeitnehmerstandpunkt", durch die Revolution bedingt, vor allem in der Angestellten-schaft, so daß der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA) zur stärksten Angestelltengewerkschaft, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB) zur zweitstärksten Beamten-gewerkschaft anwuchsen. Die politischen Gegensätze der Weimarer Republik zogen nun mitten durch die Arbeitnehmerorganisationen ihre trennenden Linien und spalteten sie in einen sozialistischen, einen freiheitlich-nationalen (liberalen) und einen christlich-nationalen Block auf. Unter dem Leitwort freiheitlich-national suchte jedoch nur die DDP die Reste der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die demokratischen Angestellten im Gesamtverband der Angestellten (GdA) und einige kleine Beamten-gewerkschaften (zuerst den Allgemeinen Eisenbahner-verein - AEV) zu einigen, während die DVP sich christlich national orientierte und hier einen Kampf mit Zentrum und DNVP auszufechten hatte. Die organisierte Arbeitnehmerschaft verteilte sich folgendermaßen:¹⁸⁾

Arbeiter		%	Angestellte		%	Beamte
<u>sozialistisch:</u>						
ADGB	9 601 000	84,5	AfA	600 000	46,0	ADB 420 000
<u>freiheitlich-national:</u>						
Hirsch-Dunckers Gew. Ver.	248 000	2,2	GdA	270 000	20,7	Ring 50 000 dt. BV.

christlich-national:

Ges.verb.chr. Gewerksch.	1 077 000	9,4	Gedag	435 000	33,3	DBB 1 050 000 Bd.höh. Beamten 100 000
Gelbe Verb.	190 000	1,7				
Synd.-kommuni- st. Verbände	247 000	2,2				

Die Frage blieb vor allem für die DDP, ob der Ansatz zu einer Massenpartei, der sich nach den Januarwahlen von 1919 zeigte, erweitert werden konnte. Die Partei sollte nach dem Programm vieler ihrer Gründer alle Stände und Klassen umfassen. Die DVP wollte jedoch von Anfang an nichts sein als eine Bürgerpartei, die ihre Grundlage im selbständigen Mittelstand suchte.¹⁹⁾ Der "Bürgerblock", zu dem der Liberalismus seinen Teil beisteuern sollte, schien ihr die einzige Möglichkeit bei der drohenden sozialdemokratischen Mehrheit im neuen Staat. Aber auch in der DDP gab es Bestrebungen, die Partei von vornherein auf eine Mittelstandspolitik zu beschränken. Man wandte sich an das gesonderte Standesbewußtsein von Selbständigen, Angestellten und Beamten und gab die Werbung der Arbeiterschaft auf.²⁰⁾ Für die gegnerische Propaganda waren liberale Parteien durchweg Klassenvertretungen, und ihre Flugblätter karikierten sie durch wohlbeleibte Herren mit Zylindern, gestreiften Hosen und Monokeln, die neben ihren prallen Geldsäcken stehen. Konnte es der DDP gelingen, angesichts dieser öffentlichen Meinung den Weg des Liberalismus zur Klassenvertretung aufzuhalten? Nach der Revolution wurde immer wieder der Versuch gemacht, in alle Arbeitnehmergewerkschaften einzudringen. Den erfolglosen Kampf, den die liberale Bewegung der Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine jahrzehntelang gegen die sozialistischen Gewerkschaften geführt hatten, spiegelt es, daß diese liberale Arbeiterbewegung 1920 noch 2,2 % der organisierten Arbeiterschaft umfaßte. Diese orientierten sich

und ihr Vorsitzender Gustav Hartmann, sowie die Sekretäre Anton Erkelenz, Wilhelm Gleichauf, Paul Ziegler, Schnitzler, Varnholt und Flord waren Mitglieder der DDP und ihrer Parlamentsfraktionen. Am 22. Juli 1919 gelang es Gustav Schneider nach längeren Verhandlungen, einen Spitzenverband freiheitlich-national (liberal-demokratisch) orientierter Angestellter im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GdA) zu gründen. Seine führenden Sekretäre neben dem Vorsitzenden Gustav Schneider wie A. Hübner, Guggert, H. Schaper, später Ernst Lemmer waren ebenfalls Mitglieder der DDP. Sie sahen ihr Hauptziel in der Abwehr des durch den AfA verbreiteten "Arbeitnehmerstandpunkts" und in der Erhaltung eines gesonderten Standesbewußtseins unter den Angestellten.²¹⁾ In der Richtung der DDP orientierte sich in der Beamtenbewegung zuerst der Allgemeine Eisenbahnerverband unter seinem Vorsitzenden Oswald Riedel und schloß sich 1922 mit kleineren Beamtenverbänden zum Ring deutscher Beamtenverbände zusammen. Er blieb eine unbedeutende Minderheitenbewegung gegenüber dem "überparteilichen", aber dennoch rechtsorientierten Deutschen Beamtenbund (DBB). Die freiheitlich-nationalen Gruppen der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung schlossen sich auf einem Gründungskongress vom 27.-29. November 1920 in Berlin zum Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zusammen, auf dessen Wachstum die DDP große Hoffnungen setzte. Der Vorsitzende wurde der Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Gustav Hartmann. Die im Gründungsprogramm verkündete parteipolitische Unabhängigkeit sollte nach den Worten von Erkelenz "keine geistige Banalität" sein, sondern sich im Sinne der liberalen Demokratie gegen "Klassenkampf und Gleichmacherei" wenden.²²⁾ Bald darauf, am 10. Dezember 1920, wurde auf Betreiben von Erkelenz der Reichsarbeitnehmerausschuß der DDP auf deren 3. Parteitag gegründet, der eine Massenbewegung demokratischer Arbeitnehmer organisieren sollte. Das Dilemma seines Ursprungs zeigte sich schon in der Zusammensetzung des Ausschusses aus 8 Gewerkschaftssekretären, vornehmlich des GdA, 10 Angestellten und nur 2 Arbeitern.²³⁾ Der Reichsarbeitnehmerausschuß hat kaum Erfolge gehabt.

Das spärliche Leben einer Arbeitnehmer-, insbesondere einer Arbeiterbewegung, innerhalb der DDP zeigte schon im Gründungsjahr 1920, wie vergeblich alle Versuche des Liberalismus zur Durchbrechung der Klassengrenzen waren.

Die DVP konnte bei den im Gewerkschaftsring organisierten Gruppen keine Anhänger gewinnen und mußte sich an die im Gesamtverband christlicher Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und die im Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag) vereinigten "christlich-nationalen" Angestellten wenden. In der christlich-nationalen Arbeiterschaft hatte sie jedoch nur wenig Anhänger, obwohl wiederholt der Bergmann August Winnefeld (M.d.NV.) und der Gewerkschaftssekretär Georg Streiter (M.d.R.) als Führerpersönlichkeiten der DVP hervorgehoben wurden. Bedeutender dagegen war ihre Anhängerschaft im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV), der stärksten Gruppe innerhalb des 1919 gegründeten Spitzenverbandes Gedag, dessen Sekretäre Otto Thiel, Glatzel, R. Heidenreich, G. Winkler, E. Menth, E. Pegter und A. Enke den verschiedenen Parlamentsfraktionen der DVP angehörten.²⁴⁾ Die Angestellten in der DVP bemühten sich, die Linksbewegung der Angestelltenschaft zum AfA und zum GdA zu verhindern, insbesondere den Generalstreik als unlauteres Kampfmittel zu bekämpfen.²⁵⁾ Das Verhältnis zum Streikrecht bestimmte auch die Spaltungen in der Beamtenschaft, da der neugegründete ADB das Streikrecht der Beamten als notwendige Ergänzung des freien Koalitionsrechts forderte. Die DVP warb innerhalb des DBB für eine "Staatsgesinnung" der Beamtenschaft, die das Streikrecht ebenso wie die Kündigung ausschloß. Sie forderte ein Lohnniveau, das wesentlich über dem der Arbeiter liege, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen selbstbewußten Beamtenmittelstand zu schaffen.²⁶⁾ Die Verbundenheit der Rechtsparteien mit dem wirtschaftsfriedlichen Arbeitertum der "Gelben Verbände", die konsequent Streiks und Lohnkämpfe zugunsten einer "Betriebsgemeinschaft ablehnten, wirkte sich auch auf die DVP aus. Obwohl Stresemann und vor allem W. L. wegen der am 15. November 1918 gegründeten Arbeitsgemeinschaft

schaft die Ideen der Gelben Verbände ablehnten, nahmen einzelne Wahlkreisverbände der DVP Verbindung mit diesen Verbänden auf, so daß die "Gelben" Geisler und Adams in den Reichstag von 1920 gelangten. Jedoch trat Geisler schon 1922 als Hospitant zur DVP über, während außerdem die wirtschaftsfriedliche Bewegung der DVP mit 1,7 % der organisierten Arbeiterschaft kaum einen nennenswerten Anhang gebracht hat.²⁷⁾ Das Verhältnismahlrecht verstärkte in allen liberalen Wahlkreisverbänden die Psychose, möglichst viele Verbände verschiedenster Richtung zu gewinnen, indem man ihre Generalsekretäre auf die Wahllisten setzte. Aussicht war dazu im wesentlichen nur bei mittelständischen Verbänden wie den Angestellten- und Beamtenvereinigungen sowie bei Bauern- und Handwerkerbünden, die insgesamt das Bedürfnis hatten, sich ständisch vom Proletariat abzuheben und dieses parteipolitisch durch Wahl der liberalen Parteien zum Ausdruck zu bringen. Es wurde so das Schicksal des Liberalismus in der Weimarer Republik, immer mehr als Interessenbewegung des Mittelstandes zu gelten und schließlich seine durch Inflation und Wirtschaftskrise radikalisierte Wählerschaft an den Nationalsozialismus zu verlieren.

Es bleibt noch ein Blick auf die Arbeitgebervereinigungen und die Bünde des selbständigen Mittelstandes in ihrem Verhältnis zu den liberalen Parteien zu werfen. DVP und DDP glaubten als Vertreter der Gruppen selbständiger Handwerker und Kaufleute auf eine Gesetzgebung zugunsten der "Erhaltung des Mittelstandes" drängen zu müssen. Als Mittel dazu galten Kreditorganisationen, Schutz der Pensionäre bei der Vermögensabgabe, bevorzugte Rohstoffzuteilung für Handwerker, staatliche Sammelaufträge für deren Organisationen, und Verhütung einer Kommunalisierung der städtischen Bedarfsbetriebe.²⁸⁾ Ein großer Teil des Bauerntums, vor allem in Südwest- und Westdeutschland war ebenfalls liberal gesinnt. Die DDP übernahm nach der Revolution einen führenden Vertreter der ehemals nationalliberalen Bauernschaft in dem oldenburgischen Gutsbesitzer Wachhorst de Wente (M.d.NV.),

doch blieb mit den Abgeordneten Dusche und Reineke der größte Teil dieser Bauernschaft weiterhin bei der DVP. Die im Deutschen Bauernbund (Vorsitzender Böhme), der 1909 gegründeten Gegenbewegung gegen den konservativen Bund der Landwirte, organisierten Bauern bekannten sich nach der Revolution zur DDP,²⁹⁾ während die DVP in dem 1919 gegründeten Deutschen Landbund viele Anhänger hatte. Ein Einbruch in die konservativ orientierte Bauernschaft des östlichen Preußen gelang dem Liberalismus auch nach der Revolution nicht, und vielfach war dort der Landlehrer der einzige Demokrat unter Pfarrern, Gemeindevorstehern, Gutsbesitzern und Landarbeiterschaft.³⁰⁾

Zu den Spitzenverbänden der Unternehmerschaft hatte vor allem die DVP nahe Beziehungen. Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände hatten führende Vertreter in der DVP. Stresemann hatte nach 1902 den Verband sächsischer Industrieller vorbildlich organisiert und war später führender Kopf des Bundes deutscher Industrieller, dem Spitzenverband der verarbeitenden Industrie. 1919 bekannte sich der Verband sächsischer Industrieller durch seinen Geschäftsführer Rudolf Schneider zur DVP.³¹⁾ In den schwerindustriellen Syndikaten Westdeutschlands, die nach der Revolution im Zentralverband deutscher Industrieller organisiert waren, hatte die DVP in Stinnes, Vögler und Sorge drei führende Vertreter. Der DDP gelang die Verbindung zu den Spitzenverbänden der Unternehmer nicht, wie sie auch kaum führende Industrielle in ihren Reihen zählte.³²⁾ Die 1919 von Heinrich Brückmann organisierten Deutschen Wirtschaftskongresse sollten eine aktive Auseinandersetzung der Verbände des selbständigen Mittelstandes mit dem Problem der Räteverfassung im Wirtschaftsleben anbahnen. Die Deutschen Wirtschaftskongresse sammelten die Reste des ehemaligen Hansabundes, dessen Präsident J. Riesser zur DVP übertrat und in die Nationalversammlung gewählt wurde, den Reichsverband des deutschen Handwerks, den Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft und die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels. Dieser Spitzenverband wandelte sich 1920 in den lockeren Zentral-

ausschuß der Unternehmervverbände um. Die verschlungenen parteipolitischen Verhältnisse konnten von Wahl zu Wahl in diesen Verbänden wechseln. Insbesondere nach der Wahl vom 6. Juni 1920 verlor die DDP ihre ohnehin geringe Anhängerschaft in den Mittelstandsverbänden an die DVP.

Die Gesamtwählerschaft der DDP ließ sich im Jahre 1919 auf zwei Millionen Angestellte und Arbeiter (etwa im Verhältnis 5 : 1), eine Million Handwerker, Kaufleute und Industrielle, eine Million Bauern und eine Million Beamte, Rechtsanwälte, Lehrer, Professoren u.ä. schätzen.³³⁾ Ähnlich ist die Zusammensetzung der DVP gewesen, nur daß der Anteil der gehobenen Beamten wesentlich größer war.

— — —

Die von Max Weber als typisch für die liberalen Parteien geschilderte Honorationenstruktur der Führerschaft war schon während der Revolution wesentlich durchbrochen durch das Eindringen der Verbandssekretäre in Ortsvereine und Parlamente. Man glaubte, wegen der sich unaufhaltsam verringern- den liberalen Wählerschaft auf solche Werbemittel nicht verzichten zu können, obwohl die Abhängigkeit und die Klassenstruktur der Parteien offensichtlich wurde. Vielfach war auch in den Wahlkämpfen der Republik die Organisation der befreundeten Verbände die Hauptstütze der liberalen Parteien, die keine straffe Parteiorganisation hatten. Der Mangel einer solchen Parteiorganisation zeigte seine Auswirkungen zum ersten Male bei der großen Wahlniederlage der DDP am 6. Juni 1920: "Der ganze Wahlkampf wird etwas anderes, es wird ein Kampf mit allen möglichen Mitteln der Reklame und einem ungeheuren Aufwand von Kapital. Die ganze Wahlmaschine ist plötzlich neuzeitig geworden. Wir aber sind hineingegangen in den Wahlkampf mit den alten Methoden."³⁵⁾

Die alten Parteiorganisationen, die die DDP und DVP übernommen hatten, kannten vor allem keine machtvollen Parteizentralen mit finanziellem Rückhalt und einem Stab von Sekretären. So spielte sich das politische Leben auch nach der Revolution vor allem in den Ortsvereinen unter Leitung ehrenamtlicher, begüterter Persönlichkeiten ab, die eine

Massenagitation und verstärkte Propaganda auch in der Demokratie als unwürdig ablehnten. Ein kontinuierlicher politischer Betrieb zwischen den Wahlen war nur bei der liberalen Presse zu finden.

Bei der Gründung der DDP sollte durch einen neuen Aufbau der zentralen Gewalten mit ^{die-}der Tradition gebrochen werden.³⁶⁾

Der Parteitag war traditionsgemäß das oberste Organ der Partei für Beschlußfassung und Resolutionen und konstituierte sich aus den Wahlkreisvertretern und den Abgeordneten der Parlamente. Daneben bestand als Organ der Exekutive ein Parteiausschuß aus rund 200 Mitgliedern. In der DVP war dieses der Zentralvorstand, der sich aus Vertretern der Wahlkreise, der Parlamentsfraktionen und der liberalen Presse zusammensetzte. Der "Vorsitzende" der Partei wurde vom Parteitag gewählt, und als solcher in der DDP ziemlich rasch durch einen anderen ersetzt. Diesem wenig hervortretenden Haupt der Partei stand in der DDP ein "Vorstand" von 11 Berliner und 11 Reichsvertretern zur Seite, in der DVP ein "Geschäftsführender Ausschuß" mit 32 Mitgliedern.³⁷⁾

Der Revisionsausschuß der DDP war das Organ des Parteitages zur Kontrolle und Überwachung des Vorstandes. Eine Reihe von Ausschüssen für alle Bereiche des politischen Lebens wurden vom Parteiausschuß bzw. vom Zentralvorstand konstituiert. Im ganzen war die DVP straffer organisiert und näherte sich unter Stresemanns Leitung dem Typus einer Führerpartei, die in allen wichtigen Entscheidungen dem Urteil des Vorsitzenden folgte. Stresemanns Autorität wäre in der DDP nicht möglich gewesen, da dort der häufige Wechsel der leitenden Persönlichkeiten - den Vorsitz hatten 1918/19 nacheinander Alfred Weber, Fischbeck, Naumann und Petersen inne - als besonders demokratisches Moment angesehen wurde. Bestrebungen in der DDP, die eine "monokratische Exekutive" und eine größere Popularität der Führer verlangten, konnten sich nicht durchsetzen.³⁸⁾ Die demokratischen Parteitage boten im Gegensatz zu dem straffen Ablauf der Parteitage der DVP meist das Bild eines unüberbrückbaren Gegeneinanders, das keine zentrale Autorität überbrücken konnte

Der Mangel der Organisation bestand vor allem darin, daß die verschiedenen Ortsvereine fast unverbunden nebeneinander herliefen und sich nur zum Teil zu Wahlkreis- oder Landesverbänden vereinigten. Die Wahlkreisverbände verhandelten selbständig mit den Interessenverbänden und setzten deren Kandidaten auf die Wahllisten. Nationalliberale Splittergruppen gingen schon 1919 Wahlbündnisse mit der Rechten ohne Wissen der Berliner Zentrale ein. Die Mitgliederbeiträge als Grundlage der Parteifinancen und die Zuschüsse von Interessenten gelangten nur zum kleinsten Teil an die Berliner Zentralen, deren finanzielles Rückgrat deshalb traditionsgemäß die offen eingestandenen Wahlzuschüsse³⁹⁾ der Verbände und der Industrie waren. In der DDP versuchten Naumann und Erkelenz durch ein strenges Abgabensystem die Zentrale zu finanzieren, indem sie zunächst 1, später 6 Mark je Mitglied und Jahr für die Zentrale verlangten. Der Parteitag von 1920 gewährte 4 Mark je Mitglied bei einer Mitgliederzahl, die längst den Stand von 900 000 im Sommer 1919 unterschritten hatte.⁴⁰⁾ Dieses neue finanzielle Rückgrat sollte vor allem zum Aufbau eines Stabes von zentral gelenkten Parteisekretären dienen. Parteisekretäre waren dem bisherigen Liberalismus nicht fremd gewesen, doch standen sie meist im Dienst einzelner Geldgeber der Partei, von denen sie besoldet wurden, oder kamen hier und da in einem Wahlkreis vor. Die Partei hielt solche Existenzen für Wurzellose oder gescheiterte Akademiker und verweigerte ihnen jede Aufstiegsmöglichkeit, weil für liberales Denken zur parteipolitischen Tätigkeit eine unabhängige und selbständige Stellung gehörte.⁴¹⁾ Naumann und Erkelenz forderten für jeden Wahlkreis mindestens vier von der Zentrale gelenkte und besoldete Sekretäre zur einheitlichen, zentral geführten Wahlpropaganda.⁴²⁾ Die DDP zählte jedoch 1920 für das gesamte Reichsgebiet nur 118 Sekretäre, auf denen die wachsende Last des Geschäftsbetriebs lag. Eine machtvolle Parteizentrale sollte in Zukunft ein einheitliches Wahlschrifttum herausgeben, Kurse für Sekretäre und Politiker einrichten, Aufgaben an die Einzelinstanzen und Ortsvereine verteilen und nach und nach alle lokale Eigenmächtigkeit beseitigen.

Der in Fragen der Organisation unermüdliche Erkelenz ersann immer neue Methoden der Werbung, der Verbindung mit Vereinen und Aufstiegsmöglichkeiten für den verachteten Beruf der Sekretäre.⁴³⁾ Auch die DVP fand sich nur widerstrebend zu der Einrichtung der Sekretäre, wenn man sie auch schließlich als unvermeidlich anerkannte.⁴⁴⁾

Dem Leben der liberalen Parteien waren Erscheinungen wie militante Nebenorganisationen, Massenumzüge zur Demonstration von Macht und Riesenversammlungen während der Zeit der Weimarer Republik fremd. Man hatte dem Betrieb der wachsenden totalitären Parteien nichts Zugkräftiges entgegenzusetzen. Der Aufbau einer Partei mit geschäftsmäßig rationalem Betrieb und dem zentral gelenkten Berufsbeamtentum der Parteisekretäre schien ein Widerspruch zum liberalen Begriff der Politik; denn es war nicht nur das Ressentiment der Ortsvereine, das sich gegen die durch Sekretäre und Finanzen anwachsende Macht der Zentralen sträubte.⁴⁵⁾ Liberales Denken wehrte sich auch gegen den Typus einer "Plattformpartei", die bewußt auf eine weltanschauliche Fundierung verzichtete, um sich als "Gefolgschaft" um einen Führer zu scharen in sachlich entschlossenem Anfassenden der Gegenwartsaufgaben.⁴⁶⁾ Das Parteileben schien unlösbar verbunden mit dem Ringen um Welt- und Staatsauffassung, und dazu erwiesen sich die Honoratiorenversammlungen weit geeigneter als der mechanische Betrieb einer bürokratisierten Massenpartei. Mit dem Aufstieg der totalitären Parteien in der Weimarer Republik brach eine fremde Welt in das liberale Bürgertum, der sie schließlich zum Opfer fallen sollte.

Schluß:

Die Krise des Liberalismus und die Struktur der Weimarer Republik

Die deutsche Revolution von 1918 war keine jener historischen Krisen, die mit elementarer Gewalt die überkommenen staatlichen Formen zerbrechen, weil hinter ihnen die stärkere Idee eines neuen Staatswesens gestanden hätte. In der revolutionären Bewegung der Massen und dem "Ruf nach den Räten" lebte für das liberale Bürgertum jener zerstörende Drang nach der "action directe", der mit der kapitalistischen Wirtschaft auch die alte Gesellschaftsordnung zerstören wollte. Die Revolution drohte so jenen Untergang der bürgerlichen Welt und ihrer Kulturwerte heraufzubringen, den eine neue proletarische Lebensordnung nach sich ziehen mußte. Sie war für das liberale Bürgertum eine bloß destruktive Gewalt nicht nur in der Notlage des Staates beim Kriegsende und dem bleibenden äußeren Druck, sondern vor allem für die staatliche Form, die bisher die revolutionären Kräfte gebannt hatte. Dieses liberale Bürgertum glaubte nicht an eine künftige klassenlose Gesellschaft in einem Rätestaat, sah aber dennoch die Stunde seiner alten gesellschaftlichen Vorherrschaft gekommen.

Alle diejenigen, die sich um die 1918 neugegründeten liberalen Parteien zusammenfanden, suchten nach Mächten, die zur Überwindung der Revolution fähig waren. Die Geste der Abwehr gegen alles Neue war typisch für die liberalen Parteien, während sich die Nationalliberalen einen Mythos vom Glanz des alten Staates schufen, der sich von den Wirren der Gegenwart abhob. Die Revolution scheiterte bei der Liquidation des alten Beamtentums, der preußischen Hegemonie und des alten Offizierskorps, weil das Bürgertum sich wehrte gegen alle revolutionären Experimente. Der Liberalismus stand der Demokratie, abgesehen von einer demokratischen Minderheit der alten Fortschrittspartei, völlig undoktrinär gegenüber. Der Weg des Bürgertums zum neuen Staat war vor-

gezeichnet durch jene Idee von der "konservativen Demokratie", mit der Ernst Troeltsch 1919 eine Macht zur Erhaltung der alten Ordnung und Kultur im drohenden Umsturz gefunden zu haben glaubte. Diesem Bürgertum war der Fortschritts-optimismus Hugo Preuss' ganz fremd, mit dem dieser eine Beruhigung der revolutionären Unruhe der Massen in einem demokratischen Staat erwartete. Max Webers Weg zur Demokratie war ein jahreslanges Suchen nach Mächten, die die moderne Massengesellschaft wieder in eine krisenlose staatliche Form bringen konnten. Er fand in dem Grundgesetz der cäsaristischen Führerauslese in der Massengesellschaft jene allein noch mögliche Form der Demokratie, die einen Bruch mit der gesamten politischen Tradition des Liberalismus im 19. Jahrhundert bedeutete. Seit dem Aufkommen der Massenpsychologie vor der Jahrhundertwende war jene doktrinär-demokratische Minderheit im Liberalismus kleiner und kleiner geworden, die mit ihrem Begriff des Volkes die Politik als Frage der Erziehung und Reife und die Demokratie als Fortschritt zur geistigen und sittlichen Veredlung betrachtete. Die Auseinandersetzung liberalen Denkens mit der Demokratie war in der Revolutionszeit frei von jenem Fortschritts-optimismus des älteren deutschen Liberalismus, sondern suchte lediglich die Macht der Massen nach der Aufhebung der Wahlrechtsbeschränkungen und dem Sturz der Monarchie zu beschränken und unschädlich zu machen. Ob diese Überwindung im Kompromißgedanken einer "konservativen Demokratie" oder im Cäsarismus einer Führerdemokratie gesucht wurde, stets waren die liberalen Parteien die Mächte, die die revolutionäre Bewegung der Massen hemmen und von der alten Ordnung das Lebensfähige retten wollten.

Der Versuch, die revolutionäre Massengesellschaft wieder in eine staatliche Form zu bringen, wie die Verfassungsentwürfe von Hugo Preuss und Max Weber, zeigte, wie die alte liberale Forderung nach Freiheit der persönlichen Lebensgestaltung durch die Beschränkung der staatlichen Macht in Wirtschaft und Kultur immer aussichtsloser wurde in einer zunehmend totalitären Lebensordnung. Schon für das Krisenbewußtsein Jakob

Burckhardts war es eine der bedenklichen Erscheinungen, daß die Staatsform als solche im Kampf der modernen Parteien immer diskutabler zu werden schien. Beide Ansätze des Liberalismus zur Demokratie, die sich schließlich der Räteverfassung überlegen erwiesen, waren verzweifelte Versuche, den Massen die verlorene lebendige Anschauung vom Staate zurückzugeben. Die parlamentarische Demokratie machte den Versuch, in der "entradikalisierenden Luft" des Parlaments die sozialen Gegensätze noch einmal vor der Katastrophe des Bürgerkrieges zu Ausgleich und Koalition zu zwingen. Der Gedanke der präsidialen Demokratie wurzelte bei Max Weber in jenem Wissen um den Cäsarismus der Massengesellschaft, der die einzige ihr angemessene politische Form werden mußte. Es mußte jedoch die Frage bleiben, welche dieser Verfassungen sich in der Weimarer Republik durchsetzen würde, und diskutabel ist die Verfassung der Weimarer Republik bis an ihr Ende geblieben. Parlamentarische wie präsidiale Demokratie boten keinen Schutz gegen die permanente Revolution in Staat und Gesellschaft, so daß nach der Befestigung der Demokratie auch die Furcht des liberalen Bürgertums vor den Mächten der Revolution nicht gebannt war, und es sich immer mehr autoritärer Denkart annäherte. Mit der alten sozialen Vorherrschaft aber schwand auch der Liberalismus als Idee dahin, da alle Versuche der neuen liberalen Parteien zur Erfassung der proletarischen Massen in der Revolutionszeit gescheitert waren. Die Abwehr der sozialistischen "Flut", die die bürgerliche Welt in ihrer Existenz bedrohte, hat die Gegensätze zwischen den Klassen trotz der Weimarer Koalition noch verschärft.

Mit der Revolution begann der unaufhaltsame Niedergang der liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Die oft erneuerten Versuche des deutschen Liberalismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, die proletarischen Massen wieder für die liberale Idee zu gewinnen, waren gescheitert. Jetzt gingen liberale Parteien dazu über, sich bewußt als bürgerliche Bewegung in einem sozialistischen Staate zu verstehen. Der Versuch der DDP, sich zur klassenintegrierenden Massenpartei zu entwickeln, mußte schon 1920 als gescheitert betrachtet

werden. Der Liberalismus wurde langsam in die Rolle einer Ideologie des bürgerlichen Mittelstandes hineingedrängt, der durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des modernen Staates von Dezimierung und Untergang bedroht war. Mittelstandspolitik und Mittelstandsvertretung machten die liberalen Parteien in der Weimarer Republik so krisenempfindlich, wie es dieser Stand nach Inflation, Steuerbelastung und Wirtschaftskrise war.

Das Ringen um Welt- und Staatsauffassung im älteren Liberalismus innerhalb der Honoratiorenführerschicht ließ jene Tradition seiner Parteien entstehen, die sich wehrte gegen eine straffe Organisation und jenen Staat im Staate, den die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten darstellte. Die liberalen Parteien versäumten mit der Einführung der Demokratie die notwendige Revolution in der Parteiorganisation und hatten dem unaufhaltsam anwachsenden Parteiapparat, den Parteiarmeen, den Massenaufmärschen und den Werbungsmitteln der totalitären Parteien nichts entgegenzusetzen. Sie konnten auch jene Auffassung nicht verhindern, die sich in der öffentlichen Meinung ausbreitete, daß die politische Integration der Klassen nicht durch liberale Mittelstandsbewegungen, sondern nur durch wachsende Macht der totalitären Bewegungen zu erreichen sei.

Die "Tragödie des deutschen Liberalismus" war ein wesentlicher Grund für die Kette von staatlichen Krisen, die die Weimarer Republik seit ihrer Entstehung erschütterten. Der Ansatz zu einer liberalen Massenbewegung des Ausgleichs, die die tragende Kraft des neuen Staates hätte werden können, erwies sich schon 1920 als Illusion. Der Abfall der liberalen Wählerschaft nach rechts war nicht mehr aufzuhalten. Der Liberalismus, der durch Weltanschauung und Tradition der stärkste Wall gegen das Totalitäre bedeutete, begann seit 1920 parteipolitisch zu zerfallen und den Staat mehr und mehr an jene Mächte auszuliefern, die ihn schließlich zerstören sollten.



A n m e r k u n g e n

Einleitung

- 1) Seit Hegel und Lorenz von Stein ist in Deutschland die Lehre der Scheidung von Staat und Gesellschaft in immer neuen Variationen wiederholt worden, die man deshalb nicht als spezifisch liberal betrachten darf.
- 2) So W. Kahl, Der Liberalismus der DVP, in: Volk und Reich II, S.100
- 3) Vgl. A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S.306 ff. und pass.
- 4) zitiert nach H. Graf Kessler, Walther Rathenau, S.286
- 5) Vgl. dazu L. von Wiese, Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft, S.42: "Ein entsetzlicher Götze wird aufgerichtet: Die Gesellschaft. Ihre Tyrannei ist um so unerträglich, als sie nicht auf Willkür und menschlichen Unvollkommenheiten beruht, die als solche anerkannt sind, sondern mit dem Anspruche höchster sittlicher Vollkommenheit und wahrer Freiheit auftritt, also das Gewissen aufs fürchterlichste knebelt. Eine Minderheitsvertretung gegen den Mehrheitswillen oder ein persönlicher Geltungsbereich ist nicht vorhanden. Irgendwelche Eigenart, Mannigfaltigkeit und Selbständigkeit kann gegenüber der schrecklichen Uniformität nicht bestehen."
Vgl. auch G. de Ruggiero, Geschichte des Liberalismus in Europa, S.360 ff.
- 6) Vgl. Th. Schieder, Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, H.Z. 177, 1954, S.49 ff
- 7) Wesen und Wandlungen der Freiheitsidee im politischen Denken der Neuzeit, in: Vom sittlichen Problem der Macht, S.118 - Auch G. Ritter sieht, wie L. von Wiese, den eigentlich demokratischen Gedanken (verkörpert in Rousseaus "Contrat Social") in der staatlichen Omnipotenz, der Neigung zur Legitimierung eines Diktators durch die volonté generale und der politischen, sittlichen und religiösen Gleichschaltung. Die liberale Idee hingegen wurzele in der Sicherung der Menschenrechte, einem Maximum individueller Freiheit, dem rechtsstaatlichen Denken und der Harmonie der Einzelinteressen ohne höheren Eingriff.
- 8) Th. Schieder, Das Verhältnis von polit. und gesellschaftl. Verfassung, H.Z. 177. 1954, S.63 "Im Jahre 1919 hat in Deutschland die liberale Idee des parlamentarischen Verfassungsstaates über den sozialrevolutionären Diktaturgedanken gesiegt."
- 9) Eine Zusammenfassung der älteren Argumente gibt R. Pilot, Das parlamentarische System, S.37-57.
- 10) Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S.20 ff.

- 11) Die Auflösung des modernen Staates, S.24 ff und Die Krisis der europäischen Demokratie, S. 15 ff, 81 ff
Vgl. auch J.J. Ruedorffer, Die drei Krisen, S. 41 ff
- 12) Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, S.140ff
- 13) Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Polit. Schriften, S.201
- 14) Dazu G. Leibholz, Die Auflösung der liberalen Demokratie, S.54 ff - A. Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens, S.138 f
- 15) G. de Ruggiero, Geschichte des Liberalismus, S.410 ff, sieht das Problem vor allem darin, daß eine liberale Partei nicht indirekt den historischen Materialismus des Marxismus bestätigen könne, indem sie sich bewußt als Klassenpartei des Bürgertums ausgibt.
- 16) Auch das Buch von Fr. C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, sucht Ursachen für das Aufkommen des Nationalsozialismus und den Sieg des totalitären Staates im Versagen des deutschen Liberalismus. S.7 f. Sein Interesse ist jedoch einseitig auf imperialistische Konzessionen (Nau- mann, Rohrbach), Nietzschenachfolge, Heldenverehrung und autoritäre Tendenzen innerhalb des neueren Liberalismus gerichtet. Er sieht dagegen nicht, daß das Massenproblem und das Spannungsverhältnis zur Sozialdemokratie vor allem in der Zeit der Weimarer Republik weit dringlicher war.

Parteien und Politiker

- 1) Die Entstehung der DVP, S. 4 f - Vgl. auch H. Schacht, 76 Jahre meines Lebens, S.189 ff
- 2) Vgl. den Aufruf der Fortschrt.Volkspartei, Fkf.Ztg. 14.11.1918 - A. Etschelt, Das Bürgertum und der Neuaufbau, Voss.Ztg. 15.11.1918
- 3) Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, III. S.16
- 4) Vgl. A. Weber, Die neue demokratische Partei, Berl.Tagebl. 17.11.1918 - Th. Wolff, Die große demokrat.Partei, ebd. 16.11.1918
- 5) Die Entsteh. der DVP, S.5 ff
- 6) E. Leidig, Der Übergang von der Nationallib.Partei zur DVP, in: Dt.Aufbau, S.7 ff
- 7) Die Entsteh. der DVP, S.8 - Köln.Ztg. 22.11.1918
- 8) Rathenau, Nachgelassene Schriften, I. S.72-80
- 9) Rathenau, Gesammelte Reden, S.27-38, u. Polit.Briefe, S.215 ff - H. Graf Kessler, Walther Rathenau, S.269 f
- 10) abgedruckt bei H. Graf Kessler, Rathenau, S.270
- 11) Tägliche Berichte über die Gruppenentwicklung in der Fkt. Ztg.
- 12) Z.B. An die Nationalliberalen - Ein Mahnruf, Köln.Ztg. 20.11.1918
- 13) Köln.Ztg. 26.11.1918 - Die Entsteh. der DVP, S.12 f
- 14) ebd. S.12 ff - E. Leidig, Parteigeschichtliches zur Gründung der DVP, in: Dt.Stimmen 31. 1919, S.117 ff - Stresemann, Material zur Parteigeschichte, ebd. S.71 ff - Von demokratischer Seite: O.Nuschke, Wie die DDP wurde... in: Zehn Jahre deutsche Republik, S.24-41
- 15) Liste der Übertretenden bei J. Rathje, DVP oder DDP? S.13f
- 16) Voss. Ztg. 14.1.1919
- 17) Material zur Parteigesch., in: Dt.Stimmen, 31.1919, S.71ff Seine Verteidigung gegen den Zusammenhang mit der westf. Gruppe, ebd. S.74 ff - Friedbergs Verteidigung, Fkf.Ztg. 15.1.1919
- 18) R. Fhr. von Rheinbaben, Liberale Politik im neuen Reiche, S.9 ff, schrieb noch 1928, daß der Liberalismus im Jahre 1918 allein durch die DVP gerettet worden sei.
- 19) Die Entsteh. der DVP, S.14 ff - E. Leidig, Der Übergang von der Nationalliberalen zur DVP, in: Dt.Aufbau, S.7-15
- 20) Hieber, Württemberg u. Glockner, Baden, in: Zehn Jahre deutsche Republik, S.196-205
- 21) Vgl. G. Hohmann, Was will die Deutsche Volkspartei in Bayern?

22) Salomon, Die deutschen Parteiprogramme, III. S.18

23) ebd. S.47

24) Die folgende Übersicht zeigt die Verschiebung des Stimmanteils in den einzelnen Wahlkreisen bei den Wahlen zur Nationalversammlung und den ersten Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, und zwar beide Male in der Wahlkreiseinteilung von 1920. Der liberale Gesamtanteil ist wegen der verschiedenen Wahlbündnisse der DVP für 1919 nicht genau feststellbar. Quelle: Statistik des deutschen Reiches, Bd. 291, I. S. 4-5, 95-97, - Vgl. auch H. Striefler, Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen, S. 42 f, 81.

Stimmanteil der liberalen Parteien in den einzelnen Wahlkreisen in %.

Wahlkreis	DDP		DVP		Gesamtlib.	
	1919	1920	1919	1920	1919	1920
Ostpreußen	19,1	-	7,3	-	26,4	-
Berlin	16	7,1	5,6	14,1	21,6	21,2
Potsdam II	21	10,5	10,8	21,7	31,8	32,2
Potsdam I	20,8	7,6	7,6	17,2	28,4	24,8
Frankfurt/Oder	21,4	9,5	3,3	15,7	24,7	25,2
Pommern	21,7	4,5	10,9	19,7	32,6	24,2
Mecklenburg	30,3	9,5	4,4	15,8	34,7	25,3
Breslau	15,6	6,4	-	11,1	15,6	17,5
Liegnitz	26,8	12,7	-	13,7	26,8	26,4
Oppeln	7,1	-	-	-	7,1	-
Magdeburg	25,4	13,7	3,2	14,4	28,6	28,1
Merseburg	24,2	10	2,7	14,3	26,9	24,3
Thüringen	21,7	8,3	16,6+)	13,9	(21,7)	22,2
Schleswig-Holstein	27	-	7,6	-	34,6	-
Hamburg	26,3	17,4	11,7	15,1	38	32,5
Weser-Ems	26,7	12,5	9,9	22,5	36,6	35
Ost-Hannover	15,4	6,1	7,6	13,1	23	19,2
Süd-Hann.-Brschw.	13,4	5,3	8,2	20,6	21,6	25,9
Westfalen-Nord	9,8	4,8	6,6	12,5	16,4	17,3
Westfalen-Süd	10	5,1	15,3+)	16,3	(10)	21,4
Hessen-Nassau	22	10,2	6,6	16,2	28,6	26,4
Hessen-Darmstadt	19	10,8	12,4	16	31,4	26,8
Köln-Aachen	7,8	4,1	3,4	9,1	11,2	13,2
Koblenz-Trier	18,3	3	-	12,7	18,3	15,7
Düsseldorf-Ost	12,2	5,1	15,5+)	14,2	(12,2)	19,3
Düsseldorf-West	7	4,7	9,4	12,1	16,4	16,8
Oberbayern-Schwaben	11,1	5,6	-	6,6	11,1	12,2
Niederbayern-Obpfz.	5,4	3,6	-	2,6	5,4++)	6,2
Franken	20,4	12,5	0,3+)	2,9	(20,4)	15,4
Pfalz	13,9	8,9	20,3	28,9	34,2	37,6
Dresden-Bautzen	18,4	11	10,6	19,6	29	30,6
Leipzig	28,7	8,4	-	20,9	28,7	29,3
Chemnitz-Zwickau	21,4	7,7	-	16,1	21,4	24,8
Württemberg	25,0	14,3	-	3,8	25	18,1
Baden	21,5	12,3	-	6,8	21,5	19,1
Gesamtreich	18,6	8,3	4,4	13,9	23	22,2

+) zusammen mit der DNVP

++) zusammen mit dem Nationalverein Essen

+++) Bayrische Mittelpartei

- 25) G. Bäumer, Lebensweg, S.354 f
- 26) Vgl. E. Stadtlter, Als Antibolschewist 1918/19, S.54 ff, 123. Der Liga gehörten neben Naumann auch die Demokraten E. Troeltsch, A. Grabowsky und Graf Bernstorff an. Stadtlters spätere, von den Demokraten abgelehnten Pläne enthielten hauptsächlich: Auflösung der alten Parteien, neuer Aufbau des Staates in sozialorganisatorischer Gliederung, d.h. nach Berufsständen, gipfelnd in einem Ständeparlament, neben dem sich ein neues Parteiparlament konstituiert. Als Exekutive hielt Stadtlter die revolutionäre Diktatur eines parteifreien Mannes, als der ihm zunächst Noske, dann Stinnes geeignet erschienen, für notwendig. Der Bruch mit seinen Geldgebern erfolgte Ende März 1919, Stadtlter setzte jedoch seine Tätigkeit fort durch die Gründung der Zeitschrift "Das Gewissen" und den Beitritt zum Kreise Gleichen.
Vgl. auch: Die Diktatur der sozialen Revolution, S.92 ff
- 27) Th. Heuss, Friedrich Naumann, S.453 f
- 28) Rohrbach, Deutsche Demokratie, in: Dt. Politik, 4.1919 II. S.771 ff; Demokratie, ebd.5. 1920 I. S.515 ff
- 29) Die beiden führenden Kandidaten auf spontanen Vorschlag des Parteitages, Naumann und Petersen, waren beide ehemalige Nationalsoziale. Vgl. 1. Parteitag der DDP, S.237 ff
- 30) Über die Gruppenverhältnisse in der DDP außer den ausführlichen Angaben im Luppenachlaß: O. Meyer, Von Bismarck zu Hitler, S.89 ff - G. Bäumer, Lebensweg, S.354 f - Marie Baum, Leuchtende Spur, S.239 (Abgeordnete der DDP in der Nationalversammlung) - Willy Hellpach, der, von der Sozialdemokratie herkommend, sich damals der DDP anschloß, trat vor seiner Wahl zum badischen Staatspräsidenten im Jahre 1922 in der Partei kaum hervor. Vgl. Wirken in Wirren, II S.104 ff
- 31) Als Pazifisten in der DDP galten der Münchener Historiker Ludwig Quidde, ehemaliger Fortschrittler, der 1896 wegen seiner gegen Wilhelm II. gerichteten Schrift: "Caligula, eine Studie über Cäsarenwahnsinn" eine Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung verbüßen mußte, und der Marburger Jurist Walther Schücking.
- 32) Der starke Anteil der Juden an der DDP ist von der Rechtspresse immer wieder betont worden, da außer der Sozialdemokratie nur die DDP und zum geringen Teil die DVP für die jüdische Wählerschaft in Frage kamen. Issborner, Demokratisches ABC-Buch, berechnet die jüdische Anhängerschaft der DDP jedoch nur auf 150 000 (von den 1920 etwa 540 000 deutschen Juden). Führende Juden in der DDP waren Rathenau und Hugo Preuss, Christen jüdischer Abstammung Gothein und Schiffer. Bedeutender war der jüdische Anteil an der Frankfurter Zeitung, dem Berliner Börsencourier und den Berliner Verlagshäusern Mosse und Ullstein. - Vgl. O. Meyer, Von Bismarck zu Hitler, S.105 ff
- 33) 1. Parteitag der DDP, S.58 ff, 64 ff
- 34) H. Graf Kessler, Rathenau, S.271 f

- 35) Rathenau, An Excellenz... Herbst 1919, Polit.Briefe, S.273 ff, An H.Cassirer vom 7.4.1920, ebd. S.277 f
- 36) Marianne Weber, Max Weber, S.652 ff - H.Luppe (Nachlaß), der an die Stelle Max Webers auf der hessischen Liste trat, nennt als Gründe die Unbekanntheit Max Webers bei den Wählern und seinen Radikalismus in Sozialisierungsfragen.
- 37) Voss.Ztg. 29.1.1919 - Preuss gehörte zu den Opfern des alten Staates. Als Juden und überzeugten Demokraten hatte man ihm jahrzehntelang eine Universitätsprofessur verweigert, so daß er schließlich Lehrer an der Berliner Handelshochschule wurde. - Vgl. G.Gillessen, Hugo Preuss, S.66 ff
- 38) Voss.Ztg. 16.1.1919
- 39) Hochschullehrer und Parteien, Voss.Ztg. 18.1.1919
- 40) Vgl. E.Troeltsch, Spektatorbriefe, S.115 ff
- 41) Über die Verhältnisse an der Universität Marburg vgl. Ernst Lemmer, 1.Parteitag der DDP, S.251 f
- 42) Angaben nach Stadtler, Als Antibolschewist 1918/19, S.70 f, 46 ff
- 43) Über die Höhe der zur Verfügung stehenden Gelder, die die Industrie für Wahlpropaganda zur Verfügung stellte, sind nur ganz unzulängliche Angaben zu erhalten. Doch wurde die Wahlunterstützung durch die Industrie von der DDP wie auch von der DVP ganz offen zugestanden. Vor allem der Wahlkampf zur Nationalversammlung hätte bei der zerstörten Parteiorganisation von keiner liberalen Partei ohne solche Unterstützung geführt werden können.
- 44) Hieber, Württemberg, in: Zehn Jahre deutsche Republik, S.199 f
- 45) Das Zahlenmaterial in: 1.Parteitag der DDP, S.16 f - 2.Parteitag der DVP, S.57 f
- 46) Tögl. Rundschau, 22.6.1919
- 47) Vgl. J.Fuchs, Die Zukunft der DDP und der Nationalliberalen, in: Dt.Stimmen, 31. 1919, S.489 ff, und Rechtsdemokraten und DVP, ebd. S.617 ff
- 48) Die Zahlen gelten erst für 1921, nachdem auch die Nachwahlen in den Volksentscheidungsgebieten Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberschlesien stattgefunden hatten. Für die einzelnen Wahlkreise vgl. oben Anm.24

Das Ende der Bismarckverfassung und der Monarchie

- 1) So A. Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, S.33
- 2) Demokratie und Kaisertum, S.8 ff - "...es denkt in Deutschland kein einziger organisatorisch befähigter Kopf über Revolution nach." S.11; "Die Tatsache muß als feststehend angenommen werden, daß der Weg der Revolution verlassen ist." S.15. Als Träger des Revolutionsgedankens erscheint bei Naumann nur noch die Sozialdemokratie, nicht mehr die demokratisch gesonnene Minderheit des liberalen Bürgertums.
- 3) Vgl. E.Kaufmann, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, S.97
- 4) Hierzu vor allem Max Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Polit.Schriften, S.139 ff, 169 ff, 224 ff
- 5) Dazu E.Feder, Theodor Barth und der demokratische Gedanke, S. 26 f
- 6) Demokratie und Kaisertum, S.47 ff, 67 ff
- 7) ebd. S.175 ff
- 8) Ein Beispiel dieser Gedankengänge war das Buch von W.Hasbach, Die moderne Demokratie, 1912, bes. S.579 ff
- 9) E. Kaufmann, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, S.8, spricht vom "Verfassungskrieg".
- 10) Vgl. Stesemann, Michel, horch, der Seewind pfeift, S.131 f (22.6.1916)
- 11) Die von Ernst Troeltsch gesammelt in: Deutscher Geist und Westeuropa - F.Meinecke, Die deutsche Freiheit, in: Die deutsche Freiheit, S.14-39
- 12) Deutscher Geist und Westeuropa, S.134 ff
- 13) ebd. S.159 f
- 14) ebd. S.64 f, 80 ff
- 15) ebd. S.59
- 16) ebd. S.31 ff
- 17) ebd. S.76 ff - Vgl. auch E.Köhler, Ernst Troeltsch, S.296 f
- 18) Die deutsche Freiheit, S.30
- 19) ebd. S.36 f
- 20) Strassburg, Freiburg, Berlin, S.256
- 21) H. Delbrück, Regierung und Volkswille, S.186 - Vgl. auch A.Thimme, Hans Delbrück als Kritiker, S.16. Mit ähnlichen Argumenten G.Schmoller, Zwanzig Jahre deutscher Politik, S.183 ff
- 22) Das deutsche Volk und die Politik, S.26 ff
- 23) ebd. pass.

- 24) ebd. S.185 f - Vgl. auch G.Gillesen, Hugo Preuss, S.91 ff
- 25) Eine Analyse der Julikrise gehört nicht in unseren Zusammenhang. Darstellungen für die liberale Seite bei: Th.Heuss, Friedrich Naumann, S.381 ff - C.Haasmann, Schlaglichter, S.95 ff - F.Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S.23 ff.
- 26) Dem Hauptausschuß gehörten von nationalliberaler Seite Junck, List und Schiffer, von fortschrittlicher Haasmann, Müller-Meinungen und Pachnicke an.
- 27) Der Kaiser im Volksstaat, S.26
- 28) ebd. S.35
- 29) ebd. S.28
- 30) Politische Schriften, S.342
- 31) Brief an F.Naumann vom 12.11.1908, ebd. S.456 , vgl. ebd. S.156 f - 1917 schien er in äußerster Erregung auch die Monarchie aufzugeben: "Die Staatsform ist mir völlig Wurst, wenn nur Politiker und nicht dilettierende Patzkes wie Wilhelm II. und seinesgleichen das Land regieren (und uns durch ihre Parvenükunst vor der ganzen Nachwelt blamieren)". Brief an H.Ehrenberg, ebd. S.469 f (16.4.1917) - Vgl. jedoch M.Weber, Max Weber, S.630
- 32) Naumann erstrebte nur die Angewiesenheit der kaiserlichen Politik auf Parlamentsmehrheiten und außenpolitische Ausschüsse zur Beratung der Regierung. Der Kaiser im Volksstaat, S.37 ff, 47 ff.
- 33) Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Polit.Schriften, S.139 ff
- 34) ebd. S.240
- 35) ebd. S.243 f.
- 36) Deutsche Demokratisierung, 1917, in: Staat, Recht und Freiheit, S.342 f.
- 37) Vorschläge zur Abänderung der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung 1917, ebd. S.298 ff - Vgl. G.Gillesen, Hugo Preuss, S.108 ff
- 38) Wiemer: "Das Wort Demokratisierung schreckt uns nicht." in: Die politische Neuordnung und die Fortschrittliche Volkspartei, S.13 - Pachnicke, ebd. S.17 - Payer, ebd. S.41 ff, forderte einen "deutschen Parlamentarismus", keine bloße Nachahmung der westlichen Vorbilder. - Lornburg, Berl.Tagebl. 6.5.1917 - G.Anschütz sah in der Parlamentarisierung den ersten Schritt auf dem Wege der Überwindung des extremen Partikularismus. Vgl. Parlament und Regierung im Deutschen Reich, S.21. Eine Parlamentarisierung sollte kein doktriniertes Parteienregiment sein, sondern die hohen Qualitäten des Beamtentums mit berücksichtigen. Als beste Lösung schien ihm die Premierministerverfassung geeignet, die die Vermittlung zwischen Kaiser und Volk herstellen konnte, ebd. S.23, 29 ff.
- 39) Die Nationalliberalen waren nach dem Sturz Bethmann Hollwegs in ihren Zielen wieder vielfach gespalten.

- 40) So Naumann, zitiert nach Th.Heuss, Friedrich Naumann, S.432
- 41) L. Haas, Umlernen, Berl.Tagebl. 6.10.1918 - Dornburgs Rede, ebd. 7.10.1918 - C.Haussmann, Rede, Pktf. Zt. 8 10. 1918
- 42) Reichstagsrede vom 26.10.1916, in: Reden und Schriften, I, S.122, 135
- 43) Reichstagsrede vom 29.3.1917, ebd. S.187, vgl. auch S.164 - Rede Stresemanns im Hauptausschuß, in: C.Haussmann, Schlaglichter, S.102 (9.7.1917)
- 44) Dt.Stimmen, 30.1918, S.680 - Vgl. auch Rede vom 22.10.1918, ebd. S.708 f - A. Vallentin, Stresemann, S.32 ff, sieht den Stresemann der Weltkriegszeit viel zu sehr verhaftet im blinden Glauben an die höhere Einsicht der monarchischen Regierungen.
- 45) So E. Kaufmann, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung, S.97
- 46) Von kommenden Dingen, S.247
- 47) F.Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S.22. - L. Haas, Volksstaat und Monarchie, in: Dt.Politik, 3.1918 (15.2.) II. S.212 ff.
- 48) Die politische Neuordnung und die Fortschrittliche Volkspartei, S.35
- 49) Wahlrecht und Demokratie in Deutschland, in: Polit. Schriften, S.280
- 50) R.Friedberg, Das Wahlrecht und die Zukunft der nat.lib. Partei (März 1918)
- 51) Beispiele solcher Pluralwahlssysteme sind:
 M.Bahr, Eines deutschen Bürgers Arbeit in Wirtschaft und Politik, S.238 ff. Bahr (später Mitglied der SPD und der Nationalversammlung) verlangt bis zu 4 Zusatzstimmen, bei einer allgemeinen Grundstimme, für Bildungsnachweise, Kapitalbesitz und wirtschaftliche Leistung, bis zu 6 Zusatzstimmen bei Kinderreichtum.
 H.Goldschmidt-Faber, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums, S.107 ff, schlägt ein "arbeitsaristokratisch abgestuftes Wahlrecht" vor, das dem einzelnen Wähler bis zu 5 Zusatzstimmen bei einer allgemeinen Grundstimme gewähren konnte "...nach dem Grade seines Aufstiegs in Standes-, Gemeinde-, Provinz- und Landesvertretungen". S.110.
 S.Matheus, Beiträge zu den Wahlrechtskämpfen und Verfassungsfragen in bewegter Zeit, S.15 f, beschränkt sich auf Alterszusatzstimmen für jedes Dezennium über dem 30.Lebensjahr.
 Auch nach der Revolution tauchten verschiedentlich Pluralvorschläge auf. So bei dem nationalliberalen Professor E.Goerke, Videant Consules, S.147
 H.Horst, Entwurf einer Staatsverfassung der deutschen Republik, S.11.

- 52) Die deutsche Nationalversammlung, V. S.3096 ff, 3098 f
- 53) Solche Rückblicke auf die Monarchie sind: F.Payer, Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S.147 ff - M.Bahr, Eines deutschen Bürgers Arbeit, S.81 - H.Schacht, 76 Jahre meines Lebens, S.194 - E.Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, S.212 - F.Meinecke, Strassburg, Freiburg, Berlin, S.256 f.
- 54) Max Weber, Brief an F.Naumann vom 18.10.1918, in: Polit.Schriften, S.479 f - Die Kaiserfrage, Fkf.Ztg. 6.11.18
- 55) Köln.Ztg. 2.11.1918 - Th.Heuss, Der Kaiser, in: Dt.Politik, 3. 1918 (3.11.) II. S.1411 ff - G.Dernhard, Kaiser und Volk, Voss.Ztg. 4.11.1918 - Th.Golff im Berl.Tagebl. 8.11.1918 - Leiderlich M.Harden feierte die Ereignisse in überschwänglichen Artikeln: Nun wird große Zeit, in: Zukunft, 103. 1918 (.2.11.) S.65 ff u. Kaiserkrise, ebd. (9.11.) S.101 ff, als Ende des Byzantinismus und Gottesgnadentums und den Beginn eines neuen Zeitalters.
- 56) So Meinecke nach einem Konzert am 8.11., Straßburg, Freiburg, Berlin, S.257 - Vgl. auch Stresemann, Reden und Schriften, I. S.202 ff (12.11.1918)
- 57) A. Thimme, Hans Delbrück als Kritiker, S.146 ff
- 58) Rede vom 22.11.1918, in: Die Hilfe, 24.1918, S.583
- 59) Vgl. jedoch Köln.Ztg. 9.11.1918 zur Abdankung: "Der Größe der Tat entspricht die Höhe des Sinnes, aus der sie geboren ist,... Mit wehem Herzen und umflorten Gemüt stehen wir vor der leergewordenen Stätte, der er eine Zier gewesen drei Jahrzehnte lang, würdig der besten einer langen Ahnenreihe, würdig auch des Amtes, zu dem das Schicksal ihn berufen. Ein Kaiser auch in seinem Fall." C.Haussmann, Schlaglichter, S.259, (am 24.10.1918 zu Prinz Max) urteilt nüchterner in der Abdankungsfrage: "Ich bin in dieser Frage nicht ängstlich, denn ich bin Demokrat, aber ein Volk darf nicht auf Geheiß des Feindes seinen Kaiser wegwerfen."
- 60) Von Bethmann Hollweg bis Ebert, S.22
- 61) Vgl. Th. Eschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, S.5 ff.

Der liberaldemokratische Ansatz

- 1) Vgl. eine Besprechung zwischen Haussmann und Payer in Berlin am 9.11.1918. C. Haussmann, Schlaglichter, S.270 f.
- 2) Vgl. P. Rohrbach, Woher es kam, S.79 - Th. Heuss, Schwarzrot-gold, in: Dt.Politik, 3.1918, II. S.1477 ff -
- 3) Vgl. dazu L. Bergsträsser, Die Grundgedanken unserer Reichsverfassung.
- 4) So Bamberger, Demokratie, das Versöhnende in der Revolution, S. 13 ff
- 5) Külz, Der demokratische Staat, S.3 f - J.Richter, Demokratie als Staatsgesinnung, S. 9 ff.
- 6) H. Jordan, Die Demokratie und Deutschlands Zukunft, S.292ff.
- 7) So z.B. P. Rohrbach, Monarchie, Republik und politische Parteien in Deutschland, S.5 - Briefe über Demokratie und Pazifismus, S.14 ff.
- 8) W. Goetz, Deutsche Demokratie, S.16 f: "...es heißt nun wählen zwischen der demokratischen Schablone, wie sie uns das west- und südeuropäische Ausland anbietet, und einer deutschen Demokratie, die den neuen Staat nach den Bedingungen unseres eigenen Wesens zu formen strebt.... Eine neue Demokratie deutschen Gepräges, darauf beruht unsere Zukunft!"
- 9) Vgl. G. Gillessen, HugoPreuss, S.66 ff.
- 10) Die Sozialdemokratie und der Parlamentarismus, 1891, in: Staat, Recht und Freiheit, S.152 f.
- 11) ebd. S.156, 170
- 12) Reich und Länder, S. 44 f, 268
- 13) Um die Reichsverfassung von Weimar, S.20
- 14) Das deutsche Volk und die Politik, S.157 ff
- 15) Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S.10 ff
- 16) Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat, (14.11.1918) in: Staat, Recht und Freiheit, S.365-368
- 17) Deutschlands Staatsumwälzung, S.4
- 18) Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S.65, 112 ff
- 19) Begründung des Entwurfs einer Verfassung, 24.2.1919, in: Staat, Recht und Freiheit, S.427 f: "Aber gerade das zum mindesten darf man von der...gemeinsamen politischen Arbeit auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie erwarten, daß sie auf politischem Boden den Klassenkampf zum mindesten mildern, abschwächen wird gegenüber der Forderung der politischen Arbeit." ebd. S.495: "Die gemeinsame politische Arbeit, das Sichkennenlernen, das Befolgen gemeinsamer Ziele, stehen, die politisch kollegialen Beziehungen erzeugen, gegenseitige Achtung und mildern Schärfen und Härten."

- 20) Die Bedeutung der demokratischen Republik für den sozialen Gedanken (Referat vor dem AfA 1925), ebd. S.488
- 21) So Quidde, Die deutsche Nationalversammlung V. S.3018 f - H. Preuss, Reich und Länder, S.69 ff
- 22) Ein vorhergehender Antrag auf Beibehaltung von Schwarz-weiß-rot ergab 41 Ja- und 13 Nein- bei 18 fehlenden und sich enthaltenden Stimmen. - Vgl. auch C. Haussmann, Schlaglichter, S.287 - H. Delbrück, Die Verfassungsberatung, in: Vor und nach dem Weltkrieg, S.417 ff
- 23) Fkf.Ztg. 9.11.1919- Rede Schiffers vom 2.11.1919, ebd. 3.11.1919 - G. Hohmann, Was will die Deutsche Volkspartei in Bayern, S.3
- 24) E. Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, S.215
- 25) Die deutsche Nationalversammlung, IV. S.2289
- 26) Vgl. Th. Schieder, Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung, H.Z. 177. 1954, S.49 ff. E. Steinitzer, Deutscher Neuaufbau und Bürgertum, in: Neue Rdsch., 30.1919, S.641 ff - H.Goldschmidt-Faber, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums, S.7 ff.
- 27) E. Opitz, Sozialismus und Liberalismus in deutscher Demokratie, S.11
- 28) H. Potthoff, Der Volksstaat, S.13
- 29) 1.Parteitag der DDP, S.276
- 30) ebd. S.101 ff
- 31) E. Obst, Vorwärts zu Einheit und Fortschritt, S.14 ff, 43 ff.
- 32) Vgl. dazu auch: H.Goldschmidt-Faber, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums, S.62 ff, 70 ff - H.Potthoff, Der Volksstaat, S.15 ff - E. Opitz, Sozialismus und Liberalismus in deutscher Demokratie, S.14 ff.
Die Gruppe in der DDP, zu der auch Professor Obst gehörte, bezeichnete Stadtler als die "Jungen" in der Partei. Zu ihr gehörten ferner Fritz Körper, Köln, Herausgeber der "Westdeutschen Wochenschrift"; R.A. Schaper, Leiter des Kreises der "Liga", Magdeburg; Alfons Paquet, Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung und Führer der "Freisozialisten"; Gossmann, einer der Führer des Jadeverbandes, Wilhelmshaven; H. Graf Kessler,; Stahl und Fritz. Sie standen Stadtlers und Rathenaus Ideen sehr nahe. Ferner könnte man zu diesem Kreis G.Bernhard, Chefredakteur der Vossischen Zeitung, und A. Feiler, Redakteur der Frankfurter Zeitung rechnen. Vgl. Stadtler, Die Diktatur der sozialen Revolution, S.120 ff.
- 33) Vgl. Kessler, Rathenau, S.112 ff.
- 34) Von kommenden Dingen, S.66 ff
- 35) Die wirtschaftspolitische Gesetzgebung, ebd. S.90 ff
- 36) Die neue Gesellschaft, in: Schriften, V. S.428 ff
- 37) ebd. S.430 f
- 38) ebd. S.430 f

- 39) ebd. S.445
- 40) ebd. S.387 ff
- 41) Brief an Excellenz....vom Herbst 1919, in: Politische Briefe, 263 f. Er urteilte darin über die DDP: "Sie ist in republikanischer Aufmachung die alte Fortschritts-partei geblieben. Ohne jedoch diesen Namen zu rechtfertigen: Denn im Kampf gegen den reaktionären Umsturz von rechts und das soziale Vorwärtstreben von links ist sie heute....die konservative Partei des Landes./ Sie wünscht das Bestehende zu erhalten, nämlich die bürgerlich-individualistische Republik, und betrachtet jeden Schritt zum sozialen Aufbau als ein Zugeständnis, nicht als eine innere Notwendigkeit. Eine Partei, die das Bestehende verteidigt, ist unschöpferisch und unfruchtbar; doppelt in einer Zeit, die sich neu gebiert." Vgl. auch ebd. S.219 ff, 254 ff, 277 f.
- 42) Kritik der dreifachen Revolution, in: Schriften, VI. S.358 ff, 370 ff.
- 43) Der neue Staat, in: Schriften V. S.307
- 44) Reden wir deutsch (Juni 1920), in: Nachgelassene Schriften, I. S.128
- 45) Demokratie und Mittelstand (16.4.1919), in: Aus C.Haushofers politischer Arbeit, S.81 ff
- 46) Vgl. A. Thimme, Hans Delbrück als Kritiker, S.151
- 47) Troeltsch, der zusammen mit Meinecke den demokratischen Gründungsauftrag mitunterzeichnet hatte, um sich ebenfalls von den deutschnationalen Hochschullehrern zu distanzieren, ließ sich in die preußische Landesversammlung wählen, wurde Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium und hielt auf Parteitage der DDP Referate über Kulturpolitik.
- 48) Vgl. H.Delbrück, Die Folgen der Revolution, in: Preuss. Jb. 175.1919, S.140 ff - F.Meinecke, Ein Gespräch aus dem Herbst 1919, in: Nach der Revolution, S.117 "Mein Herz hing an dem Ideal einer starken, volksfreundlichen, aufgeklärten Monarchie." Der eine Gesprächspartner, Reinhold, vertritt zweifellos Meineckes eigene Auffassung, während der andere, Eberhard, konservativ oder nationalliberal sein könnte.
- 49) So Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S.276
- 50) Meinecke, Nach der Revolution, S.30 ff
- 51) ebd. S.51
- 52) So im Vorwort Meineckes zu Troeltsch, Spektatorbriefe, S. V - Vgl. Meinecke, Straßburg, Freiburg, Berlin, S.274 "Ich bin vom demokratischen Optimismus nach wie vor ganz frei, sehe die volle Demokratie nur als ein pis-aller...für uns an und bemühe mich lediglich, sie so unschädlich wie möglich für uns zu gestalten"... "Wie unter der Herrschaft des Königs Demos...die geistige Freiheit leidet, wie man sich innerlich gedrückt fühlt als im ancien régime, das spüre ich jetzt schon."

- 53) Vgl. H. Delbrücks Analysen der westlichen Demokratie vor der Revolution, in: Regierung und Volkswille, S.28, 76 ff. Er war in seinem Urteil stark beeinflusst von R.Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie.
- 54) Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, in: Nach der Revolution, S.47 ff
- 55) Straßburg, Freiburg, Berlin, S.262, 271
- 56) ebd. S.276 - Vgl. Nach der Revolution, S.121 "Der Cäsarismus ist allerdings für schwer erschütterte, außer Rand und Band geratene Völker oft das einzige, traurige Heilmittel, das sich beinahe mit einer gewissen Naturgesetzlichkeit dem kranken Körper der Gesellschaft aufdrängt."
- 57) Troeltsch' Aufsätze zur Revolution erschienen in Avenarius' Zeitschrift "Kunstwart" unter dem Pseudonym Spektator, später z.T. gesammelt herausgegeben in den Spektatorbriefen. Vgl. dazu W.Köhler, Ernst Troeltsch, S.292 ff - E.C. Kollmann, Eine Diagnose der Weimarer Republik, in: H.Z. 182. 1956, S.304 ff.
- 58) Spektatorbriefe, S.32
- 59) ebd. S.42, 76 ff, 117 ff, 132 f.
- 60) Wahnsinn oder Entwicklung? in: Kunstwart 32. 1919, II. S.81 ff, 109 ff.
- 61) Sozialismus, ebd. S.105 f
- 62) Spektatorbriefe, S.33
- 63) ebd. S.308
- 64) ebd. S.306
- 65) Aristokratie, in: Kunstwart, 33.1919, I. S.49
- 66) Vgl. Links und Rechts, ebd. 32, 1919 II. S.167 ff. - Spektatorbriefe, S.32 f, 83 ff, 141 ff
- 67) ebd. S.115 ff
- 68) ebd. S.311 f - "Nur Kurzsichtige konnten triumphieren und meinen, das Ziel von 1848 sei jetzt erreicht....Was 1848 ein kühnes Fortschrittsunternehmen war, das war jetzt die konservative Retardierung und Bewältigung der Revolution, das Mittel, den Gegnern der Revolution legale Betätigung und steigenden Einfluß zu sichern." ebd. S.16
- 69) ebd. S.47 ff, 146 f, 207
- 70) ebd. S.46 f
- 71) Die deutsche Nationalversammlung, II. S.969 (28.2.1919) vgl. auch Falk, ebd. I. S.461 ff
- 72) So C.Petersen, Zum Wahlkampf! (Rede vom 24.4.1920) S.5

- 73) H. Gerland, DDP und DNVP, in: Das demokr. Dtschld. 1.1919, S.56 "Die Revolution hat den Liberalismus sozialisiert, sie hat aber auch die Sozialdemokratie demokratisiert." Stubmann, Die deutsche Demokratie an der Jahreswende, ebd. 2.1920, S.879 "Es war damals in wenigen Wochen und Monaten gelungen...., den revolutionären Stimmungsgelbst mit Hilfe der Demokratie zu überwinden und wieder einigermaßen erträgliche Zustände zu schaffen."
- 74) D. Sachse, Die Radikalisierung der bürgerlichen Intelligenz, ebd. 2.1920, S.357 ff
- 75) Stubmann, Demokratie und Nationalbewußtsein, Flugblatt-Vellemann, Monarchischer und demokratischer Patriotismus, ebd. 2.1920, S.216 f
- 76) Konservative Demokratie, Voss.Ztg. 5.10.1921 - Vgl. auch W. Hellpach, Wirken in Wirren, II. S.111 f, 142 ff
- 77) Für Bayern vgl. Dirr, 3. Parteitag der DDP, S.73 "Es ist ausgeschlossen, daß man Parteigenossen, die aus alter Zeit mit ihren monarchischen Überzeugungen hervorgegangen sind, nun die Überzeugungen aus dem Herzen reißen möchte. Das ist nicht nur unmöglich, sondern geradezu unsinnig." -Vgl. auch W. Külz, Der demokr. Staatsgedanke, in: Das demokr. Dtschld. 1.1919, S.982 - Für Hessen Luppe (Nachlaß)
- 78) So M. Baum, Leuchtende Spur, S.238

Die Wendung zum Cäsarismus

- 1) Polit. Schriften, S.297 (Wahlrecht und Demokratie, 1917)
- 2) ebd. S.297 ff, zum Begriff der Honoratioren, ebd. S.420 f, 431 ff (Politik als Beruf, 1919)
- 3) ebd. S.303
- 4) ebd. S.301, 314
- 5) Zur Bedeutung der Honoratiorenstruktur vgl. auch Th.Schieder, Das Verhältnis von polit. und gesellsch. Verfassung, in: H.Z. 177.1954, S.69 ff
- 6) Polit. Schriften, S.151 (Parlament und Regierung, 1917)
Zum Prozeß der Bürokratisierung ebd. S.150 ff
- 7) ebd. S.152
- 8) ebd. S.168 Anm.
- 9) "Beamtenherrschaft und politisches Führertum", Polit. Schriften, S.139 ff
- 10) ebd. S.175
- 11) ebd. S.211 f - "Dieser cäsaristische Einschlag ist (in Massenstaaten) unausrottbar." S.167
- 12) ebd. S.209
- 13) ebd. S.222 "Bei uns sind, abgesehen von dem Fehlen der romanischen Kaffehauskultur und von der größeren Ruhe des Temperaments, Organisationen wie die Gewerkschaften, aber auch die sozialdemokratische Partei ein sehr wichtiges, Gegengewicht gegen die für plebiszitäre Völker typische aktuelle und irrationale Straßenherrschaft." Vgl. auch ebd. S.306 f (Wahlrecht und Demokratie, 1917) "Die emotionalen Qualitäten der Masse sind zwar, weil sie nicht unmittelbar in die Politik einzugreifen vermag, und weil ihr Verhalten leichter vergessen wird, bei weitem nicht so gefährlich wie die emotionalen Qualitäten der Monarchen..."
- 14) Die Rolle der Gewerkschaften bei der Massendisziplin, in: Innere Lage und Außenpolitik, 1918, ebd. S.326 ff
- 15) Zur Bedeutung des Charisma in der modernen Demokratie vgl. auch Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, II. S.673 ff
- 16) Politik und Beruf, 1919, in: Polit. Schriften, S.434
- 17) Wahlrecht und Demokratie, 1917 "Der zunehmende Nationalismus gerade der Massen ist nur natürlich in einem Zeitalter

deren Träger nun einmal die nationale Sprache ist, zunehmend demokratisiert."

- 18) Parlament und Regierung, ebd. S.210 - Vgl. auch sein Urteil über August Bebel, ebd. S.210, 432
- 19) Politik als Beruf, ebd. S.435 ff
- 20) Parlament und Regierung, ebd. S.167
- 21) Wahlrecht und Demokratie, ebd. S.316
- 22) Brief an F. Crusius vom 24.11.1918, ebd. S.482 f - M.Weber, Max Weber, S.683 ff
- 23) Deutschlands künftige Staatsform, 1918, Polit. Schriften, S.347 - Wahlreden: Das neue Deutschland, ebd. S.377 ff, Wahlrede im Berliner Rheingold, Berl.Tagebl. 21.12.1918
- 24) Politik als Beruf, in: Polit. Schriften, S.450
- 25) Vgl. W.Conze, Friedrich Naumann, in: Kaehlerfestschrift, S.380
- 26) Demokratie und Kaisertum, S.200, 206 f - Vgl. auch Th. Heuss, Friedrich Naumann, S.128 f
- 27) Demokratie und Kaisertum, S.173, 176
- 28) Verfassungsausschuß, S.278 (8.4.1919)
- 29) Demokratie und Kaisertum, S.80-147
- 30) Zit. nach Th.Heuss, Friedrich Naumann, S.413 - Vgl. Naumann, Erziehung zur Politik, S.5 ff, wo er die Kriterien des politischen Menschen in Klarheit, Leidenschaft und Hingabe an die Sache sieht, im Gegensatz zu bloß betrachtenden Ästhetern, zu Begriffsspaltern und Eigenbrödlern. - Auch die Gründung der Staatsbürgerschule unter Mitwirkung von Carl Petersen, Ernst Jäckh und Robert Bosch, aus der die spätere Hochschule für Politik hervorging, sollte dieser Ausbildung des Parteiführertums dienen. - Vgl. Th. Heuss, Friedrich Naumann, S.410 ff
- 31) Die politischen Parteien, S.99 f
- 32) Naumann, Klassenpolitik des Liberalismus, in: Hilfe, 10.1904, Nr.2 - Dazu Th.Schieder, Das Verhältnis von polit. und gesellsch.Verfassung, in: H.Z. 177.1954, S.66f
- 33) Wie es kam, in: Hilfe, 24.1918, S.556 ff - Vgl. auch seine Rede in der Nationalversammlung, die an den Geist von 1914 appellierte und - bei der Unmöglichkeit des Zweiparteiensystems in Deutschland - den Regierungsblock von Demokratie und Sozialdemokratie forderte. Die dt.Nationalversammlung, I. S.123 ff (13.2.1919)

- 34) Zu diesem Klimaunterschied vgl. Th. Barth und F.Naumann, Die Erneuerung des Liberalismus, S.21 ff
- 35) Wie soll es werden, III. in: Hilfe, 24.1918, S.612 ff
- 36) Die Deutsche Nationalversammlung, I. S.126 f (13.2.1919)
- 37) So im Referat über Kulturpolitik, 1.Parteitag der DDP, S.186
- 38) Begründung des Entwurfs sozialer Grundrechte, Verfassungsausschuß, S.180 - Vgl. Deutsche Grundrechte, in: Hilfe, 25.1919, S.141 ff (20.3.1919) - Das Gegenwartsproblem, ebd. S.115 ff, sucht den Bolschewismus als Hunger- und Ermüdungserscheinung zu analysieren, hinter der letztlich nur das Verlangen nach dem Sozialstaat stehe.
- 39) Abgedruckt in: Verfassungsausschuß, S.171 ff
- 40) A.Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, S.134 ff
- 41) Das Programm der Regierung, Berl.Tagebl. 6.11.1918 - Wirkliche Demokratie, ebd.13.11.1918
- 42) Dazu A.Weber, Die Bedeutung der geistigen Führer in Deutschland, in: Neue Rdsch. 29.1918, II. S.1257 ff

Der antidemokratische Liberalismus

- 1) von Campe, Politisierung, S.3 f
- 2) E. Goerke, Videant Consules, S.95
- 3) F. Gerlich, Der Bolschewismus als Konsequenz des Marxismus, in: Süddt. Monatshefte, 16.1918/19, I. S.247 - Vgl. als Revolutionsbilder auch E.Röper, Wer soll Führer sein, S.25 ff, 59 ff - M. Kriele, Auf den Trümmern des Kaiserreichs, in: Dt.Stimmen, 31.1919, S.161 ff - von Campe, Demokratie, ebd. S.641 ff
- 4) Vgl. J.Buchhorn, Zwischen Goethe und Scheidemann, S.15,19
- 5) Stresemann, Von der Revolution, S.51 f, 79 ff, 88, 169 ff, 192
- 6) ebd. S.192 (5.11.1919) - Der unerschütterliche Glaube Stresemanns an die Unfehlbarkeit der monarchischen Regierungen soll nach A.Vallentin, Stresemann, S.42 f, erst im Herbst 1922 durch ein Gespräch mit Helfferich beirrt worden sein. Die entscheidende Bedeutung des Kapp-Putsches für den Wandel in Stresemanns politischem Denken wird jedoch noch zu zeigen sein.
- 7) So E.Goerke, Videant Consules, S.93 ff
- 8) Vgl. M. Lohan, Führerwille - Massenwille, in: Dt.Stimmen, 32.1920, S.323 ff - A.Elster, Massenherrschaft oder Demokratie? ebd. 31.1919, S.196 f
- 9) So E.Röper, Wer soll Führer sein, S.48 ff
- 10) So von Campe, Politisierung, S.19
- 11) E. Röper, Wer soll Führer sein, pass.
- 12) E. Leidig, Liberalismus und Demokratie, S.9
- 13) ebd. S. 13 f
- 14) J.Jakobi, Liberalismus und Demokratie, in: Dt.Stimmen, 32.1920, S.294
- 15) E.Leidig, Liberalismus und Demokratie, S.13
- 16) Demokratie und Liberalismus?, Köln.Ztg. 28.11.1918
- 17) Stresemann, Von der Revolution, S.58 f (10.11.1919)
- 18) Die Dt.Nationalversammlung, I.S.281 (15.2.1919) - Vgl. auch Heinze, 1.Parteitag der DVP, S.36 "Wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß wir liberal in Zukunft wesentlich im Gegensatz zur Demokratie und Sozialdemokratie, von allem seien die Klassenherrschaft sein müssen..."

Gefahr droht in dieser Beziehung von links her von einer alles überflutenden Demokratie."

- 19) So Most in: Deutscher Liberalismus, S.17 - Vgl. auch R. Phr. von Rheinbaben, Liberale Politik im neuen Reiche, S.5 f
- 20) Von der Revolution, S.88 (19.12.1918)
- 21) Politische Umschau, in: Dt.Stimmen, 30.1918, S.753 f (17.11.1918)
- 22) Wahlausfall und Regierungsbildung, ebd. 32.1920, S.401 ff
- 23) Stresemann, Von der Revolution, S.141 - E.Goerke, Videant Consules, S.144 f - Kahl in: Die Dt.Nationalversammlung, I. S.530 (20.2.1919) "Ich kann kein grundsätzliches Bekenntnis zur Republik ablegen...Die geringschätzige Beurteilung der Monarchie ist uns unerträglich. Ich bin der Meinung, die beste Ausstattung, die die junge Republik auf ihrem, wills Gott, glücklichen Lebensweg mit fortnehmen kann, wird sie vom preußischen Königtum empfangen haben." - Vgl. auch L.F. Gengler, Die deutschen Monarchisten 1919-1925, S.26 ff
- 24) So in: Politische Umschau, in: Dt.Stimmen, 33.1921, S.265f
- 25) Dazu Stresemanns eingehende Charakteristik Napoleons als Überwinder der französischen Revolution in: Goethe und Napoleon, in: Reden und Schriften, II. S.350-367 - Vgl. A.Vallentin, Stresemann, S.45 ff

Die Koalitionspolitik 1918 bis 1920

- 1) Dazu G.Bäumer, Nationalsoziale Entwicklungen, in: Hilfe, 26.1920, S.627 f
- 2) Schiffers Verteidigung, Die Dt.Nationalversammlung, V. S.3403 ff (8.7.1919)
- 3) Die liberale Presse trat im Gegensatz zu den Fraktionen fast ausnahmslos für die Unterzeichnung des Vertrages ein. Vgl. G.Bernhard, Die Unterschrift, Voss.Ztg. 20.6.1919 - Fkf.Ztg. 20.6.1919 - Die Wahrheit, Köln.Ztg. 19.6.1919
- 4) Issberner, Demokratisches ABC-Buch, S.74 ff
- 5) Fkf.Ztg. 22.6.1919
- 6) 1.Parteitag der DDP: von Richthofen, S.59 ff - Naumann, S.64 ff "Da wir der Meinung sind, es muß auch in Zukunft solche geben, die der zukünftigen deutschen Nationalgeschichte frei und ungebunden gegenüberstehen, muß es auch solche geben, die nicht mit dieser Unterschrift belastet sind. Wenn wir unterschrieben hätten, dann wäre die Vertretung des deutschen Zukunftsgedankens, des nationalen Gedankens glatt in die Hände der Rechten hinübergekommen. Die deutsche Demokratie, die der Ausdruck der Selbsterhaltung des gedrückten...Volkes sein will, muß dazu die geistige Freiheit haben." S.66 - Schiffer, ebd. S.78ff - Gerland, ebd. S.48 ff - Vgl. auch: Das Ende der Koalitionsregierung, in: Demokratie, 1.1919, 2.Heft, S.6 ff
- 7) E.Schiffer, Das erste Jahr nach der Revolution, in: Das demokr.Deutschld. 1.1919, S.1085 ff - Koch-Weser über die politische Lage, 2.Parteitag der DDP, S.10 ff
- 8) Vgl. M.J. Bonn, So macht man Geschichte, S.229 ff, der diesen Tag als Entstehungsdatum der Dolchstoßlegende betrachtet. Die Befangenheit der Demokraten gegenüber Hindenburg, während man Ludendorff durchaus kritisch betrachtete, zeigte vor allem die Verehrung, die ihm Parteitage der DDP in Danktelegrammen entgegenbrachten.
- 9) Vgl. Die DDP und der Kapp-Putsch, S.18 "Wenn die Verfassung und die Demokratie bedroht ist, wenn Hochverräter mit Waffengewalt eindringen, muß jedes Mittel angewandt werden, um sie abzuwehren." (Haas in der NV, 29.3.1920)
- 10) So Th.Heuss, Kapp-Lüttwitz, das Verbrechen gegen die Nation, S.39
- 11) C.Petersen, Zum Wahlkampf, S.5, 11. (Rede vom 24.4.1920) Vgl. auch O.Riedel, Der Aufmarsch zu den Wahlen, in: Das demokr.Dtschld. 2.1920, S.280 ff
- 12) Vgl. A.Wacker, Das Leben der Parteien, ebd. 3.1921, S.294ff

- 13) Heinze, Fraktionsberichte, 1. Parteitag der DVP, S.37 f. - 2. Parteitag der DVP, S.35 - Als einziger wandte sich Hugo, 1. Parteitag der DVP, S.62 ff, gegen diese Politik, da er bei der Brüchigkeit der Weimarer Koalition in radikaler Opposition die beste Machtchance der DVP sah.
- 14) Vgl. dazu Stresemann, Die Märzereignisse und die DVP u. Der Aufstand Kapps, Rede im Geschäftsführenden Ausschuß der DVP vom 28.3.1920, in: Reden und Schriften, I. S.317 - 328 - E.H. Schlottner, Stresemann, S.7 - 39
- 15) Reden und Schriften, I. S.323, 325
- 16) ebd. I. S.321
- 17) Vgl. Die resignierte Verteidigung Heinzes, der in der Nationalversammlung am 29.3.1920 der Linken zurief: "Durch die Revolution vom Jahre 1918 sind doch Ihre Wünsche weit- hin erfüllt worden. Wir dagegen stehen noch unter dem Druck der Revolution von 1918. Wir haben diesen Druck noch nicht überwunden. Wir haben gegen die Verfassung gestimmt, und dennoch haben wir uns jetzt auf den Boden dieser Verfassung gestellt. Und wir machen Anspruch darauf, daß unsere Hal- tung der Verteidigung anerkannt bleibt." - Stresemann, Die Märzereignisse und die DVP, S.36 f
- 18) Diese Fraktionszahlen gelten erst für 1921, nachdem auch die Wahlen in den Abstimmungsgebieten an der Grenze statt- gefunden hatten.
- 19) R. May: Zwischenrufe, in: Das demokr. Dtschld., 3.1921, S.846
- 20) Die deutsche Demokratie nach den Reichstagswahlen, S.6 (im Reichstag am 30.6.1920) - Vgl. auch Chr.Meisner, Die Unentbehrlichkeit der Koalition, in: Die dt.Nation, 2.1920, S.391 ff
- 21) Art. der Fkf.Ztg. zum Wahlausfall, 7.-9.6.1920
- 22) Zum folgenden M.Maurenbrecher, Die Taktik der Parteien, S.31 ff
- 23) Stresemann, Rede, Reichstagsprotokolle, 344. S.53 ff
- 24) M.Maurenbrecher, Die Taktik der Parteien, S.53 ff
- 25) Nur Th.Wolff, Berl.Tagebl., wandte sich gegen eine Re- gierungsbeteiligung.
- 26) Politische Umschau, in:Dt.Stimmen,32.1920,S.609ff,S.645ff
- 27) Zur Frage der nationalen Einheitsfront,ebd.33.1921,S.113f
- 28) DVP und Regierungspolitik, ebd. 32.1920, S.832
- 29) Zur inneren Entwicklung der DVP und der Art ihrer Verfas- sungstreue vgl.auch: DVP. Wahlhandbuch 1924, I. S.162 ff

Exkurs: Um die Nationalidee der Demokratie

- 1) Vgl. F. Meinecke, Der nationale Gedanke im alten und neuen Deutschland, in: Nach der Revolution, S.47 ff
- 2) Vgl. etwa Wahlreden Alfred Webers und Hellmuth von Gerlachs in Berlin, Voss.Ztg. 2.12.1918
- 3) G. Gothein, Warum verloren wir den Krieg, S.92 - O.Löffler, Die Ursachen des Zusammenbruchs, S.40
- 4) Vgl. R.Kircher, Tatsachen, S.3 f
- 5) P. Rohrbach, Woher es kam, pass.
- 6) So etwa P.Rohrbach, Monarchie, Republik und politische Parteien in Deutschland, S.27. "Käme ein Engel vom Himmel und hielte uns eine Predigt hierüber, in der aber vom nationalen Empfinden, vom nationalen Selbstgefühl, vom deutschen Weltgedanken nichts steht, so würden wir ihn vertreiben müssen."
- 7) Demokratie und Parlamentarismus, in: Zehn Jahre deutsche Republik, S.117
- 8) Stresemann, Parteitage Rede vom 13.4.1919, in: Reden und Schriften, I. S.263
- 9) Wer ist schuldig, S.14
- 10) So J.Eyssen, Die kompromittierten Politiker, S.34 ff - Stresemann, Von der Revolution, S.193 (5.11.1919) "Hier aber ist sie (die Revolution) mit einem ungeheuren Schuld-konto belastet, die Zersetzung im Heere durch die Agenten der Revolution vorbereitet und durch die Regierung der Revolution nicht verhindert zu haben."
- 11) Von der Revolution, S.105 (3.2.1919)
- 12) R.Kauffmann, Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: Dt. Stimmen, 30.1918, S.762 ff
- 13) J.Buchhorn, Dennoch, S.24
- 14) O.Kelling, Nationalbolschewismus - Ein Ausweg? in: Dt Stimmen, 31.1919, S.419 ff - Zum Problem des "Nationalbolschewismus", das das alte europäische Gemeinschaftsbewusstsein des Westens im Gegensatz zur Despotie des Ostens, wie es vor allem bei Liberalen wie Hugo Preuss sehr stark war, völlig umzukehren schien: H.Delbrück, Gegen oder mit dem Bolschewismus? in: Preuss.Jb., 176.1919, S.155 "Wir geben uns keiner Selbsttäuschung darüber hin, daß ein Bündnis mit dem Bolschewismus für uns das Verderben bedeuten würde ...Droht aber die Entente, uns Bedingungen aufzuerlegen, die uns ebenso wirtschaftlich wie national töten, so gibt es für uns keine andere Antwort, als: Wohlan! so sollt Ihr wenigstens mit uns hinunter in den Abgrund!"

- 15) Dazu L.Quidde, Völkerbund und Demokratie, S.5 f - "Die ganze Kulturentwicklung der Menschheit, von den allerersten Zeiten bis zur Gegenwart, in einem Jahrhunderte langen Kampfe, ... (war) ein Zurückdrängen der Gewalt zu Gunsten des Rechts in eine immer engere Sphäre." - K.Wolzendorff, Volksheer und Völkerbund, S.19 ff - M. Graf Montgelas, Beiträge zur Völkerbundsfrage, S.36 ff, 46 f, Graf Brockdorff-Rantzau, Dokumente, S.22 f
- 16) So B.Dernburg, Völkerbund, in: Preuss.Jb., 174. 1918, S.9 ff
- 17) Abgedruckt bei Issberger, Demokratisches ABC-Buch, S.177
- 18) Montgelas hatte 1914 wegen des deutschen Einmarsches in Belgien seinen Abschied genommen als General.
- 19)) Programmatisch die Gründungsrede Prinz' Max von Baden, Völkerbund und Rechtsfriede, in: Preuss.Jb., 175. 1919, S.295 ff - Max Weber, Zum Thema der Kriegsschuld, in: Polit.Schriften, S.381 ff (17.1.1919) - M.Weber, Max Weber, S.697 f
- 20) Vgl. Max Weber, "Dafür, daß der politisch-soziale Masochismus jener würdelosen Pazifisten, die jetzt wollüstig in 'Schuld'-Gefühlen wühlen,...schwindet, sorgen schon die Feinde." Brief an F.Crusius vom 24.11.18, ebd. S.484
- 21) Vgl. L.Quidde, Völkerbund und Demokratie, S.15 ff
- 22) So Elling, Völkerbund und Rechtsfriede, S.24 - M.Graf Montgelas, Beiträge zur Völkerbundsfrage, S.52 f - W.Schücking, Ein neues Zeitalter?
- 23) Der Völkerbund als Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaft u. Richtlinien für einen wahren Völkerbund. - Der Entwurf wurde als Resolution vom 9.deutschen Pazifistentag am 2.10.1920 angenommen, u.a. auch von der deutschen Friedensgesellschaft (1892), dem Verband für internationale Verständigung (1910), dem Bund neues Vaterland (1914), der Deutschen Liga für Völkerbund (1918) und dem Bund für radikale Ethik (1918).
- 24) H.Gerland, Die Friedensbedingungen der Entente und der demokratische Gedanke, in: Demokratie, 1.1919, 1.Heft, S.14 ff
- 25) Vgl. Parlamentarismus und auswärtige Politik, in: Staat, Recht und Freiheit, S.502 (1925)

Das Problem der liberalen Staatsform

- 1) Demokratie und Kaisertum, S.31 ff
- 2) Hugo Preuss, Staat, Recht und Freiheit, S.25-143 - Kurt Wolzendorff, Der reine Staat, S.10 ff
- 3) Vgl. Parlament und Regierung, 1917, in: Polit.Schriften, S.148 Anm., die zweifellos auch gegen Preuss gerichtete Bemerkung: "Aber ein ungeheurer Literatenirrtum ist es, sich einzubilden, die Politik eines Großstaates sei im Grunde nichts anderes als die Selbstverwaltung einer beliebigen Mittelstadt."
- 4) So: Georg Bernhard, Demokratische Politik, Voss.Ztg. 3.,4., 7. u. 29.Dez.1918. - H.Horst, Entwurf einer Staatsverfassung zur Deutschen Republik - H.Weck, Die neue Reichsverfassung - E.Kaufmann, Grundfragen der künftigen Reichsverfassung - F. Stier-Somlo, Die Vereinigten Staaten von Deutschland - Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches. Hgb: vom Verfassungsausschuß des Vereins für Recht und Wirtschaft - Entwurf einer Verfassung des neuen deutschen Reiches. Sonderheft der "Deutschen Nation" - G.Anschütz, Die kommende Reichsverfassung, in: Dt.Juristenztg. 24. 1919, S.113 - 123
- 5) Die verschiedenen Entwürfe von Hugo Preuss abgedruckt bei W.Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1918/19, S.289-348 - Max Weber, Deutschlands zukünftige Staatsform, in: Polit.Schriften, S.341-376
- 6) Vgl. A. Feiler, Der Ruf nach den Räten I, Fkf.Ztg. 23.3. 1919
- 7) Zur Soziologie des Parteiwesens, S.440 ff
- 8) Vgl. M.J. Bonn, Die Krisis der europäischen Demokratie, S.81 ff, 105 ff - E.Troeltsch, Spektatorbriefe, S.146 f
- 9) Vgl. H.Nawiasky, Die Zukunft der politischen Parteien, S.13 ff, 22 ff -
- 10) Wahlrecht und Demokratie, 1917, in: Polit. Schriften, S.284 ff
- 11) Eberts telephonische Anfrage erfolgte nach dem Erscheinen von Preuss' mutigem Angriff auf die drohende Rätediktatur in "Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat" in: Berl. Tagebl. 14.11.1918. - Ebert soll gesagt haben: "Wir sind nicht in der Lage, eine Verfassung zu machen." - Vgl. W. Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung, S.92 Anm

- 12) An der Konferenz nahmen ferner teil: Lewald, A.Schulze (Reg.rat), von Zahn (Reg.rat), Quarck (Soz.), Herzfeld (Soz.), von Krause (Staatssekr.), W.Simons (Ausw.Amt), K.Riezler (Ausw.Amt), C.Petersen (Lib.), L.M. Hartmann (österreich.Gesandter), A.Verdross. - Eine kurze Inhaltsangabe des mir nicht mehr zugänglichen Protokolls der Sitzungen bei: W.Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung, S.92 f - W.Jellinek, im Hdb. des dt.Staatsrechts I. S. 128 f - G.Gillessen, Hugo Preuss, S.118 ff
- 13) Vgl. H.Petzke, Max Weber und sein Einfluß auf die Reichsverfassung, S.173 ff - Max Webers Urteils über die Konferenz: "Preuss macht seine Sache sehr gut, er ist eben doch sehr gescheit. Es soll morgen schon alles fertig sein - so schnell ist noch nie eine Verfassung gemacht worden. Das Gespenstische der Lage liegt darin, daß alles doch vielleicht Makulatur wird, wahrscheinlich sogar, denn das Rad geht über die Dinge und uns alle hinweg." M.Weber, Max Weber, S.688
- 14) Dem Verfassungsausschuß gehörten an: Katzenstein, Quarck, Sinzheimer (Soz.), Haussmann, Koch-Weser, Weiss (Dem.), Kahl (DVP), Beyerle, Gröber, Mausbach, Spahn (Zentrum), von Delbrück, Düringer (DNVP).

Die parlamentarische Demokratie

- 1) Reich und Länder, S.238.
- 2) Vgl. ebd. S.270 "Die einzelnen Abgeordneten repräsentieren daher allerdings zunächst die Parteimeinungen, vielleicht sogar nur die Meinung einer bestimmten Richtung innerhalb einer Partei. Aber wie sich aus Übereinstimmungen und Gegensätzen, aus Wahlverwandtschaften und Reaktionen aller dieser Elemente die öffentliche Meinung bildet, so wird sie kraft rechtlicher Organisation durch die Gesamtheit der Abgeordneten repräsentiert. In diesem Sinne verstanden, ist der Satz: 'Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes' keine bloße Fiktion."
- 3) Im Verfassungsausschuß, S.243, versuchte er Naumanns Bedenken gegen das Verhältnismahlrecht zu entkräften.
- 4) Reich und Länder, S.273 f
- 5) ebd. S.269 - Zum Problem der Partei auch Th.Heuss, Die neue Demokratie, S.59 "Die Partei ist also der Kanal für die politische Willensbildung des Volkes. Sie ist im Staatsgefüge eine höchst merkwürdige Erscheinung, eine anonyme Macht für das Staatsrecht, fremd den Verfassungen und doch der wichtigste Hebel der politischen Gestaltung im Staatsinnern."
- 6) Vgl. Begründung des Entwurfs einer Verfassung, in: Staat, Recht und Freiheit, S.416 ff - Denkschrift, ebd. S.385 f
- 7) Reich und Länder, S.268 - Hier betrachtet Preuss die Parteienfeindschaft in Frankreich seit 1789 und in England seit dem 17.Jahrhundert, der gegenüber sich die Parteien stets als unentbehrlich erwiesen hätten, als wichtigstes Beweismittel für die parteienstaatliche Demokratie.
- 8) Denkschrift zum Entwurf, in: Staat, Recht und Freiheit, S.386 f - Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S.66 - "Die Unentbehrlichkeit der parlamentarischen Demokratie für die politische Zukunft Deutschlands trägt den Zwang in sich, die Kräfte auszulösen, die schließlich alle jene Widerstände und Hemmnisse, so ernst sie sind, überwinden müssen." - Vgl. auch: Deutsche Demokratisierung, in: Staat, Recht und Freiheit, 1917, S.342 f
- 9) Die Improvisierung des Parlamentarismus, 26.10.1918, in: Staat, Recht und Freiheit, S.362
- 10) Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S.65 f
- 11) Vgl. Um die Reichsverfassung von Weimar, S.17 ff, 56 ff - Deutschlands republ.Reichsverf., S.97 ff

- 12) ebd. S.112 f
- 13) Um die Reichsverfassung von Weimar, S.51 ff - Die gänzlich andersartige Anschauung Preuss' über das Wesen der Opposition: Die Improvisierung des Parlamentarismus, 1918, in: Staat, Recht und Freiheit, S.363 f
- 14) Nationale Demokratie, 1920, in: Staat, Recht und Freiheit, S.429 ff
- 15) Um die Reichsverf. von Weimar, S.115
- 16) ebd. S.56 ff, 68 ff, 72 - Schon 1915, Das deutsche Volk und die Politik, pass. hatte Preuss die Konsolidierung des Obrigkeitsstaates in Deutschland nach 1848 und 1871 wesentlich aus der "politischen Un-mündigkeit" des deutschen Bürgertums erklärt.
- 17) Einen wachsenden Zweifel Preuss' am Parteienstaat wollte C.Schmitt, Hugo Preuss, S.20 ff, erkennen.
- 18) Deutschlands republik. Reichsverf., S.113 - Parlament. Regierungsbildung, 1921, in: Staat, Recht und Freiheit, S.444
- 19) ebd. S.445
- 20) Vgl. H. Nawiasky, Die Stellung der Regierung im modernen Staat, S.15 - H.Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, S.36 - L.Wittmayer, Die Weimarer Reichsverfassung, S.44 ff - Th.Heuss, Die neue Demokratie, S.68 ff
- 21) Begründung des Entwurfs einer Verfassung, 1919, in: Staat, Recht und Freiheit, S.397 - Vgl. auch C.Schmitt, Hugo Preuss, S.19 "Die Vorstellung eines innerpolitisch neutralen Staates ist eine typisch liberale Vorstellung. Sie bedeutet ursprünglich, daß der Staat sich auf ein Minimum reduziert und die Lösung aller sozialen Probleme dem Wettstreit der sozialen Kräfte überläßt. Der neutrale Staat in diesem Sinne ist der sich nicht einmischende, nicht intervenierende, passive, agnostische Staat."
- 22) G.Gillessen, Hugo Preuss, S.142 ff, meint den Hauptmangel des Verfassungsentwurfs im Verhältniswahlrecht suchen zu müssen. Er übersieht aber dabei, daß auch vorher in Deutschland ein Vielparteiensystem bestand und daß Preuss den Proporz gerade als Überwindung der kleinparteilichen lokalen Repräsentation betrachtete. - Vgl. H. Preuss, Zur Agonie des deutschen Parlamentarismus, in: Die deutsche Nation, 5. 1923, S.27 ff
- 23) Regierung und Volkswille, S.94

- 24) So z.B. W.Cohnstätt, Amerikanische Demokratie und ihre Lehren, III. Hft.Ztg. 3.4.1919, entdeckte damals die notwendig plebiszitäre Struktur der modernen Massendemokratie. "Die politische Notwendigkeit, direkte Volksgesetzgebung in unsere neue Verfassung einzuführen, liegt vornehmlich in dem Mißtrauen, von dem weite Kreise der Bevölkerung gegenüber den von ihnen selbst gewählten Parlamenten erfüllt sind. Dieses Mißtrauen beschränkt sich nicht auf die Arbeiterschaft und nicht auf deren Unzufriedenheit mit der eben in Weimar tagenden Nationalversammlung. Seit Jahren hat sich der deutsche Reichstag einer ähnlichen Geringschätzung erfreut.... Wenn wir den Blick etwas weiter schweifen lassen, findet er, daß es sich hier nicht um Personenfragen, überhaupt nicht um Sonderfragen eines einzelnen Landes handelt, sondern daß allgemein das Vertrauen der Völker an Repräsentativsystem immer mehr dahingeschwunden ist." - Vgl. auch W.Hasbach, Die parlamentarische Kabinettsregierung, S.259 ff - Th.Houss, Demokratie und Parlamentarismus, in: Zehn Jahre deutsche Republik, S.111
- 25) W.Hellpach, Konservative Demokratie, Voss.Ztg. 5.10.1921, schlug das gegenüber dem Parlamentsradikalismus konsevrierende Element einer "Gerusie" vor. - R.Pilouty, Das parlamentarische System, S.74
- 26) Vgl. E.Steinitzer, Das Problem der Volksregierung, in: Neue Rdsch. 31.1920, I.S.210 "So stellt sich unser 'neues Regime' dar: der Geheimrat regiert mit dem Ideen- und Erfahrungskapital, das er im Obrigkeitsstaat gesammelt hat, und die 'herrschenden' Parteien zanken sich um die Einzelheiten seiner Entwürfe, bis schließlich ein Kompromiß entsteht, das nichts Ganzes mehr ist, keinen ungebrochenen Leitgedanken mehr enthält, und das am Ende nur angenommen wird, weil keine Partei etwas durchgesetzt, und keine recht behalten hat.Obrigkeitsstaat ohne Obrigkeit..."
- 27) Th.Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, S.321 - Auch Rathenau und Walter Simons waren als Außenminister keine Mitglieder des Parlaments; erst Stresemann brach mit dieser Tradition.
Föderalistische Bedenken gegen den Parlamentarismus bei H.Gmelin, Zur Frage der Einführung der parlamentarischen Verfassung im Reich, in: Zeitschr.f.Polit. 11.1919, S. 294 ff
- 28) C.Haussmann, Die Erneuerung des Parlamentarismus, in: Die deutsche Nation, 3.1921, S.106ff, wollte dieser Verachtung des Parlaments in der öffentlichen Meinung begegnen durch eine Reihe innerer Reformen, u.a. stärkere Stellung des Reichspräsidenten, kürzere Redezeiten, geschlossenes Handeln nach außen. - ..Vershofen, Zur Kritik des Parlamentarismus, in: Neue Rdsch. 31.1920 II. S.837 ff, beklagte den Mangel an Sachverständigen im Parlament und forderte parlamentarische Ausschüsse, die an Fachbürokratie gewachsen waren und so Exekutive und Legislative an Ende wieder vereinten.

- 42) Preuss über das Präsidentenamt: Denkschrift, 1919, in: Staat, Recht und Freiheit, S.384 ff - Begründung des Entwurfs einer Verfassung, 1919, ebd. S.416 ff - Deutschlands republikanische Reichsverfassung, S.67 ff - Zu Preuss' Argumenten fand sich widerstrebend auch G. Anschütz, Die kommende Reichsverfassung, in: Dt. Juristenztg. 24.1919, S.113 ff, worin er noch die Wahl des Reichspräsidenten durch das Parlament forderte, Der Aufbau der obersten Gewalten im Entwurf der deutschen Reichsverfass., ebd. S.199 ff, worin er der plebiszitären Wahl zustimmte.
- 43) Die Weimarer Reichsverfassung, S.357, 359
- 44) ebd. S.355 f
- 45) Kritische Vorbetrachtungen zur neuen Reichsverfassung, in: Archiv des öffentlichen Rechts 39.1920, S.409 f - Die Weimarer Reichsverfassung, S.372 "Der Reichspräsident gleicht jedoch nur dem Geist, den er begreift, er reicht an den Reichstag, mit dem er sich messen sollte, nicht heran, er steht beschämt zurück, weil dieser die der Republik angemessenen genossenschaftlichen Formen voraus hat..."
- 46) Reichsverfassungsmäßige Diktatur, in: Zeitschrift f. Politik, 13.1924, S.97 ff
- 47) Verfassungsausschuß, S.308 f
- 48) So Koch-Weser in der Verfassungsdebatte der Nationalversammlung, 28.2.1919, Die dt. Nationalvers. II. S.972 - Vgl. auch Ablaß, Verfassungsausschuß, S.231 ff, wo die Liberalen den Widerstand der Sozialdemokraten gegen die plebiszitäre Präsidentschaft zu brechen hatten. - Preuss, ebd. S.275 f, 8.4.1919 "Man beobachtet nämlich, wie wesensfremd den Anschauungen unsres Volkes auch in seinen fortschrittlichsten Richtungen eigentlich das parlamentarische System erscheint.... Überall begegnet man dem Mißtrauen, und die Herren kommen vielfach nicht von der Scheu vor der Obrigkeitsregierung los."
- 49) So M. Baum, Leuchtende Spur, S.238
- 50) Vgl. Zur Frage der Wahl des Reichspräsidenten, in: Das demokr. Dtschld. 2.1920, S.664 ff - Die Wahl des Reichspräsidenten, in: Das neue Dtschld. 8.1920, Heft 11/12

Die präsidentiale Demokratie

- 1) Der Reichspräsident, 25.2.1919, in: Polit. Schriften, S.391
- 2) So in Parlament und Regierung, 1917, in: Polit.Schriften, S.201 f
- 3) ebd. S.202 ff - Politik als Beruf, ebd. S.432 f
- 4) ebd. S.202
- 5) Aus einem Gespräch mit Ludendorff im Mai 1919, abgedr. bei M.Weber, Max Weber, S.703
 Einen eindeutigen Beleg, daß Max Weber 1918/19 eine parlamentarische Regierungsbildung ausschließen wollte, gibt es nicht, da er sich nach der Dezemberkonferenz im Reichsministerium des Innern, auf der er in dieser Frage wahrscheinlich neben Hugo Preuss alle anderen gegen sich hatte, von der Unvermeidlichkeit des Parlamentarismus überzeugen mußte. Doch weisen verschiedene Bemerkungen darauf hin, daß er zunächst an eine reine Präsidialdemokratie gedacht hat. "Parlamentarismus und Demokratie sind ...weit davon entfernt, identisch zu sein." Nov.1918, Polit. Schriften, S.364 - "Die volle Parlamentsmacht ist überall da unentbehrlich, wo erbliche Staatsorgane: die Monarchen, die (formellen) Chiefs des Beamtentums sind." 1917, ebd. S.320 - "Früher, im Obrigkeitsstaat, mußte man für die Steigerung der Macht der Parlamentsmehrheit eintreten... Heute ist die Lage die, daß alle Verfassungsentwürfe einem geradezu blinden Köhlerglauben an die...Allmacht der Mehrheit...verfallen sind, das entgegengesetzte, ganz ebenso undemokratische Extrem. Man Sorge dafür, daß er (der Präsident)....in zeitweilig unlösbaren Krisenfällen (durch suspensives Veto und Berufung von Beamtenministerien) ... in die Reichsmaschine eingreifen kann". 25.2.1919, ebd. S.392
 Diese Auffassung auch bei: M.Weber, Max Weber, S.687 f - H.Petzke, Max Weber und sein Einfluß auf die Reichsverfassung, S.181
- 6) Vgl. Die Hindernisse Max Webers auf einer Amerikareise von 1904, von der die Hauptkenntnisse der plebiszitären Struktur der modernen Demokratie herrühren. M.Weber, Max Weber, S.316-345
- 7) Parlament und Regierung, 1917, in: Polit.Schriften, S.202
- 8) Der Reichspräsident, ebd. S.390 ff

- 9) Deutschlands künftige Staatsform, 1918, ebd. S.367 f -
 Als verfehlt muß die Interpretation der plebiszitären
 Präsidentschaft bei J.P.Mayer, Max Weber and German
 Politics, p.102, 105 ff, 109, angesehen werden, der einen
 solchen Staatsaufbau als Ausdruck eines Macchiavellismus
 der Macht, der einen Rachekrieg vorbereiten sollte, um
 die Republik als würdige Nachfolgerin der Monarchie er-
 scheinen zu lassen, ansieht. "Thus the wolf was made to
 look after the sheep", p.102 -
 Die unterschiedlichen Motive Max Webers und Oswald Speng-
 lers gegen den Parlamentarismus betont O.Koellreutter,
 Die staatspolitischen Anschauungen Max Webers und Oswald
 Spenglers, in: Zeitschr.f.Politik, 14.1925, S.481 ff
- 10) Parlament und Regierung, in: Polit.Schriften, S.158
- 11) ebd. S.213
- 12) ebd. S.169 ff
- 13) ebd. S.175 f
- 14) ebd. S.213
- 15) Ein Vergleich mit der präsidentiellen Entwicklung
 nach 1930 liegt nahe: Aber hier war der Aufstieg der to-
 talitären Parteien bereits so weit fortgeschritten, daß
 nach Hitlers Machtübernahme das Parlament keine Macht-
 stellung - insbesondere das Enqueterrecht der Minderhei-
 ten - mehr hatte.
- 16) ebd. S. 221 ff
- 17) Vgl. die Argumente des sozialdemokratischen Abgeordneten
 Fischer im Verfassungsausschuß, S.274 f
- 18) Hochschullehrer und Parteien, Voss.Ztg. 18.1.1919, worin
 er sich mit Max Weber und Naumann einig bezeichnet
- 19) Verfassung und Verwaltung der deutschen Republik, in:
 Neue Rdsch. 30.1919 I. S.10 ff
- 20) Wie gestalten wir unsere künftige Reichsverfassung, S.38
 ff - Danach sollte der Präsident zwar auch Landräte
 in die Regierung berufen, aber keinen Minister ernennen
 ten, und alle ihm persönlich verantwortlich bleiben
- 21) Regierung und Volkswille, S.145
- 22) ebd. S.145 ff - Die wichtigsten Fragen der künftigen
 Reichsverfassung, in: Preuss.Jb. 175. 1919, S.13

- 23) Die Präsidentenfrage, Voss.Ztg. 4.12.1918 "Tatsächlich ist die Volkswahl eines wirklichen Oberleiters mit begrenzter Regierungszeit dem Wechsel der parlamentarischen Gruppierungen vorzuziehen, sobald nur, wie in Amerika, verfassungsmäßig genau umgrenzt ist, wo die Befugnisse des Präsidenten und des Parlamentarismus sich scheiden."
- 24) Verfassungsausschuß, 8.4.1919, S.277 f
- 25) Vgl. Th. Heuss, Friedrich Naumann, S.468
- 26) Stresemann, Von der Revolution, S.138 f
- 27) Vgl. E.Goerke, Videant Consules, S.142 ff - E.Hloth, Ein Jahr Rede- und Rätorepublk, S.14 f
- 28) Stresemann, Von der Revolution, S.140 - Vgl. jedoch das sehr positive Urteil über Ebert von 1925: "...eine der wenigen ganz starken und großen Persönlichkeiten in Deutschland, die in der Lage und berufen waren, bei großen Zukunftsentscheidungen mitzuwirken. Nicht als Parteimann!" Reden und Schriften II., S.225 f
- 29) So von Campe, Parlamentarismus, in: Dt.Stimmen, 34.1922, S.45 f - Vgl. auch W.Kahl, Grundfragen der Verfassung, in: Deutscher Aufbau, S.29 "Wo das höchste Staatswohl gebietet, Regierungskrisen zu vermeiden, muß der Präsident vom Mehrheitswillen des Reichstags unabhängig sein. Eine solche Erweiterung der Präsidialbefugnisse würde auch durchaus auf der konstruktiven Linie der Nationalversammlung gelegen sein."
- 30) So L.Schotte, Der mißverstandene Parlamentarismus, in: Preuss.Jb. 181.1920, S.134 ff - Schotte, Nachfolger Delbrücks in der Redaktion der Preuss.Jb., trat Anfang 1920 von der BDP zur DVP über.
- 31) Vgl. Heinze im Fraktionsbericht auf dem 2.Parteitag der DVP, S.38 f
- 32) Reichstagsprotokolle, 30.6.1920, Bd.344, S.55
- 33) Grundsatz oder Taktik, Köln.Ztg. 9.6.1920 - Das Kabinett Fehrenbach, an dem sich zum ersten Male die DVP beteiligte, wurde demonstrativ mit zwei Fachministern besetzt.

Preußen und das Reich

- 1) H.Preuss, Reich und Länder, S.158
- 2) Th. Heuss auf dem 1.Parteitag der DDP, S.106 - Die DDP hatte im Februar 1919 Th.Heuss und Hjalmar Schacht zur Propagierung des Einheitsgedankens und zur Unterstützung der örtigen Demokratischen Partei nach Österreich geschickt. - Vgl. auch G.Bernhard, Einheit der deutschen Nation, Voss.Ztg. 31.10.1918 "Ein Ausblick von unerörterter Weite tut sich auf: Der Krieg wäre nicht umsonst geführt. Das Neue, das heraufsteigt, ist wertvoller und zukunftsverheißender als das Alte, das durch den Kampf der Waffen zertrümmert wurde."
- 3) Preuss, Denkschrift, in: Recht, Staat und Freiheit, S.380 ff
- 4) Deutschlands zukünftige Staatsform, in: Polit.Schriften, S.360
- 5) Ein Reichskulturamt, in: Das demokr.Dtschl. 1.1919, S.534 ff
- 6) Deutschlands zukünftige Staatsform, in: Polit.Schriften, S.358, 361 - Vgl. dagegen G.Anschütz, Bundesrat oder Staatenhaus, in: Dt.Politik, 4.1919, I. S.111 ff
- 7) Vgl. W.Apelt, Geschichte der Weimarer Reichsverfassung, S.71 ff
- 8) H.Kampffmeyer, Eine neu zu gründende Reichshauptstadt? Rkf.Ztg. 4.1.1919
- 9) Denkschrift, in: Staat, Recht und Freiheit, S.377 f
- 10) ebd. S.371 ff
- 11) ebd. S.379 ff
- 12) Abgedr. in Reich und Länder, S.163 f - Artikel 18 der Reichsverfassung, S.6 - Auch Pläne des Berliner Professors für historische Geographie und Staatenkunde, Walther Vogel, zog Preuss dabei heran. - Vgl. G.Gillissen, Hugo Preuss, S.131 f
- 13) Vgl. H.Preuss, Reich und Länder, S.165 f
- 14) W.Kemper, Das Ende der preußischen Hegemonie, Rkf.Ztg. 12.12.1918 - Th.Heuss, Deutsche Reichsverfassung, in: Dt.Polit. 3.1918, II. S.1576, wünschte eine Lösung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. - "Stammesfreiheit im Einheitsstaat, S.23 ff",

- 15) Die deutsche Nationalvers.II. S.1175 ff (3.3.1919)
- 16) R.Friedländer, Die Frage Preußen, Voss.Ztg. 25.1.1919
- 17) So: G.Bernhard, Preußen, ebd. 26.1.1919 - P.Thimme, Das alte Preußen, in Dt.Polit. 3.1918 II. S.1479 ff - F.Meinecke, Bemerkungen zum Entwurf der Reichsverfassung, ebd., 3.1919 I. S.135 ff
- 18) So Max Weber, Deutschlands zukünftige Staatsform, in: Polit. Schriften, S.355
- 19) J. Buchhorn, Ich bin ein Preuße, S.14
- 20) O.Boelitz, Preußens Zerstückelung, S.12 f
- 21) ebd. S.8 ff - Vgl. auch F.Meinecke, Das preußisch-deutsche Problem, in: Die deutsche Nation, 3.1921, S.204 ff - Heinze, Die dt.Nationalvers., II., 28.2.1919, S.987 f
- 22) O. Boelitz, Preußens Zerstückelung, S.12
- 23) Die DVP in der preußischen Landesversammlung, S.5 ff, 16
- 24) ebd. S.15 f
- 25) O.Boelitz, Preußen und der Einheitsstaat, S.8 - Vgl.auch Stresemann, 13.4.1919, Reden und Schriften, I.S.278 - "Wer an Preußen die Hand legt, der legt auch die Hand an die Reichseinheit; wem die Reichseinheit lieb ist, der darf Preußen nicht zerschlagen wollen...."
- 26) Th.Koehn, Zum Parteiprogramm der DVP, S.12
- 27) Einen Überblick über den Art.18 RV, der die Neugliederung legitimieren sollte, und seinen Werdegang gibt H.Preuss, Artikel 18 der Reichsverfassung, S.12-46, erweitert in: Reich und Länder, S.155-235
- 28) W. Heile, Stammesfreiheit im Einheitsstaat, S.41 ff, 61
- 29) Bericht über die Verhandlungen des Preußenausschusses der DDP, S.46 - Vgl. auch 3.Parteitag der DDP, S.62 - In seinen letzten Jahren sah auch Preuss schließlich Preußen als die wichtigste Stütze der Demokratie im Reich an. - Vgl. G.Gillessen, Hugo Preuss, S.182
- 30) Bericht über die Verhdl. des Preußenaussch. der DDP, S.21ff
- 31) Koch-Weser auf dem 3.Parteitag der DDP, S.98 f
- 32) Zur Zeitgeschichte, in: Die deutsche Nation, 3.1921, S.10ff - Bill Drews, Deutschland und Preußen, ebd. S.191 ff - H.Preuss, Ist Preußen ein Land? ebd. S.199 ff
- 33) Das preußisch-deutsche Problem, ebd.S.204 ff
- Vgl. H.Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung im 19.Jahrhundert, S.772

Beamtentum und Heer

- 1) Parlament und Regierung, in: Polit.Schriften, S.146
"Die steigende Notwendigkeit, den jeder Fachschulung entbehrenden Parteischützling...durch den das Amt als Lebensberuf versiehenden fachgeschulten Beamten zu ersetzen, grüßt diesen amerikanischen Parteien zunehmend Pfünden ab und läßt auch dort unentrinnbar eine Bureaucratie europäischer Art entstehen."
- 2) Naumann, Wie soll es werden, III. in: Hilfe, 24.1918, S. 612 ff
- 3) Schicksalsstunden der preußischen Städte, Köln.Ztg. 1.5.1919
- 4) Reichtagsrede vom 26.10.1916, in: Reden und Schriften, I. S.135 f
- 5) G.Thomas, Beamtentum und Republik, in: Dt.Stimmen, 31.1919, S.525 ff - Morath, Staat, Beamte und Erh. von Richthofen, ebd. 32.1920, S.32 ff
- 6) DVP, Wahlhandbuch 1924, II. S.314 - Vgl. auch: Die DVP in der preußischen Landesversammlung, S.21 f
- 7) Vor allem die Fkf.Ztg. war hier sehr revolutionär (18.3.1919), zögernder die Voss.Ztg. - O.Meyer, Die Personalreform in der inneren Verwaltung Preußens, in: Demokratie 1.1919, 2. Heft, S.23 ff
- 8) 1. Parteitag der DDP, S.278
- 9) Verfassungsausschuß, S.382 (30.5.1919)
- 10) Dazu L.Brentano, Die Beamtenorganisation und ihre wirtschaftlichen Ziele
- 11) Holbeck, Das Streikrecht der Beamten in Preußen, in: Dt.Juristenztg. 24.1919, S.396 ff - Danne, Beamtenstreik und Reichsverfassung, ebd. S.785 ff - Vgl. auch H.Nawiasky, Die Stellung des Berufsbeamtentums im parlamentarischen Staat, S.13 ff
- 12) So F.Lüschén, Beamtenfragen, in: Das demokr.Dtschld. 1.1919, S.229 ff
- 13) K.Delius, Die Stellung der Beamtenschaft im neuen Staat, S.9 f
- 14) Haas in der Nationalvers., 29.3.1920, in: Die DDP und der Kapp-Putsch, S.17 - R.Jansen, Der Berliner Militärputsch, S.40 f
- 15) DVP. Wahlhandbuch 1924, II. S.315

- 16) L. Wittmayer, Die Weimarer Reichsverfassung, S.97
- 17) O.Meyer, Von Bismarck zu Hitler, S.104 f
- 18) Zwischen Gestern und Morgen, S.18
- 19) E.Spiess, Vier Wochen Untersuchungsausschuß, S.48
- 20) Vgl. Max Weber, Brief an die Fkf. Ztg. v. 9.2.1919, in: Polit.Schriften, S.486
- 21) W. Heile, Die Reichswehr, in: Hilfe 26.1920, S.629 ff-Gerland, Die Abschaffung der Wehrpflicht, ebd. S.467 ff
- 22) Haas in der Nationalvers. am 29.3.1920, in: Die DDP und der Kapp-Putsch, S.20 f
- 23) 3. Parteitag der DDP, S.85 ff, 91 ff

Sozialpolitik

- 1) So E.Goerke, Videant Consules, S.113 ff - Hugo, 2.Parteitag der DVP, S.88 ff
- 2) Vgl. R. Ehr. von Rheinbaben, Liberale Politik im neuen Reiche, S.36 ff - G.Bäumer, Grundlagen demokratischer Politik, S.76 ff - H.Goldschmidt-Faber, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums, S.52 f - Max Hornbogen, Das Programm der DDP und die Reichsverfassung, S.80 ff
- 3) Rose, Produktive Arbeitslosenfürsorge, - S.Matheus, Soziale nationale Demokratie, S.45 ff
- 4) Hatschek, Das Reichsarbeitsjahr, in: Das demokr.Dtschld. 2 1920, S.656 - Rathenau, Die neue Gesellschaft, in: Gesammelte Schriften, V., S.430
- 5) Vgl. Th.Oschenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, S.40 f
- 6) in: Polit.Schriften, S.7-30
- 7) Dazu E. Oppenheimer, Die soziale Forderung der Stunde, in: Neue Räsch. 29.1918, II, S.1506 ff - Jahn, 1.Parteitag der DVP, S.72 ff - Ponfick, Ländliches Siedlungswesen, 2.Parteitag der DVP, S.206 ff
- 8) So H.S. Weber, Intellektuelle und geistige Bevölkerungspolitik, in: Dt.Stimmen, 31.1919, S.500 ff
- 9) Böhme, Bäuerliche Siedlungen, 3.Parteitag der DDP, S.153 ff
- 10) DVP Wahlhandbuch 1924, I. S.336 ff

Staat und Kultur

- 1) Straßburg, Freiburg, Berlin, S.274
- 2) O. Brües, Grundlagen des Liberalismus, S.9 ff
- 3) So F.Naumann, 1.Parteitag der DDP, S.183 ff
- 4) Runkel (DVP), Die dt.Nationalvers.III. S.1700 ff - Weiss (DDP), ebd. S.1674 ff (11.3.1919) - O.Boelitz, Die Kulturpolitik, und: Schule, Kirche, Volksbildung, 2.Parteitag der DVP, S.120 ff
- 5) H.Luppe, Das neue Schulkompromiß, Fkf.Ztg. 6.8.1919
- 6) O.Stiller, Die Einheitsschule, S.3 ff
- 7) ebd. S.14 "Wesentlich ist, daß das Gefühl der Beziehung zwischen höherer Leistung der Eltern und weitergehender Förderung der Kinder erhalten bleibt."
- 8) Boelitz am 11.12.1919 in der preuß. Landesvers. in: Kulturpolitik der DVP, S.16 f
- 9) Diese Aufrufe, die selbst in demokratischen Zeitungen erschienen, hatten als Unterzeichner u.a. G. von Below, Curtius, O. von Gierke, Gisevius, Hoetzsch, E. Marcks, A.O. Meyer, Ed.Meyer, Petersen, Roethe, Seeberg, Seeck, Sering, Smend, Triepel, von Wilamowitz-Moellendorff, Wilcken. - Voss.Ztg. 16.1.1919 - Köln.Ztg. 1.6.1920
- 10) Vgl. K.Wolzendorff, Die Universität in der Demokratie, S.23 ff
- 11) Vgl. Moldenhauer, am 10.12.1919 in der preuß.Landesvers., in: Kulturpolitik der DVP, S.26 - Stresemann, Rede vom 19.12.1918, in: Reden und Schriften, I. S.233 "Ein Har- nack, ein Wilamowitz-Moellendorff, unsere Hochschul- Lehrer, unsere Kirchen und Schulen, unsere hochstehen- den Volksschulen sollen ihre Direktiven von einem solchen Manne (dem Kultusminister A. Hoffmann) empfangen.... Mit Hohn erfüllt es die Welt, einen Adolf Hoffmann als Machthaber über die geistige Entwicklung des Volkes der Dichter und Denker bestimmen zu sehen."
- 12) Fkf.Zt . 14.3.1919
- 13) Staat und freie Kirche, in: Hilfe, 24.1919, S.620 ff
- 14) Schuster, Das Kulturprogramm der DVP, S.15 f -ichert in der preuß. Landesvers. am 3.12.1919, in: Kulturpolitik der DVP, S.44 f - Baumgarten, Die Kirche im demokratischen Staat, 3.Parteitag der DDP, S.238

- 15) Baumgarten, ebd. S.239 ff
- 16) Vgl. dazu G. Urdang, Mehr Ehrlichkeit, in: Das demokr
Dtschld. 1.1919, S.819 ff - A. Sussmann, Demokratie und
Judenfrage, S.9 f
- 17) EVI und Antisemitismus, Fkf.Ztg. 23.5.1920 - Umschau und
Ausschau, Köln.Ztg. 16.5.1920 - T.Goerke, Videant Con-
sules, S.204 ff - Issberner, Demokrat. ABC-Buch, S.10 f
- 18) Sussmann, Demokratie und Judenfrage, S.41 ff
- 19) O. Warburg, Das jüdische Problem, Voss.Ztg. 23.11.1919

Der wirtschaftliche Liberalismus

- 1) Issberger, Demokratisches ABC-Buch, S.106 f, 183 ff
- 2) Vögler, 2.Parteitag der DVP, S.107 ff "Sie hat unser Volk verderbt in allen Schichten. Käufer, Verkäufer, Verteiler, Kontrollbeamte sind nicht mehr einwandfrei. Die Zwangswirtschaft, die in ihrem Gefolge unfehlbar die Korruption mit sich bringen muß, ist im Begriff, alles, was noch gut ist am deutschen Volk, zu zersetzen, sie ist im Begriff, unser Volk zu verseuchen." S.109 - Vgl. auch H.Schneider, Rätssystem, Zwangswirtschaft und Sozialisierung, S.26 ff - Kaufmann, 1.Parteitag der DDP, S.201 f
- 3) Vgl. G.Gothain, Planwirtschaft, S.13 ff - R.Calwer, Gebundene Planwirtschaft, S.40 ff - Max Weber, Brief an O.Neurath vom 4.10.1919, in: Polit. Schriften, S.488 "Aber ich...halte die 'Planwirtschafts'-Pläne für einen dilettantischen, objektiv absolut verantwortungslosen Leichtsinn sondergleichen, der den 'Sozialismus' für hundert Jahre diskreditieren kann und alles, was jetzt etwa werden könnte, in den Abgrund einer stupiden Reaktion reißen wird."
- 4) R. Calwer, Gebundene Planwirtschaft, S.40 ff
- 5) G.Hildebrand, Die Befreiung des Arbeiters und der Arbeit, S.31 ff, 38 ff - S.Matheus, Soziale nationale Demokratie, S.71 ff
- 6) Die wenigen Anhänger Rathenaus in der DDP waren u.a. G. Dernhard (Übergangswirtschaft), Erich Obst (Vorwärts zu Einheit und Freiheit, S.24 ff), und im gewissen Sinne Anton Erkelenz (Unternehmer und Arbeitnehmer, S.15 ff)
- 7) Zum folgenden: Rathenau, Von kommenden Dingen, S.73 - 151 - Die neue Wirtschaft, in: Gesammelte Schriften, V. S.179-261 - Autonome Wirtschaft.
- 8) H. Graf Kessler, Walther Rathenau, S.217
- 9) Rathenau, 3. Parteitag der DDP, S.125 ff
- 10) Der Höhepunkt des Kapitalismus, Rede vom 24.4.1921, in: Gesammelte Reden, S.153 ff
- 11) Vgl. die Ausführungen von H.Fischer, 3.Parteitag der DDP, S.171 ff
- 12) Max Weber, Deutschlands zukünftige Staatsform, in: Polit. Schriften, S.369

- 13) Paehncke, Die dt.Nationalversammlung, III. S.1732 ff
Vgl. auch Kauffmann, 1.Parteitag der DDP, S.203 f -
Brehlitz, Gemeinwirtschaft und DDP, in: Hilfe, 25.1919,
S.168 f
- 14) W. Fülz, Demokratische Gemeindepolitik, S.19 ff
- 15) Unternehmer und Arbeitnehmer, S.32 ff
- 16) Vgl. H.Brückmann, Vergesellschaftung der Industrie-
betriebe, Berl.Tagobl. 27.11.1918 - A.Leiler, Der Staat
des sozialen Rechts, III. Fkf.Ztg. 27.11.1918
- 17) Vgl. R.Schneider, Rütssystem, Zwangswirtschaft und So-
zialisierung, S.14 ff
- 18) Stresemann, Parteitagsrede vom 13.4.1919, in: Reden und
Schriften, I. S.268 f - Sozialisierung, in: Dt.Stimmen,
31.1919, 1491 ff - A. Kempkes, Die dt.Nationalvers. III
S 1373 ff (7.3.1919)
- 19) Stresemann, 13.4.1919, Reden und Schriften, I. S 270 -
Silverberg, Vergesellschaftung, Köln.Ztg. 23.12.1918
- 20) E.Dombrowski, Der sozialliberale Staat, Berl Tagobl
23.12.1918
- 21) Dazu Becker, Die DVP und die Finanz- und Steuerfragen,
- Issberger, Demokratisches ABC-Buch, S 66 f, 105 f,
132 ff
- 22) Gothein, 3. Parteitag der DDP, S.185 f, spricht von dem
Gesetz als die: "vollständige Verneinung der Bedeutung
des Kapitals im Wirtschaftsleben, eine Verbanung vor
sozialistischen Gedanken, vor der Straße"
- 23) Stresemann, 13.4.1919, in: Reden und Schriften, I. S 270 f

Der Kampf um den Rätestaat

- 1) Vgl. A. Feiler, Der Ruf nach den Räten, Fkf.Ztg. 23., 26. u. 28.3.1919
- 2) H.A. Krüger, Die Gothaische Räteverfassung, in: Das demokr.Deutschld. 1.1919, S.889
- 3) Dieses wurde auch auf demokratischer Seite begrüßt, vgl. W. Kamper, Das Räte-system, Fkf.Ztg. 5.1.1919
- 4) In der Räte-debatte des ersten Parteitags der DVP, S.69 f, stieß der einzige Anhänger einer mit dem Recht der politischen Legislative ausgestatteten Räte-kammer auf leidenschaftliche Ablehnung. - Die demokratische Fraktion der preuss.Landesvers. beschloß: "Die politische Demokratie fordert die unbedingte Souveränität der aus dem freiesten Wahlrecht hervorgegangenen Vertretung des ganzen Volkes. Ihr ein berufsständisches oder ein Klassenparlament zur Seite zu stellen, würde eine reaktionäre Maßnahme bedeuten, die dem Geiste wahrer Demokratie entschieden widerspricht." Abgedr. bei F.Rathenau, Parlament und Räte, S.28
- 5) H.Gerland, Die Mitwirkung der Räte an der Gesetzgebung, S.8 ff - G. Bernhard, E.Abderhalden und E.Obst äußerten sich positiv zu Kaliskis Entwürfen.
- 6) Naumann, Neudeutsche Wirtschaftspolitik, S.322 ff
- 7) Vgl. G. Bäumer, Zur Begriffsbestimmung der Räte, in: Hilfe, 25.1919, S.252 ff
- 8) Vgl. E. Koch-Weser, Verfassungsausschuß, 2.6.1919, S.398 "Meine Partei steht der Frage ohne überschwengliche Hoffnungen gegenüber. Es ist merkwürdig, daß ganz verschiedene Parteien sich für die Einrichtung zusammenfinden, Bolschewistenfreunde der ständischen Verfassung und diejenigen aus allen Parteien, die immer dem Neuen zustreben und an den demokratischen Einrichtungen verzweifeln..."
- 9) So W.Rathenau, Der neue Staat, in: Gesammelte Schriften, V. S.289
- 10) R. Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, S.37
- 11) ebd. S.70 - In diesem Sinne bekämpfte Steiner auch die Sozialisierung als Verstaatlichung und erstrebte die Lösung der Eisenbahnen, Wasserstraßen, Gruben usw. aus Staatsbesitz. - Vgl. den Aufruf des Bundes, abgedr. ebd. S.115-120
- 12) Der neue Staat, in: Gesammelte Schriften, V.S.289 ff

- 13) ebd. S.297
- 14) Die Diktatur der sozialen Revolution, S.105 ff
- 15) Gesammelt in: Politik des Geistes
- 16) Vgl. K.Wolzendorff, Renaissance der Gelehrtenrepublik, Fkf.Ztg. 251.1920 - P. Natorp, Ein Weg der Rettung, in: Kunstwart, 32. III.1919, S.100 ff u. Was sollen wir denn tun, ebd. 33. II. 1920, S.242 ff - L. John, Kulturparlament, in: Das demokr.Dtschld., 1.1919, S.1253 ff
- 17) Vgl. H. Felbrück, Sozialisierung und Arbeiterräte, in: Preuss.Jb. 176, 1919, S.313 ff
- 18) Max Weber, Wahlrecht und Demokratie, in: Pol.Schriften, S.234 ff (Dez.1917)
- 19) ebd. S.292
- 20) Vgl. Th. Vogelstein, Über die Grenzen der Wirksamkeit eines Reichswirtschaftsrates, in: Die deutsche Nation, 2.1920, S.217 ff - H.Preuss, Rede, Fkf. Ztg. 10.5.1920
- 21) Vgl. H. Nawiasky, Die Zukunft der politischen Parteien, S.13 ff
- 22) 3. Parteitag der DDP, S.227 f - Vgl. Th.Heuss, Zwischen Gestern und Morgen, S.45 ff
- 23) Th Heuss, Staatsbejahung, in: Die deutsche Nation, 4.1922, S.838 ff
- 24) Vgl. J.W. Reichert, Wirtschaftspolitische Industrieverbände, S.8 f
- 25) So R.Schneider, Rätssystem, Zwangswirtschaft und Sozialisierung, S.6 - Vgl. auch O.Curtius, Demokratie und Rätssystem, S.11
- 26) Dazu M.J. Bonn, Die Krisis der europäischen Demokratie, S.81 ff, 105 ff u. Die Auflösung des modernen Staates, S.13 ff, 33 ff
- 27) Vgl. W.Kamin, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Rätessystems, in: Dt.Stimmen 31.1919, S.370 ff - Graf zu Stolberg-Wernigerode, Ein Weg zu politischer Gesundheit, ebd. 34. 1922, S.453 ff
- 28) Polit. Umschau, ebd. 32.1920, S.1 ff
- 29) So Vögler, 2.Parteitag der DVP, S.113 - Leonhardt, Grundbegriffe der Arbeitsgemeinschaft, S.23 f. - Die Anhänger der "Gelben Gewerkschaften" distanzierten sich jedoch von der Arbeitsgemeinschaft, weil diese die Streikmacht ausschloß, vgl. Geisler, 2.Parteitag

- 30) Vögler, 2.Parteitag der DVP, S.117 f - Streiter, ebd. S.147 ff
- 31) Vgl. G.Bernhard, Wirtschaftsparlamente, S.109
- 32) ebd. S.116 f - W. Vershofen, Die Stellung von Wirtschafts- und Kulturverbänden im Staatsleben, in: Die Tat 10. 1918/19, S.846 ff
- 33) H.Potthoff, Rätssystem und Berufsparlament, S.22 ff u. Die staatliche Organisierung, pass.
- 34) ebd. S.12
- 35) Issberner, Demokratisches ABC-Buch, S.26
- 36) Vgl. Vögler, Nationalversammlungsprotokolle, Bd.331, 14.1.1920, S.4246 f - Vgl. auch A. Grabowsky, Das Rätssystem und die Regierung, in: Das neue Dtschld. 7.Heft 24 - Auch G.Bernhard sah in den Betriebsräten nur die Verfälschung der Räteidee, die den Betrieb zur "Schwatzbude" machen würde; vgl. Voss.Ztg. 7.4.1919
- 37) Vgl. A.Erkelenz, Vom Klassenkampf zur Betriebsgemeinschaft, in: Hilfe, 25.1919, S.594 ff
- 38) Vgl. Das Betriebsrätegesetz, die Parteien und wirtschaftliche Berufe, S.9 f - Issberner, Demokratisches ABC-Buch, S.26
- 39) H.Potthoff, Unternehmer und Betriebsräte, S.12 - Weinhausen, Nationalversammlungsprotokolle, 14.1.1920, Bd.331, S.4227 - Erkelenz, ebd. 18.1.1920, Bd.332, S.4494 ff
- 40) Erkelenz, Die Aufgaben der Arbeitnehmer im demokratischen Staat, Rede vom 18.9.1921, in: Junge Demokratie, S.109 f

Die Struktur der liberalen Parteien

- 1) Vgl. zum Folgenden Max Weber, Parlament und Regierung, in: Polit.Schriften, S.163 ff, 182 ff - Politik als Beruf, 1919, ebd. S.413 ff, 431 ff - F.Naumann, Die Erneuerung des Liberalismus, S.29 ff - A.Erkelenz, Demokratie und Parteiorganisation.
- 2) Vgl. die merkwürdige Auffassung von R.Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens, S.178, daß die Eigenmächtigkeit der Fraktionen gegenüber Parteiprogrammen und Parteitagebeschlüssen ein Beweis für die naturnotwendige oligarchische Umwandlung der 'Demokratie' sei. Das Prinzip liberaler Parteien war jedoch gerade die Eigenverantwortlichkeit der Abgeordneten gegen Wahlkreisforderungen und Parteiinstanzen. Es gab kaum Fraktionszwang wie auch keine Maßregelung durch die Parteitage.
- 3) H. v. Treitschke, Parteien und Fraktionen, in: Hist. und polit. Aufsätze III. S.587 f - Vgl. dazu Th.Schieder, Die Theorie der Partei, Bergsträsserfestschrift, S.190ff
- 4) So noch W.Sulzbach, Betrachtungen über die Grundlagen der politischen Parteibildung, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 38. 1914, S.130 ff
- 5) Th. Heuss, Die neue Demokratie, S.61
- 6) Vgl. die heftige Diskussion auf dem 1.Parteitag der DDP, S.178 ff
- 7) Wort Freislebens, zitiert nach K.Heger, Die DDP in Württemberg und ihre Organisation, S.49 f
- 8) Die politischen Parteien, S.78
- 9) Vgl. Th.Heuss, Die neue Demokratie, S.66 ff
- 10) Vgl. H. Eberl, Organisation und Gemeinschaft, in: Die Tat, 11.1919/20, S.210 ff - E.Krieck, Parteiwirtschaft und Führerauslese, ebd. S.59 ff - B.Rauecker, Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter, in: Hilfe, 26.1920, S.268 ff - Vgl. auch E.Diederichs Kritik an der Nationalversammlung, Politik des Geistes, S.175 ff - A.Erkelenz, Demokratie und Parteiorganisation, S.11, betont die Skepsis angesehener Liberaler, die den Wert einer straflosen Geschäftsorganisation ihres eigenen Betriebes sehr wohl kannten, in der Frage der Parteiorganisation

Politik als Beruf, 1919, in: Polit.Schriften, S.41.

11) S. 432

12) S. 432

- 14) Wahlrecht und Demokratie, 1917, ebd. S.303 ff - Politik als Beruf, ebd. S.413 ff
- 15) F.Naumann, Erziehung zur Politik, S.17 ff
- 16) Die Zahlen sind berechnet nach den Teilnehmerlisten der Parteitage, auf denen im wesentlichen die Führerschicht der Parteien versammelt war: 1.Parteitag der DDP, S. 365-389 - 2.Parteitag der DVP, S.227-236. Nicht einge-rechnet werden konnten jedoch die vielen Namen ohne Be-rufsangabe und solche Kategorien wie Abgeordneter, Stadt-rat, Student, Ehefrau. Gesondert aufgeführt wurden die Partei- und Gewerkschaftssekretäre (ausnahmslos der An-gestellten- und Beamtengewerkschaften mit einer Minder-heit aus den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen), die sich nach den Angaben nicht unterscheiden lassen. Jedoch war der weit geringere Teil der Parteisekretäre, die meist auf dem Parteitag nur geschäftliche Dinge zu er-ledigen hatten und nicht zur Führerschicht gerechnet wer-den dürfen.
- 17) Berechnet nach den Berufsangaben im Handbuch der verfgbd. dt.Nationalvers.
- 18) Die Zahlen für Arbeiter und Angestellte sind berechnet nach L.Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, S.204, die jedoch Lücken und Fehler enthalten, dem Intern. Hwb. des Gewerkschaftsw. und sporadischen Zeitschriften-notizen und gelten für das Jahr 1920; für die Beamten sind alle Zahlen geschätzt, sie gelten erst für 1922.
- 19) Vgl. die Bürgerblockparolen der Köln.Ztg. Dez.1918-Jan. 1919
- 20) So etwa O.Nuschke, Die neue Demokratie, in: Das demokr. Dtschld. 1.1919, S.7 f - F.Darmstaedter-Helversen, Zur Selbstkritik unserer Partei, ebd. 2.1920, S.451 ff
- 21) Vgl. G.Schneider, Die Angestellten im demokratischen Volksstaat, S.5 ff, 12 ff, 18 ff sowie die Art. DDP und GdA im Intern.Hwb. des Gewerkschaftsw.
- 22) Erkelenz, Proletarier aller Länder - spaltet Euch, in: Hilfe, 26.1920, S.563 ff u. Der Gewerkschaftsring, ebd. S.628 f
- 23) 3.Parteitag der DVP, S.313 ff
- 24) Vgl. die Art. DVP, Gedag und DHV im Intern.Hwb. des Ge-werkschaftsw.
- 25) Vgl. O.Thiel, Die deutsche Privatangestelltenbewegung, S 7 f, 10
- 26) Die DVP und die Beamten, S.6 ff
- 27) Art. Wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerbewegung und IWT im Intern.Hwb. des Gewerkschaftsw.

- 28) Vgl. O.Hugo, Der Mittelstand und die DVP - Beythien, Der gewerbliche Mittelstand und die DVP - Issberger, Demokratisches ABC-Buch, S.87 ff. Der Bund der Handwerker schwenkte 1919/20 nach rechts und schloß mit dem konservativen Deutschen Landbund ein Bündnis ab, ebd.S.29ff
- 29) R.Issberger, Demokratisches ABC-Buch, S.16. Der Geschäftsführer Carl Böhme gehörte der DDP an.
- 30) Vgl. a. Schulz-Heinrich, Parteiorganisation und Landlehrer, in: Hilfe 25.1919, S.555 f
- 31) Vgl. R.Schneider, Rütssystem, Zwangswirtschaft und Sozialisierung, pass.
- 32) Zu den Arbeitgeberverbänden L.Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, S.196 ff
- 33) So A.Erkelenz, Parteifinancen, in: Hilfe, 25.1919, S.692
- 34) Vgl. A.Erkelenz, Demokratie und Parteiorganisation, S.23 ff, 43
- 35) Jansen im Geschäftsbericht, 3.Parteitag der DDP, S.14 f
- 36) Zum folgenden vgl.: Die DVP. Aufbau und Anschriftenverzeichnis - A.Kempkes, Die Organisation der DVP, in: Deutscher Aufbau, S.16-24 - W.Stephan, Die Organisation der DDP, in Zehn Jahre deutsche Republik, S.543-550 - K.Heger, Die DDP in Württemberg und ihre Organisation, S.80 ff - Die Satzungen beider Parteien, abgedr. in den ersten Parteitageprotokollen.
- 37) In diesem Geschäftsführenden Ausschuß befanden sich 1919/20: 9 höhere Beamte, 4 Professoren, 3 Redakteure, 2 Rechtsanwälte, 2 Lehrer, 2 Gewerkschaftssekretäre, 2 leitende Direktoren, 1 Landwirt, 1 Pfarrer und 6 ohne Berufsangabe und Ehefrauen.
- 38) Vgl. H.Gerland, Die Einheit in der Politik der DDP, in: Das demokr. Dtschld. 3.1921, S.979 ff.
- 39) Solche Subventionen z.B. vom Reichsausschuß für Handel, Gewerbe und Industrie für die DDP betrugen bis zum 30.11.1920 "fast 1 Million Mark". 3.Parteitag der DDP, S.24
- 40) Vgl. Naumann, Die Parteiorganisation, in: Hilfe, 25.1919, S.450 ff - A.Erkelenz, Parteifinancen, ebd. S.692 ff - Jansen, Geschäftsbericht, 3.Parteitag der DDP, S.32
- 41) A.Erkelenz, Demokratie und Parteiorganisation, S.20
- 42) Erkelenz, Parteifinancen, in: Hilfe, 25.1919, S.692 ff, berechnete deren Kosten auf 3,7 Millionen Mark neben 12 Millionen für Werbung und Wahl als Finanzbedarf der Parteizentrale.

- 43) A.Erkelenz, Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlwerber. Die Parteizentrale, in: Hilfe, 25.1919, S.712 f - Betrachtungen zur Organisation der Partei, ebd. S.658 ff
- 44) A. Kempkes, Die Organisation der DVP, in: Deutscher Aufbau, S.23 f
- 45) Vgl. dazu S.Neumann, Die deutschen Parteien, S.101 f
- 46) Anregungen dazu bei Th.Heuss , Parteienprobleme, in: Dt.Politik, 4.1919, II. S.807 ff.

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s =====

Vorbemerkung: Von der ausgedehnten parteipolitischen Broschürenliteratur ist nur die für unsere Darstellung wichtige hier aufgeführt; zur Erleichterung der parteipolitischen Orientierung mit Angabe des Verlages. Wichtige Parteiverlage sind: Staatspolitischer Verlag, Berlin (DVP), Demokratischer Verlag, Berlin-Zehlendorf-West (DDP), Buchverlag der Hilfe, Berlin-Schöneberg (DDP), Verlag Neuer Staat, Berlin (DDP), Sozietäts-Druckerei, Frankfurt/M. (DDP). Die Bibliographie für die Jahre 1918 - 1920 strebt möglichs-te Vollständigkeit an, während sie für die Jahre vorher und nachher nur das für Quellenhinweise Notwendige aufführt.

I. D a r s t e l l u n g e n

Willibald APELT, Geschichte der Weimarer Reichsverfassung, München 1946

Ludwig BERGSTRÄSSER, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. München 8./9.Auflage 1955

Werner CONZE, Friedrich Naumann, Grundlagen und Ansatz seiner Politik in der nationalsozialen Zeit (1895-1903). in: Schicksalswege deutscher Vergangenheit, Festschr.für S.A.Kaehler, S.355-386. Düsseldorf 1950

Theodor ESCHENBURG, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik. Schloss Laupheim, Wttbg.1954

Erich EYCK, Geschichte der Weimarer Republik, I. Erlenbach-Zürich-Stuttgart 1954

Ernst FEDER, Hugo Preuss, Berlin 1927

- - , Theodor Barth und der demokratische Gedanke. Gotha 1919

Ferdinand FRIEDENSBURG, Die Weimarer Republik. Berlin 1946

Friedrich GLUM, Das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland, Großbritannien und Frankreich. München 1950

Walter GÖRLITZ, Gustav Stresemann, Heidelberg 1947

- Ludwig Franz GENGLER, Die deutschen Monarchisten 1919-1925. Phil-Diss. Erlangen 1932
- Heinrich HEFFTER, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Stuttgart 1950
- Klaus HEGER, Die deutsche Demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation. (Leipziger rechtswissenschaftliche Studien, 24.) Leipzig 1927
- Theodor HEUSS, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart-Tübingen, 2.Aufl. 1949
- Max HORNBÖGEN, Das Programm der DDP und die Reichsverfassung. Jur.Diss. Leipzig 1922, MS.
- Karl JASPERS, Max Weber, Politiker, Forscher, Philosoph. Bremen, 1948
- Harry Graf KESSLER, Walther Rathenau, Berlin-Grünwald 1928
- Walter KÖHLER, Ernst Troeltsch. Tübingen 1941
- Eric C. KOLLMANN, Eine Diagnose der Weimarer Republik. Ernst Troeltschs politische Anschauungen. In: H.Z. 182. 1956
- Gerhard LEIBHOLZ, Die Auflösung der liberalen Demokratie in Deutschland und das autoritäre Staatsbild. München-Leipzig 1933
- John Peter MAYER, Max Weber and German Politics. A Study in Political Sociology. London, 2.Ed. 1956
- Friedrich MEINECKE, Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik. In: H.Z. 125. 1922, S.248-283
- Robert MICHELS, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Leipzig, 2.Aufl.1925
- Sigmund NEUMANN, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932
- Hans PETZKE, Max Weber und sein Einfluß auf die Reichsverfassung. Jur.Diss. Leipzig 1925. MS.
- Ludwig PRELLER, Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949
- Gerhard RITTER, Wesen und Wandlungen der Freiheitsidee im politischen Denken der Neuzeit, in: Vom sittlichen Problem der Macht, S.105-138, Bern 1948
- Artur ROSENBERG, Entstehung und Geschichte der deutschen Republik. Frankfurt/M. 1955
- Guido de RUGGIERO, Geschichte des Liberalismus in Europa. München 1930

- Theodor SCHIEDER, Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: Aus Geschichte und Politik, Festschr. für L. Bergsträsser, hg. von A. Herrmann, S. 185-196. Düsseldorf 1954
- - , Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus, in: H.Z. 177. 1954, S. 49-74
- Erich Heinz SCHLOTTNER, Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und Bayern im Herbst 1923. Phil. Diss. Frankfurt/M. 1948
- Carl SCHMITT, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. München-Leipzig 1923
- - , Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar, Genf, Versailles, 1923-1939, Hamburg 1940
- - , Hugo Preuss, sein Staatsbegriff und seine Stellung in der deutschen Staatslehre (Recht und Staat in Gesch. und Ggw.) Tübingen 1930
- Friedrich Carl SELL, Die Tragödie des deutschen Liberalismus. Stuttgart 1953
- Walter STEINBERGER, Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland 1918-1933. Phil. Diss. München 1951. MS.
- Heinrich STRIEFLER, Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen. Eine soziografische Studie über die Reichstagswahlen der Weimarer Republik. Düsseldorf 1946
- Anneliese THIMME, Hans Delbrück als Kritiker des wilhelminischen Staates. Hgb. von der Komm. für Gesch. des Parlamentarismus und der pol. Parteien. Düsseldorf 1955
- Walter TORMIN, Zwischen Räte diktatur und sozialer Demokratie. Hgb. von der Komm. für Gesch. des Parlaments und der pol. Parteien, Düsseldorf 1954
- Antonina VALLENTIN, Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee. München-Leipzig 1948
- Marianne WEBER, Max Weber. Ein Lebensbild. 2. Aufl. Heidelberg 1950
- Wilhelm ZIEGLER, Die deutsche Nationalversammlung 1919/20 und ihr Verfassungswerk. Berlin 1932

II. S a m m e l w e r k e - P r o t o k o l l e -

H a n d b ü c h e r

Deutscher AUFBAU. Nationalliberale Arbeit der DVP. Hgb. von A. Kempkes. Berlin 1927

BERICHTE und Protokolle des achten Ausschusses der Deutschen Nationalversammlung über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches. Berlin 1919

Die FRIEDENSBEWEGUNG. Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart. Hgb. von K. Lenz und W. Fabian. Berlin 1922

Deutscher GESCHICHTSKALENDER. Hgb. von F. Purlitz, Leipzig.

HANDBUCH der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Hgb. vom Büro des Reichstags. Berlin 1919

HANDBUCH der Politik. Hgb. von G. Anschütz u. a. 6 Bde. 3. Aufl. Berlin-Leipzig 1920-26

HANDBUCH des deutschen Staatsrechts. Hgb. von G. Anschütz und R. Thoma. 2 Bde. Tübingen 1930-32

Internationales HANDWÖRTERBUCH des Gewerkschaftswesens. Hgb. von L. HEYDE. 2 Bde. Berlin 1931-32

Die deutsche NATIONALVERSAMMLUNG im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Hgb. von E. Heilfron. 8 Bde. Berlin 1919

Die deutschen PARTEIPROGRAMME. Hgb. von F. Salomon. 3 Hefte. 4. Aufl. Berlin-Leipzig 1926

Zehn Jahre deutsche REPUBLIK. Ein Handbuch für republikanische Verfassung. Hgb. von A. Erkelenz. Berlin-Zehlendorf-West 1928

STATISTIK des deutschen Reiches, Bd. 291, 1. Heft, Berlin 1920

VERHANDLUNGEN der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte. Berlin

VERHANDLUNGEN des deutschen Reichstags. Stenographische Berichte. Berlin

VOLK UND REICH der Deutschen. Hgb. von B. Harms. 2 Bde. Berlin 1929

III. Politische Literatur

Emil ABDERHALDEN, Die hohen Aufgaben des deutschen Demokraten und seiner Partei. Halle/S., Knapp, 1919, 23 S.

Bruno ABLASS, Des deutschen Reiches Verfassung. Berlin-Zehl.-West, Kalkoff, 116 S.

Gerhard ANSCHÜTZ, Drei Leitgedanken der Weimarer Reichsverfassung (Recht und Staat in Gesch. und Ggw., 26.)
Tübingen, Mohr, 1923, 34 S.

- - , Parlament und Regierung im Deutschen Reich.
Berlin, Liebmann. 1918, 38 S.

- - , Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis. Berlin, 3./4. Aufl. 1926 X, 453 S.

Gertrud BAUMER, Grundlagen demokratischer Politik. Karlsruhe, Braun, 1928 95 S.

- - , Lebensweg durch eine Zeitenwende, Tübingen, Wunderlich, 1933 477 S.

Max BAHR, Eines deutschen Bürgers Arbeit in Wirtschaft und Politik. Lebenserinnerungen und Erfahrungen aus den Jahren 1848-1926. Berlin, Herbig. 1926 367 S.

Max BAMBERGER, Demokratie, das Versöhnende in der Revolution. Marburg, Hessischer Verl., 1919, 22 S.

Marie BAUM, Leuchtende Spur, Das Leben Ricarda Huchs.
Stuttgart-Tübingen, Wunderlich, 1950 519 S.

BECKER, Die DVP und das Finanz- und Steuerprogramm in der Nationalversammlung. Berlin, Staatspol. Verl., 1919 14 S.

Otto BECKER, Deutschlands Zusammenbruch und Auferstehung.
Berlin, 2. Aufl. 1922, Heymann, 2 Tle. VIII, 166, 48 S.

Georg BERNHARD, Demokratische Politik. Grundlagen zu einem Parteiprogramm. Berlin, Ullstein, 1921 15 S.

- - , Übergangswirtschaft. Berlin, Siegismund, 1918 151 S.

- - , Wirtschaftsparlamente. Von den Revolutionärräten zum Reichswirtschaftsrat. Wien-Leipzig-München 1923 141 S.

Ludwig BERGSTRÖSSER, Die DDP und ihr Programm. Greifswald 1919 15 S.

- - , Die Grundgedanken unserer Reichsverfassung. Ein Beitrag zum Verfassungstag. Berlin, Zentralverl. 1922

BERICHT über den ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 14. April 1919 in den akademischen Rosensälen in Jena. Herausgg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP in Berlin. Berlin, Staatspol. Verl., 1919 114 S.
(zitiert: 1. Parteitag der DVP)

BERICHT über den zweiten Parteitag der Deutschen Volkspartei am 18., 19. und 20. Oktober im Kristallpalast in Leipzig. Herausgg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP. Berlin, Staatspol. Verl. 1920 236 S.
(zitiert: 2. Parteitag der DVP)

BERICHT über die Verhandlungen des ersten Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19.-22. Juli 1919. Herausgg. von der Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin. 407 S.
(zitiert: 1. Parteitag der DDP)

BERICHT über die Verhandlungen des Preussenausschusses der DDP am 28. November 1920 in Hannover. Berlin, Demokr. Verl. 1920 53 S.

BERICHT über die Verhandlungen des zweiten außerordentlichen Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Leipzig vom 13.-15. Dezember 1919. Leipzig 1920 271 S. (zitiert: 2. Parteitag der DDP)

BERICHT über die Verhandlungen des zweiten ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Nürnberg vom 11.-14. Dezember 1920. Herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin 326 S. (zitiert: 3. Parteitag der DDP)

Das BETRIEBSRÄTEGESETZ, die Parteien und wirtschaftlichen Berufe. Hgb. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin, Staatspol. Verl. 1920 24 S.

REYTHIEN, Der gewerbliche Mittelstand und die Deutsche Volkspartei. Berlin, Staatspol. Verl. 1921 32 S.

Otto BOELITZ, Die Kulturpolitik im Programm der Deutschen Volkspartei. Berlin, Staatspol. Verl. 1919 48 S.

- - , Der nationale und kulturelle Beruf Preussens. Berlin, Staatspol. Verl. 1922 14 S.

- - , Preußen und der deutsche Einheitsstaat, Berlin, Staatspol. Verl. 1920 16 S.

- - , Preußens Zerstückelung - Deutschlands Untergang, Berlin, Staatspol. Verl. 1919 - 13 S.

Moriz Julius BONN, Die Auflösung des modernen Staates. (Europ. Bücherei IV) Berlin, Verlag für Polit. und Wirtsch. 1921 44 S.

- - , So macht man Geschichte, Bilanz eines Lebens, München 1953 409 S.

Moriz Julius BONN, Die Krisis der europäischen Demokratie, München 1925 154 S.

Graf BROCKDORFF-RANTZAU, Dokumente. Berlin, Dt. Verlagsges. für Polit. und Gesch. 1920 200 S.

Erich BRANDENBURG, Wie gestalten wir unsere zukünftige Reichsverfassung. Leipzig, Quelle & Meyer 1919 57 S.

Lujo BRENTANO, Die Beamtenorganisation und ihre wirtschaftlichen Ziele (Forderungen der Zeit, 1.) München, Heller, 1920 30 S.

Otto BRÜES, Grundlagen des Liberalismus, Berlin, Staatspol. Verl. 1920 16 S.

Josef BUCHHORN, Zwischen Goethe und Scheidemann, Weimarer Eindrücke. Berlin, Staatspol. Verl. 1919 23 S.

- - , Ich bin ein Preuße, Berlin, Staatspol. Verl. 1919 21 S.

Richard GALWER, Gebundene Planwirtschaft? Antwort auf die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums. Berlin-Zehl.-West., Zeitfragenverl. 1919 112 S.

R. von CAMPE, Politisierung! 14 Gebote der Erziehung zu politischer Reife. Berlin, Staatspol. Verl. 1920 27 S.

Otto CURTIUS, Demokratie und Rätssystem. Berlin, Grübel 1919, 15 S.

Hans DELBRÜCK, Krieg und Politik 1914-1918. 3Bde. Berlin; Stilke 1918-19

- - , Regierung und Volkswille. Ein Grundriß der Politik. 2., bis auf die Gegenwart fortgeführte Aufl. Charlottenburg, Dt. Verlagsges. für Polit. und Gesch. 1920 160 S.

- - , Vor und nach dem Weltkrieg, Politische und historische Aufsätze, Berlin, Stollberg 1926 676 S.

Karl DELIUS, Die Stellung der Beamtenschaft im neuen Staat. Berlin, Verl. Neuer Staat 1922 14 S.

Bernhard DERNBURG, Der Weg zum Wirtschaftsfrieden. Eine notwendige Enquete. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr. Verl. 1919 19 S.

Die DVP. Aufbau und Anschriftenverzeichnis. Hgb. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP. Berlin, Staatspol. Verl. 1919 32 S.

Die DEUTSCHE VOLKSPARTEI in der preußischen Landesversammlung. Hgb. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP. Berlin, Staatspol. Verl. 1921 80 S.

Die DEUTSCHE VOLKSPARTEI und die Beamten. Hgb. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP. Berlin, Staatspol. Verl.

Eugen DIEDERICHs, Politik des Geistes. Jena, Diederichs
1920 199 S.

Rudolf DIX, Ziele der deutschen Demokratie. Rede im Demokratischen Klub. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr.Verl. 1919,
16 S.

ELLING, Völkerbund und Rechtsfriede. Berlin-Zehl.-Wst.,
Demokr.Verl. 1919 30 S.

Die ENTSTEHUNG der Deutschen Volkspartei. Hgb. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP. Berlin, Staatspol.Verl.
1920 47 S.

ENTWURF einer Verfassung des Deutschen Reiches. Hgb. vom Verfassungsausschuß des Vereins für Recht und Wirtschaft, e.V. in Berlin. Berlin, Hobbing 1919 39 S.

ENTWURF für die Verfassung des Deutschen Reiches. Sonderheft der Deutschen Nation. Berlin, Verl. der Deutschen Nation
1918, 31 S.

H.G. ERDMANNSDÖRFFER, Ein neues Wahlgesetz. Vorschlag zur Schaffung eines gemischten Wahlsystems. Berlin 1919 52 S.

- - , Das Wahlrecht für den deutschen Reichstag. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr.Verl. 1920 78 S.

Anton ERKELENZ, Junge Demokratie. Schriften und Reden politischen Inhalts. Berlin 1926 222 S.

- - , Demokratie und Parteiorganisation. Berlin, Verl. Neuer Staat 1925 71 S.

- - , Unternehmer und Arbeitnehmer in der neuen Wirtschaft. Ein Vortrag von 1920. Berlin, Buchverl. der Hilfe 1919 42 S.

- - , Leitfaden für Wahlorganisatoren und Wahlwerber. Berlin, Verl. Neuer Staat o.J. 24 S.

Erich EYCK, Des deutschen Bürgertums Schicksalsstunde. Leipzig-Berlin, Teubner 1919 40 S. (Die neue Zeit 5.)

Jan EYSEN, Die kompromittierten Politiker, Berlin, Staatspol.Verl. 36 S. 1919

Friedrich Wilhelm FOERSTER, Weltpolitik und Weltgewissen. München, Verlag für Kulturpol. 1919 218 S.

Die deutsche FREIHEIT. Fünf Vorträge. Gotha, Perthes 1917, 169 S.

Robert FRIEDBERG, Das Wahlrecht und die Zukunft der nationalliberalen Partei. Berlin. Kalkoff 1918 24 S.

- Heinrich GELLAND, Die Mitwirkung der Räte an der Gesetzgebung. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr.Verl. 1919 14 S.
- Erwin GOESKE, Videant Consules. Das psycho-physiologische Gebot als staatswissenschaftliche Grundlage der deutschen Wiedergeburt. Berlin, Staatspol.Verl. 1921 255 S.
- Walter GOETZ, Deutsche Demokratie. Leipzig 1919 66 S.
- Hermann GOLDSCHMIDT-FABER, Sterben und Werden des liberalen Bürgertums. Ein Bekenntnis. Berlin, Schwetzschke & S. 1919 230 S.
- Georg GOTHEIN, Planwirtschaft. Berlin, Mosse 1919 38 S.
- - , Warum verloren wir den Krieg? Stuttgart-Berlin, Dt.Verlagsanstalt 1919 94 S.
- GUGELMEIER, Das schwarze Jahr 1917/18. Erlebtes aus dem letzten Kriegsjahr im Reichstag und im Baltienland, in Hauptquartier und Heimat. Freiburg/Br.-Bielefeld 1926 128 S.
- Albert HAAS, Die DDP und der Kapp-Putsch. Zwei Reden von A.Haas und R.Friedberg. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr. Verl. 1920 46 S.
- Maximilian HARDEN, Krieg und Frieden. 2 Bde. Berlin, Reiss 1918
- - , Von Versailles nach Versailles, Erinnerungen. Hellerau-Dresden 1927 637 S.
- Wilhelm HASTACH, Die moderne Demokratie. Eine politische Beschreibung. 2.Aufl. Jena, Fischer 1921 620 S.
- - , Die parlamentarische Kabinettsregierung. Eine politische Beschreibung. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1919 XVI, 314 S.
- Aus Conrad HAUSSMANNs politischer Arbeit. Hgb. von seinen Freunden, mit einer Einleitung von U.Zeller. Frankfurt/M., Soziet.-Druckerei 1923 192 S.
- Conrad HAUSSMANN, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hgb. von U.Zeller. Frankfurt/M. Soziet.-Druckerei 1924 VII, 315 S.
- Wilhelm HEILE, Stammesfreiheit im Einheitsstaat. Berlin, Buchverlag der Hilfe 1919 96 S.
- Willy HELLPACH, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz einer Generation. 2 Bde. Hamburg, Wegner 1948
- Heinrich HERMFAHRDT, Das Problem der berufsständischen Vertretung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Stuttgart-Berlin, Dt.Verlagsanstalt 1921 193 S.

Theodor HEUSS, Die neue Demokratie. (Die neue Welt, 1.)
Berlin, Siegismund 1920 159 S.

- - , Zwischen Gestern und Morgen. Stuttgart,
Engelhorn 1920 112 S.

- - , Kapp-Lüttwitz. Das Verbrechen gegen die Nation.
Berlin, Engelmann 1920 39 S.

Gerhard HILDEBRAND, Die Befreiung des Arbeiters und der Arbeit.
Berlin, Buchverl. der Hilfe 1920 39 S.

Georg HOHMANN, Was will die Deutsche Volkspartei in Bayern?
München, Verl. der Dt.Volksp. in Bayern 1918 15 S.

Heinrich HORST, Entwurf einer Staatsverfassung der deutschen
Republik. Berlin-Schöneberg. Wartburg Verl. 1919 20 S.

Otto HUGO, Der Mittelstand und die Deutsche Volkspartei.
Berlin, Staatspol.Verl. 1919 20 S.

Reinhold ISSBERNER, Demokratisches ABC-Buch. Berlin-Zehl.-Wst.,
Demokr.Verl. 1920 196 S.

Robert JANSEN, Der Berliner Militärputsch und seine politi-
schen Folgen. Berlin 1920 63 S.

Georg JELLINEK, Allgemeine Staatslehre. 3.Aufl. Berlin,
Springer 1920 XXXII, 837 S.

KAPP-PUTSCH und Bolschewismus in der Nationalversammlung.
Vier Reden der DVP von Heinze, Hugo, Most und Kahl.
Berlin, Staatspol.Verl. 1920 35 S.

Erich KAUFMANN, Bismarcks Erbe in der Reichsverfassung.
Berlin, Springer 1917 106 S.

- - , Grundfragen der künftigen Reichsverfassung.
(Im neuen Deutschland, 6.) Berlin, Vossische Buchh. 1919

Hans KELSEN, Vom Wesen und Wert der Demokratie. Tübingen,
Mohr 1920 38 S.

- - , Das Problem des Parlamentarismus, Wien-Leipzig,
Braumüller 1926 44 S.

- - , Allgemeine Staatslehre. Berlin, Springer 1925
XVI, 433 S.

Harry Graf KESSLER, Richtlinien für einen wahren Völkerbund.
Entwurf einer Prinzipienklärung als Grundlage eines
Aktionsprogramms. Weimar, o.J. 9 S. Als Manusk. gedruckt.

- - - , Der Völkerbund als Wirtschafts- und Ar-
beitsgemeinschaft. Rede auf dem 9.Deutschen Pazifisten-
tag am 2.Oktober 1920. Stuttgart 1920 12 S.

E. KLOTH, Ein Jahr Rede- und Räterepublik. Kritische Nachlese
zur Revolutionsfeier. Berlin, Staatspol.Verl. 1919 16 S.

- Theodor KOTTH, Zum Parteiprogramm der DVP. Berlin, Staatspol. Verl. 1919 16 S.
- Wilhelm KÜLZ, Die Gemeindopolitik der Deutschen Demokratischen Partei. Berlin, Verl. Neuer Staat o.J. 40 S. 2.Aufl.
- - , Der demokratische Staat. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr.Verl. 1919 19 S.
- Die KULTURPOLITIK der Deutschen Volkspartei. Hgb. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP. Berlin, Staatspol.Verl. 1920 47 S.
- Eugen LEIDIG, Liberalismus und Demokratie. Berlin, Staatspol. Verl. 1919 14 S.
- LEONHARDT, Grundbegriffe der Arbeitsgemeinschaft. Berlin, Staatspol.Verl. 1920 30 S.
- Otto LÖFFLER, Die Ursachen des Zusammenbruchs. Eine Warnung vor neuem Sturze. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr.Verl. 1920 40 S.
- Franz LUCENSKY, Der neue Staat. Dargestellt auf der Grundlage der Reichsverfassung. Berlin, Siegmund 1920 160 S.
- Erich MALL, Grundlagen und Bausteine der Revolution. Studien zwischen Krieg und Frieden. Berlin, Collignon 1919 36 S.
- Siegfried MATHEUS, Beiträge zu den Wahlrechtsfragen und Verfassungskämpfen in bewegter Zeit. (1917-18) Berlin-Schöneberg, Selbstverl. 1918 30 S.
- - , Soziale nationale Demokratie, Berlin, Lissner 1921, 141 S.
- Max MAURENBRECHER, Die Taktik der Parteien bei der Regierungsbildung im Sommer 1920. In: Glaube und Deutschtum 1.1919. Heft 16-21 80 S.
- Prinz MAX VON BADEN, Erinnerungen und Dokumente, Berlin-Leipzig, Dt.Verlagsanstalt. 1928 699 S.
- Friedrich MEINECKE, Nach der Revolution. Geschichtliche Betrachtungen über unsere Lage. München-Berlin, Oldenbourg 1919 144 S.
- - , Straßburg, Freiburg, Berlin 1901 - 1919, Erinnerungen. Stuttgart, Koehler 1949 288 S.
- Oskar MEYER, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen. 2.Aufl. Offenbach, Bollwerk 1948 215 S.
- Max Graf MONTGELAS, Beiträge zur Völkerbundsfrage (Der neue Geist, 16.) Leipzig, Verlag Der Neue Geist 1919 54 S.
- Otto MOST, Deutscher Liberalismus. Reden der Reichstagsabgeordneten Most, Fahl und Stresemann. Berlin, Staatspol.Verl. 1920 32 S.

Ernst MÜLLER-MEININGEN, Parlamentarismus. Betrachtungen und Erinnerungen aus deutschen Parlamenten. Berlin-Lpz. W. de Gruyter & Co. 1926 216 S.

Friedrich NAUMANN, Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik. Berlin-Schöneberg. Buchverl. der Hilfe 1905 4. Aufl. VIII, 231 S.

- - , Die Erneuerung des Liberalismus. Ein politischer Weckruf von Th. Barth und Fr. Naumann. Berlin-Schöneberg, Buchverl. der Hilfe 1906

- - , Mitteleuropa, Berlin, Reimer 1915 VIII, 299 S.

- - , Die politischen Parteien. Vier Vorträge. Berlin-Schöneberg, Buchverl. der Hilfe 1910 107 S.

- - , Neudeutsche Wirtschaftspolitik. Berlin-Schöneberg, Buchverl. der Hilfe 1906 VIII, 431 S.

- - und Theodor BARTH, Erziehung zur Politik. (Der deutsche Volksstaat, 5.) Berlin-Schöneberg, Buchverlag der Hilfe 1918 45 S.

- - , Der Kaiser im Volksstaat. (Der deutsche Volksstaat, 1.) Berlin-Schöneberg, Fortschrittsverl. 1917 56 S.

Hans NAWIASKY, Die Grundgedanken der Reichsverfassung. (Die innere Politik) München-Leipzig 1920 164 S.

- - , Die Zukunft der politischen Parteien. München, Pfeiffer 1924 24 S.

- - , Die Stellung der Regierung im modernen Staate. Tübingen, Mohr 1925 25 S.

- - , Die Stellung des Berufsbeamtentums im parlamentarischen Staat. München, Pfeiffer 1926 20 S.

Die politische NEUORDNUNG und die Fortschrittliche Volkspartei. Berlin, Deutsche Presse 1917 51 S.

Erich OBST, Vorwärts zu Einheit und Fortschritt. Gedanken über Grundsätze und Ziele der neudeutschen Politik. Breslau, Priebatsch 1920 88 S.

Erich OPITZ, Sozialismus und Liberalismus in der deutschen Demokratie. Berlin, Engelmann 1919 22 S.

Alfons PAQUET, Die neuen Ringe. Reden und Aufsätze zur deutschen Gegenwart. Frankfurt/M., Soziet.-Druckerei 1924 218 S.

Friedrich RYER, Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt/M., Soziet.-Druckerei 1923 304 S.

W. RYER, Von Ebert bis Hindenburg. (Hrsg. von R. Ryer) 1923

Robert PILOTY, Das parlamentarische System. Eine Untersuchung seines Wesens und Wertes. Berlin-Leipzig, Rothschild 1917 82 S.

Walter PINNER, Demokratie und Sozialdemokratie. Berlin-Zehl.-Wst., Demokr.Verl. 1919 23 S.

Heinz POTTHOFF, Der Volksstaat. Wesen und Aufgaben sozialer Demokratie. München, Hertz 1919 36 S.

- - , Die staatliche Organisierung der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Denkschrift im Auftrage des Ministeriums für soziale Fürsorge des Volksstaates Bayern. München-Leipzig, Duncker & Humblot 1919 28 S.

- - , Rätesystem und Berufsparlament. (Forderungen der Zeit. 2.) München, Heller 1920 32 S.

- - , Unternehmer und Betriebsräte. Berlin-Zehl.-Wst., Zeitfragen Verl. 1920 40 S.

Hugo PREUSS, Das deutsche Volk und die Politik. Jena, Diederichs 1915 199 S.

- - , Deutschlands Staatsumwälzung, die verfassungsmäßigen Grundlagen der deutschen Republik. Berlin o. J. 16 S.

- - , Deutschlands republikanische Reichsverfassung. 2.Aufl. Berlin, Verl. Neuer Staat 1921 167 S.

- - , Artikel 18 der Reichsverfassung. Seine Entstehung und Bedeutung. Berlin, Heymann 1922 46 S.

- - , Um die Reichsverfassung von Weimar. Berlin, Mosse 1924 150 S.

- - , Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte. Hgb. von Th. Heuss. Tübingen, Mohr 1926 VII, 588 S.

- - , Reich und Länder. Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches. Aus dem Nachlaß des Verfassers hgb. von G. Anschütz, Berlin, Heymann 1928 VIII, 278 S.

Ludwig QUIDDE, Völkerbund und Demokratie. Berlin, Verlag Neuer Staat 1922 31 S.

Fritz RATHENAU, Parlament und Räte. Berlin, Stilke 1919 64 S.

Walther RATHENAU, Gesammelte Schriften, Berlin, Fischer V. Bd.: Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, 1925 461 S. VI. Bd.: Schriften aus Kriegs- und Nachkriegszeit, 1929 524 S.

Walther RATHENAU, Gesammelte Reden. Berlin, S.Fischer 1924
440 S.

- , Politische Briefe. Dresden, Reissner 1929
348 S.

- , Autonome Wirtschaft, Jena, Diederichs 1919
(Deutsche Gemeinwirtschaft 16) 29 S.

- , Nachgelassene Schriften, 2 Bde. Berlin,
S.Fischer 1928 264, 410 S.

- , Von kommenden Dingen, Berlin, S.Fischer
1917 345 S.

Johannes RATHJE, Deutsche Volkspartei oder Deutsche Demokra-
tische Partei? Berlin-Zehl.-Wst., Demokr. Verl. 1919 16 S.

Robert REDSLOB, Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form. Eine vergleichende Studie über die Verfassungen von England, Belgien, Ungarn, Schweden und Frankreich. Tübingen, Mohr 1918 186 S.

J. REICHERT, Wirtschaftspolitische Industrieverbände. 2.Aufl.
Berlin, Staatspolit.Verl. 1920 14 S.

Rochus Fhr.von RHEINBABEN, Liberale Politik im neuen Reiche.
Karlsruhe, Braun 1928 65 S.

Johannes RICHTER, Demokratie als Staatsgesinnung. Leipzig,
Wunderlich 1919 49 S.

Ernst RÖPER, Wer soll Führer sein? Zehn politische Aufsätze und Reden. Hamburg, Bubendey & Kober 1920 86 S.

Paul ROHRBACH, Politische Erziehung. Stuttgart, Engelhorn
1920 112 S.

- , Monarchie, Republik und politische Parteien
in Deutschland. Stuttgart, Engelhorn 1920 32 S.

- , Woher es kam, Stuttgart, Engelhorn 1920 110 S.

- , Briefe über Demokratie und Pazifismus und
ihre staatsmännischen Gegner und Freunde. Dresden, Verl.
für Kultur und Wirtsch. 1925 40 S.

Hermann ROSE, Produktive Arbeitslosenfürsorge. Berlin,
Staatspol.Verl. 1921 16 S.

J.J. RUEDORFFER (Kurt RIEZLER), Die drei Krisen. Eine Unter-
suchung über den gegenwärtigen politischen Weltzustand.
Stuttgart-Berlin, Dt.Verlagsanstalt 1920 73 S.

Hjalmar SCHACHT, 76 Jahre meines Lebens. Bad Wörrishofen,
Kindler & Schiermayer 1953 692 S.

Eugen SCHIFFER, Die deutsche Demokratie nach den Reichstags-
wahlen. Berlin 1920 14 S.

- - , Ein Leben für den Liberalismus. Berlin-
Grunewald, Herbig 1951 255 S.

Gustav SCHMOLLER, Zwanzig Jahre deutscher Politik (1897-1917)
Aufsätze und Vorträge. München-Leipzig, Duncker & Humblot
1920 VI, 206 S.

Gustav SCHNEIDER, Die Angestellten im demokratischen Volks-
staat. Leipzig, Wunderlich 1920 43 S.

Rudolf SCHNEIDER, Rätssystem, Sozialisierung und Zwangswirt-
schaft. Vortrag vom 12. Mai 1919 vor sächsischen Indu-
striellen. Dresden, Verl. des Verb. sächs. Industrieller
1919 47 S.

Walter SCHÜCKING, Ein neues Zeitalter? Kritik am Pariser Völ-
kerbundsentwurf. Rede vor der deutschen Friedensdelega-
tion am 5. Mai 1919. Berlin, Engelmann 1919 20 S.

Hermann SCHUSTER, Das Kulturprogramm der Deutschen Volks-
partei, Berlin, Staatspol. Verl. 1919 16 S.

Richard SEYFERT, Des deutschen Volkes Schicksalsstunde.
(Flugschriften der DDP, 1.) Leipzig, Wunderlich 1919 39 S.

Wilhelm SPICKERNAGEL, Der Kardinalfehler unserer Politik.
Berlin, Staatspol. Verl. 1920 80 S.

Eduard SPIESS, Anti-Wilson. Eine Studie und eine Streit-
schrift. Berlin, Kalkoff 1917 50 S.

- - , Vier Wochen Untersuchungsausschuß und ihr Er-
gebnis. Berlin, Staatspol. Verl. 1920 48 S.

Eduard STADTLER, Die Weltkriegsrevolution, Vorträge.
Leipzig, Koehler 1920 255 S.

- - , Die Diktatur der sozialen Revolution.
Leipzig, Koehler 1920 152 S.

- - , Als Antibolschewist 1918/19. Düsseldorf,
Neuer Zeitverlag 1935 194 S.

Rudolf STEINER, Die Kernpunkte der sozialen Frage in den
Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Hgb. von
der Treuhandgesellschaft des Goetheanneums Dornach mbH.
Stuttgart. Stuttgart, Greive & Pfeiffer 1919
VII, 127 S.

Fritz STIER-SOMLO, Republik oder Monarchie im neuen Deutsch-
land? Bonn, Marcus & Weber 1919 60 S.

- - , Die Vereinigten Staaten von Deutschland.
(Demokratische Reichsrepublik). Ein Entwurf mit Begrün-
dungen. Tübingen, Mohr 1919 VII, 103 S.

Otto STILLER, Die Einheitsschule. Ein Kulturprogramm.
Berlin, Staatspol. Verl. 1919 23 S.

Gustav STRESEMANN, Michel, horch, der Seewind pfeift. Kriegs-
betrachtungen. Berlin, Kalkoff 1917 2. Aufl. 164 S.

- - , Macht und Freiheit. Vorträge, Reden, Auf-
sätze, Halle/S., Marhold 1918 202 S.

- - , Von der Revolution bis zum Frieden von
Versailles. Aufsätze und Reden. Berlin, Staatspol. Verl.
1919 228 S.

- - , Die Märzer Ereignisse und die Deutsche Volks-
partei. Berlin, Staatspol. Verl. 1920 43 S.

- - , Wer ist schuldig? Berlin, Staatspol. Verl.
1921 15 S.

- - , Reden und Schriften. Politik, Geschichte,
Literatur. 1897 -1926. 2 Bde. Dresden, Reissner 1926
388, 413 S.

Arthur SUSSMANN, Demokratie und Judenfrage. Berlin-Zehl.-Wst.
Demokr. Verl. 1920 48 S.

Edgar TATARIN-TARNHEYDEN, Die Berufsstände. Ihre Stellung im
Staatsrecht und der deutschen Wirtschaftsverfassung.
Berlin, Heymann 1922 XIX, 260 S.

Otto THILM, Die deutsche Privatangestelltenbewegung.
Berlin, Staatspol. Verl. 1920 15 S.

Heinrich von TREITSCHKE, Historische und politische Auf-
sätze, 4 Bde. Leipzig, Hirzel 1871-97

- - , Politik. Vorlesungen, gehalten an
der Universität Berlin, hgb. von Max Cornicelius.
2 Bde., Leipzig, Hirzel 1899-1900

Ernst TROELTSCH, Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte
kulturpolitische Aufsätze, hgb. von H. Baron. Tübingen
Mohr 1925 IX. 268 S.

- - , Spektatorbriefe. Aufsätze über die deutsche
Revolution und die Weltpolitik. 1918-1922. Tübingen,
Mohr 1924 XXIII, 321 S.

Albert VÖGLER, Untergang oder Aufbau. Berlin, Staatspol. Verl.
1919 31 S.

Theodor VOGELSTEIN, Das parlamentarische System. Berlin-Zehl.-
Wst., Demokr. Verl. 1919 20 S.

DVP. WAHLHANDBUCH 1924. Herausgegeben im Auftrag der DVP.
2. Aufl. Berlin, Staatspol. Verl. 1924 524 S. und
Nachtragsband, 420 S.

- Alfred WEBER, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa. Stuttgart-Berlin-Leipzig, Dt. Verlagsgesellsch. 1925 173 S.
- Max WEBER, Gesammelte politische Schriften. München, Drei Masken Verl. 1921 488 S.
- - , Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 4. Aufl. Tübingen, Mohr 1956 2 Tle. 1033 S.
- Hermann LIECK, Die neue Reichsverfassung. Ein Vorschlag. Berlin, Heymann 1919 44 S.
- Leopold von WIESE, Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft. Berlin, S. Fischer 1917 248 S.
- Leo WITTMAYER, Die Weimarer Reichsverfassung. Tübingen, Mohr 1922 478 S.
- Theodor WOLFF, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte. Amsterdam, Lange 1936 383 S.
- Kurt WOLZENDORFF, Der reine Staat. Skizze zum Problem einer neuen Staatsepoche. Tübingen, Laupp 1920 33 S.
- - , Die Universität in der Demokratie. Frankfurt/M., Sozietäts-Druckerei 1919 30 S.

IV. Periodika

1. Politische Zeitschriften

- ARCHIV des öffentlichen Rechts. Hgb. von Mayer, Mendelssohn-Bartholdy, Piloty, Triepel und Koellreutter, Tübingen.
- DEMOKRATIE. Zeitschrift für Politik, Wissenschaft, Kultur. Hgb. von R. Frankfurter und H. Zeimann, Berlin.
- DEUTSCHE VOLKSPARTEI. Monatliche Mitteilungen für Vertrauensleute. Berlin
- Das demokratische DEUTSCHLAND. Wochenschrift, hgb. von Stubmann, Graf Bernstoff, L. Bergsträßer, H. Kalkoff. Berlin-Zehlendorf-West.
- Das neue DEUTSCHLAND. Halbmonatsschrift, hgb. von A. Grabowsky. Gotha.
- Die HILFE. Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst. Hgb. von Fr. Naumann, Berlin-Schöneberg.
- Preußische JAHRBÜCHER, hgb. von H. Delbrück, W. Schotte, Berlin.

Schmoellers JAHRBUCH für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Hgb. von H.Schumacher, A.Spiethoff. München-Leipzig.

Deutsche JURISTENZEITUNG. Hgb. von O.Liebmann, Berlin.

Der KUNSTWART. Halbmonatsschau über Dichtung, Theater, Musik, bildende und angewandte Künste. Hgb. von F.Avenarius. München.

Die deutsche NATION. Eine Zeitschrift für Politik und Wirtschaft. Hgb. von H.Moeller, H.Stegemann, Th.Heuss. Charlottenburg.

Deutsche POLITIK. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik, hgb. von E. Jaechh, P. Rohrbach, Ph.Stein. Stuttgart-Berlin.

Die neue RUNDSCHAU. Berlin.

Deutsche STIMMEN. Wochenschrift der Deutschen Volkspartei. Hgb. von G.Stresemann. Berlin.

Die TAT. Wege zum freien Menschentum. Hgb. von E.Diederichs, Jena.

ZEITSCHRIFT für Politik. Hgb. von R.Schmidt, A.Grabowsky, Berlin.

Die ZUKUNFT. Wochenschrift, hgb. von M.Harden, Berlin.

2. Zeitungen

Tägliche RUNDSCHAU, Berlin.

Berliner TAGEBLATT. Berlin.

Frankfurter ZEITUNG. Frankfurt/M.

Kölnische ZEITUNG. Köln.

Vossische ZEITUNG. Berlin.

L e b e n s l a u f

Am 21. Oktober 1929 wurde ich in Unna, Westf., als Sohn des Zechenschmiedes Wilhelm Fischenberg und seiner Ehefrau Karoline, geborene Wulf, geboren. Nach sechsjährigem Besuch der Volksschulen in Holzwickede, Kreis Unna, und in Dortmund-Wickede, in die ich aus Gesundheitsgründen erst im achten Lebensjahr aufgenommen wurde, trat ich im August 1943 in die Aufbauschule für Jungen in Unna ein. Abgesehen von einer fast einjährigen Unterbrechung, bedingt durch das Kriegsende 1945, besuchte ich sie sieben Jahre und legte dort am 9. Februar 1951 die Reifeprüfung ab. Das Jahr 1951 benutzte ich, um mir durch Werkarbeit die finanziellen Mittel zum Studium zu erwerben, abgesehen von einem vorübergehenden Besuch der Pädagogischen Akademie in Dortmund. Im Wintersemester 1951/52 begann ich an der Universität mein Studium in den Fächern Geschichte, Deutsch, Philosophie und zeitweilig Publizistik und Pädagogik. Von meinem sechsjährigen Studium verbrachte ich das WS 1952/53 und das SS 1953 in Freiburg im Breisgau, die übrigen Semester in Münster. Ich besuchte an beiden Universitäten u.a. die Vorlesungen und Übungen der folgenden Professoren: W. Conze, H. Grundmann, P.E. Hübinger, K. von Raumer, Gerhard Ritter, H.E. Stier, G. Tellenbach; C. Heselhaus, W. Rehm, J. Trier, E. Trunz, B. von Wiese; E. Hochstetter, Max Müller, A. Petzelt, Joachim Ritter; W. Hagemann. Allen meinen akademischen Lehrern möchte ich an dieser Stelle für vielfältige Förderung und Anregung danken.

